Computerspielpreis in der Kritik

# politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

Nr. 02/11 · März – April 2011 www.kulturrat.de 3,00 € · ISSN 1619-4217 · B 58 662

**COMPUTERSPIELE**
Pac-Man, Anno 1404 und WiiFit sind Teil unserer Kultur. Computerspiele: ausgezeichnet, aber auch ausgesöhnt mit den Kritikern der digitalen Neuerung?
**Seiten 4 bis 10**

**KULTURSTIMMEN**
Zeigen, was man hat. Unter dem Motto „Kultur gut stärken“ ruft der Deutsche Kulturrat am 21.5.2011 erstmals zur Zurschaustellung der kulturellen Vielfalt auf.
**Seite 3**

**ÜBER DEN TELLERRAND**
Aufbruch und Umbruch am Nil. Augen und Sendekanäle auf, wenn ein Umsturz naht. Kulturpolitik der arabischen Welt. Kontrastierend dazu europäische Perspektiven.
**Seiten 12 bis 13**

**JAHRESBERICHT**
Der Deutsche Kulturrat blickt zurück auf Erfolge und Erreichtes des vergangenen Jahres. Agendasetzung im Kulturbereich.
**Seiten 17 bis 24**

**BEILAGE INTERKULTUR**
Stiftungen erläutern ihr Engagement in den Bereichen Integration, Bildung und Kultur. Von Potentialen der Einwanderungsgesellschaft.
**Seiten 1 bis 8**

# Editorial

## Eigenständigkeit

Draußen in der weiten, nicht nur arabischen Welt, blüht die Zivilgesellschaft zu ungeahnter Kraft auf und bei uns ist nur tote Hose. Dummes Zeug, werden viele von Ihnen sagen, wir sind doch das Land mit der am besten organisierten Zivilgesellschaft. Wo gibt es schon so viele Vereine und Verbände wie in Deutschland. Richtig, aber trotzdem haben wir einige strukturelle Probleme.

Nehmen wir als Beispiel das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), das der Deutsche Kulturrat vor neun Jahren mitgegründet hat und das heute mit seinen 250 Mitgliedsorganisationen der größte Zusammenschluss von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft ist. Heute wird das Netzwerk von seinem Hauptfinanzier, dem Bundesfamilienministerium, in einer Art und Weise drangsaliert, dass das Selbstbewusstsein des BBE fast vollkommen zerstört ist. Besonders sichtbar wurde das zerrüttete Verhältnis zwischen Ministerium und BBE bei der Erarbeitung der sogenannten Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung. Das „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“, eine Gründung des BBE, organisierte auf Bitten des Ministeriums eine Vielzahl von Expertenrunden und Tagungen zur Vorbereitung der Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung. Das Familienministerium übernahm am Ende des Diskussionsprozesses so gut wie keinen der Vorschläge aus den Arbeitsgruppen in die Nationale Engagementstrategie. Für die nächste Diskussionsrunde mit der Zivilgesellschaft hat das Ministerium dem BBE, gegen seinen Willen, das „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“ gleich ganz weggenommen. In Zukunft wird der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. im Auftrag des Ministeriums als einfacher Dienstleister der Träger des Nationalen Forums sein. Ebenso schlimm wie das selbstherrliche Verhalten des Ministeriums bei dieser Aktion ist die Leidensbereitschaft des BBE.

Das Standardargument ist immer, dass der Staat ja auch die Finanzierung sicherstellt und deshalb selbstverständlich auch das inhaltliche Sagen haben muss. Stimmt das wirklich?

Bei der Durchführung von gesellschaftlichen Aufgaben sind in Deutschland zuerst untergeordnete Glieder wie die Kommunen und die Zivilgesellschaft für die Lösung und Umsetzung zuständig, während übergeordnete Glieder, wie die EU, der Bund und die Länder, zurückzutreten haben. Dieser Subsidiaritätsgedanke tritt unter der Bedingung ein, dass das untergeordnete Glied in der Lage ist, die Probleme und Aufgaben eigenständig zu lösen. Gleichwohl darf das kleinste Glied nicht überfordert werden und die übergeordneten Ebenen müssen gegebenenfalls, meistens mit der Zurverfügungstellung von Geldmitteln, Unterstützung leisten. Das heißt der Staat muss die kleineren Einheiten, wie die Zivilgesellschaft in die Lage versetzen, ihre Aufgaben wahrzunehmen und er muss gleichzeitig darauf verzichten, „das Sagen“ zu haben. Diesem einfachen Grundsatz liegt letztendlich auch das Prinzip des Kulturföderalismus in Deutschland zugrunde. Und auch die Tarifautonomie ist ein Ausdruck dieses Prinzips und im Grundgesetz wird das Subsidiaritätsprinzip auf der europäischen Ebene (Art. 23 GG) sogar zu einem Grundrecht erhoben. Für die Zivilgesellschaft ist dieses Prinzip der Garant für Eigenständigkeit trotz öffentlicher Förderung.

*Olaf Zimmermann, Herausgeber von politik und kultur* ■

# Geschützt oder gefährdet?

## Zur kulturellen Vielfalt • Von Max Fuchs

**Nach wie vor dürfte „kulturelle Vielfalt“ zu den positiv besetzten Begriffen gehören. Denn gerade in Verbindung mit dem Attribut „kulturell“ suggeriert das Wort Vielfalt Toleranz, Weltoffenheit, Reichtum, ganz so, wie es der UNESCO-Slogan formuliert: celebrate the diversity. Vor diesem Hintergrund ist es daher plausibel, dass die UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in Rekordzeit entwickelt wurde. Auch war die Zeit zwischen der Verabschiedung durch die Generalversammlung im Oktober 2005 und ihrer Inkraftsetzung am 17.03.2007 rekordverdächtig kurz.**

**Animalienschrank in der Kunst- und Naturalienkammer der Franckeschen Stiftungen zu Halle** **Foto: Ingo Gottlieb**

Inzwischen haben 113 Länder (Stand September 2010) die Konvention ratifiziert, darunter Deutschland und – ein Novum – die Europäische Union. Ein Grund für diese Schnelligkeit war zum einen die positive Besetzung des Kernbegriffs der Vielfalt, zum anderen aber auch erhebliche Ängste, dass eine ökonomische Globalisierung und eine Betrachtung kultureller Produkte und Prozesse aus einer rein ökonomischen Sicht, wie sie vor allem bei der Welthandelsorganisation WTO und hier insbesondere im GATS-Abkommen (General Agreement on Trades with Services) zu finden ist, diese Vielfalt zerstören könnte. Folgerichtig stellen die Autoren der „Kleinen Anfrage“ im Deutschen Bundestag zum Stand der Umsetzung der UNESCO-Konvention vom 29.09.2010 diesen (wirtschafts-) politischen Zusammenhang an den Anfang ihres Fragekataloges. Auch hierbei ist ein Rekord zu vermelden: Denn schon am 13.10.2010 lag die Antwort der Bundesregierung vor.

Alles ist also allerbestens? Kann die Frage in der Überschrift dieses Textes eindeutig mit „Schutz“ beantwortet werden? Leider ist dies nicht der Fall. Schauen wir uns einige der Antworten der Regierung an, tritt Ernüchterung ein. Denn an Stelle inhaltlicher Aussagen wird auf Verfahrens- und Zuständigkeitsfragen verwiesen: Eine dynamische Umsetzung der Konvention kann noch nicht erfolgen, weil man zunächst die Formulierung und Verabschiedung von Umsetzungsrichtlinien durch die UNESCO abwarten will. Ansonsten befassen sich alle Gremien – die Bundesregierung, die Kultusministerkonferenz, der Ministerrat der EU, das Europa-Parlament etc. – quasi ununterbrochen mit der Konvention. Es finden auch ständig Abstimmungen zwischen allen Gremien statt (worüber, wird allerdings im Dunkeln gelassen, da man bei Inhalten ja erst auf die UNESCO und ihre Umsetzungsrichtlinien wartet). Und natürlich stimmt die Bundesregierung völlig mit der Einsicht überein, wie wichtig Kultur bei entwicklungspolitischen Fragen ist. Da zudem die bei der Deutschen UNESCO-Kommission angesiedelte Kontaktstelle zum UNESCO-Mutterhaus finanziert wird, mit der ebenfalls ständig Abstimmungsrunden stattfinden, ist offenbar alles in bester Ordnung.

Freundlich formuliert muss man feststellen: Man hat schon gehaltvollere Antworten der Bundesregierung auf Anfragen des Parlaments gelesen. Genau genommen ist man nach der Lektüre um keinen Deut klüger als vorher, da es bestenfalls Verfahrensweisen sind, die beschrieben werden. Etwas bösartig könnte man also aus der Antwort schlussfolgern: Die Konvention hat überhaupt keinen inhaltlichen Gegenstand, sie produziert nur neue Verwaltungsabläufe und Abstimmungsnotwendigkeiten. Immerhin gibt es den Hinweis auf Umsetzungsrichtlinien, die von der UNESCO entwickelt werden. Zunächst scheint der Hinweis auf solche Umsetzungsrichtlinien akzeptabel zu sein. Auch im Deutschen Kulturrat hatten wir vor einigen Jahren mit der Idee eines Aktionsplans zur Umsetzung der Konvention gespielt. Da aber völlig unklar war, welche Bereiche überhaupt von der Konvention erfasst werden, haben auch wir zunächst mal abgewartet. Allerdings: Es gibt inzwischen eine ganze Reihe solcher Umsetzungsrichtlinien, die zu jedem der 35 Konventionsartikel entwickelt werden. Die neuesten Richtlinien liegen zwar bislang bloß im Entwurf – zu Artikel 9 (Informationsaustausch und Transparenz), Artikel 19 (Austausch, Analyse und Verbreitung von Informationen) und Artikel 10 (Bildung und Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit) vor. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass bei der formellen Verabschiedung nichts mehr verändert werden wird. Verabschiedet sind bereits etliche Richtlinien zu anderen wichtigen Artikeln (7, 8, 11, 13 – 18). Insbesondere sind die Artikel 7 (Maßnahmen zur Förderung kultureller Ausdrucksformen) und 8 (Maßnahmen zum Schutz) hochrelevant, denn hierbei geht es

**Weiter auf Seite 2**

# Kultur-Mensch

## Martin Heller

Der Schweizer Martin Heller wurde von Kulturstaatsminister Bernd Neumann zum Projektleiter für das Humboldt-Forum ernannt. Der international erfahrene und renommierte Kulturmanager soll künftig, zusammen mit einem Beraterteam, das Konzept für diesen geplanten zentralen Veranstaltungsort mitten in Berlin entwickeln.

Heller ist mit kulturellen Großprojekten bestens vertraut. Zuletzt war er Intendant der Kulturhauptstadt Europas Linz 2009. Die Einbeziehung Hellers in den Planungsstab ist eine Chance, das Projekt Humboldt-Forum nicht nur angemessen auszugestalten, sondern auch ein entsprechendes öffentliches Bewusstsein für dessen Relevanz zu erreichen.

**Foto: Marc Wetli**

4 195981 603008 02

Fortsetzung von Seite 1

## Geschützt oder gefährdet?

nicht bloß um Verfahrensfragen, sondern um den Kern der Konvention: Was wird real getan? Diese Richtlinien wurden bereits im Juni 2009 verabschiedet, so dass es überhaupt keinen Grund dafür gibt, diesbezüglichen Fragen auszuweichen.

Ohne ausführlich Artikel 7 und 8 und die dazugehörigen Umsetzungsrichtlinien hier analysieren zu können, will ich kurz ihren Inhalt angeben: Sicherstellung der Produktion eigener kultureller Ausdrucksformen, Herstellung von kultureller Teilhabe aller, Feststellung möglicher Gefährdungen kultureller Ausdrucksformen und Entwicklung geeigneter Maßnahmen, solchen Gefährdungen zu begegnen. Und all dies – so Art. 11 – mit einer deutlichen Beteiligung der Zivilgesellschaft. Über all diese Aspekte erfährt man in der Antwort der Bundesregierung nichts. Dabei ist es nicht so, als ob man überhaupt nichts weiß über Teilhabe und Ausschluss. In unserem Kulturratsprojekt über Migrantenorganisationen zeigt sich, wie wenig Migranten von der Kulturpolitik und den Kulturorganisationen berücksichtigt werden. Man hat inzwischen belastbare Studien, die dies generell belegen. Andererseits gibt es etwa im Kinder- und Jugendplan des Bundes erhebliche Mittel, Teilhabe sicherzustellen. Es ist auch auf das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) der Bundeskulturstiftung hinzuweisen, das eine wichtige Reaktion auf erhebliche Probleme mit der Teilhabe von Kindern aus benachteiligten Familien war. Man hätte also Antworten nicht zu scheuen brauchen.

Die Konvention, dies wird deutlich, fordert eine ehrliche kulturpolitische Analyse, sie fordert ein integrales Politikkonzept, das Jugend-, Sozial- und Schulpolitik erfasst. Sie fordert einen partizipativen Diskurs mit den Betroffenen und den zivilgesellschaftlichen Organisationen. Vielleicht hat man es sich bei der Ratifizierung der Konvention nicht überlegt, dass mit ihr die Messlatte für die Qualität der Kulturpolitik sehr hoch gelegt wird, dass überhaupt zum ersten Mal ein überprüfbarer Qualitätsstandard formuliert wird. Es steht jetzt – auch für Deutschland – an, einen ersten Monitoring-Bericht zur Umsetzung in Paris im Jahre 2012 vorzulegen. Es ist gut, dass zu dem entsprechenden Artikel 9 jetzt Umsetzungsrichtlinien entworfen worden sind. Eindeutig wird hier ein partizipativer Prozess und insbesondere eine Einbeziehung der Zivilgesellschaft (Art. 11) gefordert. Und es werden detaillierte Vorgaben formuliert, wie ein solcher Bericht auszusehen hat. Spätestens in diesem Bericht müssen inhaltsreichere Antworten als in der Antwort auf die Kleine Anfrage gegeben werden. Einige vorläufige Probleme will ich an dieser Stelle benennen.

Ein erstes – und vielleicht ist es sogar das gravierendste – Problembesteht m. E. darin, dass der Zentralbegriff der „kulturellen Vielfalt“ bislang nirgends geklärt wurde. In einem Anhang zu dem ersten inoffiziellen Entwurf einer solchen Konvention hat das INCD (International Network for Cultural Diversity) im Jahre 2002 in einem Anhang eine Liste möglicher politischer Maßnahmen und eine inhaltliche Füllung des Zentralbegriffs, die von einem schwedischen Forschungsinstitut entwickelt wurden, mit veröffentlicht. Aus einsichtigen Gründen hat die Expertenkommission, die die Konvention erarbeitet hat, dieses Material nicht verwendet. Es könnte jedoch sein, dass sich diese Abstinenz nunmehr rächt. Denn die hohe Geschwindigkeit bei der Entwicklung, Verabschiedung und Ratifizierung der Konvention kam auch dadurch zustande, dass man bewusst alle phantasievollen Füllungen dieses anregenden Begriffs in der öffentlichen Debatte zugelassen hat. Die Erwartungen sind inzwischen so hoch, dass es schwierig ist, die rechtlichen Grenzen der Konvention aufzuzeigen. Inzwischen feiert man es als Erfolg, wenn bei der Begründung eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes zum spanischen Fernsehen in einer Fußnote die Konvention als Referenzpapier erwähnt wird. Diese bescheidene Realität entspricht überhaupt nicht den ursprünglichen Intentionen vieler Unterstützer. Was also heißt genau kulturelle Vielfalt in einer Stadt, in einem Bundesland, in Deutschland? Ab wann ist diese gefährdet? Gibt es objektive Kriterien oder ist es eine politische Setzung, was als Vielfalt gewollt (und dann auch geschützt und gefördert) wird? Mit welchen konkreten Maßnahmen soll dies geschehen und wer sind die Akteure?

Ein zweiter Aspekt ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft. Wie vermutlich kein weiteres Völkerrechtsinstrument bekommt die Zivilgesellschaft eine große Rolle zugewiesen. Doch was ist die Zivilgesellschaft? Auf EU-Ebene – wir haben es häufiger beklagt – definiert die Kommission selbst, wer ihre zivilgesellschaftlichen Ansprechpartner sind. Ein weiterer Weg zur Aushebelung eines realen Einflusses besteht darin, jede Wortmeldung gleichwertig zu behandeln, also jede persönliche Einzelmeinung ebenso zu gewichten wie Positionen großer Organisationen, die mühsam im Rahmen der Spielregeln der Verbandsdemokratie entwickelt werden und die einen großen Teil der Kulturlandschaft erfassen. Im Kontext der Entstehung und Umsetzung der Konvention ist eine bundesweite Koalition entstanden, an deren Gründung ich nicht unschuldig war. Hier setzt sich der letztgenannte Weg der Gleichsetzung von individuellen Einzelmeinungen und Positionen großer Verbände immer wieder durch. Das Ganze wird auch dadurch noch problematischer, dass die Koordinierungsstelle der bundesweiten Koalition nur über ein staatliches Mandat legitimiert ist. Es ist zumindest zu untersuchen, ob dies im Geiste von Art. 11 der Konvention ist. Denn dadurch hat der Staat beide Seiten, die staatliche und die „zivilgesellschaftliche“, fest im Griff.

Was weiterhin tun? Der wichtigste Punkt dürfte die Klärung des Begriffs der „kulturellen Vielfalt“ sein. Wissenschaftliche Untersuchungen hierzu wären durchaus erwünscht. Hilfreich ist auch die neueste Publikation der Deutschen UNESCO-Kommission („Mapping Cultural Diversity“), in der von umfassenden Politikstrategien über internationale Kooperationsprojekte bis zur Entwicklung von Informations- und Berichtssystemen weltweit Beispiele nachzulesen sind. Allerdings zeigt sich auch hier die Gefahr, dass nunmehr jede kulturpolitische Aktivität unter das Label „diversity“ gestellt werden könnte. Noch gar nicht in der politischen Praxis angekommen sind die vom Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments in Auftrag gegebenen und nunmehr von der Parlaments-Verwaltung, Generaldirektion Interne Politikbereiche vorgelegten beiden Studien zur Umsetzung der Konvention zum einen in der europäischen Innenpolitik, zum anderen in der EU-Außenpolitik. Solche Studien wären auch für die nationale Ebene wünschenswert, damit die Relevanz der Konvention für die verschiedenen Ressorts deutlich sichtbar gemacht wäre und die in der Antwort auf die Kleine Anfrage erwähnten Abstimmungsgespräche auch einen Inhalt bekämen. In jedem Fall sollte der politische Weg der Klärung beschritten werden. Eine Station dieses Weges ist dabei der 21.05.2011, der Tag der kulturellen Vielfalt, der vom Deutschen Kulturrat als Aktionstag ausgerufen worden ist. Denn – performativ, wie man sagen könnte – zeigt sich an diesem Tag ganz konkret, welche Vielfalt in unserer Gesellschaft vorhanden ist und welche politisch von den Betroffenen gewollt wird.

*Der Verfasser ist Präsident des Deutschen Kulturrates* ■

**Weitereführende Informationen:**

- „Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens in den internen Politikbereichen der EU“: http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies/download.do?language=en&file=32771
- „Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens zur Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen in der EU-Außenpolitik“: http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies/download.do?language=de&file=31351
- „Umsetzungsrichtlinien zur UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (2005)“: http://unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Kultur/kkv/090629__Operational_Guidelines_wie_090616_angenommen.pdf

# Inhaltsverzeichnis


EDITORIAL

Eigenständigkeit
*Von Olaf Zimmermann* 1

LEITARTIKEL

Geschützt oder gefährdet?
*Von Max Fuchs* 1

KULTUR-MENSCH

Martin Heller 1

AKTIONSTAG

K wie: Kultur gut stärken
*Von Olaf Zimmermann* 3

COMPUTERSPIELPREIS

Der Deutsche Computerspielpreis
*Von Bernd Neumann* 4

Falscher Weg eingeschlagen
*Von Stephan Reichart* 4

Keine Angst vor Kontroversen
*Von Olaf Wolters* 5

Der vergessene Preis
*Von Oliver Passek* 6

Vielfach ausgezeichnet
*Von Ralph Marko* 6

Mehr Ideen
*Von Wolf-Dieter Ring* 8

Image verbessern
*Von Dorothee Bär* 8

Glück durch Verstaatlichung
*Von Thomas Jarzombek* 8

Wichtige und richtige Initiativen
*Von Norbert Neuß* 8

Kulturgut und Kunstform
*Von Linda Breitlauch* 9

Akzeptanz gefunden
*Von Stefan Aufenanger* 9

Browser und Social Games
*Von Maic Masuch* 9

Junge Industrie
*Von Carsten van Husen* 9

Reif fürs Museum?
*Von K.- Peter Gerstenberger, Andreas Lange und Klaus Spieler* 10

ÜBER DEN TELLERRAND

Vom Schweigen befreit
*Von Christine M. Merkel* 12

„Das Wunder vom Nil“
*Gabriele Schulz im Gespräch mit Reinhard Baumgarten* 12

Weltweit erfolgreich gewaltfrei?
*Von Rainer Nolte* 13

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es
*Von Jan Runge* 14

Schön, dass Sie da sind
*Von Kristin Bäßler* 14

MOMMERT MEINT

*Von Wilfried Mommert* 13

GOETHES WELT

Utschi nemezki – Lern Deutsch
*Von Johannes Ebert* 15

ARBEITSMARKT KULTUR

„Meine Altersabsicherung ist eine Katastrophe!“
*Von Anna Kaitinnis* 16

Die Herausforderungen für die KSK
*Gabriele Schulz im Gespräch mit Uwe Fritz* 16

JAHRESBERICHT DES DEUTSCHEN KULTURRATES 2010 17

KULTURELLES LEBEN

„Keiner, den ein Weib geboren“
*Von Georg Ruppelt* 25

KULTURELLE BILDUNG

Interkulturelles Audience Development
*Von Birgit Mandel* 26

5 Fragen in 5 Minuten
*Stefanie Ernst befragt Jörg F. Maas* 26

30 JAHRE DEUTSCHER KULTURRAT

Für einen Dialog zwischen Bebauten und dem Bebauer
*Gabriele Schulz im Gespräch mit Wolfgang Esser* 27

KULTURELLES LEBEN

Soziales Netzwerken
*Von Andrea Ehlert* 28

PORTRAIT

Begegnung schaffen – im Portrait: Yavuz Selim Akgül
*Von Andreas Kolb* 28

LUTHER 2017

Die Sprache ist deutsch
*Von Olaf Zimmermann* 29

KULTURPOLITIK

Die Kunst schlägt zurück
*Von Kristin Bäßler* 30

LESERBRIEFE 31

NACHRUF

Mensch der Musik – Nachruf auf Franz Müller-Heuser
*Von Max Fuchs* 31

KURZ-SCHLUSS

Wie ich einmal den Öffentlich-Rechtlichen so richtig auf die Sprünge helfen konnte
*Von Theo Geißler* 32

BEILAGE INTERKULTUR

Partizipation = Dazugehören
*Von Karin Haist* 1

Integration und Kultur
*Von Michael Knoll* 2

Potentiale der Einwanderungsgesellschaft
*Von Tatiana Matthiesen* 3

Mehr als nur ein buntes Klassenzimmer
*Von Roland Löffler und Niels-Holger Schneider* 4

Sozialräumliche Bildungsförderung
*Von Pia Gerber* 5

Dialog der Kulturen
*Von Liz Mohn* 6

Förderung junger Zuwanderer
*Von Viola Seeger* 7

Kultur als Bindeglied
*Von Winfried Kneip und Vera Timmerberg* 8

**Islam • Kultur • Politik**
**Dossier zu politik & kultur**

Im Netz abrufbar unter www.kulturrat.de/dossiers/islam-dossier.pdf

# K wie : Kultur gut stärken

## Flagge zeigen für kulturelle Vielfalt • Von Olaf Zimmermann

**Als die Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrates im September letzten Jahres beschloss, dass am 21.05.2011 ein bundesweiter Aktionstag für kulturelle Vielfalt und gegen Kulturabbau stattfinden soll, lag Begeisterung in der Luft. Noch während der Mitgliederversammlung wurden Ideen entwickelt und ausgebaut, Beteiligungen und Unterstützung ausgesprochen und als dann auch noch der Geschäftsführer der Deutschen Orchestervereinigung (DOV) zusicherte, dass die DOV den Aktionstag auch finanziell unterstützen würde, zeichnete sich ab, dass tatsächlich aus der Idee etwas Größeres, vielleicht sogar etwas Großes werden kann.**

Nun rückt er näher, der Aktionstag. Und erfreulicherweise ist der anfängliche Elan nicht verebbt. Ganz im Gegenteil. Denn dank der Unterstützung aus den Mitgliedsverbänden des Deutschen Kulturrates und einer Kopperation mit der Kulturstiftung des Bundes kann der Deutsche Kulturrat den Aktionstag in angemessener Form begleiten.

Worum geht es genau? Was soll geschehen? Am 21.05.2011 bzw. am Wochenende um den 21.05.2011 sollen bundesweit Aktionen stattfinden, die unter dem Motto „Kultur gut stärken“ stehen. Dabei kann es sich um eigens für diesen Aktionstag entwickelte Projekte, aber genauso auch um Aktionen handeln, die ohnehin stattfinden und die mit dem Aktionstag verbunden werden. Ein Beispiel für Letzteres ist der Bundeskongress des Verbands deutscher Musikschulen, der vom 20.05. bis 22.05.2011 in Mainz stattfindet und das Motto des Aktionstags „Kultur gut stärken“ zusätzlich aufnimmt. Der Aussage, kulturelle Vielfalt zu zeigen und gegen Kulturabbau zu protestieren, wird durch diese und ähnliche Aktionen Leben eingehaucht. Der Studiengang Kulturmanagement der Hochschule für Musik und Theater Hamburg wird sich ebenfalls beteiligen und mit den Studierenden Aktionsideen entwickeln. Die beiden Kirchen, der Deutsche Landkreistag, viele Kulturinitiativen und Künstler haben ihre Beteiligung und Unterstützung ebenfalls bereits zugesagt.

Der Deutsche Bibliotheksverband und der Verband deutscher Musikschulen werden zum Beispiel die Aktionsplakate an die Bibliotheken und Musikschulen vor Ort verteilen, damit sichtbar wird, dass es darum geht, in den Kommunen die kulturelle Vielfalt zu erhalten. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine, die Deutsche Orchestervereinigung, ver.di und viele andere werden ebenfalls durch Plakate und Aktionen auf den Aktionstag aufmerksam machen. Schon knapp 20.000 Aktionsplakate sind bei uns vorbestellt.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben bereits signalisiert, dass sie sich mit Sendungen am Aktionstag beteiligen werden. Fachzeitschriften und Publikumszeitungen stellen kostenlos Anzeigenplatz zur Verfügung, um auf den Aktionstag hinzuweisen.

Dieses sind nur einige wenige Beispiele der regen Beteiligung. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Das Logo – ein K mit verschiedenen Schriftzügen – bietet viel kreativen Freiraum: Vom Lesen von Krimis, über das Bauen von K's, über das Komponieren eines Liedes, das Spielen der Klarinette, bis hin zu Debatten zur Kulturfinanzierung, zur Kulturstatistik, zum Wert der Kunst – alles ist möglich. Wichtig ist der Leitgedanke, der allen Veranstaltungen zugrunde liegt. Der Reichtum an kultureller Vielfalt vor Ort soll deutlich gemacht werden, um so nicht zuletzt ein Signal gegen den Abbau von Kultur zu setzen.

Ein zentraler Dreh- und Angelpunkt der Kampagne ist der eigens eingerichtete Blog www.kulturstimmen.de, der am 03.03.2011 frei geschaltet wird. Mit dem Blog betritt der Deutsche Kulturrat Neuland in Sachen Online-Kommunikation. Selbstkritisch sei angemerkt, dass wir auf unserer, zugegeben bereits etwas altmodisch anmutenden Website, bislang Pressemitteilungen und Informationen in Form einer kommunikativen Einbahnstraße verbreitet haben. Mit dem Blog besteht die Möglichkeit in einen Dialog mit den Nutzern zu treten. Nutzen Sie die Möglichkeit! Senden Sie uns die Informationen über Kürzungen in Ihrer Stadt, über die Bedrohung der kulturellen Vielfalt genauso wie über positive Entwicklungen! Und senden Sie uns Bilder und Filme dazu, damit wir sie veröffentlichen können. Kommentieren sie die Aktionen!

Der Blog wird darüber hinaus einen Veranstaltungskalender enthalten, in dem Veranstaltungen zum Aktionstag angekündigt werden. Ebenso ist ein Werkzeugkasten vorgesehen, der weitere Aktionsmaterialien zum Herunterladen und Beispiele für Aktionen enthält.

Um die Blogaktivitäten anzuregen, werden wir noch im März einen kleinen Film-Wettbewerb ausloben. Ca. 5-minütige Kurzfilme fürs Internet können unter dem Motto „Kulturelle Vielfalt“ eingereicht werden, die Besten erhalten einen Geldpreis.

Mit dem Aktionstag beschreitet der Deutsche Kulturrat neue Wege, aus dem Überschwang der ersten Ideen bei der Mitgliederversammlung ist inzwischen ein Konzept geworden, das auf viel Zustimmung stößt. Ich freue mich auf eine rege Beteiligung, auf neue Ideen und neue Formen der Zusammenarbeit beim Aktionstag. Für Ihre Fragen, Anregungen und Beteiligungsangebote zum Aktionstag steht Ihnen Stefanie Ernst, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit (Telefon: 030/24 72 80 14, E-Mail: s.ernst@kulturrat.de) gerne zur Verfügung.

*Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates* ■

# Der Deutsche Computerspielpreis

**Ein Instrument zur Förderung kulturell und pädagogisch wertvoller digitaler Spiele • Von Bernd Neumann**

**An digitalen Spielen wird die Rasanz der aktuellen Medienentwicklung und der damit verbundenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen besonders augenfällig. Zwischen dem ersten erfolgreichen, heute geradezu archaisch anmutenden Computerspiel „PONG“ und den nahezu perfekt inszenierten virtuellen Erlebniswelten moderner Spiele liegen gerade einmal wenige Jahrzehnte. In diesem kurzen Zeitraum hat sich eine atemberaubende Entwicklung vollzogen, die man im soeben eröffneten ersten deutschen Computerspielmuseum in Berlin sogar besichtigen kann.**

Digitale Spiele sind zu Leitmedien vieler Kinder und Jugendlicher geworden. Damit haben sie die Musik und das Fernsehen aus dieser Rolle teilweise verdrängt. Lern- und Simulationsspiele werden zunehmend zu einem wichtigen Instrument für Bildung und Ausbildung. Interaktive Unterhaltungsmedien sind überdies Entwicklungs- und Anwendungsbereiche einer entscheidenden Zukunftstechnologie, bei der Deutschland wesentlich stärker als bisher den Markt mitgestalten sollte.

Aber nicht nur ihr Einfluss auf die Jugendkultur, auch ihre inhaltliche Vielfalt und ihre breiten Anwendungsmöglichkeiten legen nahe, dass sich digitale Spiele inzwischen zu Kulturgütern entwickelt haben. Sie haben auch die Dramaturgie von Geschichten verändert, eine eigene Ästhetik hervorgebracht und andere Medien und Kunstgattungen beeinflusst. Besonders deutlich wird das am Beispiel des Films. Die Zahl der Filme, die Stoffe und Figuren digitaler Spiele aufnehmen, wächst stetig und umgekehrt greifen Spiele Filmstoffe auf. Dramaturgie und Ästhetik von digitalen Spielen und Filmen befruchten sich also wechselseitig. Aber auch die Musik verschiedener Genres liefert einen wichtigen Beitrag zur Ästhetik digitaler Spiele, wie sich auch umgekehrt wichtige Impulse für Komponisten aus der Arbeit mit Spielen ergeben.

Wenn digitale Spiele also inzwischen den Kulturgütern zuzurechnen sind, bedeutet dies natürlich nicht, dass jedes Spiel wertvoll und gefahrlos ist. Dies ist jedoch keine Besonderheit digitaler Spiele. Auch andere Medien, die ohne jeden Zweifel Kulturgüter sind, können wertvoll oder wertlos, förderlich oder verderblich sein. Es kommt also nicht auf das Medium an sich an, sondern allein darauf, was man daraus macht.

Genau hier knüpft der seit 2009 jährlich vergebene, gemeinsam von Politik und Wirtschaft ausgerichtete und finanzierte Deutsche Computerspielpreis an. Sein wichtigstes Ziel ist, das Angebot kulturell und pädagogisch hochwertiger Spiele aus deutscher Produktion zu erweitern und zu verbessern. Damit sollen zugleich deutsche Entwickler gefördert werden, die dieses Marktsegment bedienen. Der Preis ist das weithin sichtbare Signal an die Öffentlichkeit, dass digitale Spiele längst viel mehr sein können als belangloser Zeitvertreib oder Instrumente zur virtuellen Inszenierung von Gewalt. Die bislang durch die unabhängige, von Politik und Wirtschaft paritätisch besetzte Jury ausgewählten Produkte zeigen eine thematische und funktionale Bandbreite, welche die beachtliche Kreativität und Leistungsfähigkeit deutscher Entwickler und Hersteller belegt.

Bei der Auswahl der Jurymitglieder haben die Ausrichter nicht nur großen Wert auf hohen Sachverstand gelegt, sondern auch dafür gesorgt, dass alle für digitale Spiele wichtigen Arbeitsbereiche und Themenfelder angemessen einbezogen sind. Deshalb hat die staatliche Seite Vertreter aus Politik, Medienwissenschaft, Pädagogik und Jugendmedienschutz entsandt, während die Spielewirtschaft die Bereiche Technologie, Marketing sowie Fachpresse abdeckt und auch die Spielerseite einbezieht.

Mit dem Deutschen Computerspielpreis möchten wir nicht nur die große technische und inhaltliche Vielfalt abbilden, die heute bereits existiert. Wir wollen durch die mit dem Preis verbundenen finanziellen und ideellen Anreize auch erreichen, dass deutsche Hersteller, Entwickler und Publisher kulturell und pädagogisch hochwertige Spiele noch mehr als bisher als Marktchance sehen und ihr Angebot in diesem Bereich ausweiten. Diese weit reichende Intention des Preises zeigt sich besonders an der Vielfalt seiner Preiskategorien. Neben den besten deutschen Spielen werden nicht nur die besten Kinder- und Jugendspiele, Serious Games, mobilen Spiele und Browserspiele, sondern auch die besten Spielkonzepte von Schülern und Studenten ausgezeichnet.

Die Preisgelder werden je zur Hälfte von Bundesregierung und Spielebranche finanziert. Die Bundesregierung stellt hierfür pro Jahr bis zu 300.000 Euro bereit. Branchenverbände und Unternehmen finanzieren zudem auch die Preisgala. Dieses beachtliche Engagement der Wirtschaft ist unerlässlich, damit der Preis bei den Marktakteuren Akzeptanz findet und tatsächlich jene positiven Effekte auf den Spielemarkt ausüben kann, auf die der Preis abzielt. Dem dient auch, dass die an Hersteller und Entwickler ausgezahlten Preisgelder für die Entwicklung neuer, hochwertiger Spiele verwendet werden müssen.

Die an kulturellem und pädagogischem Wert digitaler Spiele orientierte Konzeption des Deutschen Computerspielpreises ist auch eine Antwort auf die leider nicht immer sachlich geführte Diskussion über Gewalt und digitale Spiele. Neben den Verbesserungen des Jugendschutzrechts im Spielebereich, die wir bereits erreichen konnten, müssen wir stärkere Anstrengungen als bisher unternehmen, um gerade Kinder und Jugendliche für altersgerechte, qualitativ hochwertige und attraktive Spiele zu gewinnen. Denn wer sich mit solchen Spielen befasst, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit eine kritische Distanz zu jenen Angeboten entwickeln, die uns Sorgen machen müssen.

**Begrüßungsrede durch Staatsminister Bernd Neumann bei der Vergabe des ersten Computerspielpreises 2009 in München**
**© Medientage München**

Der Deutsche Computerspielpreis wird am 30. März 2011 in München zum dritten Mal vergeben. Die Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft hat sich bislang trotz einiger unterschiedlicher Sichtweisen als ebenso fruchtbar wie stabil erwiesen. Aus den mitunter lebhaften Debatten über Ausgestaltung und Vergabe des Preises haben beide Seiten lernen können: die Politik, dass die Welt digitaler Spiele hochkomplex ist und eine sehr differenzierte Bewertung und Behandlung erfordert – Unternehmen und Verbände hingegen, dass sie als Hersteller eine hohe gesellschaftliche Verantwortung tragen und die Sorgen auch jenes Teils der Öffentlichkeit aufnehmen müssen, der digitale Spiele mit Skepsis betrachtet.

Dieser beiderseitige Lernprozess hat zu einer Schärfung des Profils des Preises als kulturpolitisches Förderinstrument geführt und so seine öffentliche Wahrnehmung und Akzeptanz stetig wachsen lassen. Wenn die beteiligten Verbände neuerdings vorschlagen, den bei Unternehmen und Nutzern renommierten Branchenpreis LARA mit dem Deutschen Computerspielpreis zu verbinden, wird deutlich, dass der Deutsche Computerspielpreis inzwischen in der Branche und bei vielen Nutzern angekommen ist und erfreuliche Aussichten auf eine erfolgreiche Zukunft hat.

*Der Verfasser ist Mitglied des Deutschen Bundestages, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin und Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien* ■

*Detailinformationen über Reglement und Vergabe des Preises sind im Internet unter www.deutscher-computerspielpreis.de abrufbar.*

## Computerspielpreis

In diesem Jahr wird der Deutsche Computerspielpreis bereits zum dritten Mal verliehen. Getragen wird der Preis vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, sowie von den Branchenverbänden BIU und G.A.M.E.. Ziel ist es, herausragende deutsche Spieleproduktionen auszuzeichnen. In acht Kategorien werden Preise ausgelobt: bestes deutsches Spiel, bestes Kinderspiel, bestes Jugendspiel, bestes Mobiles Spiel, bestes Serious Game, bestes Browserspiel, bestes Nachwuchs-Konzept aus Schüler- und Studentenwettbewerb und bestes internationales Spiel.
Unter dem Schwerpunkt Deutscher Computerspielpreis berichten die Ausrichter von ihren Erfahrungen mit dem Computerspielpreis, andere Autoren befassen sich kritisch mit bereits Erreichtem und noch zu Erreichendem. Ebenso geben Mitglieder der Jury in kurzen Statements Einblicke in die deutsche Computerspielszene. Abschließend öffnet das erste deutsche Computerspielemuseum seine Türen.

*Die Redaktion* ■

# Falscher Weg eingeschlagen

**Der Deutsche Computerspielpreis • Von Stephan Reichart**

**In diesem Jahr wird die wichtigste politische Auszeichnung für deutsche Computer- und Videospiele bereits zum dritten Mal seit 2009 verliehen. Am 30. März überreicht Kulturstaatsminister Bernd Neumann den mit 385.000 Euro dotierten Preis, der in acht Kategorien vergeben wird, im Rahmen der Gamesveranstaltung „Munich Gaming“ in München. Im Wechsel zwischen München und Berlin wird der Preis jährlich von der Politik gemeinsam mit den Branchenverbänden G.A.M.E. und BIU für die Entwicklung innovativer, kulturell und pädagogisch wertvoller Spielekonzepte und -inhalte ausgelobt.**

Eine hochkarätige Jury unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring bespricht die Spiele intensiv und entscheidet anschließend über die Preisträger in Kategorien wie „Bestes Kinderspiel“, „Bestes Jugendspiel“ oder aber auch die besten „Serious Games“ und Studenten- oder Schülerkonzepte. Mit bis zu 75.000 Euro sind die einzelnen Kategorien dotiert. Die wichtigste Auszeichnung als „Bestes deutsches Spiel“ wird ausschließlich an einen Sieger aus den anderen Kategorien vergeben und ist mit 50.000 Euro dotiert, so dass ein Entwicklerteam mit bis zu 125.000 Euro Preisgeld belohnt werden kann.

Auf den ersten Blick liest sich die Beschreibung und das Konzept des Deutschen Computerspielpreises beeindruckend, aber bei genauerer Betrachtung offenbart sich schnell, dass die Preisverleihung und Struktur dieser Auszeichnung kurz davor stehen, zu einer Farce zu werden. Als wir 2008 das Angebot aus der Politik bekamen, gemeinsam einen Preis für die besten deutschen Computerspiele ins Leben zu rufen, unterstützten wir diese Initiative begeistert. Es war allen Beteiligten aus der Industrie klar, dass diese Auszeichnung ein wichtiger, ein nötiger aber zugleich auch nur erster Schritt auf dem Weg war, deutsche Spieleentwicklungen staatlich zu fördern und einen konstruktiven Dialog über die Qualität von Spielen zu führen. Und es war klar, dass wir hier Diskussionen über zu viel Gewalt, kulturelle Relevanz und andere Aspekte von Spielen führen würden. Diese Diskussionen sind wichtig und gehören zu einem objektiven Umgang mit Medien dazu.

Nun ist der Preis jedoch auf dem Weg, jede Diskussion über die Qualität von Spielen, jenseits einer Altersfreigabe von 16 Jahren generell zu vermeiden, sie bewusst auszuschließen, und diesen Weg halte ich für grundlegend falsch.

Bereits 2010 gab es in den Fachmedien und in der Community der Gamer einen Aufschrei, ausgelöst durch einen Artikel auf welt.de von Thomas Lindemann, der aufzeigte, welch unterschiedliche Interessen der Preis unter einen Hut zu bringen versucht. Nachdem schon 2009 mit „Grand Theft Auto IV“ ein wirklich fantastisches und von den Feuilletons bejubeltes Spiel in der eher unwichtigen – weil nicht dotierten – Kategorie „Bestes internationales Spiel“ nicht gewinnen durfte und die Hauptjury die Empfehlung der Fachjury ignorierte, waren auch 2010 alle nominierten Spiele in dieser Kategorie dem Juryvorsitzenden ein Dorn im Auge, so dass man sich erneut auf keinen Gewinner einigen konnte – und mit der englischen Version des deutschen Spiels „Anno 1404“, einen äußerst skurrilen Kompromiss fand.

2011 haben wir nun das große Glück, dass die wahrscheinlich besten deutschen Spiele seit Jahren, die mit Spannung erwarteten Egoshooter „Crysis 2“ des Frankfurter Vorzeigeentwicklers Crytek und „SpecOps: The Line“ des Berliner Entwicklers Yager, noch nicht erschienen sind, denn beide Spiele hätten beim Deutschen Computerspielpreis nicht den Hauch einer Chance. Beide Spiele werden sicherlich keine Alterseinstufung unter 18 Jahren bekommen, sind sie doch von Anfang an als Spiele für Erwachsene konzeptioniert worden und können so in keiner der möglichen Kategorien eingereicht werden.

**Weiter auf Seite 5**

Fortsetzung von Seite 4

Ein genauer Blick in die Statuten des Deutschen Computerspielpreise zeigt deutlich, hier geht es um „die Entwicklung innovativer, kulturell und pädagogisch wertvoller Spielekonzepte und -Inhalte“ und der Fokus liegt klar auf dem Pädagogischen.

Wenn also ein Preis doch von vornherein sagt, er zeichne vor allem pädagogisch wertvolle Titel aus, wieso dann überhaupt ein Wort der Kritik? Die Antwort ist einfach: Weil er nicht „Deutscher Kinder- und Jugendspielepreis“ heißt.

Als Auszeichnung für die „Besten Deutschen Computerspiele“ darf ein so wichtiger, so hoch dotierter Preis nicht hin gehen und von vornherein alle Spiele ausgrenzen, die politisch heikel sind und eine gesellschaftliche Diskussion mit sich bringen. Im Gegenteil, gerade Spiele wie „Crysis 2“ sollte er gezielt zulassen und offen, transparent diskutieren, denn dafür hat er schließlich eine der größten Jurys aller Preisverleihungen der Gamesbranche.

„Crysis 2“ wurde über vier Jahre von einem Team entwickelt, das zwischenzeitlich aus mehr als 600 Mitarbeitern bestand. Natürlich hat die Teamgröße nichts mit der inhaltlichen oder spielerischen Qualität des Games zu tun und da es erst in einigen Wochen auf den Markt kommt, kann es natürlich gut sein, dass es tatsächlich einfach keinen Spaß macht, eine langweilige Geschichte, dumme Charaktere oder andere Schwächen hat. Doch die Qualität eines Spiels noch nicht einmal zu diskutieren, zeigt, dass in der Politik noch immer nicht begriffen wurde, dass Computerspiele ein normales Kulturgut auf Augenhöhe von Film, Literatur, Theater und Musik sind. Man stelle sich vor, ein TV-Ereignis wie „Die Säulen der Erde“, ein Film wie „Inglorious Basterds“ oder eine Inszenierung von Schlingensief würde bei Auszeichnungen wie dem Deutschen Fernsehpreis, dem Oscar oder anderen Preisverleihung noch nicht einmal diskutiert werden – ein Aufschrei ginge zu Recht durch alle Feuilletons. Nicht so bei der Auszeichnung der Besten Deutschen Computerspiele – hier wird mit einem Schulterzucken akzeptiert, dass einige der vielleicht besten Spiele politisch nicht erwünscht sind und man geht zur Tagesordnung über. Nur um das deutlich zu sagen – natürlich will ich hier nicht behaupten, dass die Preisträger seit 2009 den Preis nicht verdient haben. Sowohl Titel wie Anno, als auch Whispered World oder Drakensang waren ganz hervorragende Spiele und wurden völlig zu Recht ausgezeichnet. Und vielleicht sind auch die Sieger in den kommenden Jahren wieder kleine, unauffällig entwickelte, erzählerisch brillante Adventure à la „Edna bricht aus“ – was mich sehr freuen würde. Aber: Wenn der Deutsche Computerspielpreis langfristig eine Berechtigung haben soll, dann darf er Diskussionen um in Deutschland entwickelte Spiele ab 16 nicht generell ablehnen oder nur widerwillig ertragen.

Nein, im Gegenteil, er muss sie regelrecht suchen, sie in die Öffentlichkeit tragen und somit endlich zu einem normalen, kritischen und fairen Umgang mit Computer- und Videospielen in den Feuilletons, in der Gesellschaft und in der Politik beitragen. Und falls er das nicht schafft, dann sollte er zukünftig tatsächlich „Deutscher Kinder- und Jugendspielpreis“ heißen und somit keinen Titel beanspruchen, dem er aktuell längst nicht gerecht wird.

*Der Verfasser war G.A.M.E. Hauptgeschäftsführer 2004-2011 und ist Geschäftsführer Aruba Events GmbH* ■

# Keine Angst vor Kontroversen

## Der Deutsche Computerspielpreis • Von Olaf Wolters

**Der Deutsche Computerspielpreis geht in diesem Jahr in die dritte Runde. Mit Preisgeldern in Höhe von insgesamt 385.000 Euro stellt er die höchstdotierte Auszeichnung für interaktive Unterhaltungsmedien in Deutschland dar, jeweils zur Hälfte finanziert von der Industrie und der Politik. Zugleich ist er die einzige Auszeichnung, die vom Bundesbeauftragten für Kultur und Medien an die Games-Branche vergeben wird. Damit ist er ein wichtiges Symbol kultureller Anerkennung von Computer- und Videospielen in Deutschland.**

Für die Einrichtung und erfolgreiche Umsetzung hat der Preis seit seinem Münchener Debüt in 2009 viel Lob ernten dürfen, aber auch einiges an Kritik einstecken müssen. „Der Deutsche Kinderspielpreis“ oder „Peinliche Posse um Deutschen Computerspielpreis“ – Kenner der Branche haben die Schlagzeilen der vergangenen Jahre noch vor Augen und nicht wenige warten auf eine Fortsetzung der Kontroverse um den strittigen Award. Eine Kontroverse, bei der nicht aus den Augen verloren werden sollte, welches Ziel der Preis verfolgt, was er leisten kann – und dass auch eine Kontroverse selbst fruchtbar sein kann.

Der Deutsche Computerspielpreis zeichnet „qualitativ hochwertige sowie kulturell und pädagogisch wertvolle“ Games-Produktionen aus Deutschland aus. Anliegen ist es, das Angebot an eben diesen Produktionen zu steigern und den Standort Deutschland zu stärken, indem deutsche Entwickler und Publisher finanziell unterstützt werden und die Akzeptanz des noch jungen Mediums insgesamt verbessert wird. Vor allem um diese Akzeptanz geht es vielen Kritikern. Denn bislang hat sich der Deutsche Computerspielpreis nur um Teilbereiche der Games-Industrie verdient gemacht, andere, wie das erfolgreiche Genre der Action-Spiele, dagegen nahezu ausgeklammert. So haben Ego-Shooter oder Spiele mit erwachsenen Inhalten kaum eine Chance, als deutsches Kulturgut geadelt zu werden. Das ist bedauerlich, bleibt dadurch doch ein wichtiger Zweig der interaktiven Unterhaltungsindustrie, der auch in Deutschland vertreten ist, unberücksichtigt. Vor allem die Kategorie „Bestes Internationales Spiel“, ein Ehrentitel ohne Preisgeld, stand in den ersten beiden Jahren in der Kritik. So wurde in 2009 der 18er Titel „Grand Theft Auto IV“ von Rockstar Games in nahezu allen großen Feuilletons deutscher Tageszeitungen diskutiert und hochgelobt, zu einer Nominierung konnte sich die Jury dennoch nicht durchringen. Fehlanzeige auch in 2010. Allerdings schafften es 2010 zumindest zwei Titel auf die Liste der Nominierten, die sich des gesamten Repertoires interaktiver Stilmittel bedienen: „Dragon Age: Origins“ (ab 18) und „Unchartered 2“ (ab 16).

Die Berührungsängste liegen in der Natur des Preises selbst begründet. Als politischer Förderpreis hat der Deutsche Computerpielpreis ein kulturell-pädagogisches Profil und versucht den Brückenschlag zwischen der Industrie, der Politik, der Gamer-Community und der allgemeinen Öffentlichkeit. Ohne Kompromisse ist das nicht denkbar. Ein Anliegen, das den Award einzigartig macht und von den anderen Awards der Games-Branche abgrenzt, die sich in erster Linie dem Gamer verpflichtet fühlen und sich an Unterhaltungswert oder wirtschaftlichem Erfolg orientieren.

Der Zündstoff des Deutschen Computerspielpreises liegt vor allem in der Auslegung und Gewichtung der Begriffe „kulturell“ und „pädagogisch“. In Deutschland dominiert nach wie vor die Trennung zwischen Unterhaltung und ernsthafter Kultur. Oft gilt die Devise, was Spaß macht, kann kulturell nicht wertvoll ein, wie der Auftritt von Marcel Reich-Ranicki bei der Verleihung des Deutschen Fernsehpreises im letzten Jahr unlängst zeigte. Dennoch hat sich in den vergangenen zehn Jahren viel getan, und gerade mit Blick auf Games vollzieht sich ein wichtiger Mentalitätswandel. Beherrschten in den letzten zehn Jahren vor allem die potenziellen Gefahren, rücken heute verstärkt kulturelle Aspekte in den Vordergrund. Den Grundstein dafür legte der Deutsche Kulturrat in 2008 mit der Debatte von Computerspielen als Kulturgut. Wenig später folgte der Start des Deutschen Computerspielpreises und erst kürzlich eröffnete mit breiter Unterstützung aus Politik und Wirtschaft das Computerspielemuseum in Berlin seine Pforten. Damit ist nicht nur eine Pilgerstätte für Spielefans entstanden, sondern ein Ort, der Computerspielen einen festen Platz in der Kulturlandschaft einräumt.

Ähnlich wie die Kulturdebatte kommt auch die Diskussion um den pädagogischen Nutzen von Games langsam ins Rollen. Mit den Serious Games wird seit mehr als fünf Jahren ein Segment der Games-Industrie in Deutschland gestärkt, das die Technologien der Unterhaltungsindustrie für ernsthafte Zwecke zur Anwendung bringt. Die Kategorie „Bestes Serious Game“ findet sich auch beim Deutschen Computerspielpreis wieder. Mit der Diskussion um Serious Games prägt sich langsam ein, dass unterhaltsames auch pädagogisch wertvoll sein kann oder Unterhaltung den Lernprozess sogar verbessern kann. Wer spielt, lernt oft nebenbei. Nahezu unbemerkt werden motorische Fähigkeiten, Koordination oder das Allgemeinwissen trainiert oder neue Rollenmuster und Handlungsoptionen ausprobiert. Zugleich sollte aber nicht die Essenz von Games aus den Augen verloren werden: die Unterhaltung selbst. Nur ein Award, der den Unterhaltungswert eines Spiels als eigenes Kriterium berücksichtigt, wird in der Lage sein, das Medium angemessen nach außen zu repräsentieren.

Schlussendlich ist der Deutsche Computerspielpreis ein Förderpreis, der den Games-Standort Deutschland nachhaltig stärken will. Dabei geht es in erster Linie um Innovationen, Wachstum und Arbeitsplätze im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft. Oder anders: Die deutsche Games-Industrie soll fit gemacht werden für den internationalen Wettbewerb. Gerade hier ergibt sich ein Spagat zwischen dem kulturellem Anspruch und dem wirtschaftlichen Anliegen. So ist Crytek aktuell einer der wenigen Entwickler aus Deutschland, die AAA-Titel in Deutschland produzieren und international erfolgreich vermarkten. Mit Spielen, die sich eindeutig an Erwachsene richten. Das Unternehmen geht Risiken ein und schafft hochqualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland. Ein Erfolgsmodell Made in Germany, das den Deutschen Computerspielpreis in 2012 mit Sicherheit auf die Probe stellen wird.

Kontroversen um Preisverleihungen oder Jury-Entscheide wird es immer geben. Das ist nicht anders bei vergleichbaren Awards aus der Musik- und Filmindustrie. Auch hier hagelt es nicht gerade Preise für Titel mit erwachsenen Inhalten. Was kulturell wertvoll ist, ist schließlich immer auch eine Frage des Geschmacks. Auf der anderen Seite sind es gerade diese Kontroversen, die für die gesellschaftliche Anerkennung von Games so wichtig sind. Denn erst durch die kritische Auseinandersetzung und die mediale Präsenz können Vorurteile, die sich über Jahre aufgebaut haben, nach und nach beseitigt werden. Dafür werden wir uns als Bundesverband auch in Zukunft nachhaltig einsetzen.

*Der Verfasser ist Geschäftsführer des Bundesverband Interaktive Unterhaltungssoftware e.V.* ■

**Olaf Wolters (BIU), Johanna Klum, Marc Wardenga (BVDW), Stephan Reichart (G.A.M.E.) bei der Verleihung des Deutschen Computerspielpreises 2010 in Berlin**
**© Deutscher Computerspielpreis/Büschleb**

# Der vergessene Preis

**Thema Computerspiele: Was ist aus dem Maßnahmenpaket des Bundestages geworden? • Von Oliver Passek**

**2008 schien endlich auch die Politik das neue kulturpolitische Zeitalter er- und anerkannt zu haben: Mit Beschluss vom Februar 2008 forderte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, hochwertige Computerspiele umfassend zu fördern. Das damals verabschiedete Maßnahmenpaket klang vielversprechend, doch wirklich passiert ist seitdem leider nur wenig. Auf die Einrichtung einer Stiftung für interaktive Unterhaltungsmedien wartet man bislang vergeblich, die Öffnung der Multimediaprogramme der Bundesministerien auch für Computerspiele erfolgte nur punktuell (zu nennen ist hier zumindest der Förderschwerpunkt „Mensch-Technik-Interaktion"), doch einen echten Lichtblick scheint es zu geben: Der Deutsche Computerspielpreis als kulturelle Auszeichnung wird am 30. März diesen Jahres bereits zum dritten Mal in Folge feierlich verliehen.**

**Monika Griefahn übergibt bei der ersten Verleihung des Computerspielpreises 2009 in München den Preis in der Kategorie „Bestes Jugendspiel" an dtp entertaiment AG, Radon Labs GmbH für ihr Spiel „Das Schwarze Auge: Drakensang".** **© Medientage München**

Zumindest ist dies zu hoffen. Denn die Premiere 2009 fand in keiner feierlichen, sondern in einer sehr getrübten Stimmung statt. Gewiss, die BMW-World in München ist sicherlich nicht die übersichtlichste Veranstaltungslocation, doch selbst als Gast hatte man große Mühe, den kleinen Festsaal für die Verleihungszeremonie zu finden. Keine wehenden Fahnen, keine Plakate, auch keine Pressearbeit im Vorfeld. Und: Auch keine Spur vom Gastgeber. Die bayerische Staatsregierung ließ sich im Namen von Ministerpräsident Seehofer entschuldigen, man habe wichtigeres zu tun. Ein schöner Fehlstart für die wichtigste Auszeichnung der Computerspielbranche in Deutschland.

Keine Frage, der Amoklauf von Winnenden war damals noch keinen Monat vergangen und das Thema Computerspiele in der Öffentlichkeit wieder einmal sehr negativ besetzt. Doch sollte die Politik deshalb einen nachhaltig angelegten Diskurs, der ja gerade zum Ziel hat, Qualität und Anspruch von Computerspielen zu verbessern, gleich wieder verlassen?

Von der Aufbruchstimmung 2008 im Deutschen Bundestag bleibt auch knapp drei Jahre später kaum etwas übrig. Zwar gelang dem Medienboard Berlin-Brandenburg beim turnusmäßigen Wechsel in die deutsche Hauptstadt eine routinierte und würdige Festveranstaltung mit der Preisverleihung 2009, doch erneut gab es Probleme. Die wiederholte politische Beeinflussung der Juroren – deren Zusammensetzung auch nicht gerade politikfern erscheint – sorgte zu Recht für zahlreiche negative Schlagzeilen.

Bereits im Vorfeld der ersten Verleihung 2009 gab es einige erstaunliche Vorkommnisse. So wurde ausgerechnet in der Kategorie „Beste Innovation" kein Preis vergeben. Der Juryvorsitzende Wolf-Dieter Ring gab bekannt, man habe gesehen, dass die in diesem Jahr eingereichten Spiele keine so herausragenden Innovationen boten, als dass man sie mit einem Preis im Wert von 75.000 Euro hätte auszeichnen können.

Natürlich gab es diese Innovationen, gerade auch aus Deutschland und sogar mit Ausstrahlung auf die ganze Welt. So hätte – schließlich handelte es sich um Innovation und somit auch um Technik – die in Deutschland entwickelte 3D-Engine des weltweit führenden Entwicklerstudios Crytek sicherlich Gewinner werden können. Doch Cyrtek durfte diesen Preis nicht gewinnen; deren Ego-Shooter „Far Cry" galt – und gilt immer noch – als Synonym für die gerade von der Bayerischen Staatsregierung samt ihrem Repräsentanten Ring verteufelten Killerspiele. Das politisch-pädagogische Ränkespiel setzte sich damals auch bei der Kategorie „Bestes internationales Spiel" fort. Den Preis teilten sich 2009 die netten, aber auch nicht besonders aufregenden Spiele „Little Big Planet" und „WiiFit", ein Adventure bzw. ein Sportangebot. Unüberhörbar drang jedoch in die Fachöffentlichkeit, dass die Jury lieber ein Spiel nachnominiert hätte, welches zum damaligen Zeitpunkt nicht nur neue Verkaufsrekorde aufstellte, sondern auch in den klassischen Zeitungsfeuilletons als hohe Kunst gepriesen wurde: „GTA4" („Grand Theft Auto") von Rockstargames. Doch ein Gangsterspiel mit vielen Schießereien schien ebenfalls nicht „politically correct".

Auch 2010 sorgte die Kategorie „Bestes internationales Spiel" wieder für Aufregung. Und erneut es ging es um einen Widerspruch zwischen Marktrealität und politischen Wunschvorstellungen. Zur Wahl standen diesmal „Professor Layton und die Schatulle der Pandora", „Dragon Age Origins" und „Uncharted 2". Aufgrund gewaltverherrlichender Szenen fielen die letzten beiden Titel ganz schnell aus der Wertung und „Professor Layton" hielt die Jury nicht für preiswürdig.

Fast wie im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat zauberte man dann plötzlich eine neue Lösung aus dem Hut: „Anno 1404", das schon in der Kategorie „Bestes Spiel" siegte, bekam mit der englischsprachigen Version „Dawn of Discovery" gleich auch den Preis in der internationalen Kategorie. Höchst problematisch erscheint jedoch nicht zuletzt, dass gemäß den Teilnahmebedingungen „Anno 1404" den internationalen Titel gar nicht hätte gewinnen dürfen, denn es wurde in Deutschland und nicht im Ausland hergestellt.

Ein Preis, der politisch so beschädigt wird, der die Unabhängigkeit der Jury in Frage stellt, deren Vorsitzender nicht wirklich als Freund des Mediums bezeichnet werden kann und nicht zuletzt der allgegenwärtig spürbare Druck, auf jeden Fall eine pädagogisch wertvolle Entscheidung zu treffen, lassen die Preisverleihung im Angesicht der Realität des Spielemarktes leider zu einer politischen Farce verkommen. Es handelt sich schließlich um den „Deutschen Computerspielpreis" und nicht um den „Deutschen Computerspielpreis für Jugendspiele". Beim Deutschen Filmpreis werden ja auch Erwachsenenfilme ausgezeichnet.

Darunter leidet natürlich die Akzeptanz und Wahrnehmung des Preises. Nach einer breiten Öffentlichkeit für die Preisverleihung sucht man somit auch 2011 vergeblich, selbst im Netz finden sich nur vereinzelte, fachöffentliche Spuren. Auch der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, immerhin Initiator, Ausrichter und Geldgeber des am zweithöchsten dotierten deutschen Kulturpreises, scheint sich nicht mehr sonderlich für sein „Baby" zu interessieren. Fordert er in seinem maßgebenden Medienbericht vom Oktober 2007 neben strategisch angelegten Zielen wie einer verbesserten Forschungs- und Technologieförderung auch eine „geeignete Öffentlichkeitsarbeit" für Computerspiele, scheint er mittlerweile selbst nicht mehr viel davon zu halten. Anfang Februar 2011 findet man auf seiner Webseite unter der Kategorie „Deutscher Computerspielpreis" eine Pressemitteilung vom April 2010.

Neue kulturpolitische Impulse werden also dringend gebraucht. Denn der Siegeszug der Spiele hält an. Die Computerspieltechnik hat 2011 nach „Avatar" mit „Tron Legacy" endgültig das Kino übernommen, sogenannte Casual Games sind die monetär erfolgreichsten Business-Modelle für soziale Netzwerke und die neuen Steuerungstechniken der Spielekonsolen sind der Innovationsmotor der gesamten Medienindustrie. Auch kulturpolitisch brauchen wir wieder eine Versöhnung mit dem noch jungen Medium.

Vielleicht kann ja „Child of Eden" dabei helfen. Es gilt als das erste Spiel, das die neue Kinect-Technologie der Xbox-Konsole von Microsoft für mehr als kleine, lustige Spielchen oder für Fitnessübungen nutzt. Der „Kulturspiegel" ist jedenfalls restlos begeistert von dem sanften Spiel, das mit dem eigenen Körper gesteuert wird. Und der „Spiegel" ist schließlich immer noch Pflichtlektüre für unsere Abgeordneten, auch die Beilage vom Februar 2011 sollte diesmal eine solche sein.

*Der Verfasser ist Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Medien- und Netzpolitik von Bündnis 90/Die Grünen, der Medienkommission der Partei* ■

# Vielfach ausgezeichnet

**Tivola wird „Unternehmer des Jahres" • Von Ralph Marko**

**Tivola hat sich schon in den letzten Jahren mit einigen Auszeichnungen in der Games-Branche einen Namen gemacht. Das Jahr 2000 war für uns beispielsweise von besonderer Relevanz: Tivola wurde von der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmen (ASU) im November mit dem Titel „Unternehmer des Jahres" ausgezeichnet. Dieser Preis, der einmal im Jahr für herausragende unternehmerische Leistungen verliehen wird, bestätigte unseren Kurs, pädagogisch wertvolle und absolut gewaltfreie Kindermedien zu produzieren und zu vertreiben.**

Als wir dann zwei Jahre später mit unserer Lernsoftware die PC-Plattform erreichten, kamen in regelmäßigen Abständen Software-Preise hinzu. Mit der Einführung des Nintendo DS und der Wii wagte sich Tivola mit seinen Themen erstmalig auf die Spielekonsole und erschloss sich so neue Zielgruppen. Besonders 2010 sollte für uns auszeichnungstechnisch ein besonders Jahr werden. Auf unser Lernspiel für Nintendo DS „Lernerfolg Vorschule Capt'n Sharky" regnete es nur so an Preisen herab. Gemeinsam mit der bekannten Figur des Coppenrath Verlages lernen Kinder Zahlen, Buchstaben und erstes Englisch. Gleichzeitig trainieren sie spielerisch logisches Denken und Konzentrationsfähigkeit. Aufgrund durchgängiger Sprachausgabe sind keine Lesekenntnisse erforderlich. In der deutschen Version verleiht Dirk Bach dem Piraten seine Stimme, mit einer türkischen Variante setzen wir ein positives Zeichen zur Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund – ein wesentliches Charakteristikum, welches zur Auszeichnungswürdigkeit des Produktes maßgeblich beigetragen hat. Den Reigen großer Awards eröffnete der Bildungsmedienpreis „digita", welcher auf der Bildungsmesse didacta vergeben wurde. Später kam auch der Kindersoftwarepreis „TOMMI" hinzu, verliehen auf der Frankfurter Buchmesse. Aber das Highlight für uns war ohne Zweifel der „Deutsche Computerspielpreis" in der Kategorie „Bestes Kinderspiel". Wir hätten nie für möglich gehalten, dass wir diesen Award gewinnen und uns – als doch sehr kleiner Publisher – gegen die große Konkurrenz behaupten konnten. In feierlicher Stunde wurde uns der Preis von Laudator Matthias Schweighöfer übergeben – eine große Ehre, die uns ebenfalls zuteil wurde. Zwar ist der Preis in den Medien in die Kritik geraten, dennoch genießt der Award inzwischen eine hohe Akzeptanz und ruft wieder zu neuen Einreichungen auf.

Aber wie wirken sich solche Belobigungen aus? Beeinflussen sie Image und Absatzförderung nachhaltig? Werden sie überhaupt wahrgenommen? Das sind Fragen, die man als Gewinner regelmäßig gestellt bekommt. Aufgrund der positiven Aspekte, welche aus dem Deutschen Computerspielpreis (und Auszeichnungen generell) resultieren können,

Weiter auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

haben wir auch Antworten. In erster Linie hat der Preis zu einer Steigerung unseres Images beigetragen. Der Deutsche Computerspielpreis zog eine Flut an PR in bundesweiten Tageszeitungen, Radio-, TV- und Onlinemedien nach sich, in die wir mit der Nominierung bereits involviert waren. Die anschließende Kommunikation der Gewinner – ebenfalls in hochwertiger und bundesweiter Presse – erzielte denselben Effekt – ein Zustand, der den Namen Tivola in der Games-Branche noch bekannter machte. Das merken wir auch heute noch, da vielen unserer Kunden dieser Preis in Erinnerung geblieben ist und sie uns immer noch dazu gratulieren. Ein weiterer und sehr wichtiger Punkt, welcher für solche Preise spricht, ist die Unterstützung unseres Vertriebs bzw. Key-Account-Managements. Der Deutsche Computerspielpreis erhöhte die Wertigkeit, Bekanntheit und Glaubwürdigkeit des prämierten Produktes – ein Prozess, welcher für Vertrieb und Handel von immenser Wichtigkeit ist. Hier spielt der wirtschaftliche Aspekt eine wesentliche Rolle. Ganz klar, dass nach Bekanntgabe der offiziellen Gewinner des DCSP am 29. April 2010 sämtliche Regale mit unserem DS-Titel „Lernerfolg Vorschule Capt'n Sharky" aufgestockt werden mussten – der gestiegene Umsatz war nicht zu übersehen. De facto fungieren Awards als wichtiges Verkaufsförderungsmerkmal, welches nicht zu unterschätzen ist und wesentlich zum Umsatz eines Unternehmens beitragen kann.

Des Weiteren hat der Deutsche Computerspielpreis unsere tägliche Arbeit bestätigt und für weitere Projekte motiviert. In die Programmierung eines Konsolenspiels wie „Lernerfolg Vorschule Capt'n Sharky" müssen wir viel Zeit investieren – angefangen von der Idee und Konzeptionsarbeit bis hin zur Gestaltung, Abstimmung mit Medienpädagogen und finalen Programmierung. Ein langwieriger Prozess, der viel Geduld und Zeit in Anspruch nimmt. Darum freut man sich umso mehr, wenn Software-Spezialisten das edukative Potential des Spiels und das Herzblut, welches in die Programmierung geflossen ist, erkennen und dann auch noch honorieren. Dies motiviert unsere Mitarbeiter in hohem Maße, liefert Anerkennung und bestärkt unser Vorhaben, weitere Kindersoftware zu publizieren und im Handel zu vertreiben. So haben wir auch entschieden, einen Nachfolger für „Lernerfolg Vorschule Capt'n Sharky" zu publizieren, nämlich „Lernerfolg Vorschule Prinzessin Lillifee" für die Plattformen Nintendo DS und PC. Während wir mit dem kleinen Seeräuber eher Jungs als Zielgruppe ansprechen, richtet sich das Lernspiel mit der kleinen Feenprinzessin gezielt an Mädchen im Vorschulalter. Aspekte, welche von der Jury besonders hervorgehoben wurden, haben wir ebenfalls in dieses Spiel integriert. So enthält „Lernerfolg Vorschule Prinzessin Lillifee" unter anderem auch wieder eine türkische Spielvariante. Damit scheinen wir wieder alles richtig gemacht zu haben, denn der Sharky-Nachfolger ist bereits (wieder) für Awards in 2011 nominiert.

In diesem Jahr wird Tivola sein Produktportfolio erweitern und den Fokus mehr auf Online-Medien wie das Internet, App-Store (iPhone/iPod touch/iPad) und Nintendo DSi-Channel legen. Ein eindeutiger Trend zeichnet sich ab, denn immer mehr mobile, internetfähige Geräte halten in den heutigen Kinderzimmern Einzug. In diesem Jahr wird ein Schwerpunkt auch auf dem Launch eines Lernportals für Grundschulkinder liegen. Damit bringen wir die ebenfalls vielfach ausgezeichnete Edutainmentmarke „Lernerfolg Grundschule" erstmals ins Netz. In einer werbefreien und sicheren Lernumgebung üben Grundschüler die Hauptfächer Deutsch, Mathe und Englisch. Motivatoren sind dabei Spielzeit für mehrere Bonusspiele und das Sammeln von Sternen und Kronen. Dieses Lernportal ist bereits für die Anmeldung zu mehreren Awards vorgesehen. Auch in Zukunft hoffen wir auf weitere diese Preise, welche uns stetig motivieren, auszeichnungswürdige Produkte zu produzieren, um damit das Kulturgut „digitales Lernen" zu erhalten und zu sichern.

*Der Verfasser ist Pressesprecher der Tivola Publishing GmbH* ■

**Preisträger 2010: Tivola Publishing zusammen mit dem Laudator Matthias Schweighöfer**
**© medienboard Berlin-Brandenburg/Kisorsy**


## Digitalisierung:
Kunst und Kultur 2.0

Welchen Herausforderungen muss sich der Kulturbereich mit Blick auf die Digitalisierung stellen? Wie sehen die neuen Verbreitungsformen von künstlerischen Inhalten aus? Wie gestaltet sich europäische und nationale Medienpolitik im digitalen Zeitalter? Was bedeutet der Vorschlag einer Kulturflatrate? Wie verändert sich das wissenschaftliche Publizieren durch die Digitalisierung und was wollen Wissenschaftler? Was können Verlage in Zeiten der Digitalisierung leisten?

**Autoren des Buches sind u.a.:** Hans-Jürgen Blinn, Axel E. Fischer, Dieter Gorny, Ferdinand Melichar, Verena Metze-Mangold, Hans-Joachim Otto, Doris Pack, Gerhard Pfennig, Bernhard Rohleder, Wolfgang Schulz, Alexander Skipis, Imre Török, Olaf Zimmermann und Brigitte Zypries

**Digitalisierung: Kunst und Kultur 2.0**
Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 240 Seiten. 14,90 Euro + Versand.
ISBN 978-3-934868-25-0

## Kulturlandschaft Deutschland:
Die Provinz lebt

Wie ist die Kultur jenseits der Metropolen ausgestaltet? Ist Kultur im ländlichen Bereich traditionell oder gehen gerade von der Kultur in der Provinz Impulse aus? Welche Anstrengungen werden seitens der Kreise unternommen, um die Kultur vor Ort weiter zu professionalisieren und um Synergien herzustellen? Vor welchen regionalen Herausforderungen stehen die Kreise in Sachen Kulturangebot und wie sehen ihre Lösungsstrategien aus?

**Autoren des Buches sind u.a.:** Ilse Aigner, Susanne Bonenkamp, Arnim Brux, Burkhard Clever, Gitta Connemann, Horst Conradt, Steffi Cornelius, Gerd Dallmann, Max Fuchs, Ulrich Gerstner, Adalbert Kienle, Jörn Klimant, Jakob Johannes Koch, Johannes Kunze, Bernd Neumann, Barbara Nieß, Axel Noack, Martin Salesch, Wolfgang Sannwald, Jürgen Schütz, Wolfgang Suttner, Manfred Waßner und Olaf Zimmermann

**Kulturlandschaft Deutschland: Die Provinz lebt**
Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 113 Seiten. 9,90 Euro + Versand. ISBN 978-3-934868-23-6

## Künstlerleben:
Zwischen Hype und Havarie

Geht es um Selbstverwirklichung, um Freude, die man durch seine Kunst Anderen bereiten will, um beides, oder doch um etwas ganz anderes? Was müssen sie leisten, um Kunst machen zu können und wo liegen die Hürden, die es als Künstler zu meistern gilt? Diesen und weiteren Fragen wird in dieser Publikation in Form von Interviews, Portraits und Beiträgen nachgegangen.

**Autoren, Interviewte und Portraitierte des Buches sind u.a.:** Matthias Arndt, Daniel Barenboim, Norbert Bisky, Paul Böhm, Johannes Heisig, Christian Lehnert, Markus Lüpertz, Ingo Metzmacher, Christine Nöstlinger, Edgar Reitz, Rüdiger Safranski, Michael Schultz, Imre Török, Douglas Wolfsperger und Olaf Zimmermann

**Künstlerleben: Zwischen Hype und Havarie**
Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 203 Seiten. 12,90 Euro + Versand. ISBN 978-3-934868-24-3

**Bestelladresse: Deutscher Kulturrat, Fax: 030/24 72 12 45**
**oder: www.kulturrat.de/shop.php**

## Deutscher Computerspielpreis

Der Deutsche Computerspielpreis wird in 8 Kategorien ausgelobt. Publisher und Spieleentwickler dürfen je Kategorie ein Spiel einreichen. Der Gewinner in der Kategorie Bestes Deutsches Spiel wird aus den Preisträgern der übrigen Kategorien ermittelt.

**Bestes Deutsches Spiel:** Auszeichnung eines Spiels, dass „technisch künstlerisch hochwertig, sowie kulturell und pädagogisch wertvoll ist“. Es besteht keine Vorgabe hinsichtlich der Zielgruppe, der Kategorie und der verwendeten Technologie. Dotierung 50.000 Euro.

**Bestes Kinderspiel:** Altersfreigabe der USK darf bei höchstens 6 Jahre liegen. Dotierung: 75.000 Euro.

**Bestes Jugendspiel:** Altersfreigabe der USK darf bei höchstens 16 Jahre liegen. Dotierung: 75.000 Euro

**Bestes Mobiles Spiel:** Spiele für mobile Endgeräte. Dotierung: 50.000 Euro

**Bestes Serious Game:** Spiele, die nicht vornehmlich der Unterhaltung dienen. Dotierung: 50.000 Euro

**Bestes Browserspiel:** Spiele, die für browserbasierte Online-Anwendungen entwickelt wurden. Dotierung: 50.000 Euro

**Bestes Nachwuchs-Konzept aus Schüler und Studentenwettbewerb:** Preisträger müssen aus den Bereichen Schule oder Hochschule kommen. Dotierung: 35.000 Euro

**Bestes internationales Spiel:** Vergabe an bis zu drei Spiele aus internationaler Produktion die „qualitativ hochwertig sowie kulturell und pädagogisch wertvoll sind“. Der undotierte Preis wird in Gold, Silber und Bronze vergeben.

**JURY**

**Prof. Dr. Stefan Aufenanger**, Professor für Medienpädagogik und Erziehungswissenschaft an der Universität Mainz

**Ralf Adam,** Full Spectrum Producer, Tiger Team Productions

**Dorothee Bär,** Mitglied des Bundestags im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie im Ausschuss für Kultur und Medien

**Prof. Dr. Linda Breitlauch,** Diplom Dramaturgin und Professorin für Gamedesign an der Mediadesign Hochschule Gamedesign

**Holger Diener,** Leiter der Abteilung „Entertainment Technologien“ am Fraunhofer-Institut für Grafische Datenverarbeitung (IGD) und Ansprechpartner für das Zentrum Digital Entertainment der Fraunhofer IuK-Gruppe

**Thomas Dlugaiczyk,** Geschäftsführender Gesellschafter der Games Academy GmbH

**Wolfgang Fehr,** Diplomsozialpädagoge und Leiter der Fachstelle Jugendmedienschutz und Medienpädagogik beim Amt für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Köln

**Thomas Feibel,** FEIBEL.DE – Büro für Kindermedien. Journalist und Buchautor.

**Jens Fischer,** Stellvertretender Chefredakteur Computerbild Spiele

# Mehr Ideen

### Von Wolf-Dieter Ring

**Am 30. März wird bereits zum dritten Mal der Deutsche Computerspielpreis, diesmal wieder in der Bayerischen Landeshauptstadt, verliehen. Sein Ziel war und ist es, „qualitativ hochwertige sowie kulturell und pädagogisch wertvolle Computerspiele“ auszuzeichnen. Wobei das nur die Pflicht ist, die jedes nominierte Spiel erfüllen muss. Die Kür ist es, wenn ein Spiel darüber hinaus auch noch auf wirklich neuen Ideen und nicht nur auf neuen Varianten alter Einfälle basiert. Die Gewinner der vergangenen beiden Jahre beweisen, dass es möglich ist, diese hohen Anforderungen zu erfüllen: Mit guten Inhalten und Spannung. Für eine breite Zielgruppe. Und unter Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen.**

Zum dritten Geburtstag des Deutschen Computerspielpreises – der von den Branchenverbänden BIU und G.A.M.E., gemeinsam mit Kulturstaatsminister Bernd Neumann, getragen wird – wünsche ich mir noch mehr neue Ideen und noch weniger Vorbehalte gegen das Markenzeichen „kulturell und pädagogisch wertvoll“. Das ist nämlich kein Malus, sondern – ganz im Gegenteil – ein Bonus: Denn nur Dank dieser Voraussetzung steckt im Deutschen Computerspielpreis die große Chance, die Branche voranzubringen. In Sachen Innovation, in Sachen Wachstum und in Sachen Image. Deshalb freue ich mich auf die nun wieder startende Jury-Arbeit und erhoffe mir nicht zuletzt auch eine differenziertere öffentliche Auseinandersetzung mit dem Preis und seinen Gewinnern. In dem Zusammenhang betone ich noch einmal: Ego-Shooter können nicht pädagogisch wertvoll sein. Das ist und bleibt Prämisse des Deutschen Computerspielpreises. Damit verspielt er keine Chancen, er eröffnet sie. Das beste Beispiel dafür ist immer noch der sensationelle Erfolg der Konsole Wii, die im ersten Jahr bestes internationales Spiel wurde. Damit wird auf jugendschutzrechtlich unproblematische und innovative Weise richtig viel Geld verdient. Dieses Werben um den immer größeren Anteil von Gelegenheitsspielern, die beim Computerspiel für die ganze Familie schlichtweg entspannen und Spaß haben wollen, möchten wir mit dem Deutschen Computerspielpreis auch im Jahr 2011 weiter anschieben.

*Wolf-Dieter Ring ist Präsident der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien und Vorsitzender der Hauptjury des Dt. Computerspielpreises* ■

Foto: Richard Föhr

# Image verbessern

### Von Dorothee Bär

Foto: Frank Ossenbrink

**Der 2007 von Kultur- und Medienpolitiker der damaligen unionsgeführten Koalition gemeinsam mit Kulturstaatsminister Bernd Neumann initiierte Deutsche Computerspielpreis ist Mahnung und Symbol zugleich. Die Idee entstand in einer Zeit, in der sich die Assoziationen mit Computerspielen vor allem darauf beschränkten, dass jugendliche Außenseiter in der virtuellen Welt das Töten üben, um sich dann ihres Frustes über jahrelange Hänseleien und Unterdrückungen durch Lehrer und Mitschüler entledigen zu können und sich mit trainierter Zielsicherheit an ihnen zu rächen. Medien, Elternverbände und auch Politiker atmeten erleichtert auf: Ein Sündenbock für diese schrecklichen, unbegreiflichen und zerstörerischen Taten war gefunden – das Computerspiel an sich.**

Die Auslobung des Deutschen Computerspielpreises mahnt vor pauschalen Verunglimpfungen dieser Art. Vielmehr betont der mit insgesamt 385.000 Euro dotierte Preis welch interessante, künstlerisch-kreative Ausmaße Computerspiele besitzen, wie pädagogisch wertvoll sie sein können und wie sehr sie beispielsweise die Fingerfertigkeiten unserer Kinder fördern können.

Symbolisch rückt der Deutsche Computerspielpreis Computerspiele stärker in die Mitte unserer Gesellschaft und betont deren Bedeutung als Kulturgut. Der Preis macht deutlich, dass die Computerspielbranche, als starker Wirtschaftszweig, neben der Film- und Musikindustrie ein Eckpfeiler unserer vielfältigen kulturellen Landschaft ist und damit den besonderen Schutz und die Förderung des Staates verdient. Das Wissen um diese Anerkennung und Förderung stellt bestenfalls auch eine Motivation für die herstellende Industrie dar, kulturell besonders Wertvolles zu erschaffen.

Zum dritten Mal verleihen wir in diesem Jahr nun den Computerspielpreis. Nach den Kinderkrankheiten der ersten Jahre und kontroversen, aber fruchtbaren Diskussionen über Vergabekriterien, Kategorisierungen und Zielgruppen unseres Preises bin ich der Überzeugung, dass wir mehr als je zuvor auf einem guten Weg sind und der Deutsche Computerspielpreis sich über die Jahre ebenso etablieren wird wie beispielsweise der Deutsche Filmpreis. Wer weiß, in welche Sphären er noch steigen könnte, wenn die Förderung ambivalent wäre…

*Dorothee Bär ist Mitglied des Deutschen Bundestags und gehört der Jury des Deutschen Computerspielpreises an* ■

# Glück durch Verstaatlichung?

### Von Thomas Jarzombek

**Es ist nun der dritte Computerspielpreis der Bundesregierung, den es in München zu verleihen gilt. Und während besonders die bayerische Landesregierung immer noch nicht weiß, ob sie Games nun als grandiosen Teil des Wirtschaftsstandortes sieht oder für die schlimmste Ausgeburt der Hölle hält – es wird sicher wieder ein rauschendes Fest.**

Doch welchen Sinn genau hat es eigentlich, dass gerade der Staat einen Preis verleiht für ein Medienprodukt, das zu allem Überfluss auch noch der Unterhaltung dient? Es ist eigentlich einfach. Auch im Parlament hat es sich herumgesprochen, dass Games eine spannende Branche ist, die es zu fördern gilt. Was ja auch von vielen Branchenvertretern gebetsmühlenartig stetig wiederholt wurde. Also: Es musste was getan werden! Und was? Tja, wie fördert man eine solch junge und innovative Branche?

Einen Preis zu verleihen, ist da sicherlich eine etablierte Strategie. Auf jeden Fall preiswerter, als Fördertöpfe zu begründen. Und sie hat auch noch einen moralischen Anstrich: Wir prämieren das, was besonders wertvoll ist. Was auch immer das genau sein mag. Kaum verwunderlich daher, dass das erste Aufeinandertreffen der Jury – ausgerechnet im Kanzleramt – vor zwei Jahren zu einem heißen Abend wurde: Darf auch ein Spiel wertvoll sein, das eine 18er Kennzeichnung trägt? Beim Film wäre die Antwort wohl ein einfaches Ja. Sonst hätte „Inglourious Basterds“ weder einen Oscar noch 7 Mio. Euro staatliche deutsche Filmförderung erhalten dürfen. Aber das ist ja eben ein Film und kein Spiel.

Ob der Vergleich hinkt? Keineswegs. Denn die Gamesbranche erweckt zuweilen ganz energisch den Eindruck, sie wolle es der Filmbranche gleich tun. Vor allem, was die staatliche Förderung betrifft. Doch ich frage mich immer wieder, ob das wirklich alle zu Ende gedacht haben. Denn staatliche Förderung bedeutet vor allem eines: staatlichen Einfluss. Dies beginnt und endet keineswegs bei der Frage, wie viel Gewalt in einem Spiel sein darf. Es bedeutet auf lange Sicht, dass selbst private Geldgeber nur noch dann etwas tun, wenn zuvor der Staat sein okay gegeben hat. Ist das kreative Freiheit? Die Chance für jeden, auch unkonventionelles zu tun? Ich bin mir nicht sicher.

*Thomas Jarzombek ist Mitglied des Deutschen Bundestags und gehört der Jury des Deutschen Computerspielpreises an* ■

Foto: Alexander Sucrow

# Wichtige und richtige Initiative

### Von Norbert Neuß

**In diesem Jahr wird zum dritten Mal der deutsche Computerspielpreis vergeben – die Gesellschaft für Medienpädagogik (GMK) ist seit Beginn in drei Fachjurys sowie in der Hauptjury vertreten.**

Als medienpädagogischer Fachverband begrüßen wir den Deutschen Computerspielpreis aus folgenden Gründen. Computerspiele sind heute Teil der kulturellen Praxis von Jugendlichen und Erwachsenen. Deshalb ist es sinnvoll, sich vorurteilsfrei mit den Spielen, mit ihrer Nutzung und ihrer gesellschaftlichen und individuellen Bedeutung auseinanderzusetzen. Dabei legen wir großen Wert darauf, Computerspiele und Computerspieler nicht pauschal zu beurteilen, sondern sowohl die Qualität der einzelnen Spiele zu bewerten als auch die Settings ihrer Nutzung, denn natürlich gibt es, genau wie es gute und schlechte Filme gibt, auch empfehlenswerte oder unakzeptable Computerspiele. Damit eine ernsthafte Diskussion gelingt, dürfen Spiele und Spieler nicht in eine „Schmuddelecke“ geschoben werden und Spiele und Spielverhalten müssen qualitativ bewertet und wissenschaftlich erforscht werden. Der Deutsche Computerspielpreis ist aus meiner Sicht ein erster Schritt, um positive Anreize für hochwertige und qualitätsvolle Computerspiele zu geben.

Aus meiner Sicht ist die wichtigste Herausforderung beim Deutschen Computerspielpreis die inhaltliche Fundierung der Bewertungskriterien. Da sowohl kulturelle (Computerspiele als Kulturgut), pädagogische (Lerneffekte, Informationseffekte und Schutz von Kindern und Jugendlichen) und ökonomische Ziele (Förderung des Wirtschaftstandorts Deutschland und Unterstützung der Vermarktung einzelner Spiele) verfolgt werden, die mitunter durchaus in einem Widerspruch stehen können, kommen einzelne Ziele mitunter zu kurz.

*Norbert Neuß ist Vorsitzender der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur und gehört für die GMK der Jury des Deutschen Computerspielpreises an* ■

Foto: Friederike Tilemann

# Kulturgut und Kunstform

**Von Linda Breitlauch**

**Der Altersdurchschnitt eines „Gamers“, der mit Computerspielen groß geworden ist, liegt inzwischen bei 36 Jahren. Im Jahre 2008 wurde das Medium Computerspiele als Kulturgut anerkannt, und es wird sicher nicht mehr lange dauern, bis es auch als Kunstform wahrgenommen wird. Dieses interaktive Unterhaltungsmedium hat somit einen selbstverständlichen Platz in der Gesellschaft gefunden.**

Mit der Ausschreibung des „Deutschen Computerspielpreises“ erhielt die Gamesbranche in Deutschland schließlich die entsprechende Würdigung. Doch bei einem von der Öffentlichkeit noch immer durchaus kritisch betrachtetem Medium stehen die Juroren vor der Herausforderung, die sehr unterschiedlichen Qualitäten eines Spiels entsprechend zu bewerten und zu begründen.

Denn Qualität kann nicht nur an dem Thema oder dem Genre eines Spiels festgemacht werden, sondern wird überwiegend erreicht durch Technologie und Innovation, Dramaturgie und Geschichte, Graphik und Design sowie schließlich Steuerung und Gameplay – also der Art und Weise, wie das Spiel gespielt werden kann. Die höchsten Anforderungen bestehen zumeist in der Umsetzung der Interaktionsmöglichkeiten mit der virtuellen Welt. „Anspruch“ deklariert sich bei einem Computerspiel deshalb aus unterschiedlichsten und nicht notwendigerweise offensichtlichen Aspekten. Und auch wenn mit sogenannten „Serious Games“ Computerspiele sogar als Lernmittel genutzt werden können, sind sie in erster Linie ein Unterhaltungsmedium.

Die Juroren haben also in ihrer jeweiligen Kategorien viele Aspekte

Foto: Wolfgang Fröhling

zu begutachten und abzuwägen. Dabei werden die Spiele nicht nur während der Jurysitzungen gespielt, sondern sind den Juroren in der Regel bereits vorher bekannt. Grundlegende Spielprinzipien entfalten sich oft erst nach einer gewissen Spielzeit und um die Geschichte beurteilen zu können, bedarf es oft vieler Stunden Beschäftigung mit dem Spiel. Aspekte wie Zielgruppenakzeptanz, Zugänglichkeit und Budgetrestriktionen fließen ebenfalls in die Bewertung mit ein. In den vergangenen Jahren konnten bereits viele preiswürdige Titel gesichtet und ausgezeichnet werden. Diese Tendenz zeichnet sich auch in diesem Jahr wieder ab: in der Kategorie „Bestes Kinderspiel“ erwarten wir einige sehr interessante und vielversprechende Neuerscheinungen.

*Linda Breitlauch ist Professorin für Gamedesign an der Mediadesign Hochschule für Design und Informatik in Düsseldorf und gehört der Jury des Deutschen Computerspielpreises an* ■

# Akzeptanz gefunden

**Von Stefan Aufenanger**

**Wenn der Deutsche Computerspielpreis nun in das dritte Jahr geht, dann zeigt sich, dass Computerspiele endlich ihre gesellschaftliche Akzeptanz gefunden haben. Dies ist sicherlich nicht einfach gewesen, vor allem auf dem Hintergrund der in der Öffentlichkeit vorgetragenen Kritik an gewalthaltigen Computerspielen und deren unterstellte Wirkung auf Kinder und Jugendliche.**

Dabei hat sich in der konkreten Juryarbeit gezeigt, dass die Diskussionen um die Qualität deutscher Computerspiele sich weniger an solche Aspekte als an Fragen der Spielmechanik, der ästhetischen Gestaltung und natürlich an der eigentlichen Spielidee entzünden. Der Anspruch, pädagogisch und kulturell wertvolle Spiele auszuzeichnen, die darüber hinaus auch noch innovativ sind, ist sicher in der konkreten Entwicklungsarbeit nicht immer umzusetzen. Jedoch zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre, dass die deutschen Spieleentwicklungen Anschluss an internationale Produktionen gefunden haben, auch wenn die Investitionen nicht vergleichbar sind. Manche gute Idee mag da bei dem Publikum nicht ganz angekommen zu sein, wie die ökonomischen Erwartungen gewesen sind. Etwas enttäuschend war beim Deutschen Computerspielpreis die Kategorie „Bestes Nachwuchs-Konzept aus Schüler- und Studentenwettbewerb“. Nicht nur, dass es relativ wenige Einreichungen für den gut ausgestatteten Preis gab, auch die Ideen selbst waren nicht immer überzeugend. Zum Teil wurden traditionelle Spiele einfach weitergesponnen, d.h. eine Geschichte wurde weitererzählt, oder es wurden einfach nur neue Figuren eingeführt. Aber es gab – wenn auch wenige – auch sehr innovative und kreative Ideen, die aktuelle Medientechnologien aufgegriffen haben. Dazu zählen zum Beispiel ein Spiel für ein Multitouchscreen auf einem Tisch, ein Spiel für blinde Menschen oder ein Spiel, welches nur mit schwarz und weiß als Farben arbeitet. Auch wurden Themen aufgegriffen, die sonst in den gängigen Computerspielen kaum zu finden sind, wie etwa Ernährung, Ökologie oder Medienkompetenz. Gerade in dieser Kategorie hätte ich mehr Engagement von Schulen und Hochschulen erwartet, denn so hätten die Vorbehalte von Pädagogen gegen Computerspiele in diesen Bildungseinrichtungen aktiv und kreativ bearbeitet werden können. Aber vielleicht wird es etwas beim nächsten Mal.

*Stefan Aufenanger ist Professor für Erziehungswissenschaft und Medienpädagogik an der Johannes Gutenberg Universität Mainz und gehört der Jury des Deutschen Computerspielpreises an* ■

Foto: Christof Mattes

# Browser und Social Games

**Von Maic Masuch**

**Noch vor wenigen Jahren als Randsparte für Nicht-Spieler belächelt, haben sich Browser und vor allem Social Games inzwischen zu einem der bedeutendsten Genres der Spielindustrie mit monatlichen Wachstumszahlen im zweistelligen Bereich entwickelt. Ein Erfolg, den nicht einmal die Experten vorhergesehen haben. Heute erreichen Social Games wie „CityVille“ in allein einer Woche eine Gemeinschaft von über zehn Millionen Spielern. Ob man nun persönlich Fan solcher Netzwerkspiele ist oder nicht, so muss man sich doch staunend fragen: Wie machen die das?**

Das Konzept ist gleichermaßen simpel wie genial: Statt durch eine innovative Story und ausgefeiltes Gameplay aufzutrumpfen, setzen „CityVille“ und Co. auf ihre soziale Komponente. Und appellieren damit an eines der Grundmotive unseres Menschseins: Dem gängigen Klischée

Foto: privat

des einsamen Kellerkindes wird das strahlende Bild des geselligen, hilfsbereiten – eben sozialen – Social Gamers entgegengesetzt, der zwar im Wettstreit mit seinen Freunden aber eben doch gemeinsam spielt. Anders ausgedrückt: Einer spielt für alle und alle spielen für einen. Als Einzelkämpfer bringt man es hier nicht weit. Durch ihre direkte Anbindung an soziale Netzwerke wie Facebook und StudiVZ entwickeln sich diese Titel in kürzester Zeit zum Selbstläufer. Dabei wird von den Entwicklern fast gänzlich auf explizites Marketing verzichtet, denn dieses übernehmen die Spieler durch Statusmeldungen aus dem Spiel und Einladungen an Freunde einfach selbst. Ein klassisches Schneeball-Prinzip, was nicht zufällig einige Parallelen zur Dot-Com-Blase aufweist.

Frei nach dem Motto „Was mein Nachbar hat, das will ich auch“ wird im nächsten Schritt auf den Wettbewerbs-Sinn der Spieler gesetzt. Wenn also der Freund wieder mal seine Stadt vergrößert hat, dann heißt es schnell mitziehen, um nicht auf der Strecke zu bleiben. Da trifft es sich gut, dass man nur wenig Zeit investieren muss, um sichtbare Erfolge zu erzielen. Dennoch verbringen viele Spieler wesentlich mehr Zeit in den sozialen Netzwerkspielen, als für Casual Games typischerweise zu erwarten ist. Und mit steigender zeitlicher Investition wächst auch die emotionale Bindung. Wenn das eigentlich kostenfreie „CityVille“ den Spieler dann nach den ersten Spielerfolgen höflich darauf hinweist, dass er für einen geringen Unkostenbeitrag noch sehr viel schneller im Spiel aufsteigen könnte, ist dessen Bereitschaft, sich zur Kasse bitten zu lassen, schon deutlich höher als bei klassischen Pay-to-Play-Titeln. Dieses „Free-to-Play, Pay-to-Rise“ ist ein neueres ökonomisches Model, welches schon einige Hersteller zum Umdenken gezwungen hat.

Neben Zynga, dem amerikanischen Marktführer, sind auch deutsche Entwickler wie Bigpoint (DarkOrbit, Seafight) und Gameforge (Galaxywars, OGame) in Sachen Browser und Social Games an vorderster Front mit dabei. Sie haben das Marktpotenzial von Browser Games bereits früh erkannt und sich so einen nicht unwesentlichen Vorsprung gegenüber der internationalen Konkurrenz erarbeiten können. Gameforge bezeichnet sich sogar selbst als weltweit größter unabhängiger Anbieter von Online-Spielen mit einem Umsatz im dreistelligen Millionenbereich in 2009. Dabei muss natürlich berücksichtigt werden, dass hier nicht nur Browser Games, sondern auch MMOGs wie Metin 2 hinzugezählt werden, aber die Zahlen sprechen dennoch für sich.

Was den langfristigen Erfolg von Browser und Social Games angeht, so bleibt dieser abzuwarten. Kaum ein Geschäftsfeld ist so launisch und unvorhersehbar wie der Online-Markt. Klar ist aber, dass es in diesem Spiele-Segment noch viel Potenzial für Entwicklung gibt, nicht nur optisch, sondern auch inhaltlich. Vielleicht werden wir in Zukunft die spannendsten und innovativsten Spiele nur noch online und gemeinsam spielen.

*Maic Masuch ist Professor für Medieninformatik/Entertainment Computing, Abteilung für Informatik und angewandte Kognitionswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen und gehört der Jury des Deutschen Computerspielpreises an* ■

# Junge Industrie

**Von Carsten van Husen**

**Die Hersteller von Computerspielen sind eine junge Industrie, kaum 40 Jahre ist es her, dass die Hersteller früher Videospielkonsolen ihre ersten Schritte im Massenmarkt unternahmen.**

Wer Ende der Sechziger geboren ist, hat alle Konsolengenerationen, es gibt erst deren sieben, persönlich erleben können. Quasi gestern, 1979, brachte der damals 19-jährige Richard Garriott von seinem selbstvertriebenen Rollenspiel „Akalabeth“ noch exakt acht Exemplare an den Mann, die lieferte er auf selbstbespielten Disketten mit selbstgedruckten Anleitungen in Plastikfolie in den örtlichen Computerladen. Jetzt, 2011, sind Rollenspiele eines der mächtigsten Genres einer

Weiter auf Seite 10

**Petra Fröhlich,** Chefredakteurin der Zeitschrift PC-Games

**Dr. Sonja Ganguin,** Erziehungswissenschaftlerin und Medienpädagogin an der Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik

**Heiko Gogolin,** Chefredakteur des Magazins GEE – Games Entertainment Education

**Renate Grof,** Senior Managerin Gamesload & T-Online Spiele, Deutsche Telekom AG

**Jürgen Hilse,** Ständiger Vertreter der Obersten Landesjugendbehörden, USK Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle

**Prof. Dr. Klaus P. Jantke,** Leiter der Abteilung Kindermedien am Fraunhofer Institut für Digitale Medientechnologie (IDMT)

**Thomas Jarzombek,** Unternehmer und Mitglied des Bundestags in folgenden Gremien: Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft, Unterausschuss Neue Medien, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

**Dr. Susanne Keunecke,** Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Philosophische Fakultät, Bereich Kommunikations- und Medienwissenschaft

**Lars Klingbeil,** Mitglied des Bundestages in folgenden Gremien Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft, Unterausschuss Neue Medien, Verteidigungsausschuss, Auswärtiger Ausschuss und Ausschuss für Kultur und Medien

**Heiko Klinge,** Director of Online and New Business bei der IDG Entertainment Media GmbH

**Jürgen Lauffer,** Geschäftsführer der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur

**Prof. Dr. Maic Masuch,** Professor für Medieninformatik/Entertainment an der Universität Essen-Duisburg

**Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow,** Professor für Medienorganisation und Mediensysteme an der Universität Paderborn, Institut für Medienwissenschaft, Medienorganisation und Mediensysteme

**André Peschke,** Chefredakteur Krawall Gaming Network GmbH

**Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring,** Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM)

**Jürgen Schattmann,** Leiter des Referats für Kinder- und Jugendschutz, Medienkompetenz in der Kinder und Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW

**Jimmy Schulz,** Obmann der FDP-Fraktion im Unterausschuss Neue Medien und in der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft

**Dr. Klaus Spieler,** Geschäftsführendes Vorstandsmitglied beim Förderverein für Jugend und Sozialarbeit e.V.

**Dr. Christian Stöcker,** Redakteur im Ressort Wissenschaft Netzwelt, Spiegel Online GmbH

**Carsten van Husen,** CEO Gameforge 4D GmbH

**Jan Wagner,** Geschäftsführer Cliffhanger Productions GmbH

# Reif fürs Museum?

**Computerspiele als ernstzunehmendes Kulturgut mit Geschichte • Von K.-Peter Gerstenberger, Andreas Lange und Klaus Spieler**

**Das Computerspielemuseum ging 1997 aus einer Computerspieleberatung hervor, die als Projekt vom Förderverein für Jugend und Sozialarbeit e.V. Anfang der 1990er Jahre in Berlin gegründet wurde. Hintergrund war das Bestreben, den damals oft negativen öffentlichen Diskursen um Computerspiele auch positive und praktisch verwertbare Informationen entgegenzusetzen wie z.B. eine in Kooperation mit dem Land Berlin herausgegebene pädagogische Empfehlungsliste für Computerspiele.**

**Bereich 2 des Computerspielemuseums Berlin: Die Erfindung des digitalen Spiels** **Foto: Jörg Metzner © Computerspielemuseum**

Die Idee zum Museum entstand aus dem Bewusstsein, dass Computerspiele jedoch nicht nur in pädagogischen Kontexten interessant sind, sondern dass sie die populären Vorboten einer neuen Kulturform sind. Diese nächste Kultur erleben wir schon heute in alltäglichen Routinen, wenn wir uns in physischen und in virtuellen Räumen bewegen und miteinander im Austausch stehen: Navigationsgeräte leiten uns durch unbekannte Städte, Urlaubsgebiete werden vorab per virtuellem Überflug erkundet, das Internet nutzen wir privat und am Arbeitsplatz zur Informationsbeschaffung, Kommunikation, Unterhaltung und Selbstdarstellung. In Computer- und Videospielwelten finden Millionen Spielende in globalen Communities zueinander, ohne sich jemals physisch zu begegnen. Die Möglichkeiten für den Einzelnen, sich einzubringen, haben sich im Vergleich zur modernen Gesellschaft mit ihren Leitmedien Buch und Fernsehen vervielfacht und sind von globaler Dimension.

Für uns sind Computerspiele das Teilhabemedium unserer Zeit. Als Spiele ermöglichen sie uns, zu unseren Wurzeln als Homo Ludens zurückzukehren. Erst durch sie werden wir befähigt, mit den unser Leben schon seit rund 100 Jahren zunehmend bestimmenden medialen Realitäten spielerisch umzugehen und diese nicht nur als kommunikative Einbahnstraße zu erleben. Und als digitale Kulturgüter geben sie uns nicht selten die Möglichkeit, ihre zugrunde liegenden Programmbausteine über das eigentliche Spielgeschehen hinaus zu modifizieren und in andere mediale Kontexte zu überführen.

Historisch gesehen waren Computerspiele die ersten Anwendungen, die es Nicht-Spezialisten ermöglichten, in computergestützten Realitäten zu navigieren und zu interagieren. Doch auch für jeden Einzelnen wird jetzt und in Zukunft der erste Kontakt mit der für unsere Gesellschaft so zentralen digitalen Technologie über Computerspiele hergestellt. Dieser prägende Charakter rechtfertigt nicht nur, sondern erfordert unserer Meinung nach geradezu eine kulturelle Vermittlung des Phänomens.

Daher haben wir konsequenter Weise unsere neue Ausstellung so konzipiert, dass wir möglichst viele kulturelle Facetten des Phänomens in Szene setzen. Historisch beginnen wir bei den vordigitalen Wurzeln der Computerspiele, um dann den Bogen über ihre Erfindung und Kommerzialisierung bis hin zu den neuesten Titeln zu spannen. Die dabei thematisierten kulturellen Aspekte reichen von regionalen Besonderheiten, vermittelt von Experten, die wir rund um den Globus per skype befragt haben, über Simulations- und Lernspiele, Computerspielesport, digitale Warenwirtschaft, Filmproduktionen mit Hilfe von Computerspielen bis hin zur Darstellung eines typischen Produktionsprozesses eines Spiels.

Dabei gehört für uns dazu, auch die negativen Begleiterscheinungen wie z.B. das Thema Abhängigkeit anzusprechen. So sucht die Ausstellung auch Antworten auf die Fragen nach der moralischen Dimension des Computerspiels. Die Entwicklung der „kulturellen Kontrolle“ über ein neues Medium bedeutet auch, dass Gesellschaften lernen, ihre zivilisatorischen Standards gegenüber dem geltend zu machen, was das Medium kann. Es kann immer mehr, als die Gesellschaft sich zumuten lassen möchte. Wir beobachten das an der Kulturgeschichte der Bücher, der Fotografie und des Films. Im Allgemeinen ist die Integration eines Mediums in die Institutionen der Kultur und Bildung ein Indikator für diese gelungene Kontrolle.

Ständige Berater sind uns aus dieser Perspektive internationale Künstlerinnen und Künstler, die sich seit Jahren intensiv mit den neuen digitalen Wirklichkeiten auseinandersetzen. In ihren Werken werden Aspekte der in Szene gesetzten Evolution des Mediums Computerspiel thematisiert. Die Arbeiten begleiten die Besucher – kritisch und humorvoll kommentierend – durch die gesamte Ausstellung. „Medienkunst“ ist in diesem Konzept kein separiertes Genre. Vielmehr ist sie ein permanenter Kommentar zu den Veränderungen unseres Alltags im Zeichen eines geschichtlichen Wandels. „Medienkunst“ (und das Verständnis von ihr) ist selbst work in progress – nicht anders als unser Versuch, individuell wie gemeinschaftlich den „nächsten Schritt“ in der komplexer werdenden Welt zu finden.

Nach den ersten Erfahrungen freuen wir uns, dass unser Konzept aufzugehen scheint. So haben wir in den ersten Tagen viele zufriedene Besucher mit sehr unterschiedlichem Background zählen können. Unser Publikum setzt sich aus allen Generationen zusammen und hat offensichtlich unabhängig von eigener vorhandener oder nicht vorhandener Spielerfahrung das Thema Computerspiele als ein interessantes für sich entdeckt.

Last but not least sei noch auf unsere Sammlungs- und Forschungstätigkeiten hingewiesen, die einen weiteren wesentlichen Bestandteil unserer Arbeit darstellen. Die seit 14 Jahren aufgebaute Sammlung von Spielen, Konsolen, Computern und Druckerzeugnissen gehört zu der größten ihrer Art weltweit. Um den Erhalt zu sichern und zukünftigen Generationen Zugang zum digitalen Erbe zu ermöglichen, sind wir in diversen Forschungsvorhaben aktiv. So entwickelt das Museum in dem Europäischen Forschungsprojekt „keep“ mit drei Nationalbibliotheken Konzepte und Werkzeuge zur Bewahrung digitaler Kulturgüter. Als Mitglied des deutschen Kompetenznetzwerkes zur digitalen Langzeitarchivierung nestor helfen wir u.a. mit der Gründung der AG Emulation auch auf nationaler Ebene mit, unser Wissen um die Bewahrung digitaler Kulturgüter weiterzuentwickeln.

*K.-Peter Gerstenberger ist Mitarbeiter des Computerspielemuseums, Andreas Lange ist Direktor des Computerspielmuseums und Kurator der Ausstellung, Klaus Spieler ist Geschäftsführer der Gameshouse gGmbH. Das Computerspielemuseum ist eine Einrichtung der Gameshouse gGmbH* ■

**Fortsetzung von Seite 9**

## Artikel van Husen

Milliardenindustrie – und Garriott ist noch immer im Geschäft. Nur, dass er jetzt eben „Social Games“, Spiele für das Facebook-Netzwerk, erschafft – anstelle der Offline-Rollenspiele früherer Tage. Schon an der Karriere dieses einen Mannes, der von offline-Rollenspielen zu Online-Rollenspielen zu Social Games gegangen ist, sieht man ein Abbild der Dynamik dieser Branche.

Das ist Fluch und Segen. Dieser junge Zweig der Kreativwirtschaft, dessen Vitalität von außen oft bestaunt wird, hat in seiner Lebensspanne schon ähnlich viele Krisen und Revolutionen meistern müssen wie die Filmbranche, obwohl Letztere viel älter ist. Bis vor kurzem waren die klassischen Spieleboxen im Handel der Umsatzgarant; dann scherten die Online-Spiele auf die Überholspur aus. Dann kamen als Unterpunkt der klassischen Online-Spiele die „Social Games“ und brachten wieder neue Akteure in die Branche – Social Games-Gigant Zynga wurde erst 2007 gegründet.

Und heute? Heute ist alles mobil. Apple ist ein neuer Player im Markt – und hat doch schon auf seinen Plattformen Milliarden von Spielen (und Spielchen) verkauft. Sony und Nintendo bringen neue Handheld-Konsolen, um ihren Teil des mobilen Kuchens zu verteidigen; es ist aus einer Nische ein volatiler Teilmarkt entstanden, der stationären Spielen auf PC und Konsole zwar in Sachen Umsatz noch lange nicht das Wasser reichen kann, der aber schon einen großen Teil der Spielzeit der User mit Beschlag belegt.

*Carsten van Husen ist CEO von Gameforge 4D und gehört der Jury des Deutschen Computerspielpreises an* ■

**Foto: Gameforge AG**

**STREITFALL COMPUTERSPIELE:**

COMPUTERSPIELE ZWISCHEN KULTURELLER BILDUNG, KUNSTFREIHEIT UND JUGENDSCHUTZ

Hg. v. Olaf Zimmermann
und Theo Geißler.
140 Seiten,
ISBN 978-3-934868-15-1,
ISSN: 1865-2689,
Preis: 9,00 Euro
(+ 2,50 Euro für Porto und Verpackung)

**2. überarbeitete und erweiterte Auflage**

**Zu bestellen beim Deutschen Kulturrat, post@kulturrat.de oder im Online-Shop unter www.kulturrat.de**

**BUNDESWEITER AKTIONSTAG AM 21. MAI 2011**

An diesem Tag werden Aktionen, Veranstaltungen, Ausstellungen, Lesungen, Konzerte, Tage der offenen Tür, Demonstrationen und vieles andere mehr stattfinden.

**KULTURSTIMMEN.DE**

# Vom Schweigen befreit

**Aufbruch und Kulturpolitik in der arabischen Welt • Von Christine M. Merkel**

**Seit Jahresanfang haben die breiten Protestmobilisierungen in der arabischen Welt weltweit Aufmerksamkeit erregt. Vor allem Tunesien und Ägypten prägten wochenlang die Nachrichten. Der Mehltau der Angst scheint gewichen. Ein verändertes Selbstbewusstsein artikuliert sich öffentlich, Handy-Videos und Blogs zirkulieren.**

Dies ist ein guter Zeitpunkt, um ein bemerkenswertes Buch vorzustellen, das seit Ende 2010 auf Englisch und Arabisch vorliegt: Cultural Policies in Algeria, Egypt, Jordan, Lebanon, Morocco, Palestine, Syria and Tunisia. An Introduction, herausgegeben von der NGO Culture Resource (Al Mawred Al Thaqafy, Kairo/Ägypten), der Europäischen Kulturstiftung (Amsterdam) and Boekmanstudies (Niederlande).

Erstmalig gibt es damit spezifisch kulturpolitische Profile über Algerien, Ägypten, Jordanien, den Libanon, Marokko, Palästina, Syrien und Tunesien. Der Band bietet einen systematischen regionalen Überblick über die Kulturlandschaften des Mashrek und des Maghreb. Jede Länderstudie analysiert die Rolle der Regierung in der Kulturpolitik, den Stand der Gesetzgebung und vor allem die Kulturpraxis. Dieser Grundstock soll die Zusammenarbeit in der Region und international unterstützen und das Know How für kulturelle Teilhabe erweitern.

Diese Initiative ist Ausdruck der Dynamik der Kulturszene in der arabischen Welt. Eine Generation international mobiler und vernetzter Künstler und Kulturakteure schafft neue Möglichkeiten und Orte für Kunst und Kultur in der Region. Internationale Kunstexperten und -händler zeigen wachsendes Interesse an der zeitgenössischen arabischen Kunstproduktion. Ein im weiteren Sinne unabhängiger Kultursektor ist im Entstehen. Seit den 1990er Jahren gibt es ein verstärktes Engagement der Zivilgesellschaft für Kunst und Kultur. Damit stellen sich sowohl für Regierungen als auch für unabhängige Kulturoperateure neue Fragen.

Auf leisen Sohlen hatte dieses kulturpolitische Projekt 2005 begonnen: Die ägyptische NGO „Kultur Ressourcen“ (Al Mawred Al Thaqafy), die damals bereits seit mehreren Jahren arabische Kulturmanager in der ganzen Region aus- und fortbildete, erkannte die Notwendigkeit, vier Referenzwerke über Kulturmanagement, zu Kunstmanagement nach den Umbrüchen in Osteuropa, Strategischer Planung und unternehmerischem Kunstmanagement ins Arabische zu übersetzen. Drei Jahre später zeigte sich jedoch immer deutlicher, dass Kulturmanagement und Fortbildungen alleine nicht ausreichen. Vor allem unabhängige Kunstinitiativen und die kulturell aktive Zivilgesellschaft brauchen eine klare analytische Landkarte des kulturellen und politischen Geländes, in dem sie unterwegs sind. Sie brauchen die Befähigung zur Analyse kultureller Bedarfe und zur Identifizierung von Stärken und Schwächen, um Prioritäten setzen zu können.

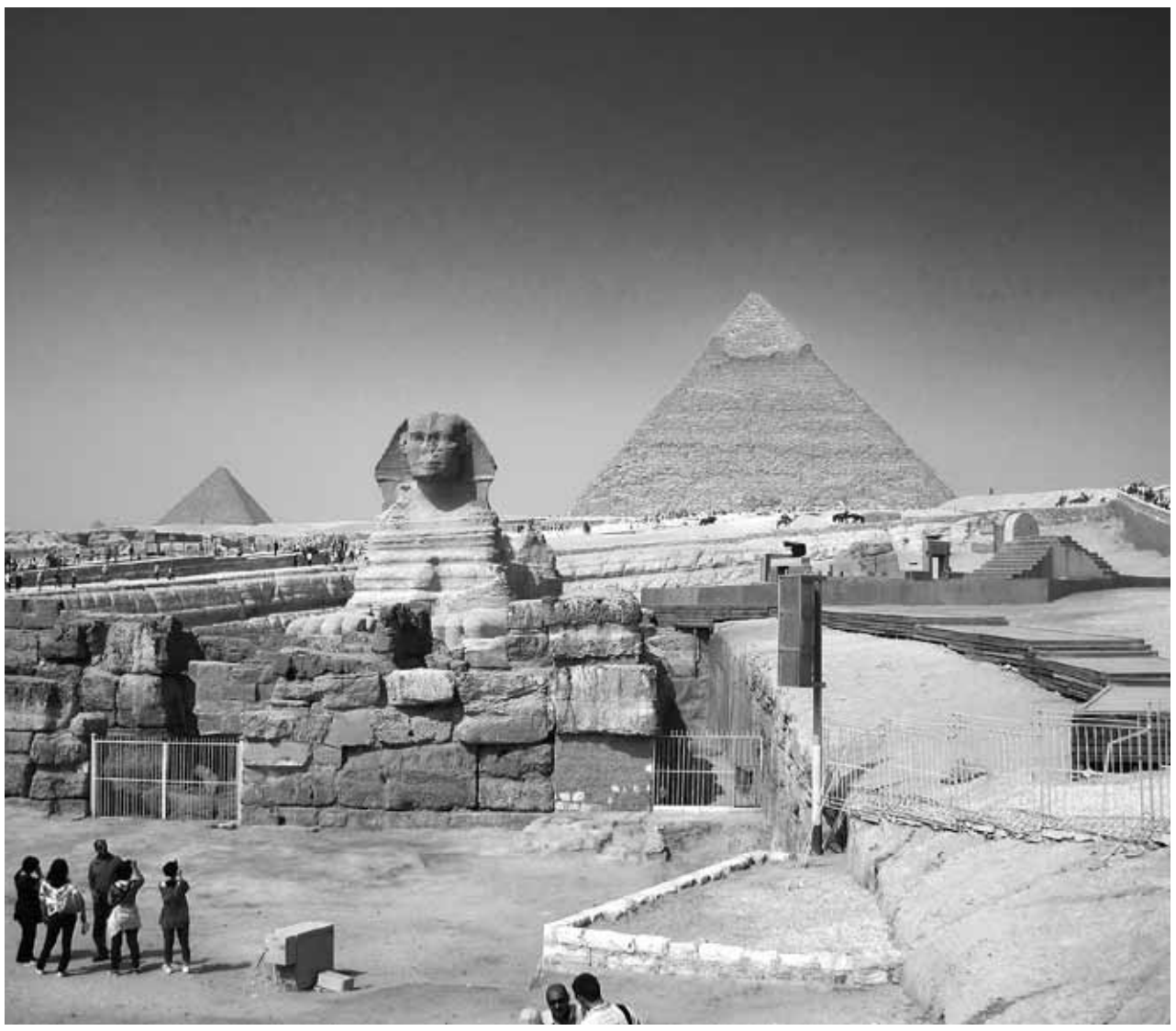
Basma El Husseiny, Direktorin von Al Mowred Al Thaqafy, ergriff Anfang 2009 die Initiative zu einem ersten systematischen Forschungsüberblick über Kulturpolitik, Gesetzgebung und den tatsächlichen Stand von Kulturpraxis im Libanon, in Syrien, Jordanien Palästina, Ägypten, Algerien, Tunesien und Marokko. Selbst Theaterregisseurin, Drehbuchautorin, Kunstkritikerin und Mitinitiatorin des Arab Fund for Arts and Culture, schöpft Basma El Husseiny aus über zwanzig Jahren Erfahrung mit unabhängigen Kunstprojekten und Kulturorganisationen in der arabischen Welt, u.a. auch als ehemalige Programmreferentin für Medien, Kunst und Kultur der Ford-Stiftung im Nahen Osten und Nordafrika und als Arts Managerin des British Council in Ägypten.

Durch eine offene Ausschreibung wurde ein Team von 14 arabischen Forscherinnen und Forscher für die acht Länderprofile identifiziert. Als erstes machte sich diese Gruppe in einem Training mit der Methodik der kulturpolitischen Länderexamen und des jährlich aktualisierten Kompendiums vertraut, die vom Europäischen Institut für vergleichende Kulturforschung und dem Europarat entwickelt wurde (mehr unter http://www.culturalpolicies.net). Das Forscher-Team passte den dort benutzten Vergleichsrahmen so an, dass wesentliche Rahmenbedingungen von Kunst und Kultur in den arabischen Ländern damit strukturiert erfasst werden konnten.

Für Hanan Hajj Ali, Schauspielerin, Biologie- und Theaterlehrerin, und Forschungskoordinatorin des Projekts, pendelt Kulturpolitik in der Arabischen Welt zwischen zwei Polen: Vom totalitären Ansatz, bei dem der Staat alle kulturelle Aktivität monopolisiert, vom Entwurf über die Finanzierung bis hin zur Ausführung, bis hin zu einem eher demokratischen Ansatz, der die Grundfreiheiten als Basis akzeptiert und dadurch künstlerische und kulturelle Innovation zulässt. In den meisten arabischen Ländern überwiegt derzeit der totalitäre Ansatz.

Hajji Ali konstatiert drei Hauptmerkmale der Kulturpolitik in der Arabischen Welt:

- Kulturpolitik bleibt Theorie, sie führt nicht zu einer praktisch integrierten Planung;
- Kulturpolitik bleibt auf die offiziell genehmigten Möglichkeiten beschränkt; es gibt keine allgemein verbindlichen Regeln und Planungen, die längerfristigen Wandel und Entwicklung ermöglichen;
- Kultur wird der Politik untergeordnet. Dies führt zu Begriffen wie „nationale Arabische Kultur“, Kultur der nationalen Identität, Islamische Kultur, Widerstandskultur, Kultur der Regierenden Partei u.a., anstatt (Kultur-)Politik in den Dienst der kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung zu stellen.



**Ägypten: attraktives Ziel für Touristen** **Foto: Kristina Bremer**

Anfang 2010 hatten die Autoren und Autorinnen Erstfassungen der insgesamt acht Länderprofile erstellt. Diese wurden einem Peer-Review durch arabische und europäische Experten (Tandems) unterzogen. Die erste regionale Fach-Konferenz zur Kulturpolitik in der arabischen Region erlaubte eine kritische und vergleichende Gesamtdiskussion (mehr dazu unter http://www.mawred.org/en/services/cultural-policies/157-conference (Beirut, 7-8 Juni 2010).

Fünfzig Jahre nach der Entkolonialisierung, in deren Zuge die meisten arabischen Staaten Kulturministerien einrichteten, mit der Erfahrung von dreißig Jahren Kulturkampf („culture wars“, Samia Mehrez) vor allem in Ländern wie Ägypten, Marokko und Tunesien, in denen Integristen Künstler und Kulturpolitik angriffen, um das jeweilige Regime vorzuführen und sich selbst als die Garanten von Moral und „wahren“ Werten zu stilisieren, legt dieses Projekt eine ernsthafte Basis für neue Fragen und für mögliche Antworten zur kulturpolitischen Rolle und Verantwortlichkeit arabischer Regierungen und der Zivilgesellschaft.

*Die Verfasserin ist Leiterin des Fachbereichs Kultur, Memory of the World der Deutschen UNESCO-Kommission und der Kontaktstelle für das UNESCO-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksweisen. Seit Mai 2010 ist sie Vorsitzende des Lenkungsausschusses Kultur des Europarats* ■

**Zum Weiterlesen:** Cultural Policies in Algeria, Egypt, Jordan, Lebanon, Morocco, Palestine, Syria and Tunisia. An Introduction. Jointly published by Culture Resource (Al Mawred Al Thaqafy), the European Cultural Foundation and Boekmanstudies, October 2010 http://www.eurocult.org/activities/publications sowie http://www.mawred.org/en/services/cultural-policies, hier findet sich u.a. die arabische Ausgabe als Download

# „Das Wunder vom Nil“

**Gabriele Schulz im Gespräch mit Reinhard Baumgarten**

***politik und kultur:*** Herr Baumgarten, Sie waren fünf Jahre Hörfunkkorrespondent in Kairo. Wenn Sie zurückblicken, wie unterscheidet sich die Situation heute von der vor einigen Jahren?

**Reinhard Baumgarten:** Ich bin ins gleiche Land gereist, aber habe ein neues Volk kennengelernt. Ich habe gesehen, dass unter diesem bleiernen Mantel aus Bevormundung, Fremdbestimmung und Angst mutige Menschen gelebt haben. Ich habe unglaublich viel Zivilcourage erlebt. Die Ägypter haben in der größten Not, als sie Plünderern und Verbrechern ausgeliefert waren, weil die Polizei sie im Stich gelassen und gleichzeitig die Gefängnistore geöffnet hat, den Sinn fürs Gemeinwohl entdeckt. Sie haben sich schnell und auf eine kaum für möglich gehaltene Weise organisiert, Bürgerwehren gebildet und sich selbst verteidigt. Auch wenn's kitschig klingt: Ich möchte das, was hier in der ersten Februarhälfte geschehen ist, als das Wunder vom Nil bezeichnen. Unzählige Ägypter haben unter dem Regime gelitten. Es gab genug offene Rechnungen. Von den Demonstranten ging zu keiner Zeit Gewalt aus. Wann immer jemand aggressiv zu werden drohte, schritten andere Demonstranten ein und riefen zur Friedfertigkeit auf.

***puk:*** Was meinen Sie, wird die Demokratiebewegung auch Auswirkungen auf Kunst und Kultur in Ägypten haben?

**Baumgarten:** Davon bin ich felsenfest überzeugt. Diese 18 Tage auf dem Tahrir-Platz und deren friedlicher Ausgang wird Dichter und Künstler beflügeln. In diesen Tagen ist viel Kreativität aufgeblitzt. Auf dem Tahrir campierten Sänger, Maler und Schriftsteller neben Muslimbrüdern, Bloggern und Computernerds. Sie alle haben zusammen etwas Unglaubliches erreicht. Das wird sich in Kunst und Literatur niederschlagen.

***puk:*** Welche Bedeutung haben die sozialen Netzwerke wie Facebook für Meinungsfreiheit? Entsteht dadurch so etwas wie Pressefreiheit?

**Baumgarten:** Die neuen Medien sind enorm wichtig. Nicht ohne Grund hat das Regime das Internet gesperrt und die Mobilfunknetze abschalten lassen. Ich würde deswegen aber nicht von einer „Facebook-Revolution“ sprechen. Die modernen Medien haben es natürlich vor allem anfangs ermöglicht, dass schnell große Massen mobilisiert werden konnten. Die modernen Medien sorgen dafür, dass Informationen auf sehr vielfältigen Wegen ihre Empfänger erreichen. Autokraten werden es immer schwerer haben, die Leute für dumm zu verkaufen.

***puk:*** Welche Rolle spielt Al Jazeera im Moment in Ägypten und im arabischen Raum?

**Baumgarten:** Die Satellitenkanäle haben eine wichtige Rolle gespielt. Weniger für die Demonstranten, aber für die Weltöffentlichkeit. Es ist einfach unglaublich wichtig, dass Augenzeugen da sind, die das Geschehen weitergeben. Vielleicht wäre die ägyptische Revolution sonst in einem Blutbad geendet. Al Jazeera wurde ja sogar verboten und die Büroräume wurden verwüstet. Zwei, drei Tage lang wurde regelrecht Jagd auf ausländische Journalisten gemacht.

***puk:*** Müssen wir unsere Berichterstattung und Auseinandersetzung mit den Entwicklungen im Nahen Osten noch einmal überdenken?

**Baumgarten:** Das sollten wir wirklich. Eine der ersten Fragen, die an uns Journalisten vor Ort aus Deutschland herangetragen wurde, war: Welche Gefahren birgt dieser Volksaufstand, droht eine islamistische Diktatur etc. Viele Journalisten, Politiker und Experten im Westen sehen im Nahen Osten nur ein Pulverfass, an dem die brennende Lunte immer kürzer wird. Mir ist in diesen Revolutionstagen in Kairo sehr aufgefallen, dass diese angstbesetzte Wahrnehmung fast schon paranoide Züge angenommen hat. Der Nahe Osten ist ein schwieriges Pflaster. Aber die Führungen im Westen haben viel zu lange kritiklos und fraglos auf Autokraten in den arabischen Ländern gesetzt. Über Jahrzehnte ist hier sehr viel intellektuelles und künstlerisches Potential unterdrückt worden. Länder wie Ägypten, Tunesien, Algerien oder Sudan sind deswegen heute in einer schwierigen Lage. Ich hoffe einfach aus ganzem Herzen, dass diese bleiernen Zeiten hier wirklich zu Ende gehen und sich florierende Zivilgesellschaften bilden können.

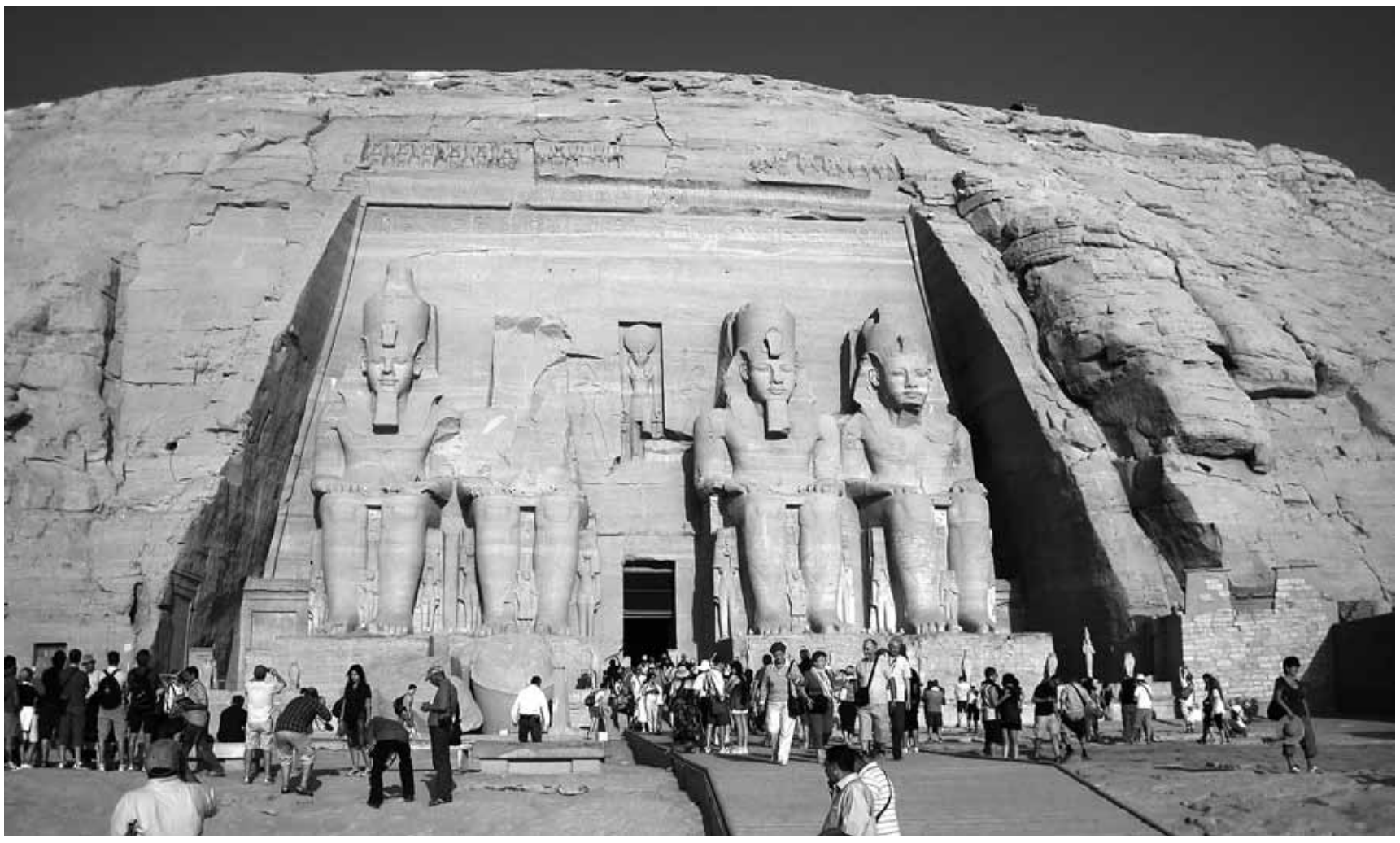
***puk:*** Vielen Dank für das Gespräch.

*Reinhard Baumgarten war von 2001 bis 2006 als ARD-Hörfunkkorrespondent in Ägypten tätig. Danach war er in der Redaktion Religion beim SWR unter anderem für das Islamische Wort verantwortlich. Im Februar 2011 war er erneut als ARD-Hörfunkkorrespondent in Kairo. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates* ■

# Weltweit erfolgreich gewaltfrei?

## Konflikt und Kultur in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik • Von Rainer Nolte

**Seit dem „Internationalen Jahr 2000 für eine Kultur des Friedens“ der Vereinten Nationen, seit der „Konzeption 2000“ des Auswärtigen Amtes für die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) und seit der Afghanistan-Kontroverse reflektieren alle Mittlerorganisationen Zusammenspiel und Entgegenwirken von „Konflikt“ und „Kultur“, denn die deutsche Außenpolitik versteht sich als Friedenspolitik. Das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) ist satzungsgemäß sowohl der Friedensförderung als der Kultur verpflichtet; im ifa stellt „zivik“ – zivile Konfliktbearbeitung – das umfangreichste Einzelprogramm dar. Es feiert im kommenden März sein zehnjähriges Bestehen.**



**Ägypten: Anziehungspunkt für Touristen** **Foto: Kristina Bremer**

Gewaltsam ausgetragene Konflikte im internationalen Rahmen haben sich seit Beginn der 1990er Jahre verändert: In „zerfallen(d)en Staaten“ finden „Neue Kriege“ meist zwischen nichtstaatlichen Akteuren und mit einer Vielzahl von Konfliktthemen statt; schwer zu vereinbarende Interessengegensätze bilden einen „Konflikt“, das gewaltsame Austragen wird zur „Krise“. Ziel von Konfliktbearbeitung und Krisenprävention ist die Eindämmung oder der Ausschluss von Gewalt. Das 1993 vorgestellte Konzept der „Mehrebenen-Diplomatie“ erkennt zivilgesellschaftliche Akteure als unverzichtbare Friedenskräfte in komplexen Krisen an; weltweit entwickeln sich Teile der Friedens- und Konfliktforschung zu einer Konfliktbearbeitungs-Wissenschaft. – Zwei UN-Resolutionen Ende der 1990er Jahre rufen dazu auf, eine „Kultur des Friedens“ zu entwickeln, die sich mit Hilfe von friedensförderlichen Wertvorstellungen, Einstellungen, Verhaltens- und Lebensweisen entfalten ließe. Die UN bekräftigen im zugehörigen Aktionsprogramm die Rolle der UNESCO bei der Entwicklung dieser „Kultur des Friedens“. „Mehrebenen-Diplomatie“, UN und UNESCO öffneten somit den Handlungsraum für zivile Konfliktbearbeitung und führten Akteure der Kultursparten als potenzielle Friedenskräfte auf die weltpolitische Bühne. Die „Konzeption 2000“ des Auswärtigen Amtes richtet in der Folge einen Fokus der AKBP auf kulturelle Programmarbeit als „Krisenprävention“.

Zwischen den Referenzsystemen der Konfliktbearbeitung/Krisenprävention und denen der kulturellen Programmarbeit gibt es eine paradigmatische Differenz. In der Afghanistan-Debatte rufen Politiker nach Aufstockung des zivilen Aufbaus und nach Kultur als „soft power“, auch und gerade im „nation building“; dabei gewinnen besonders Beiträge zum Aufbau des Bildungswesens, freier Medien und des kulturellen Lebens, gelegentlich auch eine für die Konfliktregion symbolhafte künstlerische Einzelproduktion (Film, Theater) die wichtige politische Sichtbarkeit im Inland. Auch wenn der Politologe Jochen Hippler davor warnt, dass „die Kultur“ die heiße Kartoffel des vorherigen Scheiterns von Militärintervention und Entwicklungsprojekten zugeschoben bekomme, erheben Kulturakteure dessen ungeachtet munter – und mitunter groteske – Geltungs- und Wirksamkeitsansprüche, so als sei Scheitern keine für sie relevante Kategorie. Die Vermessung der paradigmatischen Differenz beginnt gerade erst.

Die Hoffnung der Praxis beruht in der AKBP auf Austausch und Begegnung und auf der Kulturprogrammarbeit, also auf Konfliktbearbeitung und Friedensförderung durch kulturelle, künstlerische Aktionen, durch ästhetische Rezeption und Produktion. Durch sie sollen Freiräume entstehen, konfliktbelastete Erfahrungen Ausdruck finden, die Integration innerhalb multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften wachsen und soziale Abschottungen aufbrechen, neben dem Aufbau kultureller Infrastrukturen und der kulturellen Bildung. – Allerdings bleiben die Voraussetzungen dieser Ansprüche ungeklärt und die Hauptfrage unbeantwortet, ob und wie Kulturprojekte überhaupt wesentliche Akteure aller Konfliktseiten erreichen und nicht nur einer – und mit welchen Wirkungen.

Eine auch quantitative Sonderrolle innerhalb der Kulturarbeit nehmen Formen des Theaters ein, die auf Brechts Theorie der Lehrstücke gründen und besonders durch Augusto Boal vielfältig weiterentwickelt wurden. Speziell sein „Theater der Unterdrückten“ wurde von der UNESCO als „Method of Social Change“ anerkannt. Diese Zuschreibung verdeutlicht die unterschiedlichen Zielsetzungen von kultureller Programmarbeit und von ziviler Konfliktbearbeitung.

Die erstgenannte zielt auf kulturelle und ästhetische Rezeption und – professionelle – Produktion; Beitrag zum sozialen Wandel ist eine ein Projekt möglicherweise rechtfertigende Hoffnung. Sozialer Wandel hingegen ist in der professionellen Konfliktbearbeitung absichtsvoll, planmäßig und wirksam anzusteuerndes Ziel; kulturelle Aktionen und ästhetische Produktionen können dabei ein Instrument sein. Dieses Ziel beinhaltet – besonders im internationalen Rahmen und bei gewaltsamen Konflikten – ausgearbeitete Konflikt- und Akteursanalysen, die Unterstützung von Friedenskräften („peace constituencies“), die Reflexion auf soziale Reichweite und Transfers in weitere Milieus (z.B. von „Track 3 – Basis der Zivilgesellschaft“ in „Track 2 – einflussreiche Personen“), die Arbeit mit Schlüsselakteuren, auch und gerade, wenn es sich um Störenfriede („spoilers“) der Konfliktbearbeitung handelt, das Zusammenführen von Konfliktparteien, und vor allem die Anerkennnung der „ownership“ eines Konflikts bei den Akteuren auf lokaler oder regionaler Ebene sowie eine langfristige Perspektive, die die einer Film- oder Theaterproduktion deutlich übersteigt. Vor allem die Wirksamkeitserwartungen werden in der zivilen Konfliktbearbeitung „anspruchsvoll“ betrachtet. Alles zusammen resultiert in einer reflexiven „do no harm“-Ethik seitens intervenierender Akteure.

Vor allem die Einsicht in die Unmöglichkeit einer zutreffenden Konfliktanalyse („Widerspenstigkeit des Konflikts“) hat die Konfliktbearbeitung zu einem „systemischen Ansatz“ für Analyse, Perspektive auf und Hypothesen über einen Konflikt sowie für einen systemische Handlungsrahmen für langfristig angelegten sozialen Wandel geführt. Dabei könnte die Erfassung eines „komplexen Ganzen“ eine bislang vernachlässigte Gemeinsamkeit zwischen systemischer Haltung und ästhetischer Kompetenz sein. Daniela Körppen and Beatrix Schmelzle betonen „integrated and holistic approaches to peacebuilding underline the need for complementarity between security-related, political, socio-economical and cultural factors“ (http://www.berghof-handbook.net/documents/publications/dialogue6_introduction.pdf). „Kultur“ ist einer der beitragenden Faktoren in einem Konfliktgeschehen und für Konfliktbearbeitung; welche Rolle aber ästhetische Produktion als Ziel kultureller Programmarbeit in einem systemischen Handlungsrahmen einnehmen kann, ist bislang an keinem Beispiel durchbuchstabiert.

Eine grundlegende Haltung systemischer Konfliktbearbeitung ist „Arbeit am Konflikt“. Die ihr gegenübergesetzte „Arbeit im Konflikt“ stellt für Konfliktbearbeiter einen Kunstfehler dar, weil der Friedensakteur Teil des zu wandelnden Systems wird. Er soll als „Coach“ nicht das Spielfeld betreten, sondern beobachten, nach welchen Regeln der Konflikt abläuft. Für viele aktuelle Beispiele der kulturellen Programmarbeit im Rahmen der AKBP beschreibt „Arbeit im Konflikt“ allerdings die Realität: Projekte finden in einem Konfliktkontext und in einer Konfliktregion statt und/oder haben den Konflikt zum Thema. Das qualifiziert sie noch nicht zur Konfliktbearbeitung oder Krisenprävention.

Daniel Barenboim sagte über das „West-Eastern Divan Orchestra“, dass die Musik Beziehungen stifte, aber nicht die Probleme des Nahen Osten löse. Immerhin: Symbole der Sehnsucht nach Frieden können nicht scheitern.

Das Förderprogramm „zivik“ (Zivile Konfliktbearbeitung) des Instituts für Auslandsbeziehungen hat mit Mitteln des Auswärtigen Amtes seit 2001 mehr als 600 Friedensprojekte in rund 50 Ländern weltweit mit insgesamt über 40 Millionen Euro begleitet und unterstützt. Es werden Projekte von Organisationen gefördert, die im Unterschied zu staatlich gesteuerten Maßnahmen einen zivilgesellschaftlichen Beitrag zu internationalen Friedensbemühungen leisten. Dies geschieht in Abgrenzung zu entwicklungspolitischen Maßnahmen sowie zu Projekten mit überwiegend humanitärem, menschenrechtlichem und demokratieförderndem Charakter. Vielmehr ist die Förderung auf konkrete Konfliktkontexte und die in ihnen brennenden politischen Fragen ausgerichtet; sie zielt auf eine friedliche Dialogkultur im Rahmen von gewaltgefährdeten Auseinandersetzungen. Die direkte Auseinandersetzung zwischen Konfliktparteien genießt hierbei besonderes Interesse. Projekte werden in Regionen, in denen der Staat restriktiv auftritt, ebenso gefördert, wie in Ländern, in denen staatliche Strukturen fehlen. Die Unterstützung ist so angelegt, dass kurzfristige Projekte mit Blick auf sich rasch ändernde Konfliktsituationen und unter Einbeziehung von Konfliktbetroffenen flexibel geplant und umgesetzt werden können. Im Vordergrund steht dabei der notwendige Verzicht auf Gewalt. Bei den meisten Projekten handelt es sich um Dialog- und Trainingsmaßnahmen in Methoden und Verfahren der gewaltfreien Konfliktbearbeitung. Schwerpunkte der Projektförderung liegen in Zentral- und Westafrika, im Nahen Osten, im Kaukasus und in Südostasien. Die Projekte finden in einem Spannungsbogen statt – zwischen der Etablierung eines sicheren Umfeldes für weitere soziale Entwicklungen und präventiven Maßnahmen, bei denen kleine Anzeichen für Spannungen früh erkannt, bewusst thematisiert und aufgefangen werden, noch bevor es zu Gewaltausbrüchen kommt.

*Der Verfasser ist Leiter der Abteilung „Dialoge“ des Instituts für Auslandsbeziehungen e.V. und hat das Programm zivik entwickelt* ■

# Mommert meint

Wenn es um Gebühren geht, melden sich ARD und ZDF immer ganz schnell und heftig zu Wort und unterstreichen ihren Informationsauftrag für die Gesellschaft, den sie nur so öffentlich finanziert erfüllen könnten. ARD und ZDF sind natürlich keine Nachrichtensender im Vergleich etwa zu n-tv oder CNN, aber die ARD ist zum Beispiel auch kein reiner Talkshow-Sender, auch wenn die „Anstalt“ auf dem besten Weg dazu ist. Wenn sich aber das Flaggschiff der ARD-Talkshows mit Anne Will dazu hergibt, auf dem ersten Höhepunkt der Krise in Ägypten, die den ganzen Maghreb-Raum am Mittelmeer umstürzen kann, über einen Herrn Guttenberg zu diskutieren, ist für einen öffentlich-rechtlichen Sender erklärungsbedürftig. Es war eine mehr als armselige Entscheidung der Redaktion, die den bereits wieder öffentlich geäußerten Verdacht der Schlafmützigkeit (FAZ) und offenbar zu gut versorgten Journalisten neue Nahrung gegeben hat – zu Recht. Und eine Frauenquote ist da auch kein Allheilmittel, wie man im ARD-Fall ja sieht, weil bereits erfüllt – Anne Will hatte hier das letzte Wort und hätte sich verweigern müssen, bei dem sich anbahnenden größten Umsturz seit dem Fall der Berliner Mauer über die Vor- und Nachteile eines Herrn von Guttenberg zu reden. Da hat Frau Merkel schon recht mit ihrem Veto gegen ihre voreilige Ministerin mit unrealistischen weil nicht zu Ende gedachten Vorschlägen, meint Mommert.

*Wilfried Mommert* ■

# Es gibt nichts Gutes, außer man tut es

**Zur Europäischen Kulturpolitik • Von Jan Runge**

**In Brüssel wird seit Jahren eine kulturpolitische Strategie für die Europäische Union entwickelt. Das ist gut, denn die Künstler und die Kulturschaffenden in den Mitgliedsstaaten werden von einem stärkeren kulturellen Bewusstsein in Brüssel profitieren. Der Deutsche Kulturrat hat diese Entwicklung oft analysiert und die Europäische Kommission ermahnt, auf die Kulturverträglichkeit der Handlungen aller Ressorts zu achten und zivilgesellschaftliche Akteure stärker in die Politikgestaltung einzubeziehen. Diese Forderungen sind wichtig, da Kultur vermehrt als Treiber diverser gesellschaftspolitischer Ziele wirkt. Diese Funktion wird in Brüssel erkannt und gefördert und sollte von den Kulturverbänden kritisch begleitet werden. Gleichzeitig gilt aber: Die deutschen Kulturverbände müssen stärker am politischen Geschehen in Brüssel teilnehmen und sich Gehör verschaffen. Nur so kann die eingeforderte Kulturverträglichkeit gewährleistet werden. Wie heißt es doch? „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“.**

Aber zuerst: Benötigen wir überhaupt eine europäische kulturpolitische Strategie? Eine Gegenfrage: Was wäre, wenn es sie nicht gäbe? Wichtige Entscheidungen, die in Brüssel getroffen werden, beeinflussen die Zukunft von Künstlern, Kulturschaffenden und kulturellen Institutionen in Deutschland. Das fängt beim Urheberrecht und beim Steuerrecht an und geht über die Regulierung von audiovisuellen Mediendiensten bis hin zur Netzneutralität. Deshalb ist es notwendig, dass man sich in Brüssel für Kunst und Kultur interessiert und Verständnis für die Potentiale, Besonderheiten und Bedürfnisse dieser Bereiche entwickelt.

Des Weiteren: Das Leben in Europa wurde über Jahrhunderte durch den Austausch von Ideen und Kulturgütern geprägt. „Noch bevor Europa wirtschaftlich geeint war oder aufgrund von Wirtschafts- und Handelsinteressen Gestalt annahm, war es eine Kultur, die alle europäischen Länder einte. Die schönen Künste, Literatur, Musik – sie sind die Klammer, die Europa zusammen hält“. So zitiert die Europäische Kulturagenda Dario Fo. Wenn die europäische Kulturpolitik gemeinsame Werte sowie die kulturelle und sprachliche Vielfalt Europas schützt und fördert, kommt das dem kulturellen Leben in den Mitgliedsstaaten zu Gute. Ohne zentrale Koordinierung hätten die Mitgliedsstaaten keinen starken Beitrag zum Inkrafttreten des UNESCO-Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen leisten können – ein Meilenstein, um die kulturellen Ausdrucksformen weltweit vor der Marktdynamik des internationalen freien Handels zu schützen. Diese gemeinsame Interessenvertretung ist auch zukünftig von Bedeutung.

Zum Dritten gibt es andere Gründe für die Entwicklung einer europäischen Kulturpolitik. Das „Projekt Europa“ steht an einem Scheidepunkt. Der Integrationsprozess kann nur durch eine stärkere Identifizierung der Bürger mit Europa voranschreiten. Eine Besinnung auf kulturelle Gemeinsamkeiten kann dies gewährleisten. „Niemand verliebt sich in den Binnenmarkt“, sagte Jacques Delors. Dies ist ein Schlüsselsatz für das kulturpolitische Engagement der EU.

Wie steht es vor diesem Hintergrund mit dem eigentlichen Umsetzungsprozess der europäischen Kulturagenda? Und wie ist es um die Interessen der deutschen Kulturverbände bestellt? Bei der Lektüre der EU-Pläne, die im *puk*-Artikel „Wo geht's hin mit der europäischen Kulturpolitik“ von Kristin Bäßler in der letzten Ausgabe analysiert werden, wird deutlich: Kunst und Kultur sollen helfen, die „Strategie Europa 2020 für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ umzusetzen.

Um das zu erreichen, hat sich die Generaldirektion Bildung und Kultur mit den externen Effekten von Kultur beschäftigt. In einer Reihe von Studien wurden die Auswirkungen von Kultur auf die Arbeitsmarktentwicklung, die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovationsfähigkeit und die Regionalentwicklung positiv beurteilt. Dies hat zu einem starken Interesse anderer Politikressorts für die Potentiale der Kultur geführt – die Generaldirektionen für Unternehmen und Industrie, Forschung und Innovation, Regionalentwicklung sowie Außenbeziehungen seien beispielhaft genannt.

Die gerade initiierte „European Creative Industries Alliance“ zeigt diese Entwicklung. Sie soll ab Sommer 2011 Innovationseffekte, die von der Kultur- und Kreativwirtschaft auf andere Industriezweige einwirken, untersuchen und fördern. Dafür will die Kommission bis 2020 100 Millionen Euro mobilisieren. Die Initiative hilft den Kultur- und Kreativunternehmen, in neue Märkte vorzudringen und zeigt die Relevanz der Kultur- und Kreativwirtschaft. Klar ist, dass die finanzielle Unterstützung solcher Initiativen die Förderungen kultureller Aktivitäten – zu denken ist an das Kulturprogramm – nur ergänzen und nicht ersetzen dürfen.

Um das zu gewährleisten, bedarf es einer aktiveren kulturellen Interessenvertretung in Brüssel. Diese muss auch darauf achten, dass die Einflussnahme mächtiger Lobbyverbände – wie die der US-amerikanischen Medienkonzerne oder die der Technologiebranchen – bei der Ausgestaltung rechtlicher Rahmenbedingungen ausbalanciert ist.

Der Deutsche Kulturrat weiß das, er hat seine Kooperationsbereitschaft bei der Ausgestaltung der europäischen Strategie bekräftigt und die Bundesregierung sowie die Bundesländer zu einem stärkeren kulturpolitischen Engagement in Brüssel aufgefordert. Die Europäische Kommission wurde angehalten, auf die Forderungen von Kulturverbänden einzugehen.

Der Kulturausschuss des Europäischen Parlaments bei einer Abstimmung © European Parliament/Pietro Naj-Oleari

Im oben genannten Artikel wird bemängelt, dass der neue Arbeitsplan der europäischen Kulturminister zu wenig auf den nötigen Austausch mit der organisierten Zivilgesellschaft eingeht. Das stimmt. Der Plan enthält wenige Informationen über diesen Austausch. Im Mitte 2010 veröffentlichten Bericht der Kommission zur Kulturagenda wird aber ausführlich auf diesen Dialog eingegangen. Auch geht der Bericht auf die wichtige Frage alternativer Finanzierungsmöglichkeiten der Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen „Plattformen“ ein, welche die kulturellen Interessensverbände auf EU-Ebene zusammenfassen. Die Kulturverbände der Mitgliedsstaaten sind in diesen Plattformen meist nicht vertreten. Auch eine direkte Einbindung des Deutschen Kulturrats scheint schwierig, da es in anderen europäischen Staaten wenige vergleichbare Dachverbände gibt.

Fazit: Alle Konsultationsprozesse zwischen Politik und Zivilgesellschaft sind verbesserungsfähig. Aber Brüssel bemüht sich redlich um einen Dialog mit den kulturellen Interessensvertretern Europas. Dennoch stehen Künstler, Kulturschaffende und kulturelle Institutionen in allen Mitgliedsstaaten vor enormen Herausforderungen. Ein stärkeres Engagement des Deutschen Kulturrats und der deutschen Kulturverbände in Brüssel ist dringend nötig – vor allem außerhalb der beschriebenen formellen Abläufe. Interessensvertretung findet in Brüssel – wie in Berlin – auf diversen Ebenen statt.

*Der Verfasser ist selbstständiger kultur- und medienpolitischer Berater in Brüssel, Spectrum – Research, Analysis & Project Development* ■

# Schön, dass Sie da sind

**Der Film „Almanya“ erzählt die fiktive Geschichte des 1.000.001 Gastarbeiters • Von Kristin Bäßler**

**Über den eine Millionsten sogenannten „Gastarbeiter“ wissen wir, dass er Armando Rodrigues de Sá hieß. Er stammte aus Portugal. Am 10.06.1964 erhielt er als Gastgeschenk von der Bundesrepublik Deutschland ein Moped. Und der eine Million und erste? Von ihm wissen wir nichts. Wir wissen nicht, wie er heißt, woher er kam, ob er Familie hatte oder keine. Grund genug für die Filmemacherinnen Nesrin und Yasemin Samdereli, sich in dem Film „Almanya. Willkommen in Deutschland“ seiner fiktiven Geschichte zu widmen und zu erzählen, wie die damaligen türkischen „Gastarbeiter“ nach 50 Jahren Teil der deutschen Gesellschaft geworden sind: ein bisschen türkisch, ein bisschen deutsch und ganz viel einfach sie selber.**

Als Hüseyin Yilmaz am 10.06.1964 den Bahnhof Köln-Deutz erreicht, will es nur der Zufall, dass nicht er, sondern Rodrigues das Moped geschenkt bekommt. Hüseyins Frau Fatma sowie die drei Kinder Veli, Muhamed und Leyla sind in dem kleinen anatolischen Dorf am Meer geblieben. Einige Jahre später folgen sie ihm nach Deutschland, wo das vierte Kind Ali geboren wird. Heute lebt die ganze Familie Yilmaz gemeinsam in einem Mehrfamilienhaus in einer Wohnsiedlung irgendwo in Deutschland.

Hüseyin und Fatma sind Rentner. Nach 50 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland möchte Fatma, die anfänglich nicht nach Deutschland gehen wollte, nun ordnungshalber die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen. Ihr ältester Sohn Veli ist durch und durch Geschäftsmann und kämpft gerade mit seiner Frau, die sich von ihm trennen möchte. Sein Bruder Muhamed ist geschieden und hat kürzlich seinen Job verloren. Seine Schwester Leyla ist mit Mitte vierzig bereits Witwe und alleinerziehende Mutter von Canan. Laylas Traum war es seit ihrer Kindheit, Müllfrau zu werden. Was in der Türkei im Jahr 2011 möglich ist, wurde ihr in Deutschland verwehrt. Ihre Tochter Canan ist Studentin und verliebt in einen Iren. Sie erwartet mit 22 Jahren ihr erstes Kind. Canans jüngster Onkel Ali ist mit Gabi verheiratet. Ihr gemeinsamer Sohn ist sechs Jahre alt. Er heißt Cenk. Seine Lehrerin bezeichnet ihn als Türken, seine türkischen Mitschüler als Deutschen. Seitdem fragt er sich: „Wer oder was bin ich eigentlich – Deutscher oder Türke?“

Der Film „Almanya. Willkommen in Deutschland“ spielt mit dem Brechen und Überhöhen von Klischees. Nichts ist so türkisch wie es aussieht – und nichts ist so deutsch wie es scheint: Kurz vor seiner Einbürgerung erscheint Hüseyin Yilmaz im Traum eine Vision. Gemeinsam mit seiner

© Constantin Filmverleih GmbH

Ehefrau Fatma sitzt er in einem deutschen Beamtenzimmer. Als Willkommensgeschenk wird Schweinshaxe und Rotkohl gereicht, als deutsche Eigenschaften werden ihnen die Mitgliedschaft in einem Schützenverein, der sonntägliche Tatort und Urlaub auf Mallorca ans Herz gelegt. Das also ist typisch deutsch?

Was in dem Film zunächst recht klischeehaft daher kommt, ist mehr als comedytaugliche Überzeichnung deutsch-türkischer Lebenswirklichkeiten, sondern der Versuch, die bisher fast unbeleuchtete Geschichte der türkischen Einwanderer zu erzählen. Deutschland ist nicht mehr das Schweinshaxen-Land der Wirtschaftswunderjahre; und die nach Deutschland eingewanderten Türken sind nicht die anatolischen Bauern, die nur vorübergehend in Deutschland leben. In dem Film „Almanya“ geht es vielmehr darum, aus Sicht dreier Generationen zu zeigen, was es bedeutet, sowohl in Deutschland als auch in der Türkei heimisch zu sein, sowohl als Türke in Deutschland als auch als Deutscher in der Türkei.

Rund 60 Jahre nach der Unterzeichnung der ersten Anwerbeverträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland haben die insgesamt 3 Millionen Zuwanderer, die bis zum Anwerbestopp 1973 nach Deutschland kamen und blieben, in Deutschland eine Heimat gefunden und das Land maßgeblich verändert. Vielleicht wird irgendwann aus Fiktion Realität, wenn ein sechsjähriger Cenk anstelle seines Großvaters Hüseyin vor der Bundeskanzlerin eine flammende Integrationsrede halten wird. Das Thema: „Multi-Kulti ist nicht tot“.

Nesrin und Yasemin Samdereli: „Almanya. Willkommen in Deutschland“, ab 10.03.2011 im Kino.

*Die Verfasserin ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates* ■

# Utschi nemezki – Lern Deutsch

**Eine Bildungsinitiative der Goethe-Institute in Russland • Von Johannes Ebert**

**„Danke Deutsch. Sie haben mich besser gemacht“, lässt Regisseurin Uljana Jurkewitsch ihre fiktive Heldin im Filmclip sagen, den sie für den Videowettbewerb der Goethe-Institute in Russland mit dem ironischen Titel „Wie Deutsch mich superintelligent, superreich und superschön gemacht hat“ eingereicht hat. Die Protagonistin hatte sich die ganze Schulzeit über gefragt, warum sie so viel Zeit in das Deutschlernen investiert. Die Antwort im Film: ein Zwei-Jahres-Vertrag als Model in Berlin!**

**INTRADANCE-Produktion „In Search Of Diversity“ von dem deutschen Choreographen Christoph Winkler und dem Theater „Ëd Physical Theatre“ aus Sankt Petersburg**
**© INTRADANCE, Vladimir Lupovskoy**

Utschi nemezki – Lern´ Deutsch“ ist der Name einer umfassenden Bildungsinitiative mit der die Goethe-Institute in Russland gemeinsam mit den Auslandsvertretungen und den anderen deutschen Mittlerorganisationen für Deutsch werben. Noch immer ist Russland mit rund 2,3 Millionen Lernern neben Polen das Land, in dem weltweit die deutsche Sprache an Schulen und Universitäten die größte Rolle spielt. Doch die Zahlen haben sich aufgrund der Hinwendung zum Englischen und dem allgemeinen Rückgang der Schülerzahlen in den letzten Jahren nach unten entwickelt. „Utschi nemezki“ will diesem Trend entgegenwirken. Der Videowettbewerb oder der Sprach-Kontest „Spielend Deutsch lernen“ wenden sich direkt an junge Russinnen und Russen. Die Sprachinitiative regt aber auch Patenschaften der Wirtschaft für Deutschklassen an, stellt Werbepakete für Deutschlehrer bereit, wirbt mit Transparenten in den Metros russischer Großstädte und rückt bei Bildungstagungen für russische Entscheidungsträger die Bedeutung einer zweiten Fremdsprache in einem zusammenwachsenden Europa in den Mittelpunkt.

„Die deutsche Sprache ist so schön, dass man sie einfach lernen muss!“, so der Berater des russischen Präsidenten in Fragen der internationalen Kulturbeziehungen, Michail Shwydkoi, bei der Auftaktveranstaltung der Initiative im Dezember. Neben den ästhetischen Qualitäten gibt es aber auch ganz handfeste Gründe für junge Russinnen und Russen, Deutsch zu lernen: Deutschland ist Russlands wichtigster Wirtschaftspartner; fast 6.000 deutsche Unternehmen sind hier tätig. Deutsche Universitäten sind für Russlands akademischen Nachwuchs attraktiv: rund 14.500 Russen studieren in Deutschland.

Von Anfang an war die deutsche Sprache ein wichtiges Aufgabengebiet der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in Russland. Bereits 1992, kurz nach der Auflösung der Sowjetunion, wurde das Goethe-Institut in Moskau gegründet, 1993 das in St. Petersburg und 2009 das Goethe-Institut Nowosibirsk. Drei Goethe-Institute im größten Land der Welt. Drei Goethe-Institute für elf Zeitzonen. Drei Goethe-Institute in einem Land, wo ein Sechstel aller Deutschlerner weltweit Deutsch studieren, wo jede größere Stadt eine gut ausgebaute kulturelle Infrastruktur besitzt.

Um diese Herausforderung zu bewältigen, legten die Goethe-Institute in Russland in den neunziger Jahren die Grundlagen für eine landesweite Kooperationsstruktur. Heute stellen 16 Lesesäle in regionalen Großstädten aktuelle Informationen in deutscher Sprache bereit, 18 Sprachlernzentren bieten Deutschkurse an, 59 Lehrmittelzentren halten pädagogische Literatur für den Deutschunterricht vor. Neun Kontaktstellen sowie vier Kulturgesellschaften des Goethe-Instituts organisieren Konzerte, Lesungen und Theateraufführungen in Millionenstädten wie Jekaterinburg, Nishnij Nowgorod oder Wolgograd.

Zentraler Knotenpunkt in diesem Netzwerk ist das Goethe-Institut Moskau, das mit 120 festen und freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern heute zu den größten Niederlassungen weltweit gehört. Als Regionalbüro für Osteuropa und Zentralasien koordiniert es zudem die Arbeit der sieben weiteren Goethe-Institute in der Ukraine, Belarus, Russland, dem Südkaukasus und Zentralasien.

Über 1.000 junge Russinnen und Russen nutzen jedes Jahr die Bibliothek des Goethe-Instituts Moskau, rund 5.000 Einschreibungen verzeichnet das Institut bei seinen Sprachkursen. Tendenz steigend. „Wenn du in Moskau Deutsch lernen willst, ist das Goethe-Institut der beste Ort dafür“, schreibt eine Bloggerin. Und das, obwohl das Gebäude durchaus Mängel aufweist: Der repräsentative Betonbau der ehemaligen DDR-Botschaft, dessen Grundstein Erich Honecker persönlich legte, befindet sich wenig zentral in der Nähe des äußeren Moskauer Autobahnrings und ähnelt in seiner Bausubstanz dem ehemaligen Berliner Palast der Republik. Es gibt jedoch ehrgeizige Pläne: Bereits 2002 beschlossen der französische Staatspräsident und der deutsche Bundeskanzler, dass die Kulturinstitute beider Länder in der russischen Hauptstadt gemeinsam untergebracht werden. In vier Jahren soll es so weit sein: Dann sollen das Goethe-Institut und das Centre Culturel Francais einen Neubau in Zentrumsnähe beziehen. „Wir kooperieren bereits jetzt eng mit dem Goethe-Institut. Die Zusammenarbeit unter einem Dach wird hier einen ganz neuen Impuls geben und auch nach außen tragen, welche Bedeutung die europäische Integration für uns spielt“, sagt Dominique Jambon, der langjährige Leiter des französischen Kulturinstituts in Moskau über diese gemeinsame Zukunftsvision.

Das Thema „Zukunft“ spielt auch in den Kulturprogrammen des Goethe-Instituts Moskau eine zentrale Rolle. „Die Gegenwart der Zukunft“ heißt ein erfolgreiches Veranstaltungsformat, bei dem prominente Vertreter aus Deutschland – so der Gehirnforscher Wolf Singer oder Spiegel-Chefredakteur Mathias Müller von Blumencrohn – mit ihren russischen Pendants diskutieren, welche Weichen wir heute für die Welt von morgen stellen. Solche Themen sind auch ein Beitrag zur Modernisierungspartnerschaft, die Deutschland und Russland ausgerufen haben. Und obwohl es bei der Modernisierung auf der „Grundlage der Werte und der Institutionen der Demokratie“, die Präsident Medwedew für sein Land anstrebt, auch Enttäuschungen gibt, wie den Fall Chodorkowski oder den Prozess um die Ausstellung „Verbotene Kunst“ gegen Jurij Samadurow und Andrej Jerofeew, so beeindruckt die Kulisse von bis zu 700 jungen Zuhörern, die den Zukunfts-Diskussionen aktiv und kritisch folgen. „Bei den jungen Menschen findet ein Umdenken statt. 700 Zuhörer! Noch vor zwei Jahren wäre zu so einer Diskussion nur jemand gekommen, wenn sie geheißen hätte: Wie werde ich schnell reich?“, beschreibt Moderator Pawel Lobkow die Situation.

Diese Zukunftsthemen trägt das Goethe-Institut auch ins Internet, das in Russland aufgrund seiner hohen gesellschaftlichen Bedeutung – manche Kommentatoren bezeichnen die aktive Bloggerszene als die fünfte Gewalt – hohe Zuwachsraten aufweist. Neben zahlreichen weiteren Internetprojekten entstehen im Goethe-Institut monatlich zweisprachige multimediale Dossiers zu gemeinsamen Themen, im Jugendportal www.totschka-treff.de kommunizieren junge Deutsche und Bürger der GUS-Staaten miteinander.

Trotz der wachsenden Bedeutung des Internets: Kulturaustausch findet zwischen Menschen statt. Der Regisseur Frank Casdorf, der Jazzpianist Michael Wollny, das Berliner Deutsche Theater und viele andere waren im vergangenen Jahr mit Unterstützung der Goethe-Institute in Russland, traten auf, begegneten Partnern und waren wichtige Bausteine im bunten Mosaik des Kulturaustausches zwischen Russland und Deutschland.

Eine echte „Verflechtung“ der Kulturszenen streben darüber hinaus die Residenzprogramme des Goethe-Instituts Moskau an. Im Tanzprojekt „Intradance“, das im Rahmen der Vereinigung der europäischen Kultur-Institute EUNIC von den Kulturzentren Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Deutschlands mit Unterstützung der EU in Russland durchgeführt wurde, erarbeiteten sieben europäische Choreographen zusammen mit russischen Ensembles beeindruckende neue Inszenierungen. Im Projekt „Respekt“ widmen sich in den kommenden zwei Jahren russische, deutsche und britische Comic-Künstler dem Thema gesellschaftliche Toleranz. Eine weitere Intensivierung des Austausches auf ganz unterschiedlichen Ebenen verspricht das Deutschlandjahr 2012/2013.

Das Ziel aller Aktivitäten des Goethe-Instituts ist es, Horizonte zu erweitern, Reformen im Bereich der Kultur und Bildung zu unterstützen, Diskussionen – auch kritisch – zu führen und Mauern zwischen den Menschen niederzureißen. Die historisch enge Verbindung zwischen Deutschland und Russland erfährt ihre sprachliche Spiegelung: Butterbrot, Feuerwerk, Maßstab oder Schlagbaum sind im russischen Wortschatz fest verankert. Die Slogans der Bildungsinitiative „Lern Deutsch“, die mit dieser Nähe spielen, verdeutlichen auch die Grundsätze der Arbeit des Goethe-Instituts Moskau: „Entfach ein ‚feierwerk‘“ – „Vergrößere den ‚masschtab‘“ – „Öffne den ‚schlagbaum‘“!

*Der Verfasser ist Institutsleiter des Goethe-Instituts Moskau* ■


## Musizieren in der Schule

Modelle und Perspektiven der Elementaren Musikpädagogik

Wie können Inhalte, Prinzipien und Methoden der Elementaren Musikpädagogik in Kooperationsprojekten mit allgemein bildenden Schulen realisiert werden? Antworten darauf und zahlreiche, sorgfältig ausgewählte Praxisbeispiele enthält dieser Band, der in bewährter Zusammenarbeit mit dem „Arbeitskreis Elementare Musikpädagogik an Ausbildungsinstituten in Deutschland“ (AEMP) entstanden ist.

Ein wichtiger Wegweiser und Ideengeber in Zeiten von „JeKi“ und zahllosen anderen Musikalisierungsprojekten.

Hrsg. von Claudia Meyer, Barbara Stiller und Michael Dartsch
ConBrio Fachbuch · Band 16
Paperback, 244 Seiten
CB 1206, € 25,-
ISBN 978-3-940768-06-3
www.conbrio.de

# „Meine Altersabsicherung ist eine Katastrophe!“

**Ein Porträt der Unterhaltungskünstlerin Stefanie Seeländer • Von Anna Kaitinnis**

**Stefanie Seeländer ist „Clownin und Komödiantin, Schauspielerin und Chansonette“ – so steht es zumindest auf ihrer Website. Doch was ist ihr Hauptberuf? „Manchmal ist mein Fluch, dass ich mich nicht auf eine Sache festlegen kann. Das ist aber auch toll, weil ich dadurch immer wieder unterschiedliche Sachen mache.“ Als Seeländer von der Künstlersozialkasse (KSK) aufgefordert wurde, sich auf eine Sparte festzulegen, entschied sie sich für die der Unterhaltungskünstlerin. Ihr Argument: Alles, was sie mache, sei letztlich unterhaltsam! Alle zwei bis drei Jahre entwickelt Seeländer ein neues Musikkabarett-Programm und tritt zudem mit dem Hannoveraner Comedy-Club Holla Bolla auf. Pro Jahr bestreitet sie bis zu 36 Veranstaltungen.**

## Der Werdegang

Stefanie Seeländer wurde im Mai 1971 geboren. In der Wohngemeinschaft, in der sie mit ihren Eltern lebte, durfte sie mit anderen Kindern regelmäßig Theaterstücke aufführen. Auch in der Waldorfschule förderte man ihr Talent. „Sie haben Potential in mir gesehen, und ich hatte viele Möglichkeiten, mich auszuprobieren.“ Seeländer erlernte ein Instrument, spielte im Orchester und sang im Chor. Als Teenager fasste sie den Entschluss: „Ich will zur Bühne!“

Nach dem Abitur machte sie eine zweijährige Ausbildung an der privaten New York City Dance School in Stuttgart. „Bei den Musicalauditions wurde aber ziemlich rumgezickt, das war nicht mein Ding. Außerdem hatte ich einen Hang zu Komik.“ So begann Seeländer eine einjährige Ausbildung an der Schule für Tanz, Clown & Theater in Hannover mit den Schwerpunkten Comedy und Clownerie.

Um ihre finanzielle Lage musste sie sich während der insgesamt dreijährigen Berufsausbildung nicht sorgen. Zwar habe ihr Vater ihre beruflichen Perspektiven positiv hinterfragt, doch „trotzdem haben mir weder meine Mutter noch mein Vater generell gesagt ‚Mach das nicht!‘“.

Über ihren Einstieg in das Berufsleben mit 24 Jahren meint Seeländer rückblickend: „Das Gute ist, dass ich damals so jung und ein bisschen ‚naiv‘ war. Ich habe einfach gesagt: ‚Och, jetzt fängst du irgendwas an, und dann guckst du weiter‘.“ Sie entwickelte mit einem Kollegen aus der Clownschule ein Comedyprogramm und ein Clownprogramm für Kinder. Um ihre Finanzen aufzubessern, nahm sie erst im Café, dann am Theater und anschließend bei einer Musicalproduktion einen Nebenjob an. „Irgendwann kam die Entscheidung: Wenn ich von meiner künstlerischen Tätigkeit leben will, muss ich mich auch versichern. Ich habe mich dann bei der KSK als Selbständige versichert.“

## Finanzen und Netzwerkarbeit

Zusätzliche finanzielle Unterstützung, beispielsweise durch Fördergelder, erhielt Seeländer nie. „Erst später wusste ich, dass es Stiftungen gibt, die einzelne Produktionen finanzieren. Als ich mich selbständig gemacht habe, dachte ich daran gar nicht.“ In diesem Zusammenhang kritisiert sie ihre beiden Ausbildungsstätten: „Wir haben nicht gelernt, wie man sich verkauft. Wenn man selbständig ist, gehören Akquise und Selbstorganisation aber einfach mit dazu.“ Deswegen betont Seeländer die Bedeutung von Netzwerken und verweist auf ihre ersten, in Hannover geknüpften Kontakte. „Vieles lebt davon, dass die Leute mich kennen und ich die Kollegen oder auch Veranstalter kenne. Wenn man diese Kontakte als Künstler nicht hat, funktioniert es nicht.“ Deutschlandweite Auftritte seien auch aus diesem Grund schwierig.

Zudem wäre problematisch, dass viele Veranstalter keine Festgage zahlen und die Künstler das Risiko eines finanziellen Verlustes mittragen müssten. Finanzielle Unsicherheit besteht für Künstler darüber hinaus in der schwankenden Auftragslage. „Im Sommer sind die Auftrittsmöglichkeiten schlecht und ich verdiene weniger. Dann kommen diese Momente, wo ich denke: ‚Oh, Mann, wie geht es jetzt weiter?‘ Meine Erfahrung war bisher zum Glück, dass immer wieder irgendetwas kommt.“ Für den Fall solcher „Durststrecken“ legte Seeländer in den auftragsreichen Jahreszeiten wie Herbst und Winter Geld zurück, um im Sommer zumindest 1.000 Euro pro Monat zur Verfügung zu haben. „Luxussachen – wie ein Auto, Urlaub oder eine große Wohnung – konnte ich mir früher nicht leisten. Das war doof, aber nicht dramatisch. Vielleicht bin ich auch nicht der Typ, der das so dringend braucht.“

Da viele im Kleinkunstbereich tätige Künstler oft mit finanziellen Engpässen zu kämpfen haben, stellt sich die Frage nach der Lage ihrer finanziellen Absicherung. Seeländer kann von den wenigen monatlichen Einnahmen kein Geld für ihre zusätzliche Altersvorsorge zurücklegen. „Meine Altersabsicherung ist eine Katastrophe! Aber darum mache ich mir nicht so viele Gedanken. Wenn man viel Sicherheit braucht, ist dieser Job schwierig.“

## Familie und Beruf

Seeländer dachte früher stets: „In meinem Beruf kann ich gar kein Kind kriegen.“ Sie wurde aber dennoch Mutter. „Ich habe den großen Bonus, dass mein Mann einen gesicherten Job hat und ich gut sagen konnte, wenn ich ein bisschen Pause mache, ist das finanziell kein Drama. Trotz der finanziellen Unterstützung fällt Seeländer die Vereinbarkeit von Kind und Beruf nicht immer leicht. Durch die Betreuung ihres Kindes bleibt ihr deutlich weniger Zeit, um sich zu vermarkten, was zugleich dazu führt, dass sie weniger Auftritte hat.

Mittlerweile hat sich Seeländer in Hannover und Umgebung beruflich etabliert. Der Einstig in die Selbständigkeit wäre ihr aber wesentlich leichter gefallen, wenn sie mehr Informationen über finanzielle Hilfen, wie zum Beispiel Fördergelder erhalten hätte. Da auch andere Künstler nicht über finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten informiert sind, sollten diese stärker und gezielt publik gemacht werden. Außerdem müssten Künstler auch indirekt durch eine staatliche Förderung kleiner Theater und von Kleinkunst-Veranstaltungsorten unterstützt werden. Ferner wünscht sie sich die Gründung eines Kleinkünstlerverbandes. Seeländer hat mit Kollegen bereits die Idee diskutiert, eine derartige Plattform, die zum Informationsaustausch für Künstler dienen könnte, zu initiieren. Diese Idee wurde aber bislang nicht realisiert. „Wenn Künstler auch noch anfangen, andere zu vermarkten, wird das irgendwann zu viel.“

## Der Reiz des Künstlerberufes

Stefanie Seeländers Beruf ist sehr facettenreich. Kreativität, Leidenschaft, Kontaktfreudigkeit, Entschlossenheit, Durchsetzungs- und Durchhaltevermögen sowie, insbesondere in Krisenzeiten, Optimismus – all diese Eigenschaften scheinen wesentliche Bedingungen zu sein, um als Unterhaltungskünstlerin bestehen zu können. Und warum nimmt Stefanie Seeländer die Unsicherheiten ihres Berufes und persönliche Einschränkungen auf sich? Zum einen hat sie großen Gestaltungsspielraum. Sie kann oft zu Hause arbeiten, sich ihre Arbeitszeit frei einteilen und ein Programm entwickeln, das zu ihr passt. „Ich empfinde es als großes Glück, so zu arbeiten. Wenn mir etwas nicht gefällt, mache ich es nicht!“ Zum anderen betrachtet Seeländer ihren Beruf als persönliche Bereicherung. „Wenn die Leute weggehen und sagen: ‚Das war ja ein schöner Abend!‘, gibt mir das natürlich etwas. Das ist eine Form von Bestätigung oder Selbstverwirklichung, denn ich habe das Gefühl, dass ich ihnen durch meine Art etwas Besonderes geben kann.“

*Die Verfasserin ist Absolventin des Studiums der Kulturwissenschaften und ästhetischen Praxis an der Universität Hildesheim* ■

**Unterhaltungskünstlerin Stefanie Seeländer** **Foto: Agnes Wörner**

# Die Herausforderungen für die KSK

**Gabriele Schulz im Gespräch mit Uwe Fritz**

***puk:*** Herr Fritz, zunächst herzlichen Glückwunsch zu Ihrer neuen Aufgabe als Leiter der Künstlersozialkasse (KSK)? Welche Akzente wollen Sie mit Ihrer Arbeit setzen?

**Uwe Fritz:** Die Künstlersozialkasse setzt bereits die richtigen Akzente durch eine gute, zuverlässige und fachkundige Arbeit, die stets die Belange der versicherten Künstler und Publizisten wie auch der Kulturwirtschaft im Blick behält. In den letzten Jahren hat es erheblichen Zuwachs bei der Zahl der Versicherten und vor allem bei der Zahl der abgabepflichtigen Unternehmer gegeben. Dieser Zuwachs und die sich laufend ändernden Rahmenbedingungen sind eine große Herausforderung für die Künstlersozialkasse insbesondere vor dem Hintergrund abnehmender Ressourcen. Ich selbst möchte für unsere künftige Arbeit nicht voreilig Ziele formulieren, sondern mir zunächst eine zuverlässige Basis hierfür erarbeiten. Zu diesem Zweck werde ich mich jetzt innerhalb wie auch außerhalb der KSK mit den notwendigen Informationen versorgen, bestehende Erwartungen klären, unsere aktuellen Chancen und Probleme ausloten und dann kurzfristig unsere gemeinsame Arbeit ausrichten. Die Einladung des Deutschen Kulturrates, an der nächsten Sitzung seines Fachausschusses Arbeit und Soziales teilzunehmen, habe ich deswegen sehr gern angenommen. Natürlich wird es mir in erster Linie darum gehen, die Verwaltung der KSK auf die aktuellen und absehbaren Herausforderungen der Zeit auszurichten.

***puk:*** Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Herausforderungen der nächsten Zeit?

**Fritz:** Für die KSK als öffentlicher Verwaltung wird es weiterhin darum gehen, mit den vorhandenen Ressourcen die Durchführung des Künstlersozialversicherungsgesetzes zu optimieren. Durch den starken Zuwachs an abgabepflichtigen Unternehmen hat die Bildung von Ausgleichsvereinigungen in den letzten Jahren ganz besonders an Bedeutung gewonnen. Hier wird es darum gehen, den Ausbau der Ausgleichsvereinigungen fortzusetzen, das Verfahren zu beschleunigen und wo dies möglich ist es zu vereinfachen. Und natürlich wird die Verstetigung des Abgabesatzes auch künftig von zentraler Bedeutung für unsere Arbeit sein.

***puk:*** Eine Frage, die immer wieder gestellt wird, ist die nach der Zahl der Versicherten und der Abgabepflichtigen. Wie meinen Sie, werden sich die Zahlen entwickeln?

**Fritz:** Ich gehe davon aus, dass die Zahl der abgabepflichtigen Verwerter weiterhin steigen wird, allerdings in den nächsten Jahren vermutlich nicht mehr ganz so stark wie seit dem Tätigwerden der Deutschen Rentenversicherung im Jahre 2007. Die Entwicklung der Versichertenzahlen verläuft nach unseren Beobachtungen recht kontinuierlich. Der jährliche Zuwachs im Versicherungsbestand liegt bei etwa 4.000 selbstständigen Künstlern und Publizisten. Die Kulturwirtschaft nimmt weiterhin an Bedeutung zu und die Rahmenbedingungen für eine selbstständige Tätigkeit sind für die Künstler und Publizisten in den letzten Jahren in verschiedener Hinsicht deutlich günstiger geworden. Ich nehme deswegen an, dass der Zuwachs im Versichertenbestand zumindest in den nächsten Jahren ähnlich verlaufen wird, wie in den Vorjahren.

***puk:*** Das Thema Kultur- und Kreativwirtschaft erfährt große Aufmerksamkeit. Im Rahmen der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung soll die Kulturwirtschaft und besonders die Existenzgründung gefördert werden. Sehen Sie diese Entwicklung manchmal auch mit gemischten Gefühlen oder sehen Sie unbegrenzte Auftragsmöglichkeiten für die selbständigen Künstler und Publizisten?

**Fritz:** Die europäischen und nationalen Initiativen zur Kultur- und Kreativwirtschaft zielen auf bessere Wirkungs- und Wachstumsvoraussetzungen dieser Branchen ab. Damit wird die Politik der zunehmenden volkswirtschaftlichen Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges gerecht. Die Künstlersozialkasse beteiligt sich aktiv an der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung, die auch das Ziel verfolgt, Existenzgründer zu ermutigen und sie mit Informations- und Coachingangeboten in die Lage zu versetzen, eine künstlerische oder publizistische Tätigkeit wirtschaftlich erfolgreich auszuüben. Die KSK kann diese Zielsetzung nur unterstützen. Wir stehen in engem Kontakt zu dem Koordinator der Initiative auf Bundesebene und sind auch an regionalen Informationsveranstaltungen mit unseren Angeboten präsent.

Unbegrenzte Auftragsmöglichkeiten für selbständige Künstler und Publizisten werden sich daraus sicherlich nicht ergeben. Die Initiative trägt aber zur Verbesserung der Rahmenbedingungen bei. Ich selbst weiß aus persönlichen Gesprächen mit selbstständigen Künstlern und Publizisten, dass die selbstständige Tätigkeit wegen der damit verbundenen Unabhängigkeit und der Vielzahl von Fonds in besondere von jungen Leuten sehr positiv gesehen wird.

***puk:*** Aus dem politischen Raum kommen immer mal wieder Forderungen nach einer allgemeinen gesetzlichen Rentenversicherung, um die Altersarmut sogenannter „kleiner Selbstständiger“ zu verhindern. Wo sehen Sie in diesen Debatten die Künstlersozialkasse?

**Fritz:** Die Diskussionen um eine allgemeine gesetzliche Rentenversicherung für alle Bürger sind nach meiner Kenntnis noch nicht so weit gediehen, dass sich klare Konturen erkennen lassen und die Frage stellt sich ja übrigens nicht nur für die KSV. Insofern ist es natürlich für die Künstlersozialkasse schwierig ihre Position zu bestimmen. Andererseits besteht kein Zweifel, dass das System der Künstlersozialversicherung in den Blick geraten wird, wenn sich Vorstellungen für eine umfassende Rentenversicherung konkretisieren sollten. Ich denke, dass wir dieser Diskussion gelassen entgegensehen können, weil sich die Künstlersozialversicherung, so wie sie derzeit ausgestaltet ist, bewährt hat und von einem weitgehenden Konsens getragen wird. Mit ihrer Arbeit wird die Künstlersozialkasse auch weiterhin ihren Teil dazu beitragen, dass dies so bleibt.

***puk*:** Herzlichen Dank für das Gespräch.

*Uwe Fritz ist Leiter der Künstlersozialkasse. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates* ■

politik und kultur

# Jahresbericht des Deutschen Kulturrates e.V. über seine Tätigkeit im Jahr 2010

Bestimmende Themen für den Deutschen Kulturrat waren im Jahr 2010 die Kulturfinanzierung, Fragen der interkulturellen Bildung und der Teilhabe an Kunst und Kultur sowie als Daueraufgabe die Sicherung des Urheberrechts. Diese Themen sind Teil der Umsetzung der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (Konvention Kulturelle Vielfalt). Der im Jahr 2009 gewählte Vorstand hat sich die Umsetzung der Konvention als eines der Schwerpunktthemen für die eigene Arbeit vorgenommen.

Im Folgenden soll exemplarisch aus der Arbeit des Gremien des Deutsche Kulturrates und den inhaltlichen Schwerpunkten des Jahres 2010 berichtet werden.

## Struktur des Deutschen Kulturrates

Mitglieder des Deutschen Kulturrates sind seine acht Sektionen, die die künstlerischen Sparten repräsentieren. Es sind dies:

- Deutscher Musikrat,
- Rat für darstellende Kunst und Tanz,
- Deutsche Literaturkonferenz,
- Deutscher Kunstrat,
- Rat für Baukultur,
- Sektion Design,
- Sektion Film und audiovisuelle Medien,
- Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung.

Den Sektionen gehören wiederum spartenspezifische Bundeskulturverbände an. In den Sektionen sind Verbände der Künstler, der Kultureinrichtungen, der Kulturwirtschaft und der Kulturvereine versammelt. Die Sektionen sind unterschiedlich formell verfasst. Einige sind eingetragene Vereine, andere arbeiten als Arbeitsgemeinschaft zusammen.

Der Deutsche Kulturrat befasst sich in erster Linie mit spartenübergreifenden Fragen. Dazu gehören die Rahmenbedingungen im Arbeits- und Sozialrecht, im Steuerrecht, im Urheberrecht sowie in anderen Rechtsgebieten. Von großer Bedeutung sind für den Deutschen Kulturrat bildungspolitische Fragen. Einen immer höheren Stellenwert gewinnt die Frage der Digitalisierung. In zunehmendem Maße wird der Deutsche Kulturrat auch zu allgemeinpolitischen Themen angefragt wie z.B. zum Themenkomplex Migration und Integration.

Auf Wunsch einer Sektion kann sich der Deutsche Kulturrat auch mit spartenspezifischen Fragen befassen.

## Arbeitsweise des Deutschen Kulturrates

Wesentlichen Anteil an der Erarbeitung der Stellungnahmen und Positionen des Deutschen Kulturrates haben die *Fachausschüsse*. Hier beraten Experten aus den Mitgliedsverbänden des Deutschen Kulturrates und externe Experten gemeinsam rechts-, sozial-, bildungs- und kulturpolitische Fragen. Die im Jahr 2009 neu besetzten Fachausschüsse haben im Jahr 2010 kontinuierlich gearbeitet. Sie haben damit den zentralen Input für die Stellungnahmen und Positionen des Deutschen Kulturrates gegeben.

Die Fachausschussmitglieder arbeiten alle ehrenamtlich in den Ausschüssen mit. Ziel der Fachausschussarbeit ist stets, einen Kompromiss aus den verschiedenen im Ausschuss vertretenen Positionen zu erarbeiten. In den Ausschusssitzungen werden daher für die Entwürfe der Stellungnahmen einvernehmliche Beratungsergebnisse angestrebt.

Verabschiedet werden die Stellungnahmen vom *Sprecherrat* des Deutschen Kulturrates. Hier findet eine nochmalige Debatte aller Stellungnahmen sowie die Beschlussfassung statt. Der Sprecherrat hat insbesondere die Aufgabe, eine politische Bewertung der von den Experten fachlich erarbeiteten Stellungnahmen vorzunehmen. Im Sprecherrat sind alle Sektionen durch zwei Sprecher und zwei Stellvertreter vertreten.

Der Sprecherrat wählt aus seiner Mitte den Vorstand des Deutschen Kulturrates. Der *Vorstand* des Deutschen Kulturrates (Prof. Dr. Max Fuchs, Christian Höppner, Dr. Georg Ruppelt) wurde im Frühjahr 2009 erneut für zwei Jahre im Amt bestätigt.

Der *Mitgliederversammlung* des Deutschen Kulturrates obliegen in erster Linie vereinsrechtliche Aufgaben. Sie nimmt den Jahresabschluss des Vorjahres entgegen und entlastet Vorstand und Geschäftsführung. Ebenso verabschiedet sie den Haushalt des jeweils kommenden Jahres.

Die *Geschäftsstelle* des Deutschen Kulturrates hat die Aufgabe, die Beschlüsse der Gremien umzusetzen und gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit zu vertreten. Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, vertritt den Deutschen Kulturrat gerichtlich und außergerichtlich als besonderer Vertreter nach § 30 BGB.

Die Vertreter in den Gremien des Deutschen Kulturrates arbeiten ehrenamtlich. Sie erhalten weder eine Aufwandsentschädigung noch eine Erstattung der Reisekosten. Lediglich für die Vorstandsmitglieder werden die Reisekosten übernommen. Im Jahr 2010 waren in der Geschäftsstelle der Geschäftsführer, die Stellvertretende Geschäftsführerin und eine wissenschaftliche Mitarbeiterin das ganze Jahr über beschäftigt. Eine weitere wissenschaftliche Mitarbeiterin war ab der Mitte des Jahres 2010 angestellt. Weiter wurde die Arbeit der Geschäftsstelle durch Praktikanten und studentische Aushilfen unterstützt.

## Arbeit der Gremien

**Fachausschuss Arbeit und Soziales**
Hauptthema des Fachausschusses Arbeit und Soziales war die Veränderung des Arbeitsmarktes Kultur. Ausgelöst wurde eine sehr lebendige Debatte zum Arbeitsmarkt Kultur durch eine Aussage eines Ausschussmitglieds, dass zu viele Künstler ausgebildet werden. Hieran schloss sich eine sehr rege Diskussion an, ob weniger Studienplätze für künstlerische Fächer angeboten werden sollten oder ob nicht jeder Studierende selbst wissen müsste, dass der Arbeitsmarkt Kultur schwierig. Ebenso wurde debattiert, wie neue Arbeitsfelder erschlossen werden können und welche Auswirkungen Kürzungen im Kulturbereich auf den Arbeitsmarkt Kultur haben. In diesem Zusammenhang wurde die Frage erörtert, wie der Arbeitsmarkt Kultur beschrieben und erfasst werden kann und wie sich die Beschäftigungsverhältnisse verändern. Ständiges Thema des Ausschusses ist die Entwicklung der Künstlersozialversicherung. Nachgefragt wurde auch, wie sich die Reform des Arbeitslosengeldes I in den Bereichen darstellende Kunst und Film auswirkt. Der Ausschuss traf sich am 17.03., 02.06. und am 03.11.2010. Der Vorsitzende des Ausschusses ist Georg Halupzok.

**Fachausschuss Bildung**
Der Fachausschuss Bildung begleitet zum einen das Projekt „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“, das der Deutsche Kulturrat mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung bearbeitet. Zum anderen werden aktuelle Fragen der kulturellen Bildungspolitik erörtert. Eine zunehmend wichtigere Frage ist dabei die der kulturellen Bildung in der Schule. Darüber hinaus hat sich der Ausschuss mit dem anstehenden Nationalen Bildungsbericht 2012 befasst, der das Schwerpunktthema Kulturelle Bildung haben wird. Hierzu wurde die Stellungnahme „ulturelle Bildung ist Allgemeinbildung!“ vorbereitet, die vom Sprecherrat verabschiedet wurde. Der Ausschuss traf sich am 09.03., 09.06. und am 02.09.2010. Vorsitzender des Ausschusses ist Christian Höppner.

**Fachausschuss Bürgerschaftliches Engagement**
Die Aussetzung der Wehrpflicht und damit auch des Zivildienstes veränderte im Jahr 2010 die Debatte um die Freiwilligendienste. Die Bundesregierung hatte bereits angekündigt, die Jugendfreiwilligendienste auszubauen und hierfür mehr Mittel bereit zu stellen. Zugleich sollten alle Freiwilligendienste in einem Freiwilligendienststatusgesetz gebündelt werden. Der Fachausschuss hat sich sowohl mit dem geplanten Freiwilligendienststatusgesetz als auch mit den anstehenden Umbrüchen mit Blick auf den Wegfall des Zivildienstes befasst. Es bestand Einigkeit, dass die Freiwilligendienste in der Hand Freier Träger bleiben sollen. Ein Engagement des Bundesamtes für den Zivildienstes, das sein originäres Aufgabenfeld, die Betreuung von Zivildienstleistenden, verliert, wurde abgelehnt. Die Einschätzungen und Forderungen wurden in der Resolution des Deutschen Kulturrates zur Stärkung der Jugendfreiwilligendienste zusammengefasst. Der Fachausschuss traf sich am 01.06.2010. Vorsitzende des Ausschusses ist Hildegard Bockhorst.

**Fachausschuss Europa/Internationales**
Im Mittelpunkt der Mai-Sitzung des Fachausschusses standen europäische und internationale Debatten zur kulturellen Bildung. In diesem Zusammenhang wurde auch beleuchtet, welche Rolle der kulturellen Bildung im Rahmen der EU-Kulturagenda zugewiesen wird und welche Akzente hier zu erwarten sind. Die Sitzung im November stand ganz im Zeichen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Der neue Leiter der Abteilung Kultur und Kommunikation des Auswärtigen Amtes, Werner Wnendt, stellte dem Ausschuss die Vorhaben des Auswärtigen Amts vor. Breiten Raum nahmen in der Debatte die geplanten Einsparungen im Etat des Auswärtigen Amts ein. Hier wurde von Seiten der Ausschussmitglieder nachdrücklich unterstrichen, dass Planungssicherheit gerade in der Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern unerlässlich ist. Vorhaben der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik haben oft einen entsprechenden Vorlauf und bedürfen einer sicheren Finanzierung. Der Ausschuss traf sich am 06.05. und 02.11.2010. Vorsitzender des Ausschusses ist Prof. Dr. Max Fuchs.

**Fachausschuss Kulturfinanzierung**
Der Fachausschuss Kulturfinanzierung hatte im Jahr 2010 einen besonders engen Tagungsrhythmus.

Weiter auf Seite 18

**Pressekonferenz zur Vorstellung des Dossiers des Deutschen Kulturrates *Islam · Kultur · Politik* in der Şehitlik Moschee in Berlin** **Foto: Andrea Wenger**

## Schwerpunktthemen der Ausgaben von *politik und kultur* des Jahres 2010

**politik und kultur 1/2010**
(24 Seiten)

- Kulturfinanzierung
- Koalitionsvertrag, was bedeutet er für die Kultur
- 20 Jahre Deutsche Einheit
- WDR als Kulturakteur

**politik und kultur 2/2010**
(32 Seiten und 8 Seiten Beilage Interkultur)

- Kulturfinanzierung
- Konvergenz der Medien
- Kulturelle Teilhabe
- Jahresbericht des Deutschen Kulturrates

**politik und kultur 3/2010**
(32 Seiten und 6 Seiten Beilage Interkultur)

- Internet-Enquete
- Kulturfinanzierung
- Arbeitsmarkt Baukultur
- Europa

**politik und kultur 4/2010**
(32 Seiten und 4 Seiten Beilage Interkultur)

- Kulturfinanzierung, Beispiel Schleswig-Holstein
- Europa/Internationales
- Internet-Enquete
- *puk*-Journalistenpreis

**politik und kultur 5/2010**
(32 Seiten und 6 Seiten Beilage Interkultur)

- Transparenz im gemeinnützigen Sektor
- Gesellschaftsspiele als Kulturgut
- Kulturelle Bildung
- Kulturlandschaft Deutschland

**politik und kultur 6/2010**
(36 Seiten)

- 20 Jahre Deutsche Einheit
- Bildungsgerechtigkeit
- Auswärtige Kulturpolitik
- Luther 2017
- Künstlerleben

**Ständige Rubriken der Ausgaben von politik und kultur**
- Editorial
- Kulturelles Leben
- Kurzschluss
- Luther 2017
- Portrait

***politik und kultur* ist im Abonnement sowie in Bahnhofsbuchhandlungen und Flughäfen erhältlich.**

## Lieferbare Publikationen des Deutschen Kulturrates

- *politik und kultur* Die Zeitung des Deutschen Kulturrates; erscheint sechsmal jährlich: Herausgeber: Olaf Zimmermann und Theo Geissler, ISSN 161944217 Preis: 12,00 € (+ Porto und Verpackung)

**Reihe „Aus politik und kultur". Nachdruck von Beiträgen aus politik und kultur, der Zeitung des Deutschen Kulturrates. Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler**
- Digitalisierung: Kunst und Kultur 2.0 – Aus politik + kultur 7; 240 Seiten, ISBN 978-3-934868-25-0; Preis: 14,90 €(+ Porto und Verpackung)

- Künstlerleben: Zwischen Hype und Havarie – Aus politik + kultur 6; 203 Seiten, ISBN 978-3-934868-24-3; Preis: 12,90 € (+ Porto und Verpackung)

- Kulturlandschaft Deutschland: Die Provinz lebt – Aus politik + kultur 5; 113 Seiten, ISBN 978-3-934868-23-6; Preis: 9,90 € (+ Porto und Verpackung)

- Max Fuchs: Kulturpolitik und Zivilgesellschaft. Analysen und Positionen - Aus politik + kultur 4; 184 Seiten, ISBN 9783934868212; Preis: 12,90 € **(+ Porto und Verpackung)**

- Kulturpolitik der Parteien: Visionen, Programmatik, Geschichte, Differenzen - Aus politik + kultur 3; 166 Seiten, ISBN 978-3-934868-17-5; Preis: **12,90 € (+ Porto und Verpackung)**

- Die Kirchen, die unbekannte kulturpolitische Macht - Aus politik + kultur 2; ISBN 978-3-934868-14-4; Preis: 9,00 € (+ Porto und Verpackung)

- Streitfall Computerspiele: Computerspiele zwischen kultureller Bildung, Kunstfreiheit und Jugendschutz (2. erweiterte Auflage) - Aus politik + kultur 1; 140 Seiten, ISBN 978-3-934868-15-1; Preis: 9,00 € (+ Porto und Verpackung

**Bücher zur Kulturellen Bildung; Hg. v. Deutschen Kulturrat**
- Kulturelle Bildung: Aufgaben im Wandel; 489 Seiten, ISBN 978-3-934868-18-2; Preis: 22,90 € (+ Porto und Verpackung)

- Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion - Konzeption Kulturelle Bildung III; 470 Seiten; ISBN 3-934868-11-8; Preis: 22,80 € (+ Porto und Verpackung)

**Studien und Dokumentationen; Hg. v. Deutschen Kulturrates**
- Der WDR als Kulturakteur - Anspruch • Erwartung • Wirklichkeit; 464 Seiten, ISBN 978-3-934868-22-9; Preis: 24,90 € (+ Porto und Verpackung)

- Kultur als Arbeitsfeld und Arbeitsmarkt für Geisteswissenschaftler 184 Seiten, ISBN 978-3-934868-16-8; Preis: 14,90 € (+ Porto und Verpackung)

Fortsetzung von Seite 17

Der Ausschuss war im Jahr 2009 neu eingerichtet worden. Es galt daher, sich zunächst grundlegend über das Thema Kulturfinanzierung zu verständigen. Breiten Raum nahm in der Debatte die erforderliche Balance zwischen der Sicherung des Bestands an kultureller Infrastruktur durch die öffentliche Kulturförderung und der Anpassung an aktuelle Erfordernisse einschließlich des demografischen Wandels ein. Überdies galt es, aktuelle Entwicklungen in der Kulturfinanzierung zu diskutieren und zu bewerten. Der Ausschuss legte nach intensiven Beratungen dem Sprecherrat die Stellungnahme „Kunst und Kultur als Lebensnerv – Stellungnahme des Deutschen Kulturrates" vor. Diese Stellungnahme wurde vom Sprecherrat verabschiedet. In der November-Sitzung wurde der geplante Aktionstag „Kultur gut stärken" beraten. Hier wurde ein erstes Kommunikationskonzept vorgestellt und dem Sprecherrat empfohlen, dieses Konzept weiter zu verfolgen. Der Ausschuss traf sich am 28.01., 31.03., 28.05., 30.08. und 30.11.2010. Vorsitzende des Ausschusses ist Barbara Lison.

**Fachausschuss Kulturwirtschaft**
Der Fachausschuss Kulturwirtschaft traf sich im Jahr 2010 zwei Mal. In der Mai-Sitzung informierte Bernd Fesel über die Aktivitäten der Europäischen Kulturhauptstadt Ruhr 2010 im Feld Kulturwirtschaft. Kulturwirtschaft gehört zu den ausgewiesenen Handlungsfeldern von Ruhr 2010. Es geht darum, die Kulturwirtschaft im Ruhrgebiet zu stärken und Synergien speziell zu den EU-Mitgliedsstaaten herzustellen. In der Mai-Sitzung wurde das Grünbuch der EU-Kommission Erschließung des Potenzials der Kultur- und Kreativindustrien beraten. Es wurde grundsätzlich begrüßt, dass sich die EU-Kommission in einem Grünbuch dieses Themas annimmt. Die Aussagen im Grünbuch speziell zum Urheberrecht wurden sehr kritisch gesehen. Der Ausschuss traf sich am 09.02. und 27.05.2010. Der Vorsitzende des Ausschusses ist Bernd Fesel.

**Fachausschuss Medien**
Der Fachausschuss Medien führte grundlegende Debatten zu Fragen Internet und Medien. Es wurden die Grundzüge einer Stellungnahme zu den Chancen und Risiken des Internets debattiert. Dabei war es nach einem ersten Entwurf der Stellungnahme erforderlich, noch einmal ausführlich das Thema zu debattieren, da die Positionen noch zu weit auseinander lagen. Ein Teil der Ausschussmitglieder unterstrich die Chancen, wohingegen andere die Risiken des Internets als die zentrale Fragestellung erachteten. Die Debatten werden fortgeführt. Der Ausschuss traf sich am 24.02., 10.05. und 15.09.2010. Die Vorsitzende des Ausschusses ist Julia Fallenstein.

**Fachausschuss Steuern**
Der Fachausschuss Steuern traf sich einmal, um sich mit dem Dauerthema ermäßigter Mehrwertsteuersatz zu befassen. Der Bundesrechnungshof hatte im Sommer 2010 ein Gutachten vorgelegt und darin empfohlen, den ermäßigten Umsatzsteuersatz für Kulturgüter speziell für Werke der bildenden Kunst abzuschaffen. Der Ausschuss bekräftigte noch einmal die Position, dass der ermäßigte Umsatzsteuersatz ein wichtiges Instrument zur Sicherung der kulturellen Vielfalt ist. Der Ausschuss traf sich am 13.09.2010. Der Vorsitzende des Ausschusses ist Prof. Dr. Peter Raue.

**Fachausschuss Urheberrecht**
Zwei Themen standen im Fachausschuss Urheberrecht 2010 in Mittelpunkt: die Debatte um eine sogenannte Kulturflatrate sowie aktuelle Fragen der rechtssicheren Zugänglichmachung von Werken im Internet. Zur Vorbereitung einer Positionierung des Deutschen Kulturrates zur sogenannten Kulturflatrate hat der Fachausschuss eine Arbeitsgruppe „Neue Vergütungsmodelle für Nutzungen im Netz unter Berücksichtigung der verschiedenen Sparten, der Teilhabe und der kulturellen Vielfalt" eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe wird von Prof. Dr. Oliver Castendyk geleitet. Im Jahr 2010 wurde für die verschiedenen Sparten debattiert, welche legalen und illegalen Nutzungen es im Netz gibt, welcher Handlungsbedarf besteht und welche möglichen Modelle entwickelt werden können, um vergütungspflichtige Nutzungen im Netz zu erleichtern. Weiter hat sich der Fachausschuss Urheberrecht in Gänze mit dem Thema verwaiste und vergriffene Werke befasst. Hier konnte auf Vorschläge der Deutschen Literaturkonferenz zurückgegriffen werden, die bereits intern einen Kompromiss zwischen den verschiedenen Interessen der Urheber, Rechteinhaber und Bibliotheken erreicht hat. Der Deutsche Kulturrat hat sich die Vorschläge der Deutschen Literaturkonferenz zu eigen gemacht und dem Sprecherrat vorgelegt, der die Resolution „Gesetzliche Neuregelungen zur schnellen und rechtssicheren Digitalisierung verwaister und vergriffener Werke sind erforderlich" verabschiedet hat. Der Ausschuss traf sich am 15.01., 31.05.und 06.09.2010. Die Vorsitzende des Ausschusses ist Prof. Dr. Gabriele Beger.

**Sprecherrat**
Im Sprecherrat finden die politischen Debatten des Deutschen Kulturrates statt. Zentrales Thema des Sprecherrats im Jahr 2010 war die aktuelle Lage der Kulturfinanzierung. Zu Beginn des Jahres 2010 wurde die Forderung nach einem Nothilfefonds Kultur noch einmal bekräftigt. Im September wurde die Stellungnahme zur Kulturfinanzierung debattiert und verabschiedet. Weiter hat sich der Sprecherrat mit Fragen der kulturellen Bildung sowie der Herausforderungen interkultureller Bildung befasst. Das Urheberrecht ist ein weiteres Thema, das den Sprecherrat fortlaufend beschäftigt, so auch im Jahr 2010. Kulturratsintern fand eine Diskussion zum Zusammenspiel zwischen Sektionen, Sprecherrat und Geschäftsstelle statt. Hier wurden die bestehenden Strukturen und Mechanismen noch einmal bestätigt. In der Dezembersitzung des Sprecherrates fand ein Gespräch mit dem Vorstand der Kulturstiftung des Bundes, Hortensia Völckers und Alexander Farenholtz, statt. Hier wurde die bisherige Arbeit der Kulturstiftung des Bundes kritisch reflektiert. Der Sprecherrat trat am 03.03., 22.06., 29.09. und am 08.12.2010 zusammen.

**Mitgliederversammlung**
Die Mitgliederversammlung fand am 30.09.2010 statt. Neben satzungsgemäßen Aufgaben wie der Entgegennahme des Berichts über die Arbeit im Jahr 2009, die Entlastung für den Haushalt 2009 und die Verabschiedung des Haushalts 2011 wurde inhaltlich besonders das Thema Kulturfinanzierung debattiert. Aus den verschiedenen Mitgliedsverbänden des Deutschen Kulturrates wurde berichtet, dass vor Ort eine schwierige Situation in der Finanzierung der kulturellen Infrastruktur ist. Angesichts dieser Debatte beschloss die Mitgliederversammlung, dass der Deutsche Kulturrat im Jahr 2011 einen Tag der kulturellen Vielfalt und des Kulturprotestes begehen sollte. Als Termin wurde der 21.05.2011 gewählt. Der 21.05. ist der weltweite Tag der kulturellen Vielfalt. Aus den Mitgliedsverbänden der Sektionen kam ein großes Interesse, sich an diesem Tag zu beteiligen. Vorstand und Geschäftsstelle wurden beauftragt, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit ein solcher Aktionstag realisiert werden kann.

### Themen

Neben der Ausschussarbeit, in der viele Themen des Deutschen Kulturrates sachkundig bearbeitet werden, gibt es verschiedene Fragestellungen, die ausschussübergreifend debattiert werden.

**Kulturelle Vielfalt**
Das Thema Kulturelle Vielfalt wird aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Die Konvention Kulturelle Vielfalt ist ein wichtiges Referenzdokument, wenn es um die Gestaltung der Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur geht. Dennoch enthebt es den Kulturbereich selbst nicht von der Aufgabe, sich mit der Frage zu befassen, was kulturelle Vielfalt ist, ob sie bereits erreicht ist, also nur noch gesichert werden oder ob noch einiges auf den Weg gebracht werden muss, um kulturelle Vielfalt zu erzielen. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere im Fachausschuss Kulturfinanzierung hinterfragt, wie eine kulturelle Infrastruktur angesichts einer veränderten Bevölkerungszusammensetzung aussehen muss, die den Anforderungen nach kultureller Vielfalt entspricht.

Der Präsident des Deutschen Kulturrates, Prof. Dr. Max Fuchs, nahm im Mai 2010 an der 2. Weltkonferenz zur kulturellen Bildung in Seoul teil. Auch hier wurde die Frage der kulturellen Vielfalt aufgeworfen und engagiert debattiert. Dabei wurde deutlich, dass die soziale und die therapeutische Dimension kultureller Bildung, die in Deutschland in einer Nische verortet wird, in anderen Regionen der Welt einen sehr hohen Stellenwert hat.

**Interkultur**
Interkulturelle Bildung steht im Mittelpunkt des Projekts „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung", das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Der Runde Tisch mit Migrantenorganisationen traf sich im Jahr 2010 drei Mal. Zwei Treffen fanden in einem kleineren Kreis statt. Hier wurde die Stellungnahme „Lernorte interkultureller Bildung im vorschulischen und schulischen Kontext" erarbeitet. Diese Stellungnahme wurde von den beteiligten Migrantenverbänden und vom Deutschen Kulturrat verabschiedet. Im November 2010 fand ein Treffen in größerer Runde von Migrantenverbänden und Mitgliedsverbänden der Sektionen des Deutschen Kulturrates statt. Es wird an einer Stellungnahme zur außerschulischen interkulturellen Bildung gearbeitet.

Das o.g. Projekt wird durch einen Beirat begleitet, dem Vertreter aus den Kirchen, dem Sport und der Wohlfahrtspflege angehören. Zusammen mit dem Beirat führte der Deutsche Kulturrat im Oktober 2010 einen Workshop unter dem provozierenden Titel „Ist der Deutsche Kulturrat zu Deutsch?" durch. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie eine größere Öffnung gegenüber Migranten bzw. Migrantenorganisationen erreicht werden kann. Dabei berichteten die im Beirat vertretenen Verbände anderer zivilgesellschaftlicher Felder von ihren Erfahrungen in der Veränderung der Mitgliederstruktur.

Der Präsident des Deutschen Kulturrates Prof. Dr. Fuchs nahm als Vertreter aus dem Kulturbereich am Integrationsgipfel im November 2010 teil.

**Europäische Kulturpolitik**
Zur besseren Verzahnung von nationalen und europäischen kulturpolitischen Debatten trafen sich bislang zwei Mal deutsche Verbandsvertreter europäischer kulturpolitischer

Weiter auf Seite 19

Fortsetzung von Seite 18

Netzwerke und Verbände zum Kompetenznetzwerk Europäische Kulturpolitik. Dieses Kompetenznetzwerk dient vor allem der internen Information über aktuelle Themen auf der europäischen Ebene. Die Debatten im Kompetenznetzwerk sollen den deutschen Akteuren in europäischen Netzwerken weitere Hintergrundinformationen zu den verschiedenen deutschen Diskussionen liefern, damit diese in den europäischen Diskurs eingespeist werden können.

**Kulturfinanzierung**
Über die Arbeit im Fachausschuss Kulturfinanzierung hinaus hat der Deutsche Kulturrat dieses Thema das gesamte Jahr 2010 hindurch beobachtet und publizistisch begleitet. Massive Einsparungen wie beispielsweise in Schleswig-Holstein, drohende Schließungen von Einrichtungen wie dem Altonaer Museum in Hamburg und Einschnitte in der Finanzierung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wurden vom Deutschen Kulturrat öffentlich gemacht.

Zusammen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und dem Deutschen Olympischen Sportbund hat der Deutsche Kulturrat in einer Stellungnahme an die Mitglieder der Gemeindefinanzkommission appelliert, die Finanzierung der Kommunen auf sichere Füße zu stellen. Nur dann kann die kommunale Daseinsvorsorge gesichert werden.

**Öffentlich-rechtlicher Rundfunk**
Die im Dezember 2010 veröffentlichte Studie „Der WDR als Kulturakteur – Anspruch · Erwartung · Wirklichkeit“ rief ein geteiltes Echo in den Reihen des Deutschen Kulturrates hervor. Aus einigen Sektionen kam großer Zuspruch und eine sehr positive Resonanz. Die Mitgliedsverbände der Sektion Film und audiovisuelle Medien kritisierten in der Mehrzahl die Studie scharf. Insbesondere wurde kritisiert, dass die Sektion Film und audiovisuelle Medien in die Erstellung der Studie nicht eingebunden war. Diese Kritik wurde u.a. im Sprecherrat debattiert. Hier unterstützte und begrüßte die Mehrzahl der Sektionsvertreter die Studie ausdrücklich und beurteilte sie als wertvoll für die eigene Arbeit. Mit der Sektion Film und audiovisuelle Medien wurden in einem persönlichen Gespräch vom Präsidenten des Deutschen Kulturrates, Prof. Dr. Max Fuchs, und dem Geschäftsführer, Olaf Zimmermann, sowie seiner Stellvertreterin, Gabriele Schulz, die bestehenden Missverständnisse aus dem Weg geräumt und ein Neuanfang gestartet.

**Künstlersozialversicherung**
Zusammen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales lädt der Deutsche Kulturrat ein bis zwei Mal im Jahr zu einem Runden Tisch Künstlersozialversicherung ein. Dieser Runde Tisch ist ein Frühwarnsystem in Sachen Künstlersozialversicherung. Sowohl Vertreter von Verwerter- als auch von Versichertenverbänden wirken an diesem Runden Tisch mit. Im Jahr 2010 traf sich der Runde Tisch aufgrund des Wechsels im Bundesministerium für Arbeit und Soziales nur ein Mal. Thema war die weitere Umsetzung des im Jahr 2007 novellierten Künstlersozialversicherungsgesetzes.

**Bürgerschaftliches Engagement**
Der Deutsche Kulturrat engagiert sich sowohl im Bündnis für Gemeinnützigkeit als auch im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und bringt hier die Anliegen und Positionen aus dem Kulturbereich ein. Dadurch werden zum einen Anliegen aus dem Kulturbereich in einen größeren zivilgesellschaftlichen Kontext gerückt. Zum anderen entstehen daraus Synergien im Zusammenwirken mit anderen Verbänden.

In Nationalen Forum für Engagement und Partizipation, das den Nationalen Engagementbericht der Bundesregierung vorbereiten sollte, wurde in der Arbeitsgruppe Zuwendungsrecht mitgearbeitet. Hier wurden in Anlehnung an die Empfehlungen der Enquete-Kommissionen „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ und „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestags, die Vorschläge des Deutschen Vereins, die Forderungen des Deutschen Kulturrates und den Empfehlungen der Kommission des Bundeskanzleramtes zum Bürokratieabbau konkrete Vorschläge zur Anpassung des Zuwendungsrechts gemacht. Leider wurden diese Vorschläge von der Bundesregierung nicht aufgenommen.

Im Rahmen einer Arbeitsgruppe „Transparente Zivilgesellschaft“ hat der Deutsche Kulturrat an der Erarbeitung eines Kriterienkatalogs für mehr Transparenz in der Zivilgesellschaft mitgewirkt.

**Islam**
Nicht zuletzt durch die Beschäftigung mit dem Thema Interkultur entstand das Erfordernis, sich stärker mit dem Islam auseinander zu setzen. Es wurde daher im Jahr 2010 an dem Dossier „Islam · Kultur · Politik“ gearbeitet, das in der Ausgabe 1/2011 von *politik und kultur* erschienen ist. Dieses Dossier bildet den Auftakt einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem Islam als Religion und Kultur.

**Luther 2017**
Nach wie vor ist das Reformationsjubiläum im Jahr 2017 ein wichtiges Thema für den Deutschen Kulturrat. Es wird sich daher kontinuierlich in einer Kolumne mit dem Thema auseinandergesetzt.

**Standing ovations für Kulturgroschenpreisträger Erich Loest (v.l.n.r. Erich Loest, Christan Höppner, Joachim Gauck, Max Fuchs, Monika Grütters)**
**Foto: Stefanie Ernst**

## Anhörungen und Gespräche mit Bundesministern

Über diese Gespräche hinaus ist der Deutsche Kulturrat im kontinuierlichen Dialog mit Abgeordneten aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Der Deutsche Kulturrat ist überparteilich und allein seinen satzungsgemäßen Aufgaben und Zielen verpflichtet.

**Anhörungen**
Am 24.02.2010 führte der Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags eine Anhörung zur Forderung nach einem Nothilfefonds Kultur durch. Damit wurde eine Forderung des Deutschen Kulturrates direkt im Parlamentarischen Raum aufgegriffen. Angehört wurde der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann.

**Gespräch mit Staatsministerin Cornelia Pieper**
Der Präsident des Deutschen Kulturrates und der Geschäftsführer trafen sich mit der für Kultur und Bildung zuständigen Staatsministerin im Auswärtigen Amt, um über Fragen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

**Gespräch mit Bundesministerin Annette Schavan**
Am 02.11.2010 trafen Vorstand und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates Bundesbildungsministerin Annette Schavan. Bei dem Gespräch ging es um den aktuellen Sachstand des Projektes zu „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“. Darüber hinaus wurde insbesondere die Frage erörtert, wie eine größere Teilhabe sogenannter bildungsferner Schichten an Angeboten von Kunst und Kultur durch kulturelle Bildung ermöglicht werden kann.

## Veranstaltungen

***puk*-Journalistenpreis**
Zu den bereits eingeführten Veranstaltungen gehört die Vergabe des *puk*-Journalistenpreises. Im Jahr 2010 nahm eine neue Jury die Arbeit auf. Der Jury gehören die kulturpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen (Wolfgang Börnsen, MdB (CDU/CSU), Reiner Deutschmann, MdB (FDP), Siegmund Ehrmann (SPD), Dr. Lukrezia Jochimsen (Die Linke), Agnes Krumwiede (Bündnis

Weiter auf Seite 20

### Fachausschüsse des Deutschen Kulturrates

- Fachausschuss Arbeit und Soziales
  Vorsitz: Georg Halupzok (Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung)
- Fachausschuss Bildung
  Vorsitz: Christian Höppner (Deutscher Musikrat)
- Fachausschuss Bürgerschaftliches Engagement
  Vorsitz: Hildegard Bockhorst (Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung)
- Fachausschuss Europa/Internationales
  Vorsitz: Prof. Dr. Max Fuchs (Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung)
- Fachausschuss Kulturwirtschaft
  Vorsitz: Bernd Fesel
- Fachausschuss Kulturfinanzierung
  Vorsitz: Barbara Lison (Deutsche Literaturkonferenz)
- Fachausschuss Medien
  Vorsitz: Julia Fallenstein (Deutscher Musikrat)
- Fachausschuss Steuern
  Vorsitz: Prof. Dr. Peter Raue
- Fachausschuss Urheberrecht
  Vorsitz: Prof. Dr. Gabriele Beger (Deutsche Literaturkonferenz)

*Stand: Februar 2011*

## Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates im Jahr 2010

1. Krise der kommunalen Kulturfinanzierung: Nothilfefonds Kultur – Kulturstiftung des Bundes oder Kulturstiftung der Länder sollten Träger sein (Resolution vom 03.03.2010)
2. Gemeinsamer Appell der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, des Deutschen Kulturrates und des Deutschen Olympischen Sportbundes an die Mitglieder der Gemeindefinanzkommission (Stellungnahme vom 03.06.2010)
3. Resolution des Deutschen Kulturrates zur Stärkung der Jugendfreiwilligendienste (22.06.2010)
4. Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Grünbuch der EU-Kommission Erschließung des Potenzials der Kultur- und Kreativindustrien (22.06.2010)
5. Resolution: Gesetzliche Neuregelungen zur schnellen und rechtssicheren Digitalisierung verwaister und vergriffener Werke sind erforderlich (04.10.2010)
6. Kulturelle Bildung ist Allgemeinbildung! Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Bildungsbericht 2012 mit dem Schwerpunkt Kulturelle Bildung (08.10.2010)
7. Lernorte interkultureller Bildung im vorschulischen und schulischen Kontext (08.10.2010)
8. Kunst und Kultur als Lebensnerv – Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Kulturfinanzierung (08.10.2010)

Fortsetzung von Seite 19

90/Die Grünen), der Intendant von Deutschlandradio Dr. Willi Steul, der Präsident des Deutschen Kulturrates Prof. Dr. Max Fuchs und die beiden Herausgeber von *politik und kultur* Theo Geißler und Olaf Zimmermann (Juryvorsitz) an. Vergeben wird der Preis für die allgemeinverständliche Vermittlung kulturpolitischer Themen. Ausgezeichnet wurden im Jahr 2010: die Redaktion Investigative Recherche der Süddeutschen Zeitung für die Aufdeckung des NDR-Drehbuchskandals (Laudatio: Wolfgang Börnsen), die Hörfunkautorin Ulrike Migdal für ihren Beitrag „Ich schicke Dir 155 Küsse und 398 Grüße“ über die Lyrikerin Ilse Weber (Laudatio: Agnes Krumwiede), Claudia und Günter Wallbrecht für ihren Film „Ich find, die singen da so komisch. Oper für Anfänger“, ein Film über ein Projekt des Theaters Osnabrück mit zwei Schulklassen (Laudatio: Siegmund Ehrmann). Eine Anerkennung erhielt die Münchner Boulevardzeitung tz für ihre Balladenreihe (Laudatio: Dr. Lukrezia Jochimsen). Die Verleihung fand in Kooperation mit Deutschlandradio in Berlin statt.

**Kulturgroschen**
Der Preisträger für den Kulturgroschen des Deutschen Kulturrates wird ebenfalls von einer Jury ausgewählt. Der Jury gehören folgende Mitglieder des Sprecherrates an: Christian Höppner (Juryvorsitz), Kai Ehlert, Dr. Karl Ermert, Wolfgang Esser und Regine Möbius. Der Preis wird für eine besondere kulturpolitische Lebensleistung bzw. eine Leistung von längerfristiger Tragweite vergeben. Er sollte möglichst für spartenübergreifenden Wirken vergeben werden oder aber für ein Wirken, dass auf andere künstlerische Sparten ausstrahlt. In diesem Kriterium spiegelt sich die spartenübergreifende Tätigkeit des Deutschen Kulturrates wider. Mit dem Kulturgroschen sollten möglichst Personen und nicht Organisationen ausgezeichnet werden. Preisträger des Kulturgroschens des Deutschen Kulturrates war im Jahr 2010 der Schriftsteller Erich Loest. Er wurde geehrt für sein mutiges Eintreten für Meinungsfreiheit und vor allem für ein Bemühen bei der Vereinigung der Schriftstellerverbände Ost und West sowie seiner Versöhnungsarbeit mit Polen. Die Laudaio hielt Joachim Gauck. Die Verleihung fand wie in den Vorjahren in Kooperation mit der Stiftung *Brandenburger Tor* in deren Räumen statt.

**Ruhr 2010**
Im Rahmen des Kulturhauptstadtjahres 2010 führte der Deutsche Kulturrat in Kooperation mit der Ruhr 2010 GmbH drei öffentliche Diskussionsveranstaltungen durch: in Essen zum Thema Kulturfinanzierung, in Bochum zum Thema Kulturelle Bildung und in Duisburg zur Frage Interkultur/Kulturelle Vielfalt. Alle drei Veranstaltungen wurden später von WDR 3 als Kulturpolitisches Forum gesendet und entfalteten damit über die unmittelbar vor Ort anwesenden Gäste eine große Breitenwirkung.

**Ökumenischer Kirchentag**
Bei zwei Veranstaltungen des Ökumenischen Kirchentags in München war der Deutsche Kulturrat als Kooperationspartner beteiligt. Bei einer ging es um die kulturpolitische Rolle der Kirchen und bei der anderen um das Thema Digitalisierung. Beide Veranstaltungen waren sehr gut besucht und ermöglichten die Anliegen einem breiten Publikum nahezubringen.

## Publikationen

***politik und kultur***
Im Jahr 2010 erschienen sechs Ausgaben von *politik und kultur* mit insgesamt 212 Seiten. Die verschiedenen Themen von *politik und kultur* sind dem Kasten zu entnehmen. Vier Ausgaben von *politik und kultur* lag die Beilage Interkultur bei, in der sich vertiefend mit Fragen der interkulturellen Bildung befasst wird.

**Imre Török, Bundesvorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller (VS in ver.di) hielt bei dem Workshop „Ist der Deutsche Kulturrat zu deutsch“ ein Impulsreferat** **Foto: Stefanie Ernst**

**Aus *politik und kultur***
In drei neuen Bänden der Reihe „Aus politik und kultur“ werden Beiträge aus der Zeitung *politik und kultur* noch einmal gebündelt veröffentlicht. Band 5, Kulturlandschaft Deutschland: Die Provinz lebt, versammelt Beiträge aus verschiedenen Landkreisen und belegt, dass Kulturarbeit abseits der Metropolen alles andere als provinziell ist. In Band 6, Künstlerleben: Zwischen Hype und Havarie, sind Interviews mit und Portraits von Künstlern versammelt. Damit wird ein Blick hinter die Kulissen künstlerischen Schaffens gewährt. Band 7, Digitalisierung: Kunst und Kultur 2.0, zeichnet anhand exemplarischer Beiträge, die seit dem Jahr 2002 erschienen sind, die Veränderungen in der Debatte um die Digitalisierung nach und bettet sie ein in den Diskurs um die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte und den Schutz der kulturellen Vielfalt.

**Interkulturelle Öffnung der Bundeskulturverbände**
Die im Jahr 2009 durchgeführte Befragung der Mitgliedsverbände des Deutschen Kulturrates zur interkulturellen Öffnung wurde im Jahr 2010 in der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Bildung und Forschung veröffentlicht. Sie gibt Einblick in den Stand der Diskussion in den Bundeskulturverbänden zur Öffnung gegenüber Zuwanderern sowie zur Beschäftigung mit dem Thema interkulturelle Bildung.

## Dank

Die Arbeit des Deutschen Kulturrates wäre nicht möglich ohne die Unterstützung der Menschen, die sich für den Deutschen Kulturrat einsetzen, die ihn unterstützen und die in den Gremien mitwirken. Unser Dank gilt daher besonders den Mitgliedern der Fachausschüsse sowie den Sprecherinnen und Sprechern. Ihre Arbeit ist unersetzlich. Nur durch sie ist es möglich, die unterschiedlichen Positionen aus dem Kulturbereich tatsächlich zu bündeln. Sie informieren, wo es „brennt“, wo Handlungsbedarf besteht, aber auch welche Gesetzesänderungen sich positiv auswirken.

Die Anregungen, die Kritik aber auch das Lob spornen an. Besonders hervorzuheben ist, dass neben dem Sachverstand auch finanzielle Leistungen eingebracht wird, da die Kosten selbst getragen werden.

Sehr herzlich danken wir den Zuwendungsgebern. Einmal dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien für die Finanzierung des Vorhabens „Bündelung verbandlicher Kulturpolitik unter spartenübergreifendem Blickwinkel und Politikberatung durch den Deutschen Kulturrat e.V.“. Dieses Kernprojekt umfasst mit Ausnahme des Fachausschusses Bildung alle Fachausschüsse des Deutschen Kulturrates sowie die darin erarbeiteten Stellungnahmen. Ebenfalls danken wir für die Unterstützung der Verleihung des *puk*-Journalistenpreises 2010 sowie des Kulturgroschens 2010. Dank eines neuen vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderten Projekts konnte in der zweiten Jahreshälfte 2010 eine Referentin für Öffentlichkeitsarbeit eingestellt werden.

Wir danken dem Bundesministerium für Bildung und Forschung für die Unterstützung des Projektes „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“. Im Rahmen dieses Vorhabens finden die Runden Tische zum Thema interkulturelle Bildung statt. Außerdem erscheint im Rahmen dieses Projektes die Beilage Interkultur zu *politik und kultur*.

Zu danken ist den Autorinnen und Autoren von *politik und kultur*, die in der Regel die Beiträge kostenlos zur Verfügung stellen. Von ihren Beiträgen lebt die Zeitung. Kontroversen sind hier ausdrücklich gewünscht.

Weiter gilt unser Dank dem ConBrio Verlag. Stets unkompliziert, schnell und flexibel setzen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unsere Wünsche um. In diesen Dank schließen wir die Zusammenarbeit beim KIZ, Kulturinformationszentrum – einem Onlineportal für Informationen aus dem Kulturbetrieb (www.nmz.de/kiz) – ein.

Besonders danken wir auch Deutschlandradio für die Kooperation zur Verleihung des *puk*-Journalistenpreises. Ebenfalls herzlich danken wir der Stiftung *Brandenburger* Tor für die bewährte Kooperation bei der Verleihung des Kulturgroschens. Die Zusammenarbeit mit beiden Kooperationspartnern ist stets durch Vertrauen und Teamgeist geprägt.

Den Mitarbeiterinnen des Deutschen Kulturrates gilt ebenfalls unser Dank. Ihr Engagement und ihre Identifikation mit der Arbeit sind eine unverzichtbare Grundlage für den Erfolg des Deutschen Kulturrates.

Wir wünschen uns eine weitere gute Zusammenarbeit mit allen, die zum Gelingen der Arbeit des Deutschen Kulturrates einen Beitrag leisten. Da Demokratie auch von Kritik lebt, freuen wir uns weiterhin über Lob und Kritik und vor allem über spannende Diskussionen.

*Prof. Dr. Max Fuchs, Präsident*
*Christian Höppner, Vizepräsident*
*Dr. Georg Ruppelt, Vizepräsident*
*Olaf Zimmermann, Geschäftsführer* ■

| Sektion des Deutschen Kulturrats | Sprecherrat des Deutschen Kulturrats<br>Vorstand des Sprecherrates |
|---|---|
| Deutscher Musikrat | · **Christian Höppner (Deutscher Musikrat)**<br>· Hartmut Karmeier (Deutsche Orchestervereinigung)<br>· Prof. Dr. Udo Dahmen (Percussion Creative)<br>· Prof. Dr. Eckart Lange (Konferenz der Landesmusikräte) |
| Rat für darstellende Kunst und Tanz | · Rolf Bolwin (Deutscher Bühnenverein/Bundesverband der Theater und Orchester)<br>· Barbara Wollenberg (Deutscher Bundesverband Tanz)<br>· Heinrich Bleicher-Nagelsmann (ver.di – Fachgruppe Darstellende Kunst)<br>· Joachim Reiss (Bundesverband Theater in Schulen) |
| Deutsche Literaturkonferenz | · Regine Möbius (Verband deutscher Schriftsteller in ver.di))<br>· **Dr. Georg Ruppelt (Bibliothek und Information Deutschland)**<br>· Eckhardt Kloos (Börsenverein des deutschen Buchhandels)<br>· Dr. Robert Staats (Verwertungsgesellschaft Wort) |
| Deutscher Kunstrat | · Annemarie Helmer-Heichele (Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler)<br>· Dr. Karin Lingl (Stiftung Kunstfonds)<br>· Wolfgang Suttner (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine)<br>· Ingo Terrumanum (Fachgruppe Bildende Kunst – ver.di)) |
| Rat für Baukultur | · Dr. Olaf Bahmers (Bund Deutscher Architekten)<br>· Corinna Seide (Bundesarchitektenkammer)<br>· Dipl. Ing Wolgang Esser (Vereinigung Freischaffender Architekten)<br>· Jost Hähnel (Bundesingenieurkammer) |
| Sektion Design | · Kai Ehlert (Deutscher Designertag)<br>· Henning Krause (Bundesverband der Deutschen Kommunikationsdesigner) |
| Sektion Film und audiovisuelle Medien | · Thomas Frickel (AG Dokumentarfilm)<br>· Katharina Uppenbrink (Verband deutscher Drehbuchautoren)<br>· Dr. Malte Behrmann (GAME – Bundesverband deutscher Computerspieleentwickler)<br>· Manuel Siebenmann (Bundesverband der Film- und Fernsehregisseure) |
| Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung<br><br>Stand: Februar 2011 | · **Prof. Dr. Max Fuchs (Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung)**<br>· Andreas Kämpf (Bundesvereinigung soziokultureller Zentren)<br>· Hildegard Bockhorst (Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung)<br>· Prof. Dr. Steffen Höhne (Fachverband Kulturmanagement) |

# Vertretung des Deutschen Kulturrates in externen Gremien

**Vertreter des Deutschen Kulturrates brachten in verschiedenen externen Gremien die Anliegen des Deutschen Kulturrates und damit des kulturellen Lebens in Deutschland ein. Über die Tätigkeit in den Gremien wird regelmäßig berichtet und dadurch eine Rückbindung an die Sektionen des Deutschen Kulturrates gewährleistet. Im Folgenden wird die Arbeit der Vertreter des Deutschen Kulturrates in ausgewählten Gremien vorgestellt.**

## Arbeitskreis gesellschaftlicher Gruppen der Stiftung Haus der Geschichte

Vizepräsident Georg Ruppelt nahm an den Sitzungen des Arbeitskreises gesellschaftlicher Gruppen der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland teil und beteiligte sich an den Beratungen.

Gebäude Bonn: Das Gebäude der Stiftung in Bonn wird in verschiedenen Bereichen saniert, so an der Außenfassade, der Tiefgarage und dem Glasdach.

„Tränenpalast“: Der Untermietvertrag zwischen der Stiftung und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für die Anmietung des „Tränenpalastes“ in Berlin ist abgeschlossen. Die Baumaßnahmen des Eigentümers im Außenbereich wurden beendet, die Stiftung hat mit baulichen Maßnahmen im Innenbereich begonnen.

„Land der Ideen“: Die Stiftung wurde mit ihren Standorten Bonn und Leipzig im Rahmen der von der Bundesregierung und der Privatwirtschaft getragenen Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ mit dem Preis „Ausgewählter Ort im Land der Ideen“ ausgezeichnet.

Ausstellungen: Im September wurde an allen drei Standorten der Stiftung zeitgleich die Ausstellung „Und dann war die Mauer weg. Fotografien von Gilles Peress“ eröffnet. Bis zum Oktober 2010 lief im Haus der Geschichte in Bonn die Ausstellung „Wir gegen uns. Sport im geteilten Deutschland“, die 104.000 Besucher gesehen haben. Im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig wurde die Ausstellung „Spaß beiseite. Humor und Politik in Deutschland“ bis zum Oktober 2010 von rund 30.000 Menschen besucht. Im Jahr 2010 hat die Stiftung zwölf Ausstelllungen wandern lassen, darunter die Ausstellungen „Deutschlandbilder“ und „Bilder im Kopf. Ikonen der Zeitgeschichte“.

Sammlungen: Zu ihren Sammlungen konnte die Stiftung folgende Exponate hinzufügen:

- die bei einem Taliban-Angriff zerstörte Tür eines Transportfahrzeuges „Dingo“;
- ein Schleudersitz Lockheed „C-2“ eines Starfighter aus dem Jahr 1962;
- das Ölgemälde „Bei Bianchi“ von Otto H. Gerster aus den 50er Jahren, das die Atmosphäre eines Kölner Eiscafes festhält;
- ein Modell der Grenzübergangsstelle Bornholmer Straße in Ostberlin, das in den 1980er Jahren von DDR-Grenztruppen gefertigt wurde;
- aus der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn konnte, als eine der wenigen erhaltenen Einrichtungsgegenstände, eine Funktechnikanlage übernommen werden.

Des Weiteren konnten der Sammlung unter anderem der „Fotozyklus Heimat“ des bekannten türkischen Fotografen und Journalisten Mehmet Ünal, ein Waschbottich aus dem Grenzdurchgangslager Friedland und ein Plakat der United States Army Europe übernommen werden.

Veranstaltungen: Aus der Vielzahl von Veranstaltungen seien unter anderem genannt: das Museumsmeilenfest im Haus der Geschichte in Bonn; der Besuch des Bundespräsidenten Christian Wulff im August 2010; ein Kammerkonzert im Kanzler-Bungalow; ein Vortrag vom Hans-Gert Pöttering „60 Jahre Schuman-Plan“; ein Vortrag von Jochen Sanio über „Möglichkeiten und Grenzen der politischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte“; die Präsentationen der Bücher „Theodor Heuss und sein Briefwechsel mit der Bevölkerung“ und „Anekdoten der Macht“; eine Podiumsdiskussion „20 Jahre Deutsche Einheit“ in Leipzig; die Auftaktveranstaltung zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten in Bonn und in Leipzig; verschiedene Diskussionen zum 20-jährigen Jubiläum der Deutschen Einheit; eine Lesung mit Musik im Rahmen des Beethoven-Festes in Bonn; ein Schüler-Workshop zum Film „Gesicht zur Wand“; das Museumsfest zum 3. Oktober in Bonn; ein Symposium „Europäische Freiheitsbewegungen im 20. Jahrhundert und ihre Musealisierung“; Vorstellung des Buches von Bundestagspräsident Norbert Lammert „Einigkeit. Und Recht. Und Freiheit. 20 Blicke auf unser Land“.

Die Attraktivität der Veranstaltungen wie die Angebote an Ausstellungen der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor sehr hoch, und die Stiftung arbeitet in allen Bereichen effektiv und mit größtem Erfolg.

*Georg Ruppelt, Vizepräsident des Deutschen Kulturrates* ■

## Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) musste im Jahr 2010 eine Bewährungsprobe bestehen, deren Erfolg heute noch nicht abzusehen ist. Gegründet wurde das BBE im Jahr 2002. Damit wurde eine Empfehlung der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestags umgesetzt. Das BBE ist ein trisektorales Netzwerk. In ihm wirken Verbände, Unternehmen und der Staat zusammen. Sein Ziel ist die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Die Woche des bürgerschaftlichen Engagements, Debatten zur Veränderung des Engagements, Gewinnung junger Menschen für Engagementfelder, die Weiterentwicklung der Diskussion zur Verantwortung von Unternehmen für die Gesellschaft und anderes mehr wurden im BBE debattiert bzw. von ihm angestoßen und begleitet. Das BBE hat sich seit seiner Gründung zu einem wichtigen Ansprechpartner für unterschiedlichste Fragen der Engagementpolitik entwickelt.

Finanziell unterstützt wird das BBE seit seiner Gründung durch eine Zuwendung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Diese Zuwendung wurde auf Wunsch des BMFSFJ nicht direkt dem BBE, sondern dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge zugewiesen. Im Jahr 2010 teilte nun das BMFSFJ mit, dass diese Praxis haushaltsrechtlich nicht haltbar sei und daher künftig nicht mehr möglich wäre. Eine Zuwendung für das Jahr 2011 könne nur an das BBE direkt gezahlt werden, wenn die entsprechenden rechtlichen Strukturen geschaffen und vom BMFSFJ anerkannt würden.

Das gesamte Jahr 2010 war durch diese Vorgabe geprägt und es wurden sehr schwierige Debatten bezüglich einer Rechtsformänderung geführt. Leider verhielt sich das BMFSFJ in diesen ganzen Debatten wenig kooperativ und trug wenig dazu bei, dass eine stabile Struktur gefunden werden konnte. Gerade das Ministerium, das in der Bundesregierung für bürgerschaftliches Engagement federführend ist, hat in der Diskussion so wenig Gespür für zivilgesellschaftliche Diskussion und so wenig Verlässlichkeit ausgestrahlt, dass es schon ein Skandal ist (siehe hierzu auch das Editorial in dieser Ausgabe von *politik und kultur*, Seite 1). Überdies hat die Strukturdiskussion und das Bangen um die Fortführung der Arbeit die inhaltlichen Debatten zum bürgerschaftlichen Engagement erschwert. Ob das BBE sich konsolidieren wird, wird sich im Jahr 2011 erweisen müssen.

*Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates* ■

## Bündnis für Gemeinnützigkeit

Die Arbeit des Bündnisses für Gemeinnützigkeit hat sich im Jahr 2010 weiter sehr zielorientiert und erfolgreich entwickelt. Im Bündnis für Gemeinnützigkeit arbeiten die zivilgesellschaftlichen Dachverbände (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Bundesverband Deutscher Stiftungen, Deutscher Bundesjugendring, Deutscher Fundraising-Verband, Deutscher Kulturrat, Deutscher Naturschutzring, Deutscher Olympischer Sportbund, Deutscher Spendenrat, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, VENRO – Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen) sowie Wissenschaftler und Experten zusammen. Bei der Jahrestagung im Januar 2010 wurde die Genshagener Erklärung erarbeitet und verabschiedet. In der Genshagener Erklärung werden konkrete Forderungen an die Bundesregierung sowie die Mitglieder des Deutschen Bundestags gerichtet wie durch gesetzliche Regelungen bzw. durch Verordnungen das bürgerschaftliche Engagement weiter gestärkt werden kann.

Das Bündnis für Gemeinnützigkeit hat gemeinsam zu den engagementpolitischen Fragen des Jahressteuergesetze Position bezogen. Ebenso wurde sich für die Umsatzsteuerbefreiung von Freiwilligendiensten eingesetzt. Hier wird von einigen Finanzbehörden von einem Leistungsaustausch ausgegangen, woraus eine Umsatzsteuerpflicht entsteht. Intensiv wurde die Frage der Transparenz im gemeinnützigen Sektor debattiert und zusammen mit einer Arbeitsgruppe von Transparency International Deutschland an einer Internetplattform „Transparente Zivilgesellschaft“ gearbeitet.

Das Bündnis für Gemeinnützigkeit hat sich in den fünf Jahren seines Bestehens zu einem anerkannten Faktor insbesondere mit Blick auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen für Engagement entwickelt.

*Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates* ■

## Deutsche UNESCO-Kommission

In der Deutschen UNESCO-Kommission bin ich zum einen persönliches Mitglied, zum anderen Mitglied des Kulturausschusses. Seit Jahren habe ich zwei Arbeitsschwerpunkte: Kulturelle Bildung und die Konvention zur kulturellen Vielfalt. Höhepunkt im Jahr 2010 war die zweite Weltkonferenz zur kulturellen Bildung im Mai in Seoul. Die bei der ersten Weltkonferenz im Jahre 2006 in Lissabon entwickelte Road Map wurde in Seoul zu einer Seoul-Agenda verdichtet. Stichworte sind: Qualitativ hochwertige kulturelle Bildung für alle, Kooperation, kulturelle Bildung innerhalb und außerhalb von Schule und – in dieser Deutlichkeit neu gegenüber der Road Map – eine starke Nutzung kultureller Bildung für die Bearbeitung sozialer oder politischer Problemlagen. Damit ordnet sich die kulturelle Bildungspolitik stärker in die UN-Strategie zur Friedenssicherung und Armutsbekämpfung ein. Eine Rezeption der Seoul-Agenda hat in Deutschland bislang noch nicht stattgefunden.

Im Hinblick auf die Umsetzung der Konvention ist die Einschätzung zwiespältig. Eine kleine Anfrage im Deutschen Bundestag wird mehr Klarheit darüber schaffen, inwieweit dieses neue, als Magna Charta der internationalen Kulturpolitik recht vollmundig kommunizierte Rechtsinstrument tatsächlich die Hoffnungen erfüllt. Eine erste vorläufige Sichtung der Antworten lässt den Verdacht entstehen, dass alles, was ohnehin schon getan worden ist, jetzt unter das Label „kulturelle Vielfalt“ gestellt wird. Eine deutliche Ernüchterung über die Wirksamkeit der Konvention wird nicht zu vermeiden sein, zumal nirgends Klarheit darüber besteht, was „Vielfalt“ konkret bedeutet.

*Max Fuchs, Präsident des Deutschen Kulturrates* ■

## RTL-Programmausschuss

Der Programmausschuss von RTL hat sich unter der Leitung seines Vorsitzenden Hilmar Hoffmann im Berichtszeitraum über aktuelle unternehmensintere und medienpolitische Entwicklungen informiert und im Hinblick auf die Planungen beraten.

Einen thematischen Schwerpunkt bildete die Struktur des Rundfunkmarktes, die sich durch das Eintreten neuer Akteure und das steigende Interesse an zuschauereigenen Inhalten im stetigen Wandel befindet. Rundfunkanbieter sehen sich deshalb einem immer stärkeren Wettbewerbsdruck ausgesetzt, dem nur mit einer klaren Netzpolitik auf Länder-, Bundes- und EU-Ebene abzuhelfen ist.

Dennoch konnte RTL seine Marktführerposition in 2010 weiter ausbauen. Erstmals seit 2003 war RTL nicht nur in der Kernzielgruppe der 14-49jährigen, sondern in allen Zuschauergruppen der meistgesehene Sender in Deutschland. Quotenrenner waren Formate wie „Bauer sucht Frau“ oder „Rach – der Restauranttester“ sowie die umfangreichen Sportübertragungen. Die positive Entwicklung zeigt sich auch im Nachrichtensegment. So übersteigen die absoluten Zuschauerzahlen von „RTL aktuell“ mittlerweile die des ZDF-Formats „heute“. Um das Nachrichtensegment besser zu positionieren, wurde der Anteil eigenproduzierter Nachrichten und Magazine sowie die Anzahl der hierfür tätigen Journalisten in 2010 entgegen der üblichen Branchenentwicklung erhöht.

Neue Formate wurden 2010 hauptsächlich bei den eigenproduzierten Serien gestartet. Nachdem das Genre der „deutschen Fiction“ zwischenzeitlich für den Zuschauer an Anziehungskraft verloren hatte, konnten nun gleich zwei neue Serien („Countdown“ und „Lasko“) erfolgreich beim Publikum etabliert werden.

*Christian Höppner, Mitglied des RTL-Programmausschusses und Vizepräsident des Deutschen Kulturrates* ■

## Rundfunkrat der Deutschen Welle

Im Berichtzeitraum 2010 hat die Deutsche Welle (DW) bewegende Themen des Jahres, wie z.B. die Wahl des neuen Bundespräsidenten oder die FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft durch eigene Sendungen begleitet. So wurde die Bundespräsidentenwahl mit einer Sondersendung und Live-Berichterstattungen begleitet. Im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft wurde sowohl aus den Stadien in Südafrika als auch von der Fanmeile in Berlin berichtet.

Die Kooperation und Zusammenarbeit im Online-Bereich der DW und der ARD-Landesrundfunkanstalten wurde im letzten Jahr ausgebaut. Damit kann der deutsche Auslandrundfunk ab Oktober 2010 Beiträge der ARD-Sender auch auf seiner Internetseite dw-world.de und auf Plattformen wie YouTube anbieten. Die Rolle der DW als mediale Visitenkarte Deutschlands wird somit gestärkt und die ARD erreicht im Gegenzug eine noch größere Verbreitung ihrer Angebote.

Auch im Jahr 2010 kooperierte die DW mit dem Beethovenfest Bonn. Dieses Engagement als Mitgesellschafter und Medienpartner zählt zu den wichtigsten kulturellen Aktivitäten der DW. Darüber hinaus wurden im Rahmen des „Beethoven-Projektes“ der DW in Kooperation mit der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen unter Leitung von Paavo Järvi sämtliche neun Symphonien von Beethoven eingespielt und eine Dokumentation über diese Einspielung angefertigt. Neben der Ausstrahlung auf diversen Filmfestivals erhielt dieser Film eine Auszeichnung für den besten Soundtrack beim „Rhode Island International Film Festival“.

Bei den Online-Nutzungszahlen konnten insbesondere Zuwächse im russischen, persischen und bosnischen (+50%) Sprachgebiet verzeichnet werden. Um dem Zuwachs der Online-Sparte gerecht zu werden, wurde im November das neue Media-Center in den Sprachen Deutsch und Englisch in Pilot-Betrieb genommen. Dies ermöglicht das Abrufen aller audiovisuellen Inhalte der DW durch ein neues Webinterface und die Sortierung nach Themen, Aktualität und Beliebtheit.

Die DW-Akademie hat ihre Arbeit im Berichtzeitraum erfolgreich fortgesetzt und ausgebaut. So engagierte sie sich beispielsweise in Sierra Leone für die Gründung eines unabhängigen, öffentlich-rechtlichen Radiosenders. Die Rolle der DW-Akademie bei der Etablierung des Senders wurde von UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon ausdrücklich gewürdigt. Das Qualitätsmanagementsystem der DW-Akademie, das Angebote überprüfbar und nachhaltig gestalten hilft, wurde erfolgreich etabliert und mit dem Zertifikat nach der internationalen Norm ISO 9001 ausgezeichnet.

Erfreulicherweise ist es gelungen, im Rahmen der Aufgabenplanung der DW die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen als Grundlage der konzeptionellen Programmausrichtung zu etablieren. Die aktuelle Diskussion zu den angedachten Strukturreformen der DW (u.a. Multiplattform-Strategie) befindet sich vor dem Hintergrund geplanter Einsparmaßnahmen im politischen Diskussionsprozess.

*Christian Höppner, Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses DW-AKADEMIE im Rundfunkrat der Deutschen Welle und Vizepräsident des Deutschen Kulturrates* ■

# Bericht aus den Sektionen des Deutschen Kulturrates

**Im Folgenden berichten die Geschäftsführer beziehungsweise Sprecher der Sektionen des Deutschen Kulturrates über die Arbeit ihrer Sektion im Jahre 2010, die teilweise in das Jahr 2011 hineinreicht. Die Sektionen sind die Mitglieder des Deutschen Kulturrates. Sie sind zum Teil eigenständige eingetragene Vereine und zum Teil Arbeitsgemeinschaften.**

## Deutscher Musikrat

Eine kontinuierliche Bewusstseinsbildung in allen Bezugsgruppen stand und steht im Mittelpunkt der musikpolitischen Arbeit des Deutschen Musikrates (DMR), denn erst Bewusstsein schafft Ressourcen. Das breite Mitgliederspektrum bietet Vernetzungs- und Kampagnenmöglichkeiten, die im Kulturbereich einzigartig sind. Die Projekte fördern die musizierende Jugend, haben eine Impulsfunktion für das Musikleben und sind in der Vermittlung musikpolitischer Botschaften das beste Medium, weil Musik auch ohne Worte wirkt.

Aus der Arbeit des Präsidiums, der Bundesfachausschüsse und der Projektbeiräte ergeben sich die Kernthemen der musikpolitischen Arbeit des DMR, die auch in das Grundsatzprogramm „Musikpolitik in der Verantwortung“ eingeflossen sind. Das von der Mitgliederversammlung 2009 verabschiedete Programm wurde im Juli 2010 Staatsminister Bernd Neumann durch Präsident Prof. Martin Maria Krüger, Vizepräsident Hartmut Karmeier und Generalsekretär Christian Höppner überreicht.

Die inhaltlichen Themenschwerpunkte und daraus entwickelte Initiativen des Deutschen Musikrates in Jahr 2010 waren:

**Themenschwerpunkt: Musikalische Bildung**

Die Musikalische Bildung ist und bleibt das Generalthema der Arbeit des Deutschen Musikrates, weil sie als Querschnittsaufgabe die Grundlage für nahezu alle Bereiche seiner Arbeit bildet. Ziel ist es, die zentrale Bedeutung der Musikalischen Bildung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft in einer Weise deutlich zu machen, die zu entsprechenden Konsequenzen im politischen Handeln führt. Vor diesem Hintergrund wurde zum Tag der Musik 2010 die Kampagne „Ohne Musik keine Bildung“ für Kontinuität und Qualität der Musikalischen Bildung in Kindertagesstätten, Schulen und Musikschulen gestartet. Der Deutsche Musikrat, der Landesmusikrat Berlin, das Konzerthaus Berlin, die Berliner Philharmoniker, die Akademie der Künste und der Deutsche Kulturrat rufen alle Bürgerinnen und Bürger, Kulturinstitutionen und Verbände auf, sich an der Kampagne und dem Online-Voting, die zum Tag der Musik 2011 enden wird, zu beteiligen. Weitere Informationen und Online-Voting unter www.ohne-musik-keine-bildung.de

**Themenschwerpunkt: Auswärtige Musikpolitik**

Auf Einladung des Schweizer Musikrates fanden sich die Musikräte Deutschlands, Österreichs und der Schweiz zu ihrer turnusmäßigen D-A-CH-Tagung im November 2010 in Genf zusammen. Schwerpunktthemen waren die Umsetzung der UNESCO-Konvention zur Kulturellen Vielfalt, die soziale Lage der Kunst- und Kulturschaffenden und die gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen und dem Chinesischen Musikrat wurde fortgesetzt. Im August 2010 fand in München ein Zusammentreffen zwischen dem Deutschen Musikrat und einer chinesischen Delegation statt, bei dem Möglichkeiten der Ausweitung der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit im Musikbereich erörtert wurden. Auf der Grundlage der bisherigen positiven Erfahrungen in der projektbezogenen Zusammenarbeit bestand Einigkeit, diese partnerschaftliche Kooperation weiter auszubauen und durch musikpolitische Themen von beiderseitigem Interesse zu ergänzen.

In Zusammenarbeit mit Steinway & Sons Deutschland und in Ergänzung zu dem Projekt „Vier Monate Venezuela“, in dessen Rahmen 16 deutsche Musiklehrerinnen und -lehrer in Venezuela im Jahr 2008 für vier Monate Instrumentalunterricht gaben, erhalten momentan mangels einschlägiger Ausbildungsmöglichkeiten im Lande drei junge Venezolaner bei Steinway & Sons in Berlin, München und Düsseldorf eine intensive einjährige Fortbildung mit Fokus auf Reparaturerfordernisse und Instrumentenstimmung.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des Europäischen Musikrates (EMC) in Wien im April 2010 wurde Generalsekretär Christian Höppner als Vizepräsident des EMC wiedergewählt. Kernziel der europäischen Musikpolitik ist die Umsetzung der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Kulturellen Vielfalt.

**Initiative „Tag der Musik“**

Der Tag der Musik fand 2010 vom 17. bis 21. Juni statt und erreichte ca. 600.000 Besucherinnen und Besucher. Neben den bundesweiten Veranstaltungen hat es erstmals eine Zentralveranstaltung in Berlin gegeben. Am Sonnabend, 19. Juni 2010 haben von 13.00 bis 22.00 Uhr Konzerte, Ausstellungen und eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Musikland Deutschland: (ver)blühende Landschaften?“ im Konzerthaus Berlin stattgefunden und mit dem Konzert des Konzerthausorchesters unter Leitung von Lothar Zagrosek um 20.00 Uhr einen feierlichen Abschluss gefunden. Eröffnet wurde die Zentralveranstaltung um 13.00 Uhr von der Flashband, dem musikalischen Flashmob zum Tag der Musik in Berlin. Alle Musikerinnen und Musiker waren aufgerufen, mit dem eigenen Instrument oder der eigenen Stimme gemeinsam auf der Konzerthaustreppe zu musizieren. Noten konnten vorab im Internet herunter geladen werden bzw. wurden vor Ort verteilt. Verbreitet wurde die Aktion über herkömmliche Wege, wie z.B. Pressemitteilung, aber euch durch die Nutzung neuer Kommunikationswege, wie Twitter, Facebook, MySpace und StudiVZ, so dass sich spontan etwa 250 Personen auf der Freitreppe am Gendarmenmarkt versammelten. Zusätzlich gab es wie im letzten Jahr wieder einen Teilnehmerpreis, dessen Preisträger im Rahmen der Mitgliederversammlung 2010 ausgezeichnet wurden. Der Wettbewerb stand allen offen, die sich zum Tag der Musik angemeldet haben. Die Kategorien reichten von Kinder- und Jugendensembles, über gemeinsame Projekte von Profis und Laien, bis hin zu musikpolitischen Veranstaltungen und dem Zusammenspiel verschiedener Kulturen. Der Tag der Musik wird in diesem Jahr vom 17. bis 19. Juni 2011 stattfinden. Weitere Informationen unter www.tag-der-musik.de.

**Initiative: „Einheit durch Vielfalt – Kirche macht Musik“**

Der Deutsche Musikrat veranstaltete gemeinsam mit den Vertretern der kirchenmusikalischen Spitzenverbände vom 14. bis zum 17. Oktober 2010 den Kongress „Einheit durch Vielfalt – Kirche macht Musik“ in Berlin. Ziel dieses Kongresses war es, den Reichtum und die Fülle der Kirchenmusik in Deutschland aufzuzeigen, ihre Bedeutung für unsere Gesellschaft sowie für das Individuum zu vermitteln und ihre gesellschaftspolitische Wirkungskraft deutlich zu machen, um die Rahmenbedingungen der Kirchenmusik nachhaltig zu verbessern. In Arbeitsgruppen und Diskussionen, mit Vorträgen und Konzerten wurde die Kirchenmusik von verschiedensten Blickwinkeln aus betrachtet. Die Ergebnisse mündeten in die Resolution zur Kirchenmusik in Deutschland, die sowohl vom Kongress als auch von der Mitgliederversammlung 2010 des Deutschen Musikrates einstimmig verabschiedet wurde.

Neben dem Kongress in Berlin wurden in den Kirchengemeinden unter dem Leitmotiv „Einheit durch Vielfalt“ bundesweit rund 1.000 Veranstaltungen im gesamten Oktober 2010 durchgeführt und auf der Homepage veröffentlicht. Alle kirchenmusikalischen Verbände und kirchenmusikalisch Aktiven waren aufgerufen, sich mit eigenen musikalischen Beiträgen zu dieser Thematik einzubringen. Für die gemeinsame Erkennungsmelodie der bundesweiten Aktion wurde ein Wettbewerb für die Komposition eines Kanons und einer Fanfare ausgeschrieben. Weitere Informationen unter www.einheitdurchvielfalt.de

*Christian Höppner, Generalsekretär des Deutschen Musikrates* ■

## Rat für darstellende Kunst und Tanz

Der Rat für darstellende Kunst und Tanz tagte im Berichtsjahr zweimal, nämlich am 23. März und am 3. November 2010, jeweils in Köln. Der vom Rat eingerichtete Beirat Tanz tagte am 23. Februar, 30. Juni und 11. November 2010.

Anlässlich seiner Sitzung im Frühjahr befasste sich der Rat schwerpunktmäßig mit dem Thema Kulturfinanzierung. Nach der Neugründung eines Fachausschusses Kulturfinanzierung, an dem auch Vertreter des Rates für darstellende Kunst und Tanz teilgenommen haben, wurde noch einmal über die Frage der Kulturfinanzierung als freiwillige Aufgabe diskutiert. Auch wurde die Idee eines Nothilfeprogramms für die Kommunen und die Kulturinstitutionen in Anlehnung an die nach der deutschen Wiedervereinigung für die neuen Bundesländer durchgeführten Übergangsfinanzierungen beraten. Das Thema war auch bei einer Anhörung des Ausschusses für Kultur im Deutschen Bundestag ausführlich diskutiert worden, bei der der Vorstand des Bühnenvereins und damit der Sprecher des Rates als Experte angehört wurde. Dabei stand eine Diskussion über die verfassungsrechtlichen Probleme im Vordergrund. Die Mehrzahl der im Rat für darstellende Kunst und Tanz vertretenen Mitglieder verwies darauf, dass die Finanzierung aller Kulturbereiche immer schwieriger werde. Besonders deutlich zu merken sei dies im Kinder- und Jugendtheaterbereich. Auch die freien Gruppen und Amateurtheater seien von den augenblicklichen Einsparungsmaßnahmen bereits überdurchschnittlich betroffen. Einigkeit bestand im Rat für darstellende Kunst und Tanz, dass sich jeder Verband im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine ausreichende Kulturfinanzierung einsetzen müsse. Vor allem wurde darauf hingewiesen, dass in Deutschland nur 0,8 Prozent aller öffentlichen Budgets für Kunst und Kultur ausgegeben werden. Das sei ein Betrag, der für eine Kulturnation wie der Bundesrepublik Deutschland nicht zu beanstanden sei.

Außerdem berieten die Mitglieder des Rates über die Reaktionen auf die Studie des Deutschen Kulturrates zum Kulturakteur WDR. Die Studie wurde von einzelnen Mitgliedern kritisch bewertet. Ebenfalls kritisch gesehen wurde die Initiative der Bundesregierung zum Thema Kultur- und Kreativwirtschaft. Der Rat vertritt die Auffassung, eine saubere Trennung von öffentlich geförderter Kultur und privatwirtschaftlicher Initiative lasse sich nicht durchhalten; denn viele Wirtschaftsunternehmen finanzierten sich aus Aufträgen von öffentlich finanzierten Kultureinrichtungen. Daher sei eine gewisse Abhängigkeit zwischen beiden Bereichen gegeben. Zum Beispiel könne ein Theaterverlag ohne durch öffentlich finanzierte Theater gezahlte Tantiemen kaum überleben. Der Rat warnte allerdings davor, den wirtschaftlichen Aspekt der Tätigkeit seiner Institutionen zu sehr zu betonen, da dadurch eine Gefährdung der öffentlichen Finanzierung eintreten könne. Es sei auch

Weiter auf Seite 23

**Jurymitglieder und Preisträger des *puk*-Journalistenpreises. V.l.n.r.: Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Herausgeber der Zeitung *politik und kultur,* Jurymitglied; Reiner Deutschmann, MdB, Kulturpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Jurymitglied; Max Fuchs, Präsident des Deutschen Kulturrates, Jurymitglied; Ulrike Migdal, freie Hörfunkjournalistin, Preisträgerin; Wolfgang Börnsen, MdB, Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Jurymitglied; Agnes Krumwiede, MdB, Kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Jurymitglied; Beate Kayser, Autorin bei der Münchner tz, Preisträgerin; Martin Kotynek, Journalist bei der Süddeutschen Zeitung/ Redaktion Investigative Recherche, Preisträger; Claudia Wallbrecht, freie Fernsehjournalistin, Preisträgerin; Lukrezia Jochimsen, MdB, Kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Jurymitglied; Günter Wallbrecht, freier Fernsehjournalist, Preisträger; Siegmund Ehrmann, MdB, Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Jurymitglied Foto: Carolin Ries**

Fortsetzung von Seite 22

eine Tendenz, die genau beobachtet werden müsse, dass die Kreativwirtschaft jetzt von der Politik als zunehmend erfolgreiche Branche angesehen werde. Dabei werde aber die prekäre Lage der Künstler nicht mehr hinreichend beachtet. Unbedingt vermieden werden müsse der Eindruck, dass die öffentliche Förderung nicht mehr das Modell der Zukunft sei. Die öffentliche Förderung sei für den Erhalt der in Deutschland bestehenden Kulturlandschaft unabdingbar.

In der Herbstsitzung des Rates für darstellende Kunst und Tanz diskutierten die Mitglieder zunächst den vom Deutschen Kulturrat geplanten Tag des Protestes gegen Kulturabbau, der im Zuge der Finanzkrise und der daraus folgenden Bedrohung der Kultureinrichtungen in ganz Deutschland stattfinden soll. Dabei sollen die Forderungen des Deutschen Kulturrates und seiner Mitglieder gegen den Kulturabbau formuliert werden. Das Besetzen eines solchen Tages durch ein übergeordnetes Thema gewährleistet auch nach Ansicht des Rates, dass die Bedrohung der Kultur auch pressemäßig konzentriert wahrgenommen werden kann.

Gegenstand der Diskussionen war wie immer die Arbeit in den Ausschüssen des Deutschen Kulturrates, in denen die Mitglieder des Rates für darstellende Kunst vertreten sind. Der Rat beschäftigte sich vorrangig jedoch mit der geplanten Tanzwoche, die vom 29. April bis 8. Mai 2011 stattfinden soll. Der Beirat Tanz hatte die Konzeption der Deutschen Tanzwoche in seinen Beratungen mit vorbereitet und intensiv über die möglichen Auswirkungen eines solchen Projekts beraten. Die Deutsche Tanzwoche soll die Gelegenheit bieten, einer breiten Öffentlichkeit die großartige Vielfalt der deutschen Tanzszene in einer konzertierten Aktion zu zeigen. Zugleich soll die Deutsche Tanzwoche als verbindende Klammer und zentrale Anlaufstelle dienen, in der die einzelnen Verbände, Organisationen und Einrichtungen ihr ganz individuelles Profil und ihre Ideen präsentieren können. Der Rat für darstellende Kunst und Tanz beschloss die Kooperation mit Swinging World und dem Deutschen Tanzsportverband, die die Deutsche Tanzwoche verantwortlich durchführen. Einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion bildeten wie immer die Themen Kulturfinanzierung und kulturelle Bildung, besonders unter dem Eindruck des erschienenen Bundesbildungsberichts. Außerdem beriet der Rat für darstellende Kunst und Tanz über die Pläne der Bundeskulturstiftung zur weiteren Förderung des Tanzes und bewertete es als positiv, dass der Tanz weiter im Fokus der Förderung bleibe.

*Rolf Bolwin, Geschäftsführer und Sprecher des Rates für darstellende Kunst und Tanz* ■

## Deutsche Literaturkonferenz

Die Deutsche Literaturkonferenz hat sich 2010 ein Jahr der Reflexion verordnet, an dessen Ende wichtige Veränderungen standen.

Seit dem Beschluss, ab 1996 jährlich die Karl-Preusker-Medaille an Personen oder Institutionen zu vergeben, die den Kulturauftrag des öffentlichen Bibliothekswesens wirkungsvoll fördern und unterstützen, hat sich die Mitgliederstruktur der Deutschen Literaturkonferenz stark verändert. Da eine Fokussierung nur auf Bibliotheken nicht mehr berechtigt scheint, hat die Deutsche Literaturkonferenz im Oktober 2010 beschlossen, die Vergabe der Karl-Preusker-Medaille einzustellen und den Preis an die BID, Bibliothek & Information e.V. abzugeben.

Auch das bisher i.d.R. einmal im Jahr auf der Leipziger Buchmesse stattfindende Symposion der Deutschen Literaturkonferenz erfährt eine Veränderung und wird in Zukunft hinsichtlich des Ortes, der Zeit und seines Charakters flexibler gehandhabt werden.

Die Deutsche Literaturkonferenz hat sich mit ihrer Arbeitsgruppe „Digitale Bibliotheken“ weiter mit dem Thema verwaiste und vergriffene Werke beschäftigt. Verwaiste und vergriffene Werke können bei den Digitalisierungsplänen der Bibliotheken zu erheblichen Schwierigkeiten führen. Die Deutsche Literaturkonferenz sieht hier die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung und hatte dem Bundesministerium der Justiz bereits im Vorjahr einen konkreten Gesetzgebungsvorschlag unterbreitet, der in 2010 intensiv weiterverfolgt wurde.

Im Berichtszeitraum fanden zwei Mitgliederversammlungen statt, am 19. März 2010 in Leipzig und am 8. Oktober 2010 in Frankfurt a.M. Die Deutsche Literaturkonferenz vereinte 2010 22 Mitgliedsverbände und -institutionen. Sprecherin des Vereins ist die Schriftstellerin Kerstin Hensel, Stellvertreter der Sprecherin ist Dr. Georg Ruppelt.

*Iris Mai, Geschäftsführerin der Deutschen Literaturkonferenz* ■

## Deutscher Kunstrat

Der Deutsche Kunstrat ist ein Zusammenschluss von 24 bundesweit organisierten Verbänden der bildenden Künstlerinnen und Künstler, Kunstvermittler und Kunstverwerter. Er vertritt die Interessen des Kunstbetriebs und hat insbesondere das Ziel, der bildenden Kunst die gebührende Geltung zu verschaffen und die kulturpolitischen Rahmenbedingungen mitzugestalten. Eine der zentralen Aufgaben ist die Mitarbeit in den Gremien des Deutschen Kulturrates, um an dessen Politikberatung und Öffentlichkeitsarbeit inhaltlich mitwirken zu können. Die Sektion hat deshalb in alle Fachausschüsse des Deutschen Kulturrates Vertreter und Vertreterinnen entsandt, die dort aktiv an der Erarbeitung von Positionen und Stellungnahmen mitarbeiten.

Im Jahr 2010 fanden zwei Mitgliederversammlungen des Deutschen Kunstrates statt. Am 15. Juni beendete Birgit Maria Sturm, Geschäftsführerin des Bundesverbandes Deutscher Galerien und Editionen (BVDG), ihre langjährige erfolgreiche Tätigkeit als Sprecherin des Deutschen Kunstrates. Als neue Sprecherinnen wurden Annemarie Helmer-Heichele (Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler – BBK) und Dr. Karin Lingl (Stiftung Kunstfonds) gewählt. Ihre Stellvertreter sind Ingo Terrumanum (ver.di Fachgruppe Bildende Kunst) und Wolfgang Suttner (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine). Mit der Neuwahl geht entsprechend der Geschäftsordnung des Deutschen Kunstrates auch ein Wechsel der Geschäftsführung einher, die jeweils bei einem der Verbände angesiedelt ist, die einen Sprecher stellen. Künftig übernimmt der Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler die Administration, Ansprechpartnerin ist Andrea Gysi.

In der Sitzung konnte die Aufnahme eines neuen Mitgliedsverbandes beschlossen werden: Die Deutsche Gesellschaft für Photographie (DGPh) wird im Kunstrat künftig von Dr. Bernd Fechner, Vorstandsmitglied und Vorsitzender der dortigen Sektion Kunst, Markt und Recht, vertreten werden. In der inhaltlichen Diskussion spielte vor allem die Berliner Rede der Bundesjustizministerin zum Urheberrecht in Zeiten zunehmender Digitalisierung eine Rolle, die insofern begrüßt wurde, als sie der viel diskutierten Idee einer sog. Kulturflatrate eine Absage erteilte. Thema waren auch die drastischen Sparmaßnahmen im Kulturbereich und Überlegungen zu Protestaktivitäten. Der Deutsche Kunstrat nahm die Berichte derjenigen entgegen, die für die Sektion in die Fachausschüsse des Kulturrates entsandt sind: Das betraf u.a. die kontroverse Diskussion um die Begriffe Transkulturalität versus Interkulturalität im Fachausschuss Bildung, Planungen zu einem neuen Künstlersozialreport im Fachausschuss Arbeit und Soziales und Informationen zur Mobilität im Fachausschuss Internationales/Europa.

In der 2. Mitgliederversammlung am 29. September 2010 waren die bekannt gewordenen Empfehlungen eines vom Bundesministerium für Finanzen in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Streichung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Kulturgüter Schwerpunktthema. Der Deutsche Kunstrat vertritt einhellig die Position, dass eine Streichung des ermäßigten Steuersatzes für Kulturgüter abzulehnen ist. Sie bedeutete eine Schwächung der Kultur- und Kreativwirtschaft, die ja nun gerade von der Bundesregierung als wachsender und zu fördernder Wirtschaftszweig entdeckt worden ist. Die diffamierende Reduzierung des Kunsthandels auf bloßen Luxus verkenne, welche Rolle dieses Förderinstrument für einen lebendigen Kunstmarkt und damit die kulturelle Vielfalt in Deutschland spielt.

Der Kunstrat begrüßte und unterstützte den Vorschlag des Deutschen Kulturrates, zu einem bundesweiten Aktionstag für kulturelle Vielfalt und gegen Kulturabbau aufzurufen. Der Kunstrat wird sich aktiv dafür einsetzen, dass sich möglichst viele Mitgliedsverbände daran beteiligen.

Weitere Themen waren die Situation der Künstlersozialkasse sowie ein Symposion der Internationalen Gesellschaft der Bildenden Künste (IGBK) zu sozialen Sicherungssystemen für Künstler und Künstlerinnen in Europa. Der Deutsche Kunstrat hat ferner beschlossen, seine Website überarbeiten zu lassen und zu aktualisieren.

*Andrea Gysi, Geschäftsführerin des Deutschen Kunstrates* ■

**Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrates 2010.** **Foto: Stefanie Ernst**

## Rat für Baukultur

**Personalia**

In seiner Sitzung am 16. Februar wurde die Sprecherwahl durchgeführt, da Dr. Peter Schabe, aufgrund starker beruflicher Auslastung diese Funktion aufgeben musste. Er resümiert kurz die Arbeit in der letzten Wahlperiode und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Stimme des Rats für Baukultur zukünftig noch mehr Gehör findet. Er dankt der Geschäftsstelle des Rats für die gute Zusammenarbeit in den letzten zwei Jahren.

Dr. Olaf Bahner (BDA) und Corinna Seide(BAK) werden vom Rat für Baukultur einstimmig als neue Sprecher gewählt. Wolfgang Esser wird ebenfalls einstimmig als Stellvertreter gewählt. Jost Hähnel wird als Stellvertretender Sprecher bestätigt.

**Mitgliederversammlungen**

Frau Seide stellt im September diese Initiative von Transparency International vor. Der Deutsche Kulturrat hat den Sektionen nahe gelegt, sich an der Initiative zu beteiligen. Diese wird einheitlich begrüßt und die Information wird an die Mitgliedsorganisationen des Rats für Baukultur weiter getragen. Es wird einstimmig beschlossen, dass der Rat für Baukultur selbst alle Daten im Rahmen dieser Initiative offenlegen wird.

Frau Seide berichtet von der Netzwerkkampagne bauTraum der Bundesstiftung Baukultur, an der die Deutsche Stiftung Denkmalschutz und die Bundesarchitektenkammer als Partner beteiligt waren. Der Abschlusstag der Kampagne ist der Tag des Denkmals. Am 8. September lud die Bundesstiftung Baukultur die Presse zu einem Austausch zur Netzwerkkampagne bauTraum und zum Besuch der Schüleraktion „Meinungsball der Stadtschloss.Forscher“ auf dem Schlossareal in Berlin-Mitte ein. Der Rat für Baukultur erklärt offiziell seine Unterstützung des Abschluss-Appells zur Netzwerkkampagne.

**Kulturgroschen**

Der Rat für Baukultur hat beschlossen, jeweils einen Akteur aus dem Bereich Baukultur für den Kulturgroschen vorzuschlagen. Hier muss zukünftig offensichtlich mit sehr viel längerem Vorlauf um Nominierungen unter Hinzufügung entsprechender ausführlicher Begründungen gebeten werden, um mit einem Vorschlag zum Ziel zu kommen. Der Vorschlag für den Kulturgroschen 2010 erreichte lediglich den 3. Platz. Für den Kulturgroschen 2011 wurde Prof. Werner Durth vorgeschlagen.

**Fachausschüsse im Deutschen Kulturrat**

Folgende Ausschüsse konnten von Mitgliedern des Rats für Baukultur besetzt werden:

- Fachausschuss Bildung: Wolfgang Esser
- Fachausschuss Bürgerschaftliches Engagement: Dr. Peter Schabe, Wolfgang Esser
- Fachausschuss Europa: Dr. Jörg Haspel, Prof. Peter Z. Pininski
- Fachausschuss Medien: Wolfgang Esser, Bettina de la Chevallerie
- Fachausschuss Kulturwirtschaft: Dr. Thomas Welter
- Fachausschuss Kulturfinanzierung: Corinna Seide

**Rubrik Baukultur in *politik & kultur***

In der Ausgabe 3/2010 sind einige Beiträge zum Thema Baukultur erschienen. Es soll möglichst erreicht werden, dass das Thema in jeder Ausgabe vertreten ist.

**Ziele**

Der Rat für Baukultur möchte den „öffentlichen Bauherren“ stärker auf die Förderung der Baukultur verpflichten, da gerade in Zeiten der Finanzknappheit diese beim öffentlichen Planen und Bauen stark vernachlässigt zu werden droht.

Er sieht einen großen Bedarf, sich im Bereich des Architektur-Studiums in die Diskussion einzuschalten, da der Bologna-Prozess auf die Berufsqualifikation der Architektur- und Stadtplanungsstudenten teilweise verheerende Auswirkungen hat.

*Corinna Seide, Geschäftsführerin und Sprecherin des Rates für Baukultur* ■

## Sektion Design

Die Arbeit der Sektion Design, die allein vom Deutschen Designertag inklusive seiner Mitgliedsverbände gebildet wird, konzentrierte sich auch im vergangenen Jahr auf die Wahrnehmung der Interessen der Designer im Deutschen Kulturrat. Von den in diesem Zeitraum durchgeführten Aktivitäten des Kulturrates, insbesondere auch seiner Ausschüsse an denen die

Weiter auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

Sektion Design beteiligt ist, wird an anderer Stelle berichtet. Im Frühjahr 2010 tagte in Berlin die in 3-jährigem Turnus stattfindende Mitgliederversammlung des Deutschen Designertages. Im Mittelpunkt stand dabei u.a. die Neuwahl des Präsidiums. Als Präsident wurde Kai Ehlert, Berater und Gestalter, erneut in diesem Amt bestätigt, desgleichen Henning Krause, Schriftentwerfer, und Prof. Erik Spiekermann, Schriftentwerfer und typographischer Gestalter.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung fand auch die alljährliche Mitgliederversammlung der Sektion Design statt. Als Sprecher der Sektion wurden Kai Ehlert und Henning Krause gewählt. Bei dieser Mitgliederversammlung wurden eine Reihe von Themen diskutiert, wie zum Beispiel der Bereich der sozialen Sicherung in Verbindung mit der Künstlersozialkasse (KSK). Im Zusammenhang mit der KSK kommt es bei Designern nach wie vor zu Wettbewerbsverzerrungen als Folge unterschiedlicher Rechtsformen bei der Berufsausübung eines Versicherten. Auch ist zu beobachten, dass einige Verwerter die von ihnen zu zahlende Künstlersozialabgabe vom Honorar des Designers abziehen. Obwohl diese Praxis gesetzeswidrig ist, wird sie praktiziert und von vielen Designern als Folge des enormen Wettbewerbsdruck hingenommen. Hier muss die Politik noch einmal aktiv werden.

An der Initiative „Kultur- und Kreativwirtschaft“ der Bundesregierung, unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie(BMWi) und in Abstimmung mit dem „Beauftragten der Bundesregierung für Kultur- und Medien“(BKM), welche die Kultur- und Kreativwirtschaft stärken soll, ist der Deutsche Designertag aktiv beteiligt. An der Jahreskonferenz im November nahm für den Deutschen Designertag Vizepräsident Henning Krause teil. Themen dieser Konferenz waren u.a. die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die soziale Absicherung sowie das Urheberrecht. Hans Joachim Otto, Parlamentarischer Staatssekretär im BMWi, unterstrich auf dieser Konferenz, dass die Designwirtschaft in der Initiative „Kultur- und Kreativwirtschaft“ bestens aufgestellt sei.

Auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrates entstand Ende September die Idee eines bundesweiten Aktionstages um u.a. erneut auf die kulturellen Einschnitte aufmerksam zu machen. Als Zeitpunkt wurde der 21. Mai 2011 bestimmt, der gleichzeitig der „Welttag der kulturellen Vielfalt“ ist. Henning Krause, Vizepräsident des Deutschen Designertages und Präsident des BDG, Berufsverband der Kommunikationsdesigner, übernahm die Aufgabe, ein Konzept für diesen Aktionstag zu entwickeln. Das erarbeitete Konzept wird u.a. durch vier Punkte geprägt:

- Eine positive Aussage in den Mittelpunkt zu stellen statt einer erneuten Warnung vor einem weiteren Kulturabbau.
- Die kulturelle Vielfalt zum Ausdruck bringen.
- Schwerpunkt auf dezentrale Veranstaltungen.
- Der Einsatz von Kommunikationsplattformen, die über den Aktionstag hinaus genutzt werden können.

Als Motto wurde „Kultur gut stärken“ konzipiert.

Mitte des Jahres trat dem Designertag ein weiterer bedeutender Berufsverband bei, die Illustratoren Organisation. Die Illustratoren Organisation(IO) ist ein Berufsverband für Illustratoren aus den Bereichen Verlag, Werbung, Film und Kunst. Sie wurde 2002 in Hamburg mit dem Ziel gegründet, die künstlerischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen von Illustratoren in Deutschland zu vertreten. Der Illustrator als Autorität für multimediale Bildgestaltung soll stärker ins öffentliche Bewußtsein gerückt und gleichzeitig der Stellenwert des grafischen Bildes als wesentliches Element moderner Kommunikation verbessert werden. Weitere Informationen über den IO sind auf dessen Homepage www.illustratoren-organisation.de bzw. auf der Homepage des Designertages www.designertag.de abrufbar. Im Rahmen der Homepage des Designertages ist auch der Newsletter des Designertages, die „DT Informationen“ zu finden.

*Kai Ehlert, Geschäftsführer und Sprecher der Sektion Design* ■

## Sektion Film und audiovisuelle Medien

Ein turbulentes Jahr liegt hinter uns. Das gilt nach innen für die Selbstfindung unserer schnell gewachsenen Sektion, nach außen gilt es für die beschleunigte Digitalisierung der Medienwelt, deren Dynamik von uns schnelle und vielleicht sogar visionäre Antworten verlangt hätte. Die Betonung liegt auf „hätte“. Denn leider gewann schon früh im Jahr das Ringen um interne Probleme und Verfahrensfragen die Oberhand und beschäftigte uns dann für einige Monate mit zunehmender Intensität. Das hatte zwar den Nachteil, dass die inhaltlichen Fragen dadurch für den Rest des Jahres in den Hintergrund gerieten, es hatte allerdings auch den Vorteil, dass durch die damit eingeleiteten Klärungsprozesse eine solide Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit gefunden werden konnte.

Werden wir konkret: Im November 2009 hatte die Sektion sich über die sogenannten Drei-Stufen-Tests zur Genehmigung öffentlich-rechtlicher Telemedienangebote informiert. Daraus resultierte Anfang des Jahres der Beschluss, einen gemeinsamen Brief der Sektion an die Telemedienausschüsse der Rundfunkanstalten zu schreiben und dort darauf hinzuweisen, dass die in den Finanzierungskonzepten veranschlagten Kosten zur Abgeltung von Urheber- und Leistungsschutzrechten entweder viel zu niedrig oder gleich mit „Null Euro“ veranschlagt wurden. Für die Internetverwertung von Fernsehsendungen, so die in dem Brief formulierte Meinung der Sektionsmehrheit, stehe Urhebern, Produzenten und Leistungsschutzberechtigten eigentlich eine gesonderte Vergütung zu, eine vergütungsfreie Nutzung, wie sie offensichtlich angestrebt war, dürfe es nicht geben. Mehrere Rundfunkräte haben diese Argumentation später übernommen und in den entscheidenden Sitzungen kritische Fragen dazu gestellt.

Um diesen Brief, der bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen verabschiedet wurde, gab es sektionsinternen Streit. Der Vertreter des Westdeutschen Rundfunks, sekundiert von der Gewerkschaft ver.di, sprach der Kulturrats-Sektion das Recht ab, einen solchen Brief überhaupt abzuschicken. Nach seiner Rechtsauffassung sei die in dem Schreiben aufgestellte Behauptung erstens falsch, das beschriebene Sachproblem sei zudem eine Tariffrage, die den Kulturrat nichts angehe, vor allen Dingen aber sei die Sektion Film/Medien als Untergliederung des Deutschen Kulturrats an die Satzung der Gesamt-Organisation gebunden und deshalb nicht befugt, gegen das Veto eines einzigen Mitglieds –in diesem Fall des WDR bzw. der von ihm vertretenen ARD – irgend welche öffentlichen Erklärungen abzugeben.

Die Beschwerde des ARD-Vertreters über diesen vermeintlichen Satzungsverstoß führte auf der Ebene von Vorstand und Sprecherrat des Deutschen Kulturrates dann allerdings zu der juristisch abgesicherten Erkenntnis, dass die Sektion Film/Audiovisuelle Medien sehr wohl dazu berechtigt ist, Mehrheitsbeschlüsse zu fassen und diese Beschlüsse auch nach außen zu vertreten. Allein für diese eindeutige Klarstellung hat sich der Streit gelohnt.

Ein zweites Konfliktfeld erwuchs wenig später aus der Kritik der Sektionsmehrheit an einer vom Deutschen Kulturrat herausgegebenen und vom WDR finanzierten Studie, die das kulturelle Engagement des Westdeutschen Rundfunks untersuchen sollte. Aus Sicht der in der Sektion vertretenen Berufsverbände orientiert sich diese Studie zu stark an den Vorgaben des Auftraggebers, die Realität, mit der viele Kulturschaffende sich beim WDR täglich konfrontiert sehen, scheint zwar in einigen der Studie angehängten Interviews, nicht aber in dem Zahlenwerk selbst auf. Kritisiert wurde auch, dass beim Erstellen dieser Arbeit der in der Sektion Film/Medien gebündelte Sachverstand nicht gefragt war. Öl ins Feuer dieses Konflikts goss ein im April veröffentlichter Verriss der Studie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, für den ich als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm verantwortlich zeichnete, der mir allerdings als Sektionssprecher zugerechnet wurde. Der Dissens über Sinn und Nutzen dieser Studie konnte bis heute nicht aufgelöst werden.

Und noch eine weitere Meinungsverschiedenheit war auszutragen: trotz des massiven Engagements der Sektion in der Frage öffentlich-rechtlicher Telemedienkonzepte wurde die Sektion weder im Vorfeld befragt, noch eingebunden, noch nachträglich informiert, als der Vorstand des Deutschen Kulturrats im Sommer zu einer Anhörung des ZDF-Fernsehrats zu genau diesen Fragen geladen war.

So hatte sich denn vor den Sommerferien genug interner Zündstoff angehäuft, um in der zweiten Jahreshälfte eine Explosion herbeiführen zu können. Der Vorwurf, der Deutsche Kulturrat vertrete zu einseitig die Belange des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und ignoriere dabei die oftmals berechtigte Kritik der in der Sektion vertretenen Berufsverbände, belastete das Binnenverhältnis massiv.

Die Sektion Film/Medien sowie Vorstand und Geschäftsführung des Deutschen Kulturrats entschieden sich gerade noch rechtzeitig für den Weg der Schadensbegrenzung und arbeiteten in einer intensiven Sitzung gemeinsam mit dem Präsidenten des Kulturrats, Herrn Prof. Dr. Fuchs und dem Geschäftsführer Herrn Zimmermann sowie seiner Stellvertreterin Frau Schulz die gegenseitigen Vorwürfe, Verletzungen und Missverständnisse auf. Dabei wurde deutlich, dass die entstanden Irritationen eine lange Vorgeschichte haben und teilweise noch in Fehlern und Versäumnissen des früheren Sektionssprechers wurzeln. Auch dieser Streit führte letztlich zu dem produktiven Ergebnis, dass die Spitze des Kulturrats die Belange der Sektion künftig stärker zur Kenntnis nehmen und in ihre eigene Arbeit einbinden wird. Ein erstes ermutigendes Beispiel in dieser Richtung war Ende November eine kritische Presseerklärung des Deutschen Kulturrats zur geplanten Programmstrukturreform der ARD.

Im Dezember bestätigte dann die Wahl der Sektionssprecher den inhaltlichen Kurs der Sektion. Thomas Frickel (AG Dokumentarfilm) wurde als Sektionssprecher wiedergewählt, als gleichberechtigte Sprecherin rückte die seitherige Stellvertreterin Katharina Uppenbrink (Verband der Drehbuchautoren) auf. Manuel Siebenmann löste als Vertreter des Bundesverbands der Fernseh- und Filmregisseure den früheren Sektionssprecher Detlef Rönfeldt ab und nimmt einen Stellvertreter-Sitz ein und Malte Behrmann vom Verband der Computerspiel-Entwickler GAME wurde ebenfalls zum stellvertretenden Sprecher gewählt.

Im Jahr 2011 will die Sektion zur inhaltlichen Arbeit zurückkehren und schwerpunktmäßig die Debatte um die Qualität öffentlich-rechtlicher Radio- und Fernsehprogramme weiterführen. Auch die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seiner Finanzierung wird ein Thema sein.

*Thomas Frickel, Geschäftsführer und Sprecher der Sektion Film und audiovisuelle Medien* ■

## Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung

Den Rückenwind für kulturelle Bildung unterstrichen die Mitglieder des „Rates für Soziokultur und kulturelle Bildung“ durch eine breite Mitwirkung in den Fachausschüssen und Projekten des Deutschen Kulturrates, insbesondere im Fachausschuss Bildung, im Fachausschuss Europa und durch ihr Engagement im Projekt „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“. Zudem trugen sie mit vielfältigen Aktivitäten in ihren eigenen Strukturen zu einer anhaltenden Brise für kulturelle Vielfalt und Teilhabe an Kunst und Kultur im Jahr 2010 bei.

Zwei besondere Anlässe, sich für die kulturelle Bildung in ihrer Bedeutung für gesellschaftliche Integration und menschliche Entwicklung einzusetzen, sollen im Rückblick hervorgehoben werden.

Das Engagement des Sektionssprechers Max Fuchs (zugleich Präsident des Deutschen Kulturrates) wie auch weiterer Mitglieder der Sektion bei der zweiten UNESCO-Weltkonferenz zur kulturellen Bildung im Mai 2010 in Seoul/Südkorea

Nach Lissabon 2006 stand die zweite Weltkonferenz unter dem Motto „Arts for Society – Education for Creativity“. Es trafen sich ca. 2.000 Expertinnen und Experten aus 129 Ländern, um die in Lissabon verabredete „Roadmap“ zu evaluieren und gemeinsam die konkreten Entwicklungsziele für die nächsten Jahre („Seoul Agenda“) zu erarbeiten. In der Mitgliederversammlung der Sektion vom 23.6.2010 kommentierte Max Fuchs, der bereits an den vorbereitenden europäischen Veranstaltungen in Wildbad Kreuth und in Berlin beteiligt war, „dass die kulturelle Bildung zumindest auf der Ebene der UNESCO inzwischen zu den anerkanntesten Bildungsfeldern gehören dürfte. Der Überblick über weltweite Entwicklungen in Seoul zeigt, dass Deutschland mit seiner gut entwickelten Infrastruktur kultureller Bildung in der Schul-, Kultur- und Jugendpolitik sich nicht zu verstecken braucht. Es kommt jetzt darauf an – gerade angesichts der Finanzkrise –, vorhandene Schwachstellen zu beseitigen und insgesamt eine Schädigung vorhandener Angebotsstrukturen zu vermeiden.“ Nach seinem Bericht von der Weltkonferenz diskutierten die Mitglieder des Rates, dass auch auf nationaler Ebene folgende Aspekte für eine Politik für kulturelle Bildung zu berücksichtigen sind:

- Gleichwertigkeit von künstlerischer und wissenschaftlicher Bildung,
- Bildungspartnerschaften und Kooperationen,
- mehr Forschungsaufgaben zur kulturellen Bildung,
- die Betonung der sozialen und therapeutischen Dimension kultureller Bildung.

Mit Kreativität die gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Wandlungsprozesse zu bewältigen, bedeutet, so die Botschaft von Seoul, die kulturelle Bildung als notwendige Ressource für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen zu stärken, sich um die Notwendigkeit einer hohen Qualität zu sorgen und sich weiterhin für die Umsetzung der soziokulturellen Leitidee „kulturelle Bildung für alle“ einzusetzen. Vor dem Hintergrund solcher Erfahrungen, so Max Fuchs in seinem Bericht in der Mitgliederversammlung, „erscheinen manche unserer Debatten in Deutschland eher eigenartig: Ob Künste und Künstler autonom sind und ob diese Autonomie gefährdet, ist wenn Kunst in sozialen oder pädagogischen Kontexten stattfindet, ob Lehrer, Kulturpädagogen oder Künstler die besseren Vermittler sind, ob Kreativität unser Bruttosozialprodukt steigert etc. Was man erleben kann, ist vielmehr: Das Subjekt, und zwar der Einzelne, der Lust auf Leben hat, der in die Lage versetzt wird, sein Leben für sich und andere sinnvoll zu gestalten, steht – so auch ein UNESCO-Slogan – im Mittelpunkt. Dazu braucht man Schutz und Anerkennung der Person und ihrer Ansprüche an das Leben. Dies wurde immer wieder in Beiträgen aus Kuba, aus Südamerika, aus Afrika, aus Indien betont. Armut hat zwar bei uns ein anderes Gesicht als in diesen Regionen. Doch gibt es auch hier einen notwendigen Kampf um menschenwürdige Existenz, und zu dieser gehört kulturelle Bildung eindeutig dazu.“

Als Aufgaben der Weiterarbeit nach Seoul schlussfolgert Max Fuchs für die Mitglieder im Rat für Soziokultur ebenso wie für andere Fachverbände im Deutschen Kulturrat: „Wir brauchen mehr Präzision in unseren Begrifflichkeiten. Von „Kunst“ über „Kultur“, „Bildung“ bis hin zur „Forschung“ herrscht eine ungeordnete Pluralität von Konzepten und Verständnisweisen. Diese mag zwar ein Reichtum sein (celebrate the diversity, so die UNESCO), sie produziert aber auch erhebliche Verwirrung. So sollten wenigstens wir für uns deutlich machen, welche Relevanz und welchen Anwendungsbereich unsere Begründungen oder Wirkungsbehauptungen haben. Was gilt für das Theater, die Musik, den Tanz? Welche Rolle spielen die institutionellen Zusammenhänge? Was ist die spezifische Wirkung eines Schulfaches Theater im Vergleich zur Theaterpädagogik in außerschulischen Kontexten?“

Im Rahmen des „Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ ging es auch bei der Veranstaltung „Shortcut Europe“ des Fonds Soziokultur e.V. um die zentralen Fragen der Mitglieder der 8. Sektion des Deutschen Kulturrats: Ist kulturelle Teilhabe für alle möglich? Wie können wir kulturelle und kulturpolitische Strategien gegen soziale Ausgrenzung gestalten? Welche Möglichkeiten hat die Kulturarbeit, auf die Entwicklung der zunehmenden sozialen Spaltung in der Gesellschaft zu reagieren? In einer kulturpolitischen Erklärung haben die Kulturpolitische Gesellschaft e.V., der Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen, die Bundesvereinigung der Soziokulturellen Zentren e.V., die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V. gemeinsam mit dem Fonds Soziokultur e.V. Bund, Länder und Gemeinden aufgefordert, auch ihre soziale Verantwortung in der Kulturpolitik wahrzunehmen und das Bürgerrecht ‚Kultur zu verwirklichen.

Die Sektion „Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung“ des Deutschen Kulturrates bilden insgesamt 17 Fachorganisationen. Sprecher der Sektion sind Prof. Dr. Max Fuchs und Andreas Kämpf. Stellvertretende Sprecher waren im Jahr 2010 Dr. Karl Ermert und Tobias J. Knoblich. Die Geschäftsführung für den Rat liegt bei der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung.

*Hildegard Bockhorst, Geschäftsführerin des „Rates für Soziokultur und kulturelle Bildung“* ■

# „Keiner, den ein Weib geboren“

**Künstliche Menschen in der Literatur. Teil I • Von Georg Ruppelt**

**Macbeth, der Shakespeare'sche Königsmörder, wird von den Hexen, die ihm die Zukunft weissagen sollen, hereingelegt dergestalt, dass sie ihn glauben machen, nur ein übernatürliches Wesen, „keiner, den ein Weib geboren“, könne ihn bezwingen. Macbeth muss zwangsläufig annehmen, dass hier von etwas Nichtmenschlichem, etwas Nichtrealem und ihn damit auch nicht real Bedrohendem die Rede ist.**

Jahrtausende lang war es Religion, Mythos und Literatur vorbehalten, von menschlichen oder menschenähnlichen Wesen zu berichten, die nicht durch eine natürliche Geburt auf die Welt gekommen seien. Macbeths Bezwinger Macduff hat zwar eine menschliche Mutter, er wurde jedoch durch Kaiserschnitt „geholt“, was die Hexen offenbar nicht als „vom Weib geboren“ betrachten – zweifellos eine fragwürdige Interpretation, aber was kann man von Hexen anderes erwarten.

In der neben Orwells „1984“ wohl bedeutendsten Antiutopie des 20. Jahrhunderts, Huxleys „Brave New World“ von 1932, ist im Zukunftsstaat des 27. Jahrhunderts, des 7. Jahrhunderts „n. F.“ (nach Ford), die natürliche Geburt abgeschafft und wird nur noch in wenigen unzivilisierten Gegenden von „Wilden“ praktiziert, was von den Zivilisierten mit allergrößtem Abscheu zur Kenntnis genommen wird. Begriffe wie Vater, Mutter oder Geburt sind derartig verpönt, dass sie gar nicht oder nur mit größtem Ekel und voller Scham ausgesprochen werden. In Huxleys schöner neuer Welt reifen die Menschen ausschließlich in vitro, also in Gläsern, in Flaschen heran.

Diese beiden über vier Jahrhunderte zeitlich voneinander entfernt liegenden Texte bezeichnen damit exponierte Ansichten im Hinblick auf den Menschen und seine Reproduktion. Während einerseits schon eine medizinisch-mechanische Hilfestellung bei der Geburt als nicht natürlich angesehen wird, tritt auf der Gegenposition der Mensch selbst als Schöpfer auf, und zwar als Schöpfer seiner eigenen Art; Reproduktion ist hier also nicht Folge des natürlichen Geschlechtsaktes, sondern ist Resultat menschlichen Geistes und Könnens.

Das Motiv vom Schöpfer, der etwas erschafft, was ihm nicht nur gleichkommt, sondern was ihm sogar überlegen sein kann, war in Mythos und Religion nur den Göttern oder Gott vorbehalten; es begegnet uns seit der Spätantike. Die Spuren des Motivs vom Menschen als mehr oder weniger kunstvoller Schöpfer der eigenen Art lassen sich in der Literaturgeschichte im Wesentlichen in drei Traditionssträngen verfolgen. Einmal ist es eine magisch-mythische Traditionslinie, zweitens eine mechanische, die später auch eine elektronische Variante aufweist, und drittens eine biochemisch determinierte Tradition.

Zum erstgenannten Traditionsstrang gehören die in der Literatur der griechisch-römischen Antike künstlich und künstlerisch geschaffenen Menschen oder menschenähnlichen Wesen, die von Göttern oder Halbgöttern belebt werden (Prometheus, Pandora, Pygmalion). Später beleben in der Literatur auch Menschen, die der Zauberei mächtig sind, ihre Kunstprodukte. Bis in das 20. Jahrhundert wurde etwa immer wieder die Sage vom Golem literarisch behandelt, die aus talmudischer Zeit (200–500 n. Chr.) herrührt. Der Golem wird aus einem Lehmklumpen oder einem Stück Holz hergestellt und durch ein magisches Zeichen belebt bzw. durch seine Entfernung vernichtet. Zur magischen Traditionslinie gehört etwa auch der aus dem Orient stammende Glaube an die Kraft der menschenähnlichen Mandragorawurzel, die in Deutschland als Alraune unter besonderen Bedingungen auch zu einem menschlichen Wesen verwandelt werden kann.

Die mechanisch-technische Variante vom künstlichen Menschen geht in der Literatur einher mit der Entwicklung von mechanischen Automaten im 18. Jahrhundert, mit der industriellen Revolution im 19. und der elektronischen seit dem 20. Jahrhundert.

## Homunculus

Der dritte Strang in der Tradition des literarischen Motivs vom künstlichen Menschen, der auf biologischer oder chemischer Basis beruht, führt direkt zu akuten, die Welt bewegenden Fragen unserer unmittelbaren Gegenwart und damit aus der virtuellen Welt der Literatur hinaus und hinein in unser konkretes Dasein und Zukünftigsein. Die Diskussionen und Entscheidungen in unserer Zeit über Genmanipulation, Klonen, Embryonenschutz und -verwertung etc. berühren alle Bereiche des Lebens und werden für unsere Zukunft von einer in der Menschheitsgeschichte beispiellosen Bedeutung sein.

Die Erzeugung eines Menschen ohne den Kontakt zwischen Frau und Mann ist nach Paracelsus (ca. 1493–1541) möglich dadurch, dass man Mannessamen in einem verschlossenen Kolben mit Hilfe von Pferdedung putrefiziert (zur Fäulnis bringt). Es entstehen menschenähnliche durchsichtige, körperlose Wesen (homunculi) mit besonderen Fähigkeiten und Kenntnissen. Im „Faust II“ lässt Goethe, der sich eingehend mit Paracelsus beschäftigt hatte, uns an der Entstehung eines solchen Homunculus teilhaben:

*Wagner (leiser): Es wird ein Mensch gemacht.*
*Mephistopheles: Ein Mensch? Und welch verliebtes Paar*
*Habt ihr in's Rauchloch eingeschlossen?*
*Wagner: Behüte Gott! Wie sonst das Zeugen Mode war,*
*Erklären wir für eitel Possen.*
*Der zarte Punkt, aus dem das Leben sprang,*
*Die holde Kraft, die aus dem Innern drang*
*Und nahm und gab, bestimmt, sich selbst zu zeichnen,*
*Erst Nächstes, dann sich Fremdes anzueignen,*
*Die ist von ihrer Würde nun entsetzt;*
*Wenn sich das Tier noch weiter dran ergötzt,*
*So muß der Mensch mit seinen großen Gaben*
*Doch künftig höhern, höhern Ursprung haben.*
*(Zum Herd gewendet.)*
*Es leuchtet! seht! – Nun läßt sich wirklich hoffen,*
*Dass, wenn wir aus viel hundert Stoffen*
*Durch Mischung, denn auf Mischung kommt es an,*
*Den Menschenstoff gemächlich komponieren,*
*In einen Kolben verlutieren*
*Und ihn gehörig kohobieren,*
*So ist das Werk im Stillen abgetan.“*

Im weiteren Verlauf des Lebendigwerdens von Homunculus in der Phiole wird der anwesende Mephistopheles immer stärker in die Handlung einbezogen. Die Mitwirkung des Teufels an der Entstehung eines künstlichen Menschen zeigt an, dass hier etwas Böses nahe ist. Der Mensch, der sein will wie Gott, verbündet sich so mit dem Teufel. Sein vermessenes Streben, es Gott gleichtun zu wollen, ja sich über ihn zu erheben, lässt ihn als Schöpfer und meistens auch sein Geschöpf in der Literatur des 18. und 19. Jahrhunderts meist unglücklich enden. Dies mag mit einem tief verwurzelten Gottesglauben zusammenhängen, aber möglicherweise auch mit Misstrauen und Abneigung des Nichtwissenschaftlers gegenüber biologischen Experimenten. So meinte der britische Biochemiker und Nobelpreisträger John Burdon Sanderson Haldane 1923, dass jede naturwissenschaftliche Entdeckung zunächst aus religiösen Gründen abgelehnt würde. „Der Erfinder auf chemisch-physikalischem Gebiet ist immer ein Prometheus. Vom Feuer bis zur Fliegerei hin gibt es keine Erfindung, die nicht zum Willkomm als Beleidigung irgendeines Gottes angesprochen worden wäre. Aber wenn jede physikalische und chemische Erfindung eine Blasphemie ist, so ist jede biologische Erfindung eine Perversität. Es gibt kaum eine einzige, die nicht, einem Beurteiler aus Kreisen einer über ihre Existenz vorher nicht informierten Nation mitgeteilt, diesem schamlos und naturwidrig erscheinen würde.“

**Illustration aus: Johann Wolfgang von Goethe, Faust – Eine Tragödie. Mit 163 Federzeichnungen von Franz Stassen, Berlin: Verlagsanstalt für Vaterländische Geschichte und Kunst, 1920, S. 96**

## Frankenstein

Während Goethes Homunculus als Geistwesen ohne Körper und Seele in einer Flasche existieren muss, ist der wohl berühmteste künstlich geschaffene Mensch in der Literatur aus menschlichen und tierischen Leichenteilen zusammengesetzt. Das in Mary W. Shelleys 1818 erschienenem Roman „Frankenstein“ von dem Schweizer Studenten Viktor Frankenstein geschaffene Monstrum ist Vorbild für unzählige literarische Produkte, für Filme und Computerspiele geworden. Der Name Frankenstein ist im allgemeinen Sprachgebrauch auf das Horrorwesen selbst übergegangen und steht für Grauen, Hässlichkeit und Bedrohung.

Der junge Frankenstein aus dem Roman der ebenfalls sehr jungen Mary Shelley (als sie den Roman begann, war sie 19 Jahre alt) ist eigentlich ein netter Kerl, der im Anschluss an eine Chemie-Vorlesung an der Universität Ingolstadt in einer schlaflosen Nacht einen für ihn letztendlich verderblichen Entschluss fasst: „Voranschreitend auf dem schon vorgezeichneten Pfade will ich der Menschheit bislang unbekannte Wege erschließen, will auch noch unentdeckte Kräfte entdecken und der Welt das tiefste Geheimnis der Schöpfung offenbaren!“

Frankenstein gelingt es, sich ein Labor, Werkzeuge, Gerätschaften und Leichen- und Kadaverteile aus Leichenhallen und Schlachthäusern zu beschaffen. Nach Monaten maßloser Arbeit ist der Moment des Lebensschöpfers Viktor Frankenstein gekommen: durch eine elektrische oder galvanische Apparatur wird der Leben spendende Funke erzeugt – Frankenstein hat Gotteswerk vollbracht. Diese Szene am Anfang des fünften Kapitels hat zahllosen Horrorgeschichten und -filmen als Vorbild gedient; in ihr sind nahezu alle Versatzstücke, die zum Gruseln nötig sind, auf engstem Raum untergebracht:

In Shelleys Roman wird das komplizierte Verhältnis von menschlichem Schöpfer zu seinem Geschöpf, die gegenseitige Abhängigkeit, erstmalig thematisiert. Dieses Verhältnis wird ein ständiges Motiv in der entsprechenden Literatur bleiben. Immer wieder taucht auch in Texten, die sich mit maschineller Intelligenz, mit Robotern und Computern beschäftigen, die Frage auf, wer eigentlich Diener, wer Herr sei. Oft sind die biologischen oder maschinellen Geschöpfe ihren Schöpfern körperlich und geistig überlegen. Frankensteins namenloses Monstrum etwa übertrifft ihn an Kraft und Gewandtheit bei weitem; und die Tatsache, dass es sich innerhalb weniger Monate Sprache und eine umfassende Bildung völlig selbständig, allein durch Beobachtung und Lesen aneignen kann, deutet auf einen hochbegabten Geist hin. (Im einem vier Kapitel umfassenden Monolog hebt das Monster als Lesestoff übrigens besonders Goethes „Werther“ und Miltons „Paradise Lost“ hervor.) Diese Überlegenheit des eigenen Geschöpfes löst in den meisten einschlägigen Texten früher oder später Angst beim jeweiligen Schöpfer aus, meist sehr zu Recht, denn es ist nahezu ein literarisches Gesetz, dass sich im Verlaufe einer Erzählung, eines Romans die geschaffene Kreatur gegen ihren Schöpfer zu wenden hat.

*Der Verfasser ist Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Hannover und Vizepräsident des Deutschen Kulturrates* ■

Zeitschriften bei ConBrio
nmz
politik/kultur
Jazz Zeitung
Oper&Tanz
KULTURAUSTAUSCH
www.conbrio.de

# Interkulturelles Audience Development

## Barrieren der Nutzung öffentlicher Kulturangebote und Strategien für kulturelle Teilhabe und kulturelle Vielfalt • Von Birgit Mandel

**Der wachsende Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ist eines der aktuell meistdiskutierten kulturpolitischen Themen, – ganz offensichtlich ist auch im Kultursektor das Bewusstsein gewachsen, dass damit der Kulturbetrieb in Deutschland vor grundlegenden Herausforderungen steht. Dabei geht es keineswegs nur um die Frage, wie wir mehr Menschen mit Migrationshintergrund als Besucher in unsere öffentlich finanzierten Kultureinrichtungen bekommen. Unter einer interkulturellen Perspektive stellt sich für den deutschen Kulturbetrieb vielmehr die substanzielle Frage, wie der kulturelle Reichtum, den die etwa 20 Prozent Mitbürger migrantischer Herkunft in unsere Kultur einbringen, erschlossen werden kann. Hier dürfte die wesentliche Aufgabe für ein noch zu entwickelndes „Interkulturelles Audience Development" liegen.**

Der öffentliche Kultursektor, der in Deutschland lange relativ unbeeinträchtigt vom realen Leben ein exklusives Nischendasein geführt hat, könnte mit den neuen Herausforderungen zugleich auch wieder mehr gesellschaftliche Relevanz erlangen, indem er eine Brückenfunktion für die interkulturelle Verständigung übernimmt. Die Dialogfunktion von Kunst könnte sich positiv auch auf andere gesellschaftliche Bereiche auswirken, jedoch nur dann, wenn relativ breite Bevölkerungsanteile, über eine Kunstelite hinaus, damit in Berührung kommen.

### Kulturnutzung von Menschen mit Migrationshintergrund

Trotz diverser Studien zur Migration und Integration in Deutschland, häufig mit Fokus auf wirtschaftliche Lage, Bildung und Religion, gibt es bislang keine auf Deutschland bezogenen repräsentativen empirischen Erkenntnisse zum Thema Kunst/Kultur und Migration. Aufgrund der begrenzten empirischen Erkenntnislage können darum nur einige vorläufige verallgemeinernde Hypothesen formuliert werden:

- Kulturelle Nutzung hängt nicht vorwiegend von der ethnischen Herkunft ab, sondern von Bildung, sozialer Lage, Einstellungen und Herkunftsraum.
- Bei ähnlicher sozialer Lage haben Menschen mit Migrationshintergrund ein ähnliches Kulturinteresse wie diejenigen ohne Migrationshintergrund.
- Migranten sind aufgrund ihrer Erfahrungen zwischen den Kulturen besonders sensibel für die Wahrnehmung von Kunst und Kultur.
- Migranten wünschen sich stärkeres Interesse des Gastlandes an ihrer Herkunftskultur.
- Obwohl Menschen mit Migrationshintergrund ein ähnliches Interesse an kulturellen Angeboten haben, nutzen sie die öffentlichen Kultureinrichtungen signifikant weniger und sehen darin wenig Bezug zu ihrem Leben.

### Vom klassischen zum interkulturellen Audience Development

Welche Veränderungen müssten auf den verschiedenen Ebenen stattfinden, um eine Einrichtung interkultureller und vielfältiger zu gestalten? Wie kann ein „Interkulturelles Audience Development" aussehen?

Die Funktion des Audience Development, die in England und den USA Mitte der 1990er Jahre entwickelt wurde, beginnt sich inzwischen auch in Deutschland als ein strategisches Instrumentarium des Kulturmarketings und als ein Ziel öffentlicher Kulturpolitik durchzusetzen. Audience Development meint die systematische Generierung und Bindung neuen Publikums bzw. neuer Nutzer für kulturelle Angebote.

In Großbritannien (GB) als traditionellem Einwanderungsland gibt es bereits seit den 1990er-Jahren kulturpolitisch gesteuerte Programme, um Menschen mit Migrationshintergrund als Künstler und Kulturschaffende sowie als Publikum am kulturellen Leben zu beteiligen. Die verschiedenen Arts Councils in GB haben dafür eine gemeinsame „Agenda for Cultural Diversity" erstellt, die u.a. in den „Cultural Diversity Action Plan" mündete. Ziel ist es, den Kulturbereich „repräsentativer für das soziale und kulturelle Leben in GB zu gestalten", also die Vielfalt der Gesellschaft auch im Kulturbetrieb widerzuspiegeln. Dabei wird der Begriff der Kulturellen Vielfalt („Cultural Diversity") bewusst sehr weit definiert und beschränkt sich nicht auf ethnische Vielfalt, sondern auch auf regionale Vielfalt, Geschlecht, Alter, Generation etc. (Arts Council England 2006, S. 144).

**Publikation des Britischen Arts Council aus dem Jahr 2006: Unterschiede navigieren: Kulturelle Vielfalt und Publikumsentwicklung.** **© Arts Council England**

Aus den verschiedenen Auswertungsberichten der britischen Kultureinrichtungen lassen sich zusammenfassend folgende Elemente eines interkulturellen Audience Development u.a. ableiten:

- Interkulturelles Audience Development muss auf der Leitungsebene starten und in der gesamten Unternehmenskultur verankert sein.
- Interkulturelles Audience Development muss sich in der Personalstruktur widerspiegeln.
- Interkulturelles Audience Development muss mit dem potentiellen neuen Publikum bzw. den Menschen aus den Mittlerorganisationen, Multiplikatoren und Key Workern direkt kommunizieren, sie nach ihren Wünschen fragen und sie persönlich einladen.
- Interkulturelles Audience Development muss vielfältigste Kooperationsbeziehungen zu Institutionen aufbauen, die diesen Zielgruppen nahe stehen (von der Schule bis zu den Migrantenvereinen).
- Interkulturelles Audience Development muss nicht nur in seiner Kommunikations-, Service-, Preis- und Distributionspolitik, sondern auch in seiner Programmgestaltung die Interessen der neuen Zielgruppen berücksichtigen.
- Auch im Interkulturellen Audience Development muss die Individualität eines Künstlers und künstlerischer Produktionen über ethnischen Hintergründen stehen.
- Es gibt keinen einseitig ethnisch geprägten Kunstmarkt oder Kunstsektor, sondern ein Cluster von variierenden Identitäten, die u. a. mit ethnischen Kulturen korrespondieren.
- Ethnische Diversität ist nur eine Form von Diversität, darüber hinaus gibt es die Diversität von Kunst- und Kulturformen.
- Und: Im Interkulturellen Audience Development gibt es nicht die eine Strategie für alle Kultureinrichtungen und Projekte, sondern es müssen jeweils passende Lösungen gefunden werden.

### Wandel der Kulturinstitutionen unter interkultureller Perspektive

Der Kultursektor ist in besonderer Weise auf Einflüsse unterschiedlicher Kulturen angewiesen, um vital und relevant zu bleiben und seiner Musealisierung vorzubeugen. Migranten können neue Perspektiven in den Kulturbetrieb einbringen, sie haben einen anderen Kulturbegriff, andere Produktions- und Rezeptionsweisen sowie einen anderen Erfahrungshintergrund. Die Auseinandersetzug mit neuen Zielgruppen aus verschiedenen kulturellen und ethnischen Hintergründen bringt neue Impulse in eine Kultureinrichtung und kann auch künstlerische und kulturelle Produktionen sehr bereichern, wie die Erfahrungen der New Audience Development Programme in GB zeigen.

Die aktuelle Diskussion zum Thema Kulturelle Vielfalt, die zurzeit an der Bevölkerungsgruppe der Migranten festgemacht wird, könnte der Beginn einer grundlegenden Umgestaltung unserer öffentlichen Kulturlandschaft und unserer Kulturinstitutionen in Richtung kultureller Vielfalt und stärkere Relevanz für die verschiedenen Gruppen unserer Gesellschaft sein. Denn es sind ja nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, die keine öffentlichen Hochkulturangebote wahrnehmen, sondern auch ein Großteil der „Deutschstämmigen" sieht wenig Relevanz des öffentlich geförderten Kulturangebotes zum eigenen Leben.

*Die Verfasserin ist Professorin des Studienbereichs Kulturmanagement und Kulturvermittlung am Institut für Kulturpolitik an der Universität Hildesheim* ■

# 5 Fragen in 5 Minuten

## Stefanie Ernst befragt Jörg F. Maas

1 ***politik und kultur:*** Herr Dr. Maas, Sie sind nach Heinrich Kreibich, der lange für die Stiftung Lesen tätig war, ein Geschäftsführer, der von außen kommt. Was bringen Sie als „Externer" nun mit?

**Jörg F. Maas:** Zunächst einmal habe ich sehr viel Anerkennung und Respekt für das, was die Stiftung Lesen in den vergangenen Jahrzehnten gemeinsam mit allen Akteuren im Bereich der Leseförderung und Lesekultur in Deutschland geleistet hat. Mit kreativen und innovativen Projekten hat es die Stiftung verstanden, Kinder und junge Menschen für das Lesen zu begeistern. Lesekompetenz ist die zentrale Schlüsselqualifikation für den lebenslangen Bildungsweg eines Menschen – das habe ich bei meinen vorherigen Tätigkeiten in der Entwicklungszusammenarbeit genauso gesehen wie zuletzt bei der Stiftung Jugend forscht. Gemeinsam mit dem Team der Stiftung Lesen in Mainz und besonders mit allen Akteuren der Leseförderung in Deutschland – und das schließt besonders die Bibliotheken, die Buchhandlungen, die Unternehmen und Verbände, die öffentlichen und staatlichen Institutionen sowie alle engagierten Einzelpersonen mit ein – werden wir die erfolgreichen Projekte der Stiftung weiter auf- und ausbauen. „Kooperation" ist hierbei für mich ein zentraler Schlüsselbegriff, den wir noch stärker prägen wollen.

2 ***puk*:** Was war Ihre erste gewichtige Amtshandlung bzw. worin wird sie bestehen?

**Maas:** Bei der Stiftung Lesen steht derzeit zwar nicht alles, jedoch sehr vieles im Zeichen von „Lesestart". Und hier befinden sich seit Jahresbeginn bereits viele strategische Weichenstellungen auf der Agenda für die Leseförderung in Deutschland: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) realisiert ab Herbst 2011 mit uns eine erhebliche Ausweitung dieses Leseförderungs-Modells, Eltern und Kindern mit Kinderbüchern und anderen Lese-Anreizen Leseförderungs-Impulse zu vermitteln. Ein Modell, das gerade in bildungsfernen Milieus bereits heute große Erfolge vorweisen kann. Das Projekt ist auf acht Jahre angelegt und wird viele Akteure und Partner auf föderaler und kommunaler Ebene vernetzen. Diese aktuelle Aufgabe kommt unserem strategischen Ziel sehr entgegen: die Stiftung Lesen als innovativen wie umsichtigen und integrativen Partner zu sehen, mit dem wir für das Lesen – egal ob von Büchern, Zeitschriften oder anderen Medien – in Deutschland noch viele andere Institutionen gewinnen können und wollen.

3 ***puk*:** Leseförderung ist zentrale Aufgabe der Stiftung. Könnten Sie sich auch persönlich vorstellen, Lesepate an einer Neuköllner Grundschule zu sein? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?

**Maas:** Ich habe während meines Studiums gerne in Berlin gelebt und habe bereits an der Grundschule meiner Töchter mit Kindern gelesen und vorgelesen. Über 9.000 Mitglieder unseres Vorleseclubs lesen regelmäßig in Kindergärten und anderen Einrichtungen vor – und leisten damit ein beeindruckendes ehrenamtliches Engagement. Als begeisterter Vorlese-Vater weiß ich, wie faszinierend es ist, aktiv Kindern vorzulesen. Und ganz sicher werde ich immer wieder selbst als Vorleser aktiv sein. Wichtig und ein Anliegen ist es für uns, die Rahmenbedingungen für die vielen ehrenamtlich Engagierten zu verbessern: durch Informationen, durch Fortbildungen – auf der Basis intensiver Begleitforschung und durch die Einwerbung von Mitteln von Unternehmen und Privatpersonen, um dieses wichtige Netzwerk von Ehrenamtlichen erheblich ausbauen zu können.

4 ***puk*:** Welche neuen Partner wollen Sie künftig für die Stiftung Lesen gewinnen?

**Maas:** Ebenso wichtig, wie auf neue Partner zuzugehen – und das werden wir in den kommenden Wochen und Monate sicherlich sehr stark tun –, ist für mich, das bestehende Netzwerk zu konsolidieren – und gleichzeitig dynamischer zu gestalten. Hier stehen alle Akteure in Bund, Ländern und Kommunen besonders im Fokus: Leseförderung ist nicht nur eine zentrale bildungspolitische Herausforderung, sondern ein Thema, das sehr viele Menschen im wahrsten Sinne des Wortes bewegt: Sie setzen sich aktiv ein, wollen etwas verändern. Das bedeutet eine große Chance, aber auch eine zentrale Aufgabe, dass wir mit den Schulen, Bibliotheken und Kindertagesstätten ebenso eng zusammenarbeiten wie mit den Buchhandlungen und Verlagen, den Unternehmen und der Politik.

5 ***puk*:** Wie sieht für Sie zeitgemäße Lesekultur aus? E-Book, herkömmliches Buch oder beides?

**Maas:** Für zeitgemäße Leseförderung ist es unerlässlich, für das große didaktische Potenzial der neuen Medien aufgeschlossen zu sein. Umgekehrt bildet Lesekompetenz auf lange Sicht weiterhin die Grundlange jeglicher Medienkompetenz. Wir benötigen somit Bücher genauso wie Zeitungen, Zeitschriften und e-books.

***puk*:** Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg für Ihre Arbeit.

*Jörg F. Maas ist seit Januar 2011 Hauptgeschäftsführer der Stiftung Lesen. Er war zuletzt Geschäftsführer der Stiftung Jugend forscht. Stefanie Ernst ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Kulturrates* ■

*Weitere Informationen zur Stiftung Lesen: www.stiftunglesen.de*

# Für einen Dialog zwischen Bebauten und dem Bebauer

**Gabriele Schulz im Gespräch mit Wolfgang Esser**

**Vor nunmehr 30 Jahren wurde im September des Jahres 1981 der Grundstein zur Gründung des Deutschen Kulturrates gelegt. *politik und kultur* spricht in den sechs Ausgaben dieses Jahres mit Personen, die eng mit der Gründung des Deutschen Kulturrates verbunden sind und die Arbeit des Verbandes über Jahre hinweg begleitet haben und weiterhin begleiten.**

***politik und kultur:*** Herr Esser, in einem Portrait in *politik und kultur* haben Sie einmal gesagt, dass Sie auf eine sogenannte Architektenkarriere verzichtet haben, um sich in Ihrem Berufsverband zu engagieren. Was war der Grund für diese Entscheidung?

**Wolfgang Esser:** Meine Erfahrung aus zwölf Jahren angestellter Tätigkeit bei Architekten, bei der ich sehr viele Defizite festgestellt und eine Denkschrift verfasst habe „Versuch einer Bestandsaufnahme einschließlich der Folgerungen für die Existenzchancen eines freischaffenden Architekten“. Diese Denkschrift war einer der Auslöser, dass ich als selbständiger Architekt in das Präsidium der Vereinigung freischaffender Architekten gewählt wurde, obwohl ich noch gar nicht lange dem Verband angehörte. Berufspolitisch habe ich mich nicht so sehr auf die Rahmenbedingungen konzentriert, sondern mich vielmehr mit der Frage nach der Identität von Architekten befasst. Mich hat die Frage beschäftigt, wofür sind Architekten da, was sind ihre Aufgaben. In diesem Zusammenhang habe ich mich mit Soziologie, speziell Norbert Elias, und mit Philosophie, speziell Martin Heidegger und Hans Jonas, beschäftigt. Mein Ansporn war stets, den Beruf des Architekten nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Entwicklungen zu sehen. Das liegt sicherlich auch daran, dass ich sehr früh politisiert wurde. Mein Vater war Gegner des Nationalsozialismus und bekam 1933 Berufsverbot, da er als Kunstmaler überwiegend für Juden gearbeitet hatte. Er war guter Portraitist und hatte viele Aufträge jüdischer Familien, die sich von ihm portraitieren ließen. Ich werde nie vergessen, wie er mich am 9. November 1938 an die Hand nahm und wie wir von Essen-Rellinghausen nach Essen-Mitte gingen, in die Kettwiger Straße, die damals die erste Adresse für Geschäfte war. Es war schon dunkel und zu der Zeit war die Kettwiger Straße enger und längst nicht so beleuchtet wie heute. Der SA-Pöbel grölte durch die Straße und aus den Wohnungen der dort über ihren Geschäften lebenden Juden flogen die Kristallgeschirre. Die sogenannte Reichskristallnacht habe ich hautnah miterlebt. Mein Vater und ich gingen dann zum Burgplatz. Er nahm dort meinen Kopf in seine Hände, drehte ihn in Richtung Synagoge, dort schlugen die Flammen und der Qualm aus allen Öffnungen, er beugte sich zu mir herunter und sagte, merk Dir das! Ich hatte – ein Kind – eine furchtbare Angst. Ich hatte befürchtet, dass es auch bei uns Zuhause so furchtbar zugehen würde. Dieses Erlebnis hat mich sehr stark politisch geprägt und ich habe sehr aufmerksam die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland seit 1945 verfolgt. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurde meines Erachtens nach dem Wirtschaftswunder vernachlässigt. In meinem Verband, der Vereinigung freischaffender Architekten habe ich nicht zuletzt aufgrund meiner Erfahrungen auf zwei Dinge hingewiesen: dass es wichtiger ist, zur gesamten Kultur eine Beziehung zu haben als zu versuchen, uns als Künstler darzustellen und dass das interdisziplinäre Arbeiten zentral ist.

***puk:*** Ist ihr interdisziplinäres Interesse auch ein Grund, sich im Deutschen Kulturrat zu engagieren?

**Esser:** In jedem Fall. Mein Kollege Kühn, der mit Prof. Oltmanns zu den Gründungsmitgliedern des Deutschen Kulturrates gehörte und den Rat für Baukultur aufbaute, hat mich, nachdem ich dem Präsidium der Vereinigung freischaffender Architekten angehörte, gefragt, ob ich die Vertretung im Rat für Baukultur übernehmen wolle, gerade weil ich interdisziplinär denke und mich um den Austausch der Kunstsparten bemühe. Ich engagiere mich gerne im Deutschen Kulturrat. Der Zuspruch von anderen und das Verständnis für meine Ideen berührt und motiviert mich, mich zu engagieren. Darüber hinaus habe ich mich in der Architektenkammer für die Bildung eines Berufsbildes eingesetzt. Zehn Jahre habe ich für eine grundlegende Untersuchung gekämpft, bis schließlich das Zentrum für Kulturforschung in Bonn beauftragt wurde. Andreas Joh. Wiesand, Karla Fohrbeck und Dorothea Fohrbeck haben damals die Untersuchung und das Buch „Beruf: Architekt“ erstellt. Alle drei sind eng mit dem Deutschen Kulturrat verbunden bzw. haben ihn in den ersten Jahren durch ihre Arbeit und Kontinuität auf den Weg gebracht. Berufspolitisch war mir wichtig, dass die Untersuchung zum Berufsbild Architekt nicht von der Architektenkammer sondern von einem unabhängigen Forschungsinstitut erstellt wird. Ich denke, es ist wichtig, nicht „nur im eigenen Saft zu schmoren“. Der Austausch mit anderen ist zentral. Das ist auch ein Kernbestandteil meines Verständnisses der Arbeit eines Architekten. Es geht um den Dialog zwischen dem Bebauten und dem Bebauer. Das war der Grund, warum ich mich nicht auf meine eigene Karriere konzentriert habe. Ich habe mich gerne für andere Menschen eingesetzt.

***puk:*** Herr Esser, sie sind inzwischen das einzige Mitglied des Sprecherrats, der noch die Zeit des Nationalsozialismus erlebt haben. In vielen Ihrer Redebeiträge, appellieren Sie ganz emphatisch an die Kraft der Demokratie. Ist der Streit für die Demokratie eines Herzensangelegenheit von Ihnen?

**Esser:** Das ist eine Erfahrung aus dem Nationalsozialismus. Ich komme aus einem Elternhaus, in dem beide Eltern gegen den Nationalsozialismus waren. Ich habe zuhause eine Kultur der Mitmenschlichkeit, der Hilfsbereitschaft, des Mitleidens erfahren dürfen, die mich mein ganzes Leben lang geprägt hat. Ich habe nie das Lachen verlernt.

**Wolfgang Esser (83) gehört seit langem dem Sprecherrat des Deutschen Kulturrates an.** **Foto: privat**

Ich bin sehr stark auf Späße aus, auf Humor. Mit 15 Jahren wurde ich Soldat der deutschen Wehrmacht. Meine Kameraden haben mir nachgesagt, dass ich auch in den schlimmsten Situationen nie den Humor verloren habe. Für mich war das mehr ein, wie Bert Brecht formuliert hat, Verfremdungseffekt. Brecht wollte mit seinem Theater nicht, dass sich der Zuschauer von dem Geschehen auf der Bühne einsaugen lässt, sondern dass er kritischen Abstand wahrt und darüber nachdenkt, was auf der Bühne geschieht. Der Humor ist mein V-Effekt. Darüber hinaus habe ich sehr früh ästhetische Bildung erfahren. Mein Vater war, wie gesagt, Kunstmaler, überdies schrieb er Gedichte. Ich bin sehr früh mit Literatur, mit Kunst, mit Musik in Berührung gekommen. Diese ästhetische Bildung hat mich geprägt und mir innere Freiheit gegeben. Das war der entscheidende Gegensatz zum totalitären System des Nationalsozialismus. Jedes Individuum sollte in ein totalitäres System gepackt werden. Demgegenüber ist eine Demokratie von der individuellen Bereitschaft der einzelnen Bürger abhängig, die sich für die freie Meinungsäußerung, für eine kritische und sachliche Auseinandersetzung einsetzen. Das Gegenteil dazu ist der Populismus, den ich zutiefst verabscheue. Diesen habe ich als Kind und junger Mensch erlebt.

***puk:*** Wenn Sie in die Zukunft blicken. Was sind ihres Erachtens die wichtigsten Herausforderungen? Worauf müssen wir uns einstellen? Was müssen wir machen?

**Esser:** Was ganz wichtig ist und vom Deutschen Kulturrat immer wieder betont, wir müssen bei den Kindern anfangen. Ihnen die Sinne öffnen, sie locker machen, sie kritisch machen, dass sie offene Augen und Ohren haben, dass sie ihr Gehirn zum Denken benutzen und die Dinge verarbeiten, damit sie die Welt begreifen und ihr Leben in dieser Welt leben können. Ich bin misstrauisch, wenn ich höre, welche Berufsgruppen sich jetzt alle auf die Kinder stürzen. Mein Appell ist, Kinder lieber mehr in Ruhe zu lassen, damit sie selbst zu den Dingen kommen, wenn sie so weit sind, sich damit auseinanderzusetzen. Das wäre für mich der richtige Weg. Ein zweites wichtiges Thema ist für mich die Migration. Mich hat erschaudert, als sich die Dame im zweithöchsten Amt unseres Staates vor dem Pult stehen sah, wie sie mit geballten Fäusten Löcher in die Luft boxte und nahezu hysterisch rief: „Multi-Kulti ist tot. Multi-Kulti ist tot.“ Und ich dachte als alter Ruhreingeborener „jetzt macht sie einen auf Chruschtschow“ und will gleich das Pult zertrümmern. Es ist für mich entsetzlich, das sich jemand so hinreißen lässt. Dabei ist es so wichtig, sachlich über die Herausforderungen zu reden, um nicht völlig falsche Reaktionen im Publikum auszulösen. Die sachliche Debatte fehlt mir. Ich verstehe die Angst vieler vor Migranten. Sie entsteht, weil Menschen sich nicht auskennen, weil sie den Islam nicht kennen, weil sie das Judentum nicht kennen. Statt sich damit auseinanderzusetzen, entsteht eine Abwehrhaltung. Dabei gibt es viele Ähnlichkeiten unter den Religionen Judentum, Christentum und Islam. Jede Religion und jede Kultur will eigentlich das Leben erhalten und schützen und eben nicht vernichten. Die Massenvernichtung des Nationalsozialismus ist der schrecklich vertikale Einbruch in unsere Kultur. So etwas darf nie wieder passieren.

***puk:*** Was wünschen Sie dem Deutschen Kulturrat?

**Esser:** Dass er viele junge Menschen anzieht – und auch ältere behält. Dass er die notwendige Unterstützung erfährt, um Kultur in die Breite zu bringen. Das ist für mich ganz zentral. Den Zugang zu Kultur den Menschen zu ermöglichen. Damit eine Demokratie stabil bleibt, ist es notwendig zu begreifen, dass Kultur, Kunst und Politik zusammengehören. Sie sind eine Einheit und aufeinander bezogen. Das immer wieder zu verdeutlichen, ist mein Anliegen und das sollte auch der Deutsche Kulturrat verfolgen.

***puk:*** Herzlichen Dank für das Gespräch.

*Wolfgang Esser ist Stellvertretender Sprecher des Rates für Baukultur und wirkt zusätzlich neben seinem Engagement im Sprecherrat in verschiedenen Fachausschüssen des Deutschen Kulturrates mit. Gabriele Schulz ist Stelllvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates* ■

*Das erste Gespräch in der Interview-Reihe zu 30 Jahre Deutscher Kulturrat „Vom Pflänzchen zur festen Größe in der Kulturpolitik“ Stefanie Ernst im Gespräch mit Bogislav von Wentzel erschien in der Ausgabe 1/2011 von politik und kultur.*

## Kleine Kulturratschronik der ersten Jahre (Teil II)

**1987**

- Bezug der ersten eigenen Räume in der Adenauerallee 7 in Bonn
- Anstellung der ersten Mitarbeiterinnen: Dorothea Fohrbeck (wissenschaftliche Mitarbeiterin), Inge Bergengruen (Sekretariat)
- im Dezember Verabschiedung der „Entschließung des Deutschen Kulturrates zur Kulturstiftung der Länder“ und im Dezember Verabschiedung der Entschließung „Kultur ist heimatlos im Parlament – Deutscher Kulturrat fordert die (Wieder-) Einrichtung eines Kultur- und Medienausschusses im Deutschen Bundestag“

**1988**

- Dezember Veranstaltung „Macht uns die EG kaputt? Eine Nachlese zum Europäischen Film- und Fernsehjahr und eine Vorschau zum geplanten Binnenmarkt 1992” mit Dieter Kosslik als Gastredner
- Dezember Verabschiedung der Resolutionen „EG-Kulturpolitik” und freizügige kulturelle Zusammenarbeit in Europa und „Für eine „Kulturklausel“ im Grundgesetz“

**1989**

- Oktober „Nach 40 Jahren – ein bisschen Weise? Kulturpolitischer Kongress des Deutschen Kulturrates in Bonn“ mit Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble als Eröffnungsredner
- Dezember „Erstes Treffen mit Kulturschaffenden aus DDR“ in der Akademie der Künste Berlin
- Einrichtung eines Kontaktbüros in Berlin-West und eines Kontaktbüros in Berlin-Ost

**1990**

- im September Verabschiedung der „Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Einigungsvertrag“
- im November Durchführung des Plenums in Potsdam mit einer kulturpolitischen Diskussionsveranstaltung zur Kulturpolitik nach dem 3. Oktober 1990
- im November Verabschiedung von folgenden Resolutionen „Die kulturelle Substanz erhalten und weiterentwickeln!“; „Staatszielbestimmung Kultur“; „Konsultation des Sachverstandes notwendig“; „Sicherung der historischen Bausubstanz in der ehemaligen DDR“; „Demokratisierung des öffentlichen Lebens braucht Experimentierfelder im kulturellen Bereich“; „Aktuelle Probleme und Bildungserfordernisse des Tanzes in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in den neuen Bundesländern“
- aus dem Kontaktbüro Berlin-Ost wird das Berliner Büro des Deutschen Kulturrates

**1991**

- Strukturdiskussion, Strukturen bleiben im Ergebnis erhalten
- Sprecher aus den neuen Ländern werden kooptiert, um zu gewährleisten, dass ostdeutsche Interessen angemessen vertreten werden
- September 1991 Veranstaltung „Wer will die „Kulturhoheit“ – Länder, Bund, Kommunen, EG, Verbände oder der „Kulturbürger“? – Deutscher Kulturrat führt öffentliche Debatte über die Zukunft des kooperativen Kulturföderalismus in Europa“

**1992**

- Ausscheiden der Geschäftsführerin Dorothea Fohrbeck und Arbeitsbeginn der Geschäftsführerin Eva Krings
- September „1. Europäische Konferenz der Künstler- und Kulturräte“
- September erstmalige Verleihung des Kulturgroschens des Deutschen Kulturrates (Preisträger: Dr. Sieghardt von Köckritz, Leiter der Kulturabteilung des Bundesministeriums des Innern)
- im November Verabschiedung der Resolutionen: „Abbautendenzen in allen Kulturbereichen“; „Keine Streichungen, Kulturfinanzierung ausbauen“; „Arbeitsfähigkeit der Kulturfonds erhalten“; „Anforderungen an das Infrastrukturprogramm 1993“

# Soziales Netzwerken

**Was braucht es, um mitzumachen? • Von Andrea Ehlert**

**Es gibt drei Gründe für eine Kultureinrichtung, in die sozialen Netzwerke einzusteigen: weil sie in Zeiten knapper Kassen, effektive, aber kostengünstige PR-Möglichkeiten nutzen will, weil sie die Kunden dort abholen will, wo sie sich aufhalten und weil sie in die zukünftigen Kunden investieren will. Dafür sollte es mindestens eine Person im Betrieb geben, die aus Überzeugung bereit ist, sich in der Hauptsache damit zu beschäftigen. Abgesehen davon muss die Leitung des Hauses dahinter stehen.**

Für einen institutionellen Auftritt bei Facebook benötigt man neuerdings kein privates Profil mehr, man kann direkt das eigene Unternehmen präsentieren. Am besten lässt sich der Auftritt mit Hilfe von Annette Schwindt: Das Facebook-Buch (ISBN-13: 978-3897216150, 17,90 Euro) meistern. Man kann sich natürlich auch bei anderen online-Gemeinschaften anmelden, wie zum Beispiel MySpace oder LinkedIn oder Xing, bei letzterem kann auch eine Institutionsseite aufgebaut werden.

Zeit und Arbeitseinsatz beim Pflegen der Facebookseite sind überschaubar, wenn die Seite erst mal steht. Die Anstrengung liegt in der Vorbereitung und dem Umdenken, den der Schritt von Web 1.0 (E-Mail, Mailinglisten, Diskussionsforen etc.) zu Web 2.0 erfordert, z.B. beim Umgang mit Privatem und Allgemeinem. Man muss erst ein Gespür dafür entwickeln, was alles eine Nachricht sein kann.

„Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel ist Facebook beigetreten“ lautete am 1. August 2010 der erste Satz im neuen Auftritt der Bundesakademie bei Facebook (http://www.facebook.com/pages/Bundesakademie-fur-kulturelle-Bildung-Wolfenbuttel/107784949277085). Der erste Beitrag, ein Seminarhinweis, hatte von jetzt auf gleich 625 sogenannte Impressionen, heißt: so oft wurde die Nachricht aufgerufen. Hinter diesen Aufrufen verbergen sich weitere nützliche Informationen wie demografische Daten der „Freunde“, Zahl der Aufrufe, aus welchen Ländern, Städten sie kommen und in welcher Sprache sie schreiben etc. Das ist anders als beim privaten Facebook-Auftritt, dort gibt es diese Statistiken nicht, wiewohl Facebook sie natürlich generieren kann und es vermutlich zu Werbezwecken auch tut. Für Menschenfänger sind die sozialen Netzwerke der ideale Tummelplatz. Unter www.123people.de zum Beispiel kann man prüfen, wie viele Informationen über einen selbst im Netz verfügbar sind.

Anders ist es mit dem Blog (Weblog, Web-Tagebuch), der in unserem Fall an den Webauftritt der Bundesakademie gekoppelt ist. Ein Blog jedoch muss umfangreicher gepflegt werden, allein die Beiträge sind länger als in den Social Media.

Was vermutlich viele abschreckt ist die Frage nach der Kompatibilität mit einer bestehenden Homepage und die Frage, wer das pflegt und die Beiträge schreibt. Blogs laufen Web 2.0-basiert und werden mit frei erhältlicher Software, zum Beispiel WordPress (www.wordpress.com) erstellt. Das Einbinden in eine bestehende statische Homepage ist möglich, wie man unter www.bundesakademie.de sehen kann. Der Umgang mit WordPress ist leicht erlernbar. Neben dem Administrator kann es weitere Redakteure geben, die Schreibrechte erhalten. Der Vorteil ist, dass man dann mehrere Beiträge vorbereiten und ihr Erscheinen zeitlich festlegen kann.

Als offizieller Auftritt einer Einrichtung müssen die Beiträge in Blog und Facebook den Stil der Einrichtung spiegeln. Beim Bloggen kommt hinzu, dass der Duktus ins Feuilletonistische gehen sollte. Es geht eine Leichtigkeit der Informationsvermittlung mit diesen neuen Kommunikationswegen einher, die dem gestandenen Newsletter abgeht. Andererseits darf es auch nicht zu leicht „dahin“ sein, sonst verliert man Leser. Die Beiträge müssen authentisch sein, anders gesagt, ein Mensch ist mit seiner Persönlichkeit hinter den Posts erkennbar und diese Persönlichkeit deckt sich mit dem Image der Einrichtung.

Nach etwa 8 Monaten Anlaufzeit, mit grundsätzlichen Überlegungen, welche Anwendungen des Web 2.0 mit welchem Ziel zur Akademie passen könnten, mit Schulungen und dem Design des Blogs, ist er schließlich am 1. Januar 2010 online gegangen: http://www.bundesakademie.de/bablog/. Inzwischen ist evaluiert, dass gut 10 % der Besucher der Homepage der Akademie zum Blog surfen. In Zahlen heißt das, von 8.000 Besuchern 2010 gingen 800 auf den Blog.

Bei Facebook kann die Statistik genauer betrachtet werden. Facebook kann über diejenigen, die sich als Freunde „anmelden“ sehr genaue Daten liefern. Zum Zeitpunkt dieses Artikels hatten sich 205 Personen als Freunde angemeldet, davon sind 58 Prozent Frauen, 39 Prozent Männer, die übrigen sind Institutionen. Sind es denn nun Jüngere, die mit diesem Medium erreicht werden können? Die Altersstruktur der Freunde sieht im Vergleich mit der letzten Evaluation der Bundesakademie (http://www.lilawo.de/ba/BAW-TNN-Befragung_2008-9.pdf) folgendermaßen aus:

| Facebook Alter | | Evaluation Alter | |
|---|---|---|---|
| bis 34 | 31,33 % | bis 30 | 14 % |
| 35–44 | 33 % | 31–40 | 24 % |
| 45–50 | 22 % | 41–50 | 33 % |
| ü 55 | 10,8 % | 51–60 | 21 % |
| | | ü 60 | 08 % |

**Freunde bei Facebook**

| Teilnehmende | Interessierte | Neue |
|---|---|---|
| 52 % | 20 % | 28 % |

- Teilnehmer = haben bereits an Veranstaltungen der BAW teilgenommen
- Interessierte = sind im Verteiler der BAW, haben aber noch keine Veranstaltung besucht
- Neue = sind nicht in Adressdatenbank erfasst

Weitaus interessanter als die Statistiken über die Freunde sind aber die Zugriffszahlen auf die sogenannten Posts. Die höchste Zugriffszahl liegt bei 1.400 Klicks. Im Durchschnitt wird jede Nachricht, jeder Beitrag rund 1.000 Mal angesehen. Dabei fällt auf, dass zum einen Hinweise auf Veranstaltungen und zum anderen Tipps zum Kulturbetrieb, wie z.B. EU-Mittel oder Stipendienprogramme etc., die höchsten Klickzahlen bekommen.

Das Social Web oder auch Mitmachweb ist aufs Teilen und den Austausch ausgerichtet; infolgedessen reagieren die Nutzerinnen und Nutzer in der Regel sehr empfindlich auf Werbung. Wie kann dann Social Media Marketing dennoch erfolgreich sein? Die Bundesakademie Wolfenbüttel arbeitet im Feld der kulturellen Bildung, sie bietet Fort- und Weiterbildung von Multiplikatoren aus dem Kunst- und Kulturbereich. Alle Nachrichten bei Facebook und Artikel im Blog sind als Dienstleistung gedacht, egal, ob auf ein besonderes Seminar aufmerksam gemacht oder zu einer Lesung eingeladen oder auch auf ein Stipendium hingewiesen wird. Im Dreischritt von monatlichem Newsletter (11.500 Adressaten hat der Newsletter der Bundesakademie), Blog (800 Leser) und Facebook-Auftritt (im Durchschnitt 1.000 Leser pro Nachricht) kann auf verschiedene Art und Weise das Interesse der Kunden an allem, was die Bundesakademie betrifft, gebunden werden. Keinesfalls sollte man jedoch die Fans und Followers mit Posts bombadieren. Für die Bundesakademie reichen z.B. 1-3 Posts bei Facebook und 1-2 Beiträge im Blog pro Woche.

**Teilnehmerinnen des Seminars „Social Media Marketing für Kulturbetriebe“, das im Februar von der Bundeakademie für kulturelle Bildung in Wolfenbüttel veranstaltet wurde** **Foto: Stefanie Ernst**

Gerade Kultureinrichtungen gehören in Soziale Netze. Kultur und Kommunikation gehören ganz eng zusammen und in den sozialen Netzen gelingt im besten Fall ein Dialog zwischen Kultureinrichtung und Kulturinteressenten; besser kann es in der Kulturbranche nicht gehen. Auf Meldungen erhält man direkten Respons, was bei einer Anzeige selten geschieht. Aber natürlich nutzt die Bundesakademie auch immer noch die klassischen Wege der Öffentlichkeitsarbeit.

Kleinere Einrichtungen können gegenüber den Kulturwalen (z.B. große Bühnen oder Museen) bei ihren Lesern punkten, indem sie authentisch bleiben und auf die persönliche Bindung an die Einrichtung setzen. Natürlich kann man nicht mit Millionen sogenannter Followers rechnen, aber Kultur ist ja auch nicht Coca Cola.

*Die Verfasserin ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Koordination sowie Programmleiterin des Bereichs Präsentation | Management | Organisation der Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel* ■

# Begegnung schaffen

**Im Porträt: Yavuz Selim Akgül und die Şehitlik-Moschee • Von Andreas Kolb**

**Seit Mai des vergangenen Jahres ist der Tempelhofer Park, der sich auf dem ehemaligen Flugfeld befindet, für die Öffentlichkeit zugänglich. Auf der riesigen Fläche mitten in Berlin tummeln sich seither Jogger, Skater und Drachenflieger, es gibt ein Vogelschutzgebiet, aber auch Füchse in freier Wildbahn und andere Stadtbewohner. Den Spaziergängern und Flaneuren bietet sich eine herrliche Aussicht auf Berlin. Das Panorama wird vom Fernsehturm am Alexanderplatz dominiert, doch hinter den Bäumen am Columbiadamm, Luftlinie nur ein paar hundert Meter vom Park entfernt, schieben sich zwei weitere Turmspitzen ins Bild: Es sind die beiden Minarette der 2004 fertiggestellten Şehitlik-Moschee.**

Insgesamt gibt es knapp 80 Moscheen in Berlin. Neben der Şehitlik-Moschee gehören zwölf weitere islamische Gotteshäuser zur DITIB, der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. DITIB zählt zu den mitgliederstärksten Migrantenorganisationen in Deutschland und ist seit April 2007 Gründungsmitglied des Koordinationsrats der Muslime.

Vorstandsvorsitzender der Şehitlik Türkisch-Islamischen Gemeinde zu Neukölln e. V. ist Yavuz Selim Akgül: „Die Şehitlik-Moschee ist die größte Moschee hier in Berlin und (er lächelt stolz) die schönste. Wir haben ungefähr 300 Gemeindemitglieder. Zum Freitagsgebet kommen an normalen Tagen 1.500 bis 2.000 Menschen. An Feiertagen sind es wesentlich mehr, dann versammeln sich bis zu 7.000 Menschen auf dem Gelände.“

**Yavuz Selim Akgül** **Foto: privat**

Die Şehitlik Moschee liegt auf dem Gelände des alten Türkischen Friedhofs, nach dem die Moschee benannt ist. Wörtlich übersetzt bedeutet Şehitlik Märtyrerfriedhof, gemeint sei dies im Sinne von Ehren- oder Heldenfriedhof, erläutert Akgül. Vor dem Gelände am Columbiadamm wehen die türkische, die deutsche und die europäische Flagge und auch die der

**Weiter auf Seite 29**

Fortsetzung von Seite 28

DITIB. „Man verlässt ohne Stempel und ohne Passkontrolle Deutschland und geht in die Türkei hinein“, erläutert Akgül den besonderen Status des Geländes, das zum türkischen Hoheitsgebiet gehört. Aber: „Hier kann jeder kommen, der die Moschee oder den Friedhof besuchen will.“

Der Vorstandsvorsitzende des Moscheevereins ist auch dessen Pressesprecher: Immer wieder betont er, dass die Moschee jedem Interessierten offen stehe und welche Wege eingeschlagen wurden, um sachkundig über den Islam und die Arbeit der Neuköllner Gemeinde zu informieren. Akgül ist ein Vertreter der sogenannten zweiten Generation türkischer Zuwanderer. Seine Eltern zogen 1969 nach Deutschland, er kam 1972 im Urbankrankenhaus in Berlin-Kreuzberg zur Welt. Die Nähe zur Religion kommt vom Vater, der Vorprediger war und das Hocharabische beherrschte. Durch ihn erhielt Selim Akgül sein umfangreiches theologisches Wissen und wohl auch den überlieferten Glauben.

„Ich fühle mich in Deutschland zuhause“, sagt Akgül. Hier lebt der 38-Jährige mit seiner polnischen Frau und ihren drei Kindern: „Der Älteste ist elf Jahre alt, meine Tochter viereinhalb und mein Kleinster wird im April zwei.“ In Berlin ging Akgül nicht nur zur Schule, hier absolvierte er auch sein Studium zum Systemingenieur. Und hier in Berlin gründete er gemeinsam mit einem deutschen Partner eine Firma: ein EDV-Systemhaus mit Kunden weltweit, darunter das Forschungsinstitut PAREXEL, eine große Nachrichtenagentur, früher auch die Berliner Stadtreinigung.

Beruf, Gemeindearbeit und Familie sind nicht immer leicht zu vereinbaren. „Meine Frau und die Kinder beschweren sich schon hin und wieder, wenn ich zu wenig Zeit für sie habe.“ Auch sein Geschäftspartner weiß von Akgüls zeitaufwändigem Ehrenamt. Doch als EDV-Spezialist setzt Akgül natürlich die technischen Möglichkeiten unserer Zeit auch dazu ein, ein modernes und mobiles Leben zu führen: Mittels Computer und Internet kann er von zuhause aus oder am Abend arbeiten.

Seit April 2009 ist Akgül Vorstandsvorsitzender der Gemeinde Şehitlik, und demnächst stehen wieder Vorstandswahlen an. Sein Hauptaugenmerk lag bisher darauf, die Grundlagen für eine moderne Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen. „Wir wollen hier Begegnung schaffen. Ich denke, wir brauchen noch zwei Jahre, um das fest einzufügen, und ich hoffe, dass die Gemeinde uns noch diese Zeit dafür gibt.“

Im Zentrum seiner Öffentlichkeitsarbeit stehen dabei die Moscheeführungen, die seit 2004 angeboten werden und sich zunehmender Beliebtheit erfreuen. Teilweise gibt es bis zu drei Führungen am Tag, auch für Schulklassen, Seniorengruppen oder Touristen aus dem Ausland. Die Führungen muss man zwar buchen, sind aber kostenlos. Dadurch, dass Tempelhof zum Park wurde, kommen auch mehr und mehr unangemeldete Besucher. Die Moscheeführer arbeiten ehrenamtlich, aber die Infrastruktur der Gemeinde umfasst natürlich auch ein Sekretariat, einen Hausmeister und Sicherheitsleute aus der Gemeinde, die das Objekt beschützen. Seit Sommer 2010 gab es vier Brandanschläge auf die Moschee. „Mittlerweile ist der Täter gefasst, deswegen ist der Polizeischutz zurückgezogen worden“, sagt Akgül.

Das religiöse Leben prägt der Imam, der fünfmal am Tag vorpredigt. Es gibt Freitagsgebete, Hochzeiten, Beschneidungszeremonien und in einen Konferenzraum kann man auch zusammen essen. Links neben der Moschee entsteht derzeit das Kultur und Sozialgebäude. Hier soll eine ständige Ausstellung über die Geschichte des Friedhofs, die Şehitlik-Moschee und die Freundschaft zwischen dem Osmanischen und dem Preußischen Reich, die bis in 18. Jahrhundert zurückreicht, entstehen.

Man habe es viel zu lange versäumt, in diese Richtung zu arbeiten, bedauert Akgül: „Vor 20 Jahren hat man einfach nicht das Bedürfnis gehabt, Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Der Islam war da und die Gläubigen haben sich versammelt, ohne im Mittelpunkt zu stehen. Seit dem 11. September ist aber ein verstärktes Interesse zu verspüren, den Islam näher kennenzulernen.“ Anfang des Jahres hielt der Deutsche Kulturrat eine Pressekonferenz in den Räumen der Şehitlik-Moschee ab und stellte ein Dossier zum Islam vor. Auf der Pressekonferenz stellte ein Journalist die Frage, ob dieses Interesse nicht zu spät komme.

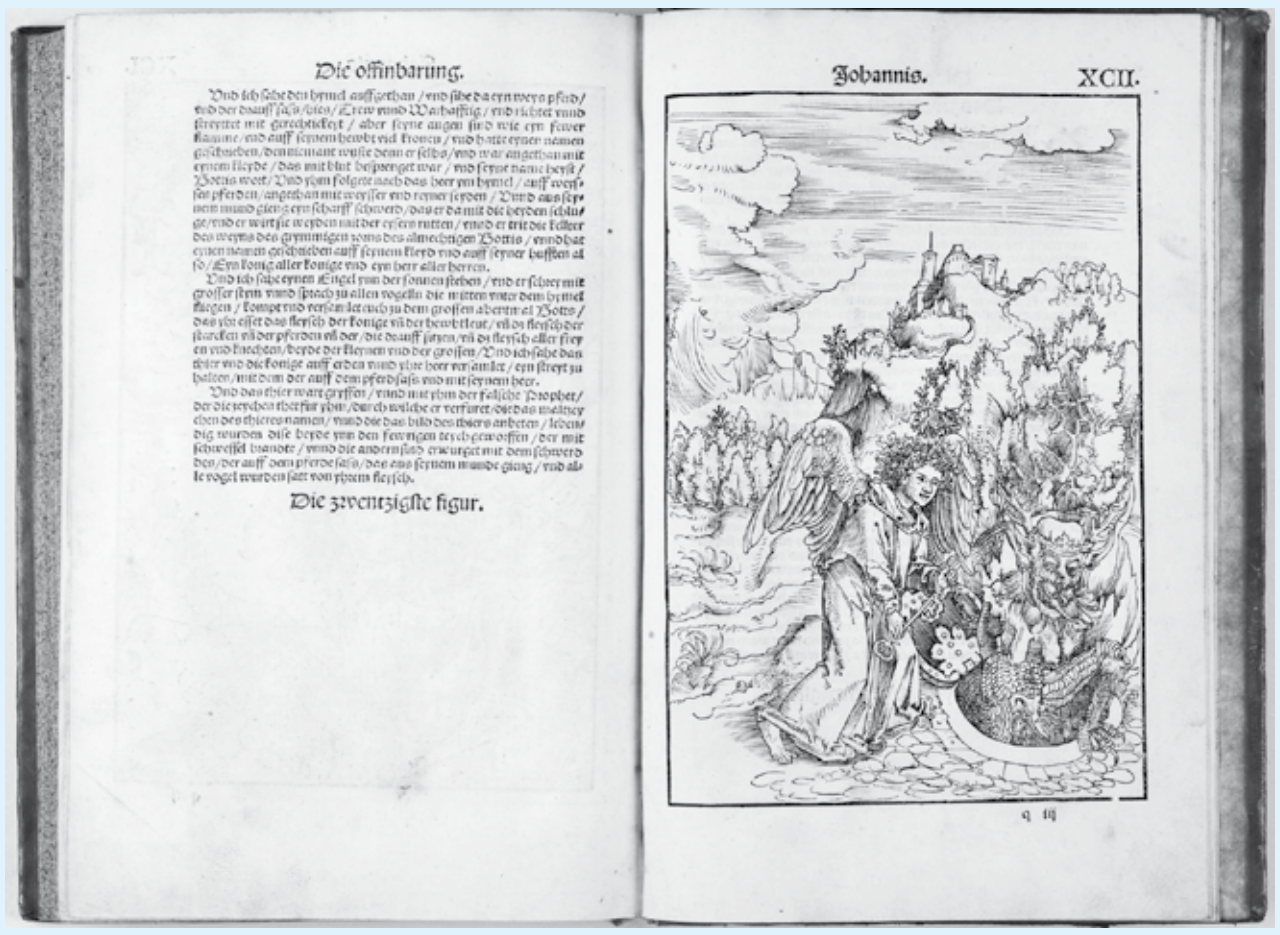
„Lieber zu spät als gar nicht“, meint Akgül, denn schon die Begriffe islamischer Terrorismus oder islamistischer Terrorismus zeugten von fundamentaler Unwissenheit. Die Wörter Frieden und Terror – das seien sich gegenseitig ausschließende Bedeutungen. Und weiter: „Das Töten eines Menschen ist, wie in allen Offenbarungsreligionen, so auch im Islam, ein schweres Vergehen. Religion wird auch heute noch dazu benutzt, um Machtinteressen durchzusetzen. Die Politik fordert von in Deutschland lebenden Moslems, sie sollten sich zu dem Thema Terrorismus äußern. Warum? Wer so lebt, wie unserer Prophet das vorgelebt hat, der hat nichts damit zu tun.“ Aufklären heißt für Akgül nun aber nicht, über Medien und Vorurteile in den Köpfen zu lamentieren, sondern aktiv werden: „Juden, evangelische und katholische Christen sowie Muslime wollen auf dem Tempelhofer Feld nahe der Moschee einen gemeinsamen Ort der Begegnung schaffen. Wir sind dabei, einen Verein von vier Religionsgemeinschaften unter einem Dach zu gründen.“ Es wird ein Ort werden, an dem politische Debatten geführt werden können, an dem authentische Informationen an die Öffentlichkeit kommt, wo Klischee durch Wissen ersetzt wird – und an dem man sich – das ist wohl das Allerwichtigste dabei – persönlich begegnen kann.

*Der Verfasser ist Redakteur von politik und kultur* ■

# Die Sprache ist Deutsch

**Martin Luther hätte wohl für die Aufnahme von Deutsch ins Grundgesetz plädiert • Von Olaf Zimmermann**

**Hätte Martin Luther, würde er heute leben, dafür gestritten, dass Deutsch als Landessprache in der Verfassung verankert wird? Natürlich eine letztendlich unbeantwortbare Frage, aber das Thema selbst ist spannend wie aktuell und ein bisschen Spekulieren macht Spaß.**




**Dezembertestament. 2. Auflage der Übersetzung des Neuen Testaments von Martin Luther, erschienen im Dezember 1522**
**© Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek**

Die Sprache in der Bundesrepublik ist Deutsch“ will eine einflussreiche Gruppe von Politikern, angeführt von Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, ins Grundgesetz schreiben. Deutsch als Landessprache ist Bestandteil der Verfassungen Österreichs und der Schweiz, warum also nicht auch in Deutschland? Und andere Länder, darunter besonders Frankreich, kämpfen gegen die Übermacht des Englischen und um das Überleben ihrer Landesprache sehr viel engagierter als wir Deutsche.

„Die deutsche Sprache jedoch ist die vollkommenste von allen“ soll Martin Luther in makellosem Latein am 19.09.1538 in einer seiner Tischreden gesagt haben. Und schon fünf Jahre vorher soll er gesagt haben: „Ich habe keine eigens festgelegte Sprache, sondern die allgemein übliche, damit mich die Leute aus dem hoch- und niederdeutschen Sprachraum verstehen können“. Zur damaligen Zeit gab es schon 14 hochdeutsche und vier niederdeutsche Bibelausgaben, sie waren aber wegen ihres gekünstelten Deutsch für das einfache Volk schwer verständlich. Erst Luther „schaute dem Volk auf Maul“ und übersetzte so, dass der Text der damals gesprochenen Sprache näher kam und dennoch eine einmalige künstlerische Eleganz besaß.

Das Verstehen können, die Forderung nach einer verständlichen Vermittlung der biblischen Botschaft ist eines der Kernanliegen von Martin Luther. Nach dem reformatorischen Schriftprinzip ist die Bibel aus sich selbst verständlich, vorausgesetzt man versteht die Sprache, in der sie vorliegt. Die Gläubigen, zumindest die Protestanten, durch das allgemeine Priestertum (hoffentlich) emanzipiert, können und sollen über Glaubensangelegenheiten eigenständig und selbstverantwortlich urteilen.

Die Bibelübersetzungen Martin Luthers mit dem zeitlichen Zusammentreffen mit einer der größten technischen Revolutionen, dem Buchdruck, haben den Erfolg der Reformation erst möglich gemacht. Der Theologe und einer der erbitternsten Gegner Luthers, Johann Cochläus schrieb 1522: „Auf wunderbare Weise wurde Luthers Neues Testament durch die Buchdrucker vervielfältigt, so dass auch Schuster, ja selbst Weiber und andere einfältige Laien, welche nur halbwegs deutsch lesen gelernt hatten, dieses sehr eifrig lasen, als ob es die Quelle aller Wahrheit wäre.“ Die Angst vor einer allgemeinverständlichen Bibel saß aber noch tiefer. Cochläus weiter: „Die Anhänger Luthers trugen das Buch bei sich und lernten es auswendig. Dadurch eigneten sie sich binnen weniger Monate so viel dogmatische Kenntnisse an, dass sie sich erdreisten, nicht nur mit katholischen Laien, sondern auch mit Priestern und Mönchen, ja sogar mit theologischen Magistern und Doktoren über Glaubensfragen und das Evangelium zu disputieren.“

Martin Luther hat das Deutsche benutzt, um seine Theologie praktisch werden zu lassen. Wichtig war für ihn nicht, dass es eine Nationalsprache gab, sondern dass die Bevölkerung eine gemeinsame Sprache hatte. Er hat sich immer für das Beherrschen der „Muttersprache“ eingesetzt und zusätzlich die Aneignung von Fremdsprachen dringend empfohlen.

In diesem Sinne würde Martin Luther wohl dafür plädieren, dass in Deutschland deutsch gesprochen würde. Und bei seiner oftmals sehr ausgeprägten Orientierung an der weltlichen Obrigkeit hätte er wohl auch für die Aufnahme von Deutsch ins Grundgesetz plädiert. Wiewohl er sich dem Wandel der Sprache nicht entzogen hätte. Das Deutsch, das in Deutschland heute gesprochen und geschrieben wird, wird durch Anglizismen nicht automatisch entstellt und durch die Sprachfärbungen der in Deutschland lebenden Migranten natürlich entwickelt.

Luther sagte: „Ich meynet auch ich were geleret, vnd weys mich auch gelerter denn aller hohen schulen sophisten von Gottis gnaden, Aber nu sehe ich, das ich auch noch nicht meyn angeporne deutsche sprach kan“. Es ist beruhigend, dass Luther bei all seiner sprachlichen Genialität, sich auch seiner Grenzen bewusst war.

*Der Verfasser ist Herausgeber von politik und kultur* ■

LUTHER2017

# Die Kunst schlägt zurück

**Wie kulturpolitische Initiativen auf die Barrikaden gehen • Von Kristin Bäßler**

**Nach Hamburg nun auch Berlin: 228 Berliner Künstler und Kulturschaffende haben sich unter dem Motto „Haben und Brauchen“ in einem offenen Brief an den Kultursenator und Regierenden Oberbürgermeister Klaus Wowereit gewandt, um gegen kurzweilig aufgepeppte Kunstevents, gegen prekäre Arbeitsbedingungen für Künstler und für eine strukturfördernde Kulturpolitik zu demonstrieren.**

**Der Blog www.kulturstimmen.de mit Informationen zum Aktionstag „Kultur gut stärken“**

Hintergrund der Forderungen ist die von Wowereit ins Leben gerufene „Leistungsschau junger Kunst aus Berlin“, die von vielen als Wahlkampfschachzug bewertet wird. Nachdem Wowereit das Konzept einer temporären Kunsthalle im Humboldthafen für zeitgenössische Berliner Kunst vorgestellt hatte, rief er in Berlin lebende Künstler auf, ihre Portfolios einzusenden, die wiederum von einem bestellten Kuratorium gesichtet werden. Die Arbeiten der ausgewählten Künstler sollen dann im Sommer 2011 in einem mobilen Raumkonzept am Humboldthafen ausgestellt werden. Zum Ziel dieser Leistungsschau erklärte Wowereit in einer Pressemiteilung: „Mit dieser Bestandsaufnahme wollen wir die Debatte um eine ständige Berliner Kunsthalle beleben und so qualifizieren, dass Senat und Abgeordnetenhaus mit dem nächsten Haushalt eine Entscheidung fällen können. Ziel ist es, die Produktion insbesondere junger Berliner Künstler zu sichten und mit Blick darauf, die Möglichkeiten und Anforderungen an eine räumliche Präsentation auszuloten.“

## Nachhaltige Kulturförderung

Viele Künstler haben diesen „Wettbewerb“ um die Leistungsschau boykottiert und begründen dies folgendermaßen: „Es konnte bisher nicht überzeugend dargelegt werden, wie die „Leistungsschau“ das Konzept einer Kunsthalle erproben will, deren mittelfristige Finanzierbarkeit fragwürdig ist. Vielmehr ignoriert das Vorhaben die seit Jahren geführte Debatte über Sinn und Notwendigkeit einer ständigen Berliner Kunsthalle.“ In drei Punkten fordern sie daher:

- „die grundlegende Revision des konzeptionellen und kuratorischen Modells des geplanten Ausstellungsvorhabens;
- eine öffentliche Diskussion über die stadtentwicklungspolitischen Effekte eines temporären Ausstellungsprojektes am Standort Humboldthafen vor dem Hintergrund der aktuellen Transformationsprozesse durch Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes;
- einen öffentlichen Dialog darüber, wie die Produktions- und Präsentationsbedingungen von zeitgenössischer Kunst in Berlin außerhalb medienwirksamer Leuchtturm-Projekte nachhaltig gefördert und weiterentwickelt werden können.“ (vgl. http://www.salonpopulaire.de)

Die Berliner Künstler, Kulturschaffende und Kulturpolitiker,, darunter Künstler wie Ólafur Ólafsson oder die Grünen Politikerinnen Alice Ströver, MdA und Agnes Krumwiede, MdB, verwehren sich gegen eine „von Effizienz und Leistungsfähigkeit“ geprägte Kunst, die „eine Objektivier- und Messbarkeit der Qualität künstlerischer Produktion“ suggeriere. Zudem kritisieren sie die Undurchsichtigkeit bei der Auswahl der Kuratoren, der Auswahl der architektonischen Bespielung des Humboldthafens sowie die Nachnutzung des Geländes.

## Kulturpolitik von unten

Wie rund 5.000 Hamburger Künstler *(politik und kultur* berichtete in Ausgabe 01/2010) in ihrem Aufruf „Not in our Name“, mahnen auch die Berliner Künstler die Vereinnahmung der Kunstszene für Imagepflege und Stadtmarketing an. Berlin werbe für seine künstlerische Vielfalt und Kreativbranche, gebe aber den dadurch entstehenden Profit nicht zurück an die Künstler. Durch das Angebot selbstorganisierter Atelierräume, bessere finanzielle Ausstattung unterfinanzierter Berliner Kulturinstitutionen für zeitgenössische Kunst oder durch längerfristige Ausstellungsmöglichkeiten für freie Künstlerinitiativen könne tatsächlich etwas für die zeitgenössische Kunstszene in Berlin getan werden, so die Künstler.

Im Kulturland Deutschland scheint etwas ins Brodeln zu geraten. Längst machen nicht mehr nur die Politiker kulturpolitischen Wahlkampf, sondern auch die Kulturschaffenden vor Ort, indem sie eine auf das Allgemeinwohl zielende Kulturpolitik ihrer Stadt einfordern. So vor kurzem auch geschehen in Hamburg. Kurz vor den Hamburger Bürgschaftswahlen im Februar 2011 veranstaltete die Bürgerinitiative „Altonaer Museum bleibt!” den „wahren Kulturgipfel“ zu dem Christa Goetsch von der GAL und ehemalige Bildungssenatorin, Brigitta Martens, kulturpolitische Sprecherin der Hamburger CDU, Olaf Scholz, Bürgermeisterkandidat der SPD, Norbert Hackbusch, stellvertretender Vorsitzender und kulturpolitischer Sprecher der Linken sowie Aram Ocker von der Bürgerinitiative „Altonaer Museum bleibt!“ eingeladen wurden. Ziel der Veranstaltung war es, die Kulturpolitik der Hamburger Parteien ins Kreuzverhör zu nehmen und darüber zu diskutieren, wie sich die Politiker gegenüber einer zukünftigen Hamburger Kulturpolitik positionieren. Frei nach dem Motto: „Wer vorher nicht fragt, kann hinterher keine bösen Überraschungen erleben.“ Hintergrund der Hamburger Bürgerinitiative waren die Kürzungspläne des damaligen schwarz-grünen Senats, der sich aufgrund der Haushaltslage auf ein striktes Sparpaket verständigen musste, von dem u.a. vor allem das Altonaer Museum betroffen war. In der Stadt war es deshalb zu Protesten und Solidaritätsbekundungen zwischen den Theatern, Museen und anderen Kultureinrichtungen gekommen.

## Aktionstag „Kultur gut stärken“

Die Kunst geht auf die Barrikaden und betreibt Kulturpolitik von unten. Für kulturelle Vielfalt und gegen Kulturabbau, dafür steht auch der Aktionstag „Kultur gut stärken“ des Deutschen Kulturrates, der am 21.05.2011 in ganz Deutschland stattfinden wird. Alle Kulturinitiativen, Galerien, Museen, Bibliotheken, Projekte, Kommunen etc. sind aufgefordert, sich in Form von Veranstaltungen, Lesungen, Konzerten, Ausstellungen, Aufführungen, Demonstrationen und Protestaktionen an dem Aktionstag zu beteiligen.

*Die Verfasserin ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates* ■

*Nähere Informationen zum Aktionstag „Kultur gut stärken“ sowie den offenen Brief an den Regierenden Oberbürgermeister Klaus Wowereit finden Sie unter: www.kulturstimmen.de*

# Zum Editorial „Opposition“

Mit einiger Verwunderung habe ich Ihr Editorial in der neuesten Ausgabe der *politik und kultur*, der Zeitung des Deutschen Kulturrates, Januar/Februar 2011 zur Kenntnis genommen. Darin fordern Sie insbesondere die SPD in ihrer Rolle als Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag auf, Konzepte und Vorschläge zur Kulturpolitik zu entwickeln. Abgesehen davon, dass einiges an Ihren Darstellungen grundlegend falsch ist, überrascht mich insbesondere die Kritik, dass kein Dialog stattfinden würde. Sie selbst waren erst kürzlich zu einem Pressegespräch unserer Arbeitsgruppe Kultur und Medien eingeladen, bei dem Sie sich kurzfristig von einer Ihrer Mitarbeiterinnen vertreten ließen. Dabei sprachen wir ausführlich über das Erreichte im vergangenen Jahr und die Vorhaben der SPD im Bereich der Kultur- und Medien-, sowie der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im kommenden Jahr. Dazu gehören insbesondere Themen wie die notwendigen Anpassungen im Urheberrecht, die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage von Kultur- und Medienschaffenden sowie bei der kulturellen und medialen Bildung. Im Rahmen eines Kreativpaktes wollen wir darüber mit maßgeblichen Akteuren und Experten beraten und gemeinsam Lösungen erarbeiten.

Vielleicht könnten Sie die Beratungen zum Bundeshaushalt 2011 besser beurteilen, wenn Sie den Diskussionsverlauf in den Ausschüssen verfolgt hätten. Gern weisen wir Sie noch einmal darauf hin, dass es die Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen waren, die sich vehement für die Künstlerakademie Tarabya und die Rücknahme eines Teils der Kürzungen beim Goethe-Institut eingesetzt haben. Dabei war es die zuständige Berichterstatterin der SPD-Fraktion, Ulla Schmidt MdB, die sich maßgeblich dafür engagiert hat. Mit einer Reihe von Anfragen an die Bundesregierung haben wir eine Datengrundlage für ausführliche Diskussionen im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik geschaffen, die dann auch zu der gemeinsamen Beschlussfassung des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik gegen den Haushaltsentwurf der Bundesregierung geführt hat.

Zugleich haben wir in den Haushaltsberatungen die Kürzungen im Bereich des Denkmalschutzes und bei der Kulturstiftung des Bundes kritisch angesprochen – in beiden Bereichen gab es Verbesserungen in den abschließenden Sitzungen des Haushaltsausschusses.

Mit Stolz nehmen wir für uns als SPD in Anspruch, diese Initiativen angestoßen zu haben. Auf diese Beratungen bezogen, lediglich die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungskoalition lobend zu erwähnen, zeugt von einem eigenartigen Verständnis einer unabhängigen Vertretung für die Interessen der Kultur- und Medienschaffenden.

Die SPD-Bundestagsfraktion freut sich auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kulturrat in 2011 und eine hoffentlich konstruktive Diskussion über konkrete Vorschläge und Konzepte.

Doch zunächst wünsche ich Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und erholsame Feiertage!

*Siegmund Ehrmann, MdB , kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion* ■

Ein schönes Geschenk zum Neuen Jahr haben Sie mit Ihrem Editorial „Opposition“ in der neuesten Ausgabe von *politik und kultur* uns Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitikern zugeschickt. In diesem Leitartikel konstatieren Sie vollkommen richtig, dass „linke Kulturpolitik einmal der Motor der Bundeskulturpolitik war“, einen Kulturstaatsminister und den Kulturausschuss des Bundestages geschaffen hat. Dass davon heutige Regierungspolitik profitiert, indem sie den Kulturstaatsminister, den Vorsitz und die Mehrheit im Kulturausschuss stellt, gehört zum Regelwerk der parlamentarischen Demokratie, dem Wechsel durch Wahlen.

Ebenso richtig ist Ihre Forderung an die Opposition, neue, notwendige kulturpolitische Konzepte zu entwickeln – aus der Opposition heraus, damit sie sich später politisch durchsetzen lassen. Und Sie fragen zu Recht nach den kulturpolitischen „Visionen der Opposition“ – und vollkommen zu Unrecht, gerade was DIE LINKE angeht, finden Sie nichts. Zitat: „Wohin die SPD und Die Linke wollen, und ob sie überhaupt irgendwohin wollen, ist noch nicht sicher auszumachen. Sind linke kulturpolitische Visionen nicht mehr zeitgemäß?“

Für DIE LINKE sind kulturpolitische Visionen sehr wohl zeitgemäß. Es war DIE LINKE, die sich entschlossen und konsequent für ein Soforthilfeprogramm Kultur und das Staatsziel Kultur eingesetzt hat. Der Antrag auf ein Soforthilfeprogramm Kultur zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur stammt von der Linksfraktion, welche so auf die Rufe des Deutschen Bühnenverbandes, des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler und nicht zuletzt auch des Kulturrates nach einem Nothilfefonds des Bundes reagiert und die Forderungen in politisches Handeln umgesetzt hat.

Es war DIE LINKE, die die Forderung nach einem Staatsziel Kultur in die Länderparlamente eingebracht hat. Schon früh in Mecklenburg-Vorpommern und dann 2008 gemeinsam mit unserem Koalitionspartner in Berlin. Wir sind zudem die einzige Partei, die eine Gemeinschaftsaufgabe Kultur im Grundgesetz fordert. Laut und deutlich tritt gerade DIE LINKE für einen kooperativen Kulturföderalismus ein.

Es ist DIE LINKE, die fordert, dass in einer sozial gerechten Gesellschaft für alle Menschen die Möglichkeit zur kulturellen Teilhabe gegeben sein muss. Kulturelle Teilhabe aber setzt kulturelle Vielfalt voraus und damit den Erhalt unserer einzigartigen Kulturlandschaft. DIE LINKE hat dies zu einer Frage nationaler Verantwortung gemacht und entsprechende gesetzliche Grundlagen eingefordert.

Ist es dem Kulturrat vielleicht peinlich, dass die kulturpolitischen Visionen der Linken so sehr mit seinen Forderungen übereinstimmen und wird deshalb in dem Editorial negiert, welche Vorstellungen wir aus der Opposition heraus für eine zukunftsfähige Kulturpolitik entwickelt haben?

Ich hoffe, dass wir 2011 Gelegenheit haben über diese Fragen in einen intensiven Dialog zu treten.

*Dr. Lukrezia Jochimsen MdB, Kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE* ■

Der Schlagabtausch zwischen Olaf Zimmermann und Siegmund Ehrmann, MdB (Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion) nährt eine Hoffnung: Es wird endlich wieder über Grundsätze und Visionen sozialdemokratischer Kulturpolitik öffentlich gestritten. Ziel einer solchen Debatte kann nur sein, einen modernen Kulturbegriff der SPD zu formulieren und das ist dann eine wirksame Alternative zur aktuellen konservativ-liberalen Kulturpolitik.

Siegmund Ehrmann hat recht, wenn er auf die vielfältigen Aktivitäten und internen Foren verweist, nur: dass die Kulturpolitiker in der Bundestagsfraktion ihre Arbeit erledigen, muss nicht extra erwähnt werden. Der Vorwurf an Olaf Zimmermann, bei einer Veranstaltung nur eine Stellvertretung geschickt zu haben, wird dem Anliegen nicht gerecht. Doch kommen wir zum Kern der Debatte. Ein engagiertes Einsetzen u.a. gegen Kürzungen beim Goethe-Institut, der Künstlerakademie, etc. ist zum einen das unbestritten notwendige, politische Geschäft, das Ulla Schmidt, MdB ausgesprochen gut beherrscht – aber sie ist doch nur die Grundlage! Die SPD muss sich bei zukunftsweisenden Themen positionieren und diese über eine Legislaturperiode hinaus begleiten. Die Wählerinnen und Wähler müssen sehen, wofür die SPD mit einem modernen Ansatz steht. Welche Lösungskonzepte über den Tag hinaus angeboten werden. Dieses Angebot muss so gut und so visionär sein, dass es zu weiteren Debatten in kleinerem und größerem Kreise führt. Sozialdemokratische Kulturpolitik muss durch Handwerk und Inhalt faszinieren. Themen gibt es genug.

Das von Siegmund Ehrmann angesprochene Urheberrecht steht ganz oben auf der Agenda. Ebenso der Jugendschutz, welcher durch das Scheitern der Novellierung des Jugendmedienschutzstaatsvertrages (JMStV) auf Länderebene auf den Stand von 2003 zurückfiel. Dazu kommen noch der Datenschutz in Zeiten facebooks, die Konvergenz der Medien und weiterführende Fragen, z.B. wie verändert das Netz unsere Kommunikation, unser Kunst- & Kulturverständnis, etc..? Der Rahmen dieses Beitrags kann nur ein erster Anstoss sein, von daher verstehe ich das Editorial als eine Chance, eine kulturpolitischen Debatte wieder mit Leben zu füllen.

*Birgit Roth ist Geschäftsführerin von G.A.M.E. Bundesverband der Entwickler von Computerspielen e.V.* ■

**Richtigstellung**

Im Dossier „Islam · Kultur · Politik“ der letzten Ausgabe von *politik und kultur* wurde auf Seite 31 im Infokasten Aiman A. Mazyek als Vertreter des Zentralrats der Muslime in Deutschland bei der Deutschen Islam Konferenz genannt. Die Vertretung hatte aber Dr. Axel Ayub Köhler. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

# Zum Schwerpunkt Ruhr 2010

Zur letzten Ausgabe von *politik und kultur* erreichten uns Leserbriefe zum Themenschwerpunkt „Ruhr 2010“ (Autoren Fritz Pleitgen und Oliver Scheytt) sowie zum Editorial „Opposition“ (Autor Olaf Zimmermann). Wir freuen uns auf die Reaktionen unserer Leserinnen und Leser. Ein Anspruch auf Veröffentlichung von Leserbriefen besteht nicht. Die Redaktion behält sich Kürzungen bei Leserbriefen vor,

*Die Redaktion* ■

**Einfach weitermachen?**

Ja, die Bilanz des Kulturhauptstadtjahres im Ruhrgebiet. Der Themenschwerpunkt der letzten Ausgabe reizt einen lokalen Kulturpolitiker – der für Programm und Budget in Herne mit verantwortlich war – zu einigen Anmerkungen und Widerspruch.

Los geht es mit dem Auftaktartikel „Wandel durch Kultur“ der beiden geschäftsführenden Herren der Ruhr.2010 GmbH Pleitgen und Scheytt, bei dem man den Eindruck hat, er wäre bereits im Juni 2010 aus den schon lange bekannten Satzbausteinen der beiden zusammengesetzt worden. Für eine Bilanz des Ganzen ist es noch entschieden zu früh, von einem Wandel durch Kultur kann allenfalls ansatzweise und mit viel Daumendrücken die Rede sein. Allerdings kann man unter den Veranstaltungsreigen und unter das Agieren der handelnden Personen jedoch schon jetzt einen Strich ziehen. Wahrscheinlich möchten die leitenden Figuren von Ruhr.2010 auch so verstanden werden.

Unter diesem Aspekt stößt das Kleinreden der Rolle der Ruhr.2010 GmbH bei der Katastrophe bei der Loveparade sauer auf. Nicht nur, dass die Worte zu dieser Tragödie lediglich 1,6 Prozent der hier veröffentlichten Textmenge ausmachen. Nein, auch die achselzuckende Hilflosigkeit des Gesagten ärgert. Von Trauerkultur keine Spur. Einem einzelnen Menschen gesteht man die Sprach- und Ratlosigkeit im Trauerfall gerne zu, einer ansonsten ja durchaus wortgewaltigen Organisation kann man das nicht durchgehen lassen.

Noch immer findet sich auf den Internet-Seiten von www.ruhr2010.de/loveparade die Veranstaltungsankündigung: Loveparade: „The Art of Love“ mit elektrisierenden Beats in Duisburg“. Und natürlich war es ein regulärer Programmbestandteil des Kulturhauptstadtjahres, das beweist das (Programm-)Buch „ZWEI“ auf dem Titelblatt der Programmrubrik „Feste Feiern“ mit einem Doppelseiten-Foto der Essener Loveparade und dahinter die Seite 154; Zitat daraus: „Die Loveparade ... lebt die Vision der Metropole Ruhr“.

O.K., das Gedruckte muss als historisches Dokument des Irrtums so bleiben, aber auf der Website könnte man statt der Links zu Straßensperrungen und Anfahrtsplan ja welche zu den Opfer-Communities, Hilfsangeboten und ja, auch zur Staatsanwaltschaft anbieten. Denn vergegenwärtigen wir uns: 21 Menschen wurde das Leben genommen. Über 500 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Unzählbar die Menschen, die an diesem Tag traumatisiert wurden. Einer noch nicht genau bekannten Zahl davon steht als Folge die Arbeitslosigkeit bevor, so Frontal21 am 18.01.2011. Da wäre jedwede Hilfe geboten. Und aufgeklärt wurde bislang wenig, immer noch kommen scheibchenweise Pannen, Versäumnisse und Dilettantismus ans Licht.

Stattdessen haben sich die Ruhr.2010-Protagonisten mit einer Nachfolge-Organisation erst einmal selbst geholfen und ihre Pöstchen gesichert. Andere Ziele des „european centre for creativity, culture, economy and education (ecce)“ sind bislang wenig konkret und hinter blumigen Anglizismen versteckt. Nur: Mit diesen handelnden Personen wird das nichts. Hier liegt auf jeden Fall das klassische Missverständnis vor, man sei Teil der Lösung und nicht Teil des Problems.

Andere Weltgegenden machen uns zurzeit vor, dass man manchmal auch etwas „zerlegen“ muss, damit sich etwas ändert und etwas Neues entsteht. Und diese Versorgungspöstchen-Kultur des lähmenden Altparteien-Filzes gehört ganz vorne auf diese Liste.

*Ingo Heidinger ist Sprecher der Alternativen Liste Herne* ■

# Mensch der Musik

## Franz Müller-Heuser ist verstorben • Von Max Fuchs

**Am 30.12.2010 ist Franz Müller-Heuser nach kurzer schwerer Krankheit verstorben. Franz Müller-Heuser gehörte dem Sprecherrat des Deutschen Kulturrates von 1998 bis 2001 an. Den Vorsitz des Deutschen Kulturrates hatte er von 1999 bis 2001 inne. Als im Jahr 1999 der Vorsitzende Prof. Dr. Everding verstarb und Prof. Dr. Franz Müller-Heuser angetragen wurde, für das Amt zu kandidieren, war er sofort bereit. Es war ein wichtiges Signal drei Jahre nach der Überführung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kulturrat in die Rechtsform des eingetragenen Vereins und der stärkeren Ausrichtung als Lobbyverband für die Kultur, dass der Präsident des Deutschen Musikrates bereit war, für das Amt des Vorsitzenden zu kandidieren. War es doch ein Signal dafür, dass die Bedeutung der Einzelmitglieder durch einen starken Deutschen Kulturrat nicht geschwächt wird.**

Franz Müller-Heuser war ein Mensch der Musik: als Sänger, als Hochschullehrer, als Rektor der Musikhochschule Köln und in seinem Ruhestand als Gründungsrektor der Musikhochschule Nürnberg/Augsburg, als Präsident des Deutschen Musikrates und vielen anderen Ehrenämtern aus

© Deutscher Musikrat e.V.

dem Musikbereich. Die musikalische Bildung zu stärken, möglichst vielen Menschen den Zugang zu Musik zu ermöglichen, für qualitativ anspruchsvolle Musik im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu streiten und vieles andere mehr waren seine Herzensanliegen. Franz Müller-Heuser lag dabei besonders auch die zeitgenössische ernste Musik am Herzen. Über die Verbundenheit mit der Musik und sein Engagement für die Musik ließ er sich auf die anderen im Deutschen Kulturrat vertretenen Sektionen ein. Seine Sitzungsleitung war stets von Humor und tiefer Menschlichkeit geprägt. Sein Ziel war stets auf einen Kompromiss hinzuarbeiten. Er verstand sich dabei als Brückenbauer zwischen den unterschiedlichen Positionen.

Als im Jahr 1999 der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung nach Berlin umzogen, gehörte Franz Müller-Heuser zu denjenigen, die vehement dafür eingetreten sind, dass der Deutsche Kulturrat in Berlin präsent ist. Er unterstützte energisch, dass zunächst ein Büro in Berlin eingerichtet, das in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestags besetzt war und schließlich im Jahr 2002 die Geschäftsstelle ganz nach Berlin zog. Er selbst blieb als Niederrheiner und Wahl-Kölner dem Rheinland in besonderer Weise verbunden. Er zeigte Präsenz auf dem Berliner Parkett, doch es war zu spüren, dass er sich in rheinischer Umgebung wohler fühlte. Er kandidierte daher im Jahr 2001 nicht noch einmal für den Vorsitz. Wir haben uns stets gefreut, dass er insbesondere die Verleihungen des Kulturgroschens zum Anlass nahm, nach Berlin zu reisen und mit uns zu feiern.

Franz Müller-Heuser, sein Humor, seine Geselligkeit, sie werden uns fehlen. Der Deutsche Kulturrat wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

*Der Verfasser ist Präsident des Deutschen Kulturrates* ■

Karikatur: Dieko Müller

# Kurz-Schluss

## Wie ich einmal den Öffentlich-Rechtlichen so richtig auf die Sprünge helfen konnte

Manchmal habe ich auch Glück: Kurz vor Dr. Googlebergs Copy-and-Paste- Skandal lobte mich Cheffe Gutti raus aus dem Verteidigungsministerium. In Kundus hatte ich wohl im wahren Sinn des Wortes zu viel mit-gekriegt. (Siehe *puk* 1/11). Dort sollte ich ja für prima Feldlager-Stimmung sorgen, was mir die eigene verdarb. Und so landete ich mal wieder im Innenministerium, Abteilung Media-Control.

Deren Personalbedarf war grade immens, weil die derzeit von Thomas de Maizière gesteuerten Öffentlich-Rechtlichen im brutalen Quotenkampf gegen RTL jämmerlich zurückfielen. Bei allen Anstrengungen, das Niveau der Privaten möglichst skandalträchtig zu unterbieten, stürzten ARD und ZDF doch immer tiefer in den Quotenkeller. Weil mein guter Rat relativ billig ist, ließ man mir ziemlich freie Hand. Und so konfigurierte ich für den ersten Februar-Samstag zur Prime-Time erst mal ein Abendprogramm, das sich gewaschen hatte.

Beim ZDF stand die Springer-Verlags-Kooperation „Verleihung der goldenen Kamera“ auf dem Programm. Normalerweise ein stinklangweiliger Semi-Promi-Präsentations-Flop. Eine gute alte Bekanntschaft aus propagandistisch höchst erfolgreichen Kabel-1-Zeiten kam mir da äußerst gelegen. Rolf Hellgardt, einst Programmchef dieses C-Picture-Ausstrahlers, jetzt Boss bei der Hamburg Media Production, begnadeter Headhunter und TV-Troubleshooter lebte doch mit einer der längst bekannten Goldkamera-Preisträgerinnen zusammen. Mit Monica Lierhaus.

Rolf und ich hatten seinerzeit ja schon sehr ertragreich die Schröder-Merkel-Wahl aufs Schönste gefälscht und den Exkanzler vor seinem TV-Auftritt mit reichlich Wodka versorgt. Sowas verbindet. Deshalb wurden wir rasch handelseinig. Gegen eine knappe halbe jährliche Million für Monica plus Auftrittsmöglichkeit als Lottofee oder Charity-Miss plus die dreifache Summe steuerfrei für ihn auf die Hand erklärte er sich sogar bereit, seine Lebensabschnitts-Partnerin vor laufender Kamera zu heiraten. Genau der Human Touch, den das verzopfte Zweite so dringend brauchte.

Also probten wir die spontan anrührende Ja-Wort-Szene ungefähr neunzigmal, verpassten dem ansonsten verpennten Gratulator Günther Netzer ein paar Amphetamin-Drinks zur Erzeugung natürlich wirkender Nervosität und verboten Moderator Hape Kerkeling unter Androhung einer (bei ihm vermutlich wirkungslosen) Zwangs-Lobotomie jeden Scherz. Es klappte wunderbar. Beim TV-Plebs strömten die Tränen, sogar Henri Maske heulte. Und die Quoten schossen nah an die Fünfzig-Prozent-Marke.

Doch was tun für die ARD? Klar: Romance-Programm im Zweiten, Sport mit ein bisschen Sex im Ersten! Für mich völlig unverständlich geriet der sogenannte Biathlon derzeit doch nahezu zum Kult. Ich begreife zwar nicht, was an dieser Mischung aus Langweiler-Lauf und militaristischem Geballere so reizvoll sein soll. Deshalb arbeite ich für die dritten Kulturprogramme an einem Konzept, bei dem die Sportler statt an den Schießstand in den Wald geschickt werden, zum Fichtenzapfen-Sammeln. Wer zehn hat, darf weiterrennen.

**Theo Geißler, Herausgeber von *politik und kultur* und Moderator von „taktlos“ Foto: C. Oswald**

Aber für unser Erstes brauchts wohl ein bisserl Rambo. Da traf es sich gut, dass irgendwo im amerikanischen Hinterwald, in Presque Isle (Maine), diese vermeintlichen Doppelbegabungen athletisch durch die Landschaft rutschten und knallten. Auch noch als Mixed-Staffel, was dem gemeinen Fernsehkonsumenten viel Phantasie-Spielraum über die Gestaltung der After-Kampf-Party lässt. Ideal und eingekauft. Mit ein paar Schnittbildern aus absolvierten Wettkämpfen sorgten wir dafür, dass die deutsche Staffel scheinbar noch gewann – ein Land im Sieges-Taumel – auch fast fünfzig Prozent Quote.

Ach, man konnte die Verzweiflungsschreie und Wutausbrüche in den Controller-Etagen der Privaten weit über die Grenzen der Media-Cities hinaus hören. Grandios. Doch kein Glück ohne Pferdefuß: Soeben erhielt ich von höchster Stelle den Auftrag, die völlig missratene Stefan-Raab-Show für den European Song-Contest zum ARD-Quotenrenner aufzublasen. Unter der Vorgabe, dass Deutschland aus Kostengründen diesen Wettbewerb nie wieder gewinnen dürfe. Um Letzteres mache ich mir keine Sorgen. Das ausgewählte Lied klingt, als würde es von einer defekten Kaffeemühle interpretiert. Aber wie soll ich mit diesem abgehalfterten Wok-Rodler samt seiner Quetschstimmen-Roboterin Zuschauerzahlen anheben? Wenn Sie einen Rat haben: bitte einfach eine Mail an meine bekannte Adresse. Ich bin Ihnen dann auch bei der Zuteilung eines Bundesverdienstkreuzes behilflich.

*Theo Geißler* ■


# Impressum

**politik und kultur**

**Zeitung des Deutschen Kulturrats**

**Deutscher Kulturrat e.V.**
Bundesgeschäftsstelle
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

**Herausgeber**
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

**Redaktion**
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Stefanie Ernst, Kristin Bäßler, Barbara Haack, Andreas Kolb

**Redaktionsassistenz**
Verena Kurz, Andrea Wenger

**Anzeigenredaktion**
Martina Wagner, Tel: 0941/945 93 35, Fax: 0941/945 93 50
E-Mail: wagner@nmz.de

**Verlag**
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg, E-Mail: conbrio@conbrio.de

**Herstellung**
Petra Pfaffenheuser, ConBrio Verlagsgesellschaft

**Druck**
Gießener Anzeiger Verlags GmbH und Co KG, Gießen

**Erscheinungsweise**
6 Ausgaben im Jahr

**Preis/Abonnement**
3,00 Euro, im Abonnement 18,00 Euro, inkl. Porto im Jahr

**Aboverwaltung/Bestellmöglichkeit:**
Deutscher Kulturrat e.V., Chausseestraße 103, 10115 Berlin,
Fax: 030/24 72 12 45, E-Mail: post@kulturrat.de

**puk ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich.**

Alle Ausgaben von *politik und kultur* können von der Homepage des Deutschen Kulturrates (http://www.kulturrat.de) heruntergeladen werden.
Ebenso kann der kostenlose Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3mal die Woche) unter http://www.kulturrat.de abonniert werden.


Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

*politik und kultur* bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht in allen Fällen gelingt es uns, die Bildautoren ausfindig zu machen. Wir freuen uns daher über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten erreichbaren Ausgabe von *politik und kultur* nennen.

Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages

ISSN 1867-5557

# inter|kultur

März – April 2011 | **Regelmäßige Beilage zu politik & kultur** | Ausgabe 11

# Partizipation = Dazugehören

Über die Integrationsaktivitäten der Körber-Stiftung / Von Karin Haist

**„Man muss gewisse Dinge selber in die Hand nehmen, dann entwickelt sich auch etwas. Schon als Schuljunge saß ich bei unseren Vermietern unten in der Gaststätte und kriegte auf diesem Wege mit, wie mein deutscher Schulfreund lebte. Mit elf Jahren bin ich selbstständig in den Fußballverein eingetreten, weil ich schon damals das Bedürfnis hatte, mich in die Gesellschaft zu integrieren. Im Laufe der Jahre kamen noch Mitgliedschaften im Deutschen Roten Kreuz, bei den Naturfreunden und der AWO dazu. Später wurde ich alemannischer Maskenschnitzer, weil mein Lehrer mir diesen schwäbisch-alemannischen Fasnetsbrauch erklärte. Ich habe selber Vereine gegründet, den Förderverein der Albschule und die Deutsch-Türkische Gesellschaft in Stuttgart. Und nach ein paar Jahren passiver Mitgliedschaft in der SPD wurde ich wieder aktiv, indem ich sagte: Ich kandidiere für den Ortsvereinsvorsitz. Vor meiner Wahl in den Stuttgarter Gemeinderat habe ich klipp und klar gesagt, wenn ihr wollt, dass ich kandidiere, dann will ich nicht der Quotenausländer irgendwo hinten in der letzten Reihe sein. Ich will gewählt werden."**

OSTRALE 2010: Fotografien des Jurypreisträgers Gregor Colliene. Fotograf: Johannes Göbel, Bonn © OSTRALE

Diese Sätze stammen aus einem Interview mit Ergun Can für das Buch „10 für Deutschland. Gespräche mit türkeistämmigen Abgeordneten" von Mely Kiyak, erschienen in der edition Körber-Stiftung 2007. Die Selbstbeschreibung des heute 51-jährigen Ingenieurs und Stuttgarter Stadtrats, der mit fünf Jahren aus der Türkei nach Deutschland kam, zeichnet das Bild einer offensiv, selbstbewusst und erfolgreich betriebenen Integration. Nicht jede Zuwandererbiografie weist ein vergleichbares Maß an gesellschaftlichem Engagement und Eigeninitiative auf – beide sind im übrigen auch nicht für Menschen ohne Migrationshintergrund selbstverständlich –, aber an Ergun Cans Werdegang zeigen sich ohne Zweifel die zentralen Indikatoren gelungener Integration: Im Kern geht es darum, die Chancen gesellschaftlicher Teilhabe an Bildung, Erwerbsarbeit, sozialen Sicherungssystemen und politischer Mitgestaltung zu erhalten – und sie auch zu nutzen.

Die Hamburger Körber-Stiftung, seit mehr als zehn Jahren auch in der Förderung von Integration engagiert, hat ihre diesbezüglichen Aktivitäten insbesondere auf den letzten Punkt ausgerichtet: Wir wollen dazu beitragen, die gesellschaftliche und politische Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern aus Zuwandererfamilien zu stärken. Das geschieht aus der Überzeugung heraus, dass eine lebendige und zukunftsfähige Gesellschaft vom Engagement aller Bürgerinnen und Bürger lebt und eben nur in einer Kultur der Beteiligung „von unten" gedeiht. Die Potenziale der Zuwanderer für die gemeinsame Gestaltung der Gesellschaft nicht zu nutzen, können wir uns angesichts einer alternden, schrumpfenden Bevölkerung nicht nur nicht leisten – es hieße auch, rund ein Fünftel der in Deutschland lebenden Menschen aus der Verantwortung für das Gemeinwesen auszuschließen.

Was sind unsere konkreten Ansätze – welcher Hebel können wir uns als Stiftung überhaupt bedienen, um die genannten Ziele zu erreichen? Wie es der strategischen Ausrichtung der Körber-Stiftung in anderen Themenbereichen entspricht, setzen wir auch im Feld der Integration zunächst auf die Stärkung von Akteuren, d.h. wir motivieren Zuwanderer zu Engagement und Partizipation bzw. machen ihre Initiative sichtbar. Wir tun dies zum Beispiel in dem von der Körber-Stiftung 2004 initiierten und geförderten „Netzwerk türkeistämmiger MandatsträgerInnen", dem rund 70 Abgeordnete deutscher Kommunal- und Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments angehören, die selbst oder in zweiter bzw. dritter Generation aus der Türkei stammen. Sie treffen sich zweimal jährlich zum internen Erfahrungsaustausch, bei dem über alle Parteigrenzen hinweg auch gemeinsame integrationspolitische Positionspapiere erarbeitet werden. Allerdings lässt sich das Netzwerk so wenig wie die meisten seiner einzelnen Mitglieder auf das Thema Integration reduzieren. Ihre spezifische Perspektive als Brückenbauer zwischen den Kulturen bringen die Mandatsträger und -trägerinnen auch in alle anderen Politikfelder ein.

Bei einem Anteil von 9 Prozent Wahlberechtigter mit Migrationshintergrund in Deutschland entstammen derzeit nur 3,4 Prozent der Abgeordneten des Deutschen Bundestages einer Zuwandererfamilie – und nur 2,3 Prozent der Mandatsträger in den Parlamenten der Bundesländer. So hat es der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (zu dessen Trägerstiftungen auch die Körber-Stiftung zählt) in seinem Jahresgutachten 2010 konstatiert. Das wichtigste Anliegen des „Netzwerks türkeistämmiger MandatsträgerInnen" wie auch der Körber-Stiftung ist es deshalb, auf eine stärkere Repräsentation von Zuwanderern in Parlamenten und der Politik hinzuwirken. Die Netzwerkmitglieder erweisen sich dabei als hilfreiche Vorbilder für Zuwanderer-Communities – bei Treffen und Gesprächen ermutigen sie z.B. junge Menschen mit Migrationshintergrund zum politischen Engagement. Andererseits betreibt das Netzwerk auch eine sehr erfolgreiche Lobbyarbeit in der deutschen Politik, indem es seine Appelle zur Verbesserung der Zugangschancen in Mandate für Zuwanderer gezielt an hochrangige Vertreter von Parteien, Fraktionen, Landesregierungen oder Bundesministerien heranträgt.

Fördert die Körber-Stiftung beim „Netzwerk türkeistämmiger Mandatsträger" individuelle politische Akteure, so setzt sie bei einem zweiten Projekt, der „Hamburger Tulpe für interkulturellen Gemeinsinn" auch darauf, durch die Identifizierung und Auszeichnung vorbildlicher Nachbarschafts- und Bürgerprojekte konkrete Handlungsanstöße zu geben. Mit der „Tulpe", so benannt, weil die gleichnamige Blume eine historische Einwanderin nach Deutschland ist, deren Beitrag zum Reichtum der „deutschen" Pflanzenwelt heute unstrittig ist, zeichnet die Stiftung seit 1999 Projekte aus, für die sich Hamburgerinnen und Hamburger mit und ohne familiäre Zuwanderungsgeschichte gemeinsam engagieren – Bildungs-, Kultur-, Kinder- oder Sportprojekte zum Beispiel.

Die Leitidee ist aber auch hier: Unsere Einwanderungsgesellschaft braucht das Engagement aller Menschen – und es wird oft noch viel zu wenig transparent, dass viele Zuwanderer längst selbst Verantwortung für ein gelingendes Miteinander übernommen haben. Ihre Potenziale macht die Körber-Stiftung mit dem „Tulpen"-Preis sichtbar. In den Anfangsjahren war es oft weniger das Preisgeld (heute 10.000 Euro) als vielmehr die öffentliche Anerkennung, die den „Tulpe"-Preisträgern mit Migrationshintergrund wichtig war: Lange bevor sich das Hamburger Rathaus für Einbürgerungsfeiern oder Ramadanempfänge öffnete, waren die feierlichen „Tulpe"-Preisverleihungen durch die Ersten Bürgermeister bzw. Bürgerschaftspräsidenten der Hansestadt als Schirmherren des Preises symbolisch höchst bedeutende Ereignisse – und für die Mehrheit der zahlreich teilnehmenden Angehörigen aus Migranten-Communities meist der erste offizielle Anlass, „ihr" Rathaus zu besuchen und sich dem lokalen Gemeinwesen damit wirklich zugehörig zu fühlen.

Symbolische Anerkennung und sichtbarer Einbezug von multiethnischer Vielfalt und der Potenziale von Zuwanderern – das sind keine geringen, sondern durchaus wirksame Instrumente gerade von Stiftungsarbeit. Der Körber-Stiftung stehen als Einrichtung mit insgesamt drei Stiftungssitzen in Hamburg und Berlin, mit national und international ausgerichteten Projekten und einem eigenen Verlag, viele Möglichkeiten offen, den fachlichen Diskurs zu ihren Schwerpunkthemen auch in die Breite zu tragen. So ist auch das Thema Integration regelmäßig in öffentlichen Veranstaltungen und Publikationen der Stiftung präsent. Und auf Podien oder in Büchern ist Raum für die noch immer so dringend in Deutschland zu schreibenden „Stories of success", die den Klischees und Klagen über das Scheitern der Integration inspirierende Erfolgsgeschichten entgegensetzen. Dort ist auch Platz für neue und provozierende Ansätze, so z.B. eine „Aufklärungsschrift", die der Schriftsteller Zafer Senocak demnächst in der edition Körber-Stiftung veröffentlichen wird. Sein Buch „Deutschsein" versteht Fragen der Integration als Fragen des Zusammenlebens, die alle angehen. Er fordert die deutsche Gesellschaft auf – uns alle, egal ob zugewandert oder nicht, – Zugehörigkeit nicht nur über Herkunft und Religion zu definieren, sondern sich über die historischen Brüche unserer ganz und gar nicht homogenen Nation und damit letztlich über unsere Identität klar zu werden. Motto: Wir sind wieder wer. Aber wer?

DIE VERFASSERIN LEITET DEN BEREICH GESELLSCHAFT DER KÖRBER-STIFTUNG ■

*Weitere Informationen unter: www.koerber-stiftung.de*

## Zu dieser Beilage

Verschiedene Stiftungen engagieren sich in den Bereichen Integration und Bildung. In dieser Beilage stellen exemplarisch die Körber-Stiftung, die Zeit-Stiftung, die Freudenberg-Stiftung, die Hertie-Stiftung, die Herbert-Quandt-Stiftung, die Bertelsmann-Stiftung, die Robert Bosch Stiftung und die Mercator-Stiftungen Projekte und Erfahrungen aus dem Feld interkulturelle Bildung vor.

In dieser Ausgabe sind Bilder des OSTRALE-Geländes sowie Künstlerarbeiten der OSTRALE 2010 zu sehen. Gezeigt werden u. a. Arbeiten von Pavel Banka, Carol May und Mari Terauchi. Seit nunmehr fünf Jahren wird Dresden in den Sommermonaten Anziehungspunkt für Künstler und Kunstliebhaber. Beim alljährlichen internationalen Festival OSTRALE wird auf dem ehemaligen Schlachthofareal auf der Dresdner Ostrainsel zwei Monate lang zeitgenössische Kunst gezeigt.

DIE REDAKTION ■

# Integration und Kultur

Unternehmungen der Hertie-Stiftung / Von Michael Knoll

**Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung zählt zu den größten privaten Stiftungen in Deutschland. Dabei impliziert der Name eine Unternehmensbindung, die nicht mehr existiert: Seit dem Verkauf ihrer Karstadt-Anteile an Quelle im Jahr 1998 ist sie unabhängig.**

Installation der Künstlerin Carol May: „Try Again Later“. Fotograf: Johannes Göbel, Bonn © OSTRALE

Diese Unabhängigkeit nutzt sie in ihrer Arbeit: Die Hertie-Stiftung versteht sich als Reformstiftung, sie schafft Anreize für Veränderung. In den Bereichen Vorschule und Schule, Hochschule, Neurowissenschaften sowie Beruf und Familie will sie mit modellhafter Arbeit Lösungswege erproben und Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Sie legt Wert darauf, Menschen zu Eigenleistungen zu ermutigen, nur so lässt sich nachhaltig Wirkung erzielen. Ihre großen Projekte betreibt die Stiftung selbst, teilweise in Form rechtlich eigenständiger Organisationen. Wichtig sind der Stiftung Kooperationen mit zahlreichen anderen gesellschaftlichen Akteuren – um deren Know-how für die Projekte zu nutzen und ihre Wirkung zu erhöhen.

Die Hertie-Stiftung widmet sich im vorschulischen und schulischen Bereich vor allem der sprachlichen Bildung, der Stärkung von Schulen und Schülern auf dem Weg zur Ausbildungsreife sowie der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Letzt genannter Punkt ist der Stiftung besonders wichtig.

Denn Deutschland ist eine Zuwanderungsgesellschaft. Hier leben rund 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, rund die Hälfte hat nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Mit anderen Worten: Zwanzig Prozent der Einwohner in unserem Land sind selbst zugewandert oder der Vater oder die Mutter stammen aus dem Ausland. Jedes dritte Kind in Deutschland wird in eine Zuwandererfamilie hineingeboren.

Die zwei großen Stadtstudien der Hertie-Stiftung zu Berlin und dem Großraum FrankfurtRhein-Main unterstreichen diese Zahlen. So stammt jeder zweite Berliner nicht aus seiner Stadt. Ein Viertel dieser Zugezogenen haben einen nichtdeutschen Migrationshintergrund. Im Vergleich zu anderen Großstädten sind diese Zahlen „nicht extrem hoch“, wie die Autoren betonen (Hertie-Berlin-Studie 2009. Hg. von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Wissenschaftliche Leitung unter Klaus Hurrelmann und Michael Zürn, Hamburg 2008, S.25.) Kein Vergleich jedenfalls mit den Zahlen für Frankfurt am Main, der „Stadt der Supervielfalt“: „Ein Viertel der Einwohner Frankfurts sind Ausländer, besitzen also keinen deutschen Pass – so viele wie in keiner anderen deutschen Großstadt. Zählt man die Deutschen mit Migrationshintergrund hinzu, kommt Frankfurt sogar auf fast 40 Prozent.“ (Hertie-Studie FrankfurtRheinMain. Hg. von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Wissenschaftliche Leitung unter Helmut K. Anheier, Klaus Hurrelmann und Andreas Klocke, Frankfurt/Main 2010, S.38.)

Die Hertie-Stiftung ist im Integrationsbereich einen weiten Weg gegangen und hat immer wieder neue Aspekte aufgenommen. Begonnen hat die Förderung der Sprachkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund im Jahr 2000. Anlass waren die niederschmetternden Ergebnisse der ersten PISA-Studie der OECD, die vor allem Kinder aus Zuwandererfamilien betrafen, die die deutsche Sprache nicht in ausreichendem Maße beherrschten, um dem Unterricht problemlos zu folgen. Dies hat nicht nur individuelle Folgen – eine normale Bildungslaufbahn ist für diese Kinder deutlich erschwert –, sondern auch gesellschaftliche. In unserer Gesellschaft ist die Aneignung von Informationen und die Verarbeitung zu Wissen existentiell. Eine Gesellschaft, die den Kindern die Grundlage dieser Fähigkeiten, nämlich Sprache, nicht vermittelt, beraubt sich ihrer eigenen Talente. Dass Kinder und Jugendliche ihre Potenziale ungeachtet der Herkunft erproben und entfalten können, ist daher der Hertie-Stiftung ein weiteres großes Anliegen.

Eines ihrer ersten Projekte im Bereich Sprachförderung war „Deutsch & PC“. Dieses Modell entwickelte die Stiftung gemeinsam mit dem Hessischen Kultusministerium, um Schulkinder mit Migrationshintergrund der ersten und zweiten Grundschulklassen zu fördern: Die Schülerinnen und Schüler erhalten in den Kernfächern Deutsch und Mathematik Förderunterricht parallel zum Regelunterricht. Durch die Einbeziehung spezieller Lernprogramme am PC erwerben sie zudem Medienkompetenz. Zunächst an drei Frankfurter Grundschulen ab 2001 erprobt, später in ganz Hessen an Grundschulen mit hohem Migrantenanteil eingeführt, erwies sich „Deutsch & PC“ als wirksame Förderung. Kindern wurde es ermöglicht, Sprachschwächen aufzuholen und am regulären Unterricht erfolgreich teilzunehmen. Seit dem Schuljahr 2010/11 führt das Hessische Kultusministerium „Deutsch & PC“ in alleiniger Trägerschaft fort. Damit gelang es der Stiftung, aus einem Modell einen integralen Bestandteil des Unterrichtsangebots in Hessen zu machen.

Deutschland heißt die Menschen, die in dieses Land gekommen sind, nicht in dem Maße willkommen, wie es die klassischen Einwanderungsländer wie die USA, Kanada oder Australien tun. Das muss sich ändern, wenn Deutschland die klügsten Köpfe hier halten oder gar hierher holen möchten. Wie groß das Potenzial und das Engagement der bereits hier lebenden Kinder von Zuwanderern ist, erfahren wir jedes Jahr aufs Neue mit unserem Stipendienprogramm „Start“. „Start“ hat die Hertie-Stiftung 2002 ins Leben gerufen, seit 2007 wird es von der „Start-Stiftung gGmbH“ als Tochter der Hertie-Stiftung durchgeführt. „Start“ begleitet junge, talentierte und sozial engagierte Migranten auf ihrem Weg zu dem bestmöglichen Schulabschluss. Rund 100 Partner – weitere Stiftungen, Vereine, Unternehmen, Privatpersonen wie die öffentliche Hand – unterstützen „Start“. Aktuell fördern wir 700 Stipendiaten in vierzehn Bundesländern, 540 Alumni hat das Projekt bereits. Ziel ist es, den Anteil von Abiturienten zu steigern. Nur wenn Jugendliche mit Migrationshintergrund das Abitur machen und anschließend studieren, werden sie die Jobs und Stellen einnehmen können, mit denen sie die Realitäten in Deutschland verändern können.

Dass dazu auch die Realitäten in deutschen Klassenzimmern gehören, ist selbstverständlich. Der Anteil von Lehrern mit Migrationshintergrund, der im Moment zwischen einem und zwei Prozent liegt, muss unbedingt erhöht werden. Mit unserem Programm „Horizonte“ wollen wir, dass sich die gesellschaftliche Realität auch im Klassenzimmer abbildet. In Frankfurt, Berlin, Hamburg und im Ruhrgebiet begleiten wir Lehramtsstudierende und angehende Lehrer mit Migrationshintergrund. Wir unterstützen sie auf ihrem Weg in den Lehrerberuf; gleichzeitig möchten wir sie vor zu großen Erwartungen schützen, die an sie gestellt werden. Auch im vorschulischen Bereich ist die Mitwirkung von Migranten bisher sehr gering: Erst sechs Prozent der Erzieherinnen und Erzieher haben eine Zuwanderungsgeschichte – gegenüber rund 40 Prozent der Kinder unter sechs Jahren. Noch in diesem Jahr wird die Hertie-Stiftung auch in diesem Bereich ein Stipendienprogramm auflegen.

Die Hertie-Stiftung möchte Zuwandererkarrieren in Deutschland den Weg bereiten – als Ansporn zur Integration, als „Investition in Köpfe“ und als positives Signal in unsere Gesellschaft hinein. Die Lebensläufe der „Start“-Stipendiaten, von denen einige in dem Buch „Ihr seid Deutschland, wir auch.“ gesammelt sind, widerlegen die Thesen von Thilo Sarrazin. Migranten in Deutschland haben in großem Maße teil am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in Deutschland. Und sie verleihen unserer Gesellschaft wichtige wirtschaftliche, politische und kulturelle Impulse. Wir wissen: Konstruktive Veränderungen brauchen das gewisse Etwas. Nur wenn dieses gewisse Etwas hinzukommt, entsteht Neues. In der Wirtschaft ist alles nichts ohne frisches Kapital. In der Politik brechen neuartige Perspektiven oder neue Parteien verkrustete Strukturen auf. In der Kunst entsteht Neues meist durch Einflüsse von außen oder durch fremde Perspektiven. Gerade auch durch fremde Perspektiven im eigenen Land.

Der Kultur- und Kunstbetrieb in Deutschland muss sich aber auch die Frage stellen, wie er unter den demographischen Veränderungen durch Migration und Integration existieren kann und will. Gleichzeitig hat er eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Denn gerade auf diesem Feld wird traditionell das Selbstverständnis einer Gesellschaft verhandelt. Oder mit den Worten des Publizisten Mark Terkessidis: „Kultur im engeren Sinne hat in allen Staaten maßgeblich zum Nation-building beigetragen.“ (Mark Terkessidis: Interkultur, S. 172)

Wer diese Überlegungen einmal ganz praktisch umgesetzt sehen möchte, sollte sich das Projekt „opernStart“ ansehen. Initiiert von unserem Partner Deutsche Bank Stiftung werfen „Start“-Stipendiaten einen Blick hinter die Kulissen an Opernhäusern in Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, Kiel, Oldenburg, Weimar und Wiesbaden. Sie lernen verschiedene Tätigkeitsfelder an der Oper kennen, erarbeiten in theaterpädagogischen Seminaren eine Oper und besuchen im Anschluss die Aufführung. Diese Schülerinnen und Schüler aus den unterschiedlichsten kulturellen Kontexten begeistern sich an europäischer Hochkultur des 19. Jahrhunderts, gestalten an der Choreographie mit, tanzen, singen und entdecken, wie modern Stoffe aus anderen Jahrhunderten sind.

Den Fragen nach politischer Legitimation, veränderten gesellschaftlichen Bedingungen und der Tatsache schrumpfender Kulturetats ist die Hertie-Stiftung gemeinsam mit der Senatskanzlei für kulturelle Angelegenheiten in Berlin nachgegangen. In einer Reihe „be berlin – be diverse: Wie gehen wir mit unserer kulturellen Vielfalt um?“ haben sich Kunstschaffende und Kulturmanager zusammengefunden, um den Bedingungen des Kunst- und Kulturbetriebs in einer postmigrantischen Gesellschaft nachzugehen. Wesentlich war dabei stets die Frage, wer den Kunstbetrieb leitet. Zwar gibt es viele Künstler mit Migrationshintergrund, aber nur wenige Migranten, die in Führungspositionen an den Stellschrauben des Kunst- und Kulturbetriebs drehen können. Dabei gilt es, die drei Ps zu verändern: Programm, Publikum und Personal. Die Vorleistungen müssen von Bibliotheken, Museen, Chören und Orchestern ausgehen. Sie bieten ihre „Produkte“ in Form von Programmen, Ausstellungen, Konzerten und kulturellen Events an. Sie haben sich den Wünschen einer sich verändernden Kundschaft anzupassen und nicht die Kunden dem Kunstbetrieb. Zudem ist dies stets auch eine politische Frage: Wie sollen die Ausgaben für den Kunstbetrieb politisch legitimiert werden, wenn die Nachfrage an ihm fehlt? Dies vor allem vor dem Hintergrund klammer Kassen. Die Konservierung von Kunst und Kultur tut nicht gut, vor allem dann nicht, wenn lediglich bestimmte Gruppen mit spezifischen Bildungsvoraussetzungen privilegiert werden.

Etliche Kulturinstitutionen, auch das ist ein Ergebnis der Reihe „be berlin – be diverse“, haben die Zeichen der Zeit erkannt und sich, vor allem was die Fragen des Programms und des Publikums betrifft, auf den Weg gemacht, hin zu Institutionen, die die interkulturelle Offenheit post-migrantischer Gesellschaften im Blick haben. Was ihr Personal angeht, so gibt es hier bei vielen eine große Sensibilität, auch wenn eine Veränderung in diesem Bereich natürlich am längsten braucht. In zehn, fünfzehn Jahren werden die Theater, Museen, Opern und Konzerthäuser anders aussehen.

Als die Hertie-Stiftung im Jahr 2000 das Thema Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund für sich entdeckte, hat sie als Stiftung Neuland betreten. In der Zwischenzeit kann sie auf mehr als zehn Jahre Erfahrung zurückblicken. Kultur und Kunst spielen dabei eine wichtige Rolle. Eben nicht, um sich im l'art pour l'art zu verlieren, sondern weil auf diesem Feld ausgehandelt wird, wie die Menschen in Deutschland leben wollen. Egal, ob ihre Wurzeln in Baden oder in Sachsen, in Bremen oder in Passau, in Istanbul oder Dakar, in Portugal oder in Russland liegen.

DER VERFASSER IST LEITER DES BERLINER BÜROS DER GEMEINNÜTZIGEN HERTIE-STIFTUNG ■

*Weitere Informationen unter www.ghst.de*

# Potentiale der Einwanderungsgesellschaft

Das Engagement der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius im Handlungsfeld Migration und Integration / Von Tatiana Matthiesen

**Seit 2008 setzt sich die ZEIT-Stiftung auf vielfältige Weise mit dem Thema Migration und Integration auseinander. Junge Menschen nichtdeutscher Herkunft für den Lehrerberuf zu begeistern, sie zu fördern und auf ihrem Bildungsweg zu stärken – das ist ein Ziel. Forschung und Debatten zu integrations- und migrationsrelevanten Fragen anstiften, ist ein weiteres Anliegen. Kulturelle Vielfalt begreifen wir als bedeutsame Ressource und Gewinn für die Gesellschaft. Bei ihrer Förderarbeit baut die Stiftung auf die Kooperation und Vernetzung mit anderen Akteuren, Stiftungen und Institutionen in diesem Handlungsfeld.**

Unser vielfältiges Engagement im Bereich Bildung und Erziehung – besonders für die Lehrerbildung, auf die sich die ZEIT-Stiftung seit 2008 stark konzentriert –, geht von der Überzeugung aus, dass Bildung der Schlüssel zur gleichberechtigten Teilhabe in der Gesellschaft ist. Dabei richtet sich unser Blick auf die interkulturelle Öffnung von Schule: Wie können mehr junge Migranten für den Lehrerberuf gewonnen werden? Wie können sie das Lehramtsstudium und den pädagogischen Alltag meistern? Wie können Schüler, die im Umgang mit der deutschen Sprache unsicher sind und Leseschwierigkeiten haben, gestärkt werden? Modellhaft erprobt die ZEIT-Stiftung Wege und Lösungen, indem sie eigene Vorhaben initiiert, neuartige Forschungsvorhaben fördert, den wissenschaftlichen Dialog anregt, Konferenzen und Fachsymposien durchführt und Stipendien vergibt.

## Deutschlands Schulen brauchen mehr Zuwanderer im Lehrerberuf

In deutschen Städten hat jeder zweite Jugendliche einen Migrationshintergrund, in Großstadt-Schulen liegt ihr Anteil bei 60 bis zu 90 Prozent. Doch Lehrer türkischer, russischer oder spanischer Herkunft sind viel zu selten. Schülerinnen und Schüler mit ausländischen Wurzeln für ein Lehramtsstudium und den Lehrerberuf zu gewinnen – das ist das Ziel des von der ZEIT-Stiftung 2008 – gemeinsam mit dem Hamburger Zentrum für Lehrerbildung und dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung – in Hamburg initiierten Schülercampus „Mehr Migranten werden Lehrer“. Die Motivierung für ein Lehramtsstudium ist notwendig angesichts der eigenen Schulerfahrung: Schüler mit Migrationshintergrund erleben Schule häufig als negativ und frustrierend. Darüber hinaus rät das Elternhaus vielfach zu Studienfächern mit vermeintlich besseren Aufstiegs- und Vergütungschancen. Auch trauen sich junge Migranten diesen Beruf oft nicht zu. Sie fühlen sich den – auch sprachlichen – Herausforderungen nicht gewachsen und haben unzureichende Vorstellungen von diesem Beruf. Der viertägige Schülercampus mit Bildungsexperten, Schulpolitikern, Schulleitern, Lehrkräften und Lehramtsstudierenden informiert umfassend. Die 30 Teilnehmer erfahren, was den Lehrerberuf ausmacht. Der Kompaktkurs umfasst eine schülergerechte Einführung in die fachlichen Grundlagen der Pädagogik. Lehrer mit Migrationshintergrund informieren über ihren Schulalltag und Studierende mit ausländischen Wurzeln berichten über ihre Erfahrungen an der Universität. Schulbesuche zeigen, wie guter Unterricht gelingen kann. Die Teilnehmer können also reflektieren, ob dieser Beruf zu ihnen passt. Darüber hinaus gibt der Schülercampus Einblicke in Fördermöglichkeiten während des Studiums. Das Studienorientierungsangebot findet Dank der Kooperation mit Partnern unterdessen auch in Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen, Bremen und Berlin statt – weitere Bundesländer haben ihr Interesse bekundet. Das erfolgreiche Kooperationsmodell ist Ausdruck einer gelungenen Public-Private-Partnership. Neben den zuständigen Ministerien, den Netzwerken für Lehrkräfte nichtdeutscher Herkunft, zählen auch Stiftungen – wie zum Beispiel die Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Sir Peter Ustinov Stiftung, Lotto-Sport-Stiftung, TUI-Stiftung und EWE-Stiftung – zu den Unterstützern. Die Kompaktkurse motivieren und bestärken. Teilnehmer bekunden, wie hilfreich sie bei der Wahl des Faches und der Studienrichtung gewesen seien. Fünf Schülercampus-Auswertungen belegen den Projekterfolg: Von 121 Teilnehmern studieren mittlerweile 90 – die meisten auf Lehramt.

## Lehrer nichtdeutscher Herkunft sind Vorbilder und Mutmacher

Eine gemeinsam von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung (als Hauptförderer) und ZEIT-Stiftung finanzierte Studie untersuchte erstmals in Deutschland quantitativ und qualitativ die Biographien und die schulischen Erfahrungen von Lehrenden mit Migrationshintergrund. Die Ergebnisse stellten Wissenschaftlerinnen der Freien Universität unter der Leitung von Prof. Dr. Viola B. Georgi auf der internationalen Konferenz „Vom multikulturellen Klassenzimmer zum multikulturellen Lehrerzimmer - Potentiale und Grenzen interkultureller Schulentwicklung“ vor, die die Heinrich-Böll-Stiftung mit Unterstützung der ZEIT-Stiftung und der Freien Universität Berlin am 24. September 2010 in Berlin veranstaltete. Die Diskussion von Erfahrungen und Forschungsarbeiten aus dem anglo-amerikanischen Raum eröffnete eine vergleichende Perspektive. Die Studie belegt, dass Lehrer nichtdeutscher Herkunft für die Kinder von Einwanderern Vorbilder und Mutmacher sind.

## Berufliche Eignung verhindert Überforderung im Lehreralltag

Ein guter Lehrer werden, das wollen die meisten am Beginn ihres Lehramtsstudiums. Doch viele Lehramtsstudierende – gleich ob mit oder ohne Migrationshintergrund – unterschätzen die Herausforderungen des Studiums und des Lehreralltags. Neben den fachlichen, didaktischen und pädagogischen Fähigkeiten spielt auch die psychische Stabilität bei Lehrern eine große Rolle. Eine hohe Anzahl von Pädagogen fühlt sich bereits nach wenigen Berufsjahren überfordert. In einer bundesweit angelegten Studie, die die größten Belastungsfaktoren für Lehrkräfte bei rund 16.000 Lehrern untersuchte und ihren Berufsalltag mit dem anderer Berufe verglich, stellte der Psychologieprofessor Uwe Schaarschmidt fest, dass Lehrer mit Abstand die größten psychosozialen Belastungen aufweisen.
Aus diesem Grund hat die ZEIT-Stiftung – neben dem Studienorientierungsangebot „Mehr Migranten werden Lehrer“ – ein Pilotprojekt zur studienbegleitenden Eignungsberatung entwickelt. In Zusammenarbeit mit Professor Uwe Schaarschmidt, der Universität Hamburg und dem Zentrum für Lehrerbildung ist es der Stiftung gelungen, für Lehramtsstudierende eine verbindliche Eignungsberatung aufzubauen. An der Universität Hamburg umfasst das Verfahren vier Stufen:

1. Ein internetbasiertes Selbsterkundungsverfahren bei der Studienbewerbung;
2. Übungen zu sozial-kommunikativen Anforderungen des Lehrerberufs im ersten Semester;
3. ein internetbasiertes Self-Assessment im Schulpraktikum mit anschließendem Auswertungsgespräch im fünften Semester und
4. ein einwöchiges Training zur Vertiefung berufsspezifischer Kompetenzen im sechsten Semester.

Ob dabei Mehrsprachigkeit – über die die meisten jungen Migranten verfügen – als Zusatzqualifikation bei der Studienplatz-Bewerbung anerkannt werden sollte, darüber diskutierten Vertreter von Universitäten, Kultusministerien und Bildungsexperten aus verschiedenen Bundesländern bei einer Fachtagung, zu der die ZEIT-Stiftung im November 2010 nach Hamburg eingeladen hatte.

## Für Studium und Beruf stark machen

Die ZEIT-Stiftung beteiligt sich zudem an dem „Horizonte“-Stipendienprogramm der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und ermöglicht – neben der Jürgen Sengpiel-Stiftung – in Hamburg die Vergabe von Stipendien an Lehramtsstudierende und Referendare mit Migrationshintergrund. Im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative von Hamburger Stiftungen für den Hochschulstandort Hamburg unterstützt die ZEIT-Stiftung darüber hinaus die Entwicklung eines Studienbegleitprogramms an der Universität Hamburg, dass die Sprachkompetenz des pädagogischen Nachwuchses stärkt. Ferner unterstützt sie das Hamburger Netzwerk „Lehrkräfte mit Migrationshintergrund“ am Landesinstitut für Lehrerbildung.

→ Seite 4

OSTRALE-Gelände: Futterstall West. Fotograf: Johannes Göbel, Bonn © OSTRALE

Fortsetzung von Seite 3

## Potentiale der Einwanderung

### Lesefertigkeiten schon früh fördern

Dass das Beherrschen der deutschen Sprache Voraussetzung für ein Lehramtsstudium ist – und für Bildungserfolge sowieso – darüber sind sich alle einig. Die Leseförderung im Rahmen des „Bucerius Lern-Werk“ führt Kinder schon früh an die deutsche Sprache heran. Die Stiftung stärkte zunächst Hamburger Hauptschüler der Klassen 8 und 9 in ihrer Lesekompetenz, nahm dann ausgewählte Grundschulen in Braunschweig auf und adaptierte das Förderkonzept für die Primarstufe. Nunmehr können Schülerinnen und Schüler an sechs Hamburger Grundschulen ihre Lesefertigkeiten im „Bucerius Lern-Werk Lesen“ verbessern. In Kleingruppen werden ihnen Arbeitstechniken des weiterführenden Lesens vermittelt und ihre Lesemotivation gefördert. Je Lerngruppe betreuen zwei Lehramtsstudierende die Leseübungen, so profitieren Schüler und angehende Lehrer gleichermaßen.

### Migration erforschen und verstehen

Seit 2008 schreibt die ZEIT-Stiftung jährlich fünf bis sechs Vollstipendien (und Teilstipendien) zur Migrationsforschung aus. Das international ausgerichtete Ph. D.-Stipendienprogramm „Settling Into Motion“ dient der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in diesem wichtigen interdisziplinären Themenbereich. Wie können Migranten und deren Herkunfts- und Aufnahmeländer von diesen Bewegungen profitieren? Vor welchen Herausforderungen stehen sie? Welche Strukturen und Verfahren müssen geschaffen werden, um Vielfalt zu nutzen? Die Stipendiaten gehen diesen Fragen nach. Die Ausschreibung setzt jedes Jahr einen anderen Themenschwerpunkt. Das Programm bietet Stipendienzahlungen sowie Studienreisen in eine Region, die von Migration gekennzeichnet ist. Der „Settling Into Motion“-Stipendiatengruppe gehören mittlerweile 34 Doktoranden aus 18 Ländern an. Ferner unterstützt die ZEIT-Stiftung die Arbeit des Sachverständigenrates Deutscher Stiftungen für Integration und Migration, mit Sitz in Berlin, ein Gemeinschaftsprojekt von acht deutschen Stiftungen. Unter der Leitung von Prof. Dr. Klaus J. Bade bezieht der Sachverständigenrat Stellung zu aktuellen integrations- und migrationspolitischen Fragen und übernimmt Beratungsaufträge. Im Mai 2010 legte es sein erstes Jahresgutachten vor: „Einwanderungsgesellschaft 2010“ analysiert Rahmenbedingungen und Entwicklungslinien der Integration und Migration.
Stiftungen können einiges bewegen und der Zivilgesellschaft Impulse verleihen. Mit einer Fülle von Initiativen und Projekten setzt die ZEIT-Stiftung Akzente im Themenfeld Migration und Vielfalt. Sie konzentriert sich dabei auf den Wissenschafts- wie auf den Bildungsbereich – vorrangig geht es darum, Kompetenzen zu stärken und so Vielfalt zu ermöglichen.

DIE VERFASSERIN IST LEITERIN VIELFALT UND BILDUNG UND VERANTWORTET DEN SCHÜLERCAMPUS „MEHR MIGRANTEN WERDEN LEHRER“ DER ZEIT-STIFTUNG EBELIN UND GERD BUCERIUS ■

*Weitere Informationen unter www.zeit-stiftung.de*

# Mehr als nur ein buntes Klassenzimmer

„Trialog der Kulturen“-Schulenwettbewerb setzt Maßstäbe für interkulturelles Lernen / Von Roland Löffler und Niels-Holger Schneider

**Jedes Jahr beschwert sich mindestens ein Oberstudienrat, ein Kulturredakteur oder ein Althistoriker bei der Herbert Quandt-Stiftung: „Ihre Projekte sind ja schön, aber muss der Name des Themenfeldes wirklich „Trialog der Kulturen“ lauten?“ Das sei unsinnig, denn die Stiftung vermische so Latein und Griechisch. Das Wort „Trialog“ gäbe es gar nicht. Denn: „Dialog“ stamme vom griechischen Substantiv diálogos und bedeute „Unterredung“ bzw. „Gespräch“. Das dazugehörige Verb dialégesthai könne mit „sich unterreden“ oder „besprechen“ übersetzt werden, was zwei, drei, vier oder noch mehr Gesprächspartner meine. Warum, so die bildungsbürgerliche Argumentation, dann mit dem lateinischen Affix „tri“ ein „Dreigespräch“ suggerieren, das philologisch nicht zu rechtfertigen sei?**

Sprachgeschichtlich kann und will die Herbert Quandt-Stiftung diesem Argument nicht widersprechen. Doch: Legitimität lässt sich nicht nur durch Philologie, sondern auch durch Tradition begründen. Wie der Tübinger Religionswissenschaftler Stefan Schreiner gezeigt hat, besitzen „Trialoge“ als Dreigespräche bereits eine Jahrhunderte lange Geschichte: Bereits John Wycliff, Nikolaus von Kues und Martin von Leibnitz schrieben explizit trialogische Traktate. Und: Eingeführte Markennamen – so raten Marketingfachleute – soll man nicht ändern, haben sie doch einen Wiedererkennungseffekt.
Seit 1996 beschäftigt sich die Herbert Quandt-Stiftung mit dem „Trialog der Kulturen“. Sie hat den Begriff sogar rechtlich schützen lassen, denn es geht ihr nicht um beliebige Dialoge, sondern um den Austausch zwischen Vertretern von Judentum, Christentum und Islam, den sogenannten abrahamischen Buchreligionen. In Zeiten stürmischer Integrationsdebatten in Funk und Fernsehen, der Angst vor dem Islam, des Aufbruchs in Nahost und der Suche nach einer zeitgemäßen interkulturellen und interreligiösen Pädagogik hält die Stiftung das Thema für eine der wichtigsten Zukunftsfragen unserer Gesellschaft. Genau hier setzen die Projekte an: Als mittlere Stiftung mit zwei Büros in Bad Homburg und Berlin konzentriert sie sich auf zwei Programmlinien. Zum einen versucht sie mit dem „Trialog der Kulturen“-Schulenwettbewerb sowie mit flankierenden Lehrerfortbildungen interkulturelles Lernen und interkulturelle Bildung voranzutreiben. Zum anderen möchte sie unter dem Stichwort „Medien als Brücke zwischen den Kulturen“ in den deutschen Medien die Sensibilität für Migranten als neue Zielgruppe erhöhen. Das Gespräch zwischen deutschen und türkischen Journalisten bei Runden Tischen, Jahreskonferenzen zum Thema „Migration und Medien“ sowie die Förderung junger Journalisten aus Deutschland, Israel und Palästina mit einem Stipendienprogramm, das frühzeitig interkulturelle und internationale Kompetenzen vermitteln will, sind Kernprojekte dieses Moduls.
Die größte Aktivität der Stiftung ist der Schulenwettbewerb. Er wird aktuell in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland ausgeschrieben. Seit zwei Jahren vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert, befindet sich der Wettbewerb in der sechsten Runde. Im Kern geht es darum, dass bis zu 25 von einer unabhängigen Jury ausgewählte Schulen ein Jahr lang ein von ihnen entwickeltes und auf ihre Schule sowie ihren lokalen Kontext zugeschnittenes Projekt realisieren. Dazu erhalten sie ein Startgeld von 3.500 Euro – am Ende locken den Siegern der jeweiligen Bundesländer Preise im Wert von insgesamt 60.000 Euro.
Die Wettbewerbsbeiträge sind bunt und voller Überraschungen. Eine Berufsschule für Lebensmitteltechnik entwickelte ein Projekt zum Thema „Nahrung, Ernährung, Speisegesetze“: Warum haben die drei Religionen unterschiedliche Gebote und Verbote? Was müssen eine zukünftige Hotelfachfrau, ein Koch, eine Kellnerin wissen, um mit Kunden aus anderen Kulturkreisen angemessen umzugehen? Eine Gesamtschule im tiefsten Odenwald nahm sich des lokalen Moscheebaukonflikts an und brachte unterschiedliche Gruppen für einen friedlichen Dialog zusammen. Schüler und Lehrer wurden Mediatoren in ihrer Stadt und fanden breite Anerkennung. Ein kirchliches Gymnasium setzte sich intensiv mit dem Antisemitismus seiner Landeskirche während des Dritten Reichs auseinander, entwickelte eine historisch bemerkenswerte Ausstellung, die nicht nur im kirchlichen Kontext relevant war und vom Bischof eröffnet, sondern sogar in einer Landesvertretung in Berlin gezeigt wurde. Eine andere Gesamtschule stellte ein intergenerationelles Erzähl- und Fotoprojekt auf die Beine. Die Lehrerinnen und Lehrer mussten jedoch feststellen, dass viele türkischstämmige Eltern nicht in die Schule kamen und der Austausch mit ihnen daher nicht möglich war. Wenn also der Berg nicht zum Propheten kommt, muss der Prophet zum Berg gehen, dachten sie sich und veranstalteten ihr Erzählcafé in der örtlichen Moschee. Die Idee wurde ein großer Erfolg, der das Verhältnis der Schule zur Moscheengemeinde und zur Kommune nachhaltig veränderte – und auch auf andere Zusammenhänge übertragbar wäre: Die Muslime fühlten sich anerkannt und gewürdigt.
Menschen aufzuwerten, ihnen Respekt zu vermitteln und ihre Religionstraditionen kennenzulernen, ist ein wesentliches Ziel des Wettbewerbs. Entscheidend dabei ist: Die Schulen müssen eine sehr gute Projektidee haben, die mit einem klaren pädagogischen Konzept und einem soliden Projektmanagementplan verbunden ist. Nur so lässt sich auch nachhaltig der Trialog in der Schule und idealerweise sogar im Schulprofil verankern. Hierfür besucht und betreut die Stiftung die Schulen während des Schuljahrs intensiv, bietet in Zusammenarbeit mit Studienseminaren und kirchlichen Akademien Experten-Fortbildungen an und lädt bei Halbzeit zu einem „Markt der Möglichkeiten“ ein. Hier können die Schulen ihre Zwischenergebnisse präsentieren und die anderen Teilnehmerschulen kennenlernen.
Die Wettbewerbsidee zielt weniger auf einen Kampf zwischen den Schulen, sondern ist ein Qualitätssicherungsinstrument. Gefördert werden nur die Schulen, die die Gewähr eines gut realisierbaren und am Ende auf andere Schulen übertragbaren Projekts bieten. Gleichzeitig geht die Stiftung mit den Schulen eine Art „Entwicklungspartnerschaft“ ein, um sie fachlich und persönlich zu begleiten und die pädagogische Qualität zu sichern. 99 Projektschulen, knapp 25.000 teilnehmende Schüler, rund 300 Projektlehrer, knapp zehn Examensarbeiten von Referendarinnen und Referendaren sowie eine Fördersumme in Höhe von über einer Million Euro zeigen die positive Resonanz auf den Wettbewerb.
Damit auch Schulen, die nicht am Wettbewerb teilnehmen können oder möchten, von der Pionierarbeit der Teilnehmerschulen profitieren können, hat die Stiftung gemeinsam mit dem Münsteraner Religionspädagogen Clauß Peter Sajak in dem Buch „Trialogisch lernen“ theoretische Hintergründe, Best-Practice-Beispiele sowie einen Film zum Wettbewerb zusammengestellt. In einem nächsten Schritt wird Sajak aus den Projekten trialogische Bildungsstandards ableiten, die dann in die Debatte um die Kompetenzentwicklung einfließen sollen.

ROLAND LÖFFLER IST THEMENFELDLEITER UND NIELS-HOLGER SCHNEIDER PROJEKTREFERENT „TRIALOG DER KULTUREN“ DER HERBERT QUANDT-STIFTUNG, BAD HOMBURG ■

*Weitere Informationen unter: www.herbert-quandt-stiftung.de*
*Das Buch zum Trialog-Schulenwettbewerb: Clauß-Peter Sajak (Hg.): Trialogisch lernen. Bausteine für interkulturelle und interreligiöse Projektarbeit, Klett-Kallmeyer, Seelze 2010.*

Installation der Künstlerin Mari Terauchi. Fotograf: Johannes Göbel, Bonn © OSTRALE

# Sozialräumliche Bildungsförderung

Der Bildungsbereich als größte Integrationsbaustelle / Von Pia Gerber

OSTRALE-Gelände: Hauptplatz. Fotograf: Johannes Göbel, Bonn © OSTRALE

**Seit Stiftungsgründung im Jahr 1984 ist die Integration von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien zentraler Schwerpunkt der Freudenberg Stiftung.**

Mit dem Wort Integration sind drei Absichten verbunden: Wir möchten erstens durch Biografie begleitende und Eltern aktivierende Praxisvorhaben dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ihre Potenziale auf ihrem Bildungsweg voll entfalten können. Wir wollen zweitens durch Praxisvorhaben auf die systematische Einbeziehung der Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten in Schule, Beruf, Gemeinde und Medien hinwirken, damit die Stärken einer kulturell heterogenen Gesellschaft selbstverständlich, besser sichtbar und nutzbar werden. Wir setzen drittens durch Modellvorhaben in Stadtteilen und Gemeinden auf die Stärkung der Integrationskraft von Kommune und lokaler Bürgergesellschaft, damit Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien an ihren Lern- und Lebensorten Zugehörigkeit, Anerkennung und Zukunftsperspektiven erfahren. Dabei konzentrieren wir uns auf folgende fünf Handlungsfelder:

## Elternbeteiligung und Sprachförderung

Die Freudenberg Stiftung fördert lokal in Weinheim, Stuttgart, Wuppertal sowie in Berlin-Neukölln Ansätze zur Mehrsprachigkeit und Elternbeteiligung, die sich an den Qualitätsstandards der Programme „Griffbereit“ für unter 3-Jährige und „Rucksack“ mit Blick auf Kita- und Grundschulkinder orientieren. Hier lässt sich beobachten, wie die Herkunftsländer der neu zugewanderten Familien immer vielfältiger werden und wie wichtig die Brückenfunktion der eigens ausgebildeten „Elternbegleiterin“ für eine gelingende Integration ist. Bei all unseren Ansätzen geht es darum, die Beziehung zwischen Müttern bzw. Vätern und ihren Kindern zu stärken und zugleich die Beziehung der Eltern zur Erzieherin bzw. Lehrerin ihrer Kinder. Nicht minder wichtig ist die Ermutigung der eingewanderten Eltern, in der Muttersprache mit den Kindern zu sprechen, so früh wie möglich, so viel wie möglich und so variantenreich wie möglich.

## Sozialräumliche Bildungsförderung – „Ein Quadratkilometer Bildung“

Zugleich setzen wir auf sozialräumliche Bildungsförderung in ausgewählten Stadtteilen mit einer Mehrheit von Kindern aus Einwandererfamilien. Mit dem Ansatz „Ein Quadratkilometer Bildung“ investieren wir in drei Bundesländern in den Aufbau einer Bildungskette von der Krippe bis zum Übergang in den Beruf. Bei den ausgewählten Grundschulen handelt es sich um „normale“ Schulen, die mit Hilfe der Unterstützung durch den „Quadratkilometer Bildung“ ihre Lernkultur und die Lernergebnisse ihrer Kinder und Jugendlichen verbessern wollen. Der eigentliche Paradigmenwechsel besteht darin, von den Kindern aus zu denken und zu handeln. Voraussetzung des Stiftungsengagements sind verbindliche Vereinbarungen mit der jeweiligen Kommune, dem Land und lokalen Trägern auf eine Laufzeit von zehn Jahren hin. Die Freudenberg Stiftung ist Entwicklungspartnerin für Quadratkilometer-Ansätze in Berlin-Neukölln, Mannheim, Herten und Wuppertal. Unsere operativen Partner sind die lokalen RAA und in Herten die Bürgerstiftung. Die Freudenberg Stiftung ist Partnerstiftung für lokale Quadratkilometer in Berlin-Neukölln (Start 2007), in Mannheim (Start 2009), Wuppertal und Herten und hilft beim Aufbau in Hoyerswerda und Bernsdorf (Landkreis Bautzen).

## Entwicklungsfortschritte aus Berlin und Mannheim

An der Gemeinschaftsschule im Berliner Reuterkiez gibt es praktisch kein Schulschwänzen mehr. 2006 haben 26 Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen – 2010 waren es nur noch zwei. Die Präsenz der Eltern in der Schule steigt merklich. Dass die Gemeinschaftsschule zu einer „normalen Schule“ geworden ist, ist eine tolle Leistung aller dafür Verantwortlichen angesichts der nicht zu leugnenden Herausforderungen. 80 % der Familien leben von Sozialhilfe und 90 % haben eine Zuwanderungsgeschichte. Im Reuterkiez Berlin-Neukölln entsteht somit ein Prototyp sozialräumlicher Bildungsförderung, der durch Stärkung lokaler Autonomie der Bildungsakteure vor Ort bei vereinbarten Qualitätszielen zeigt, wie ein praxisnahes Unterstützungssystem, das von den Kindern ausgeht, unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft gelingen kann.
Im Quadratkilometer Mannheim Neckarstadt-West sind Kindergartenkinder, die in die Humboldt-Grundschule wechseln werden, im „Einsternclub“: Einmal in der Woche ist die Grundschullehrerin in der Kita und bereitet die künftigen Erstklässlerinnen und Erstklässler auf den Schritt in die Schule vor. Umgekehrt besuchen die Kitakinder mit ihrer Bezugserzieherin den Unterricht in der Grundschule. Für jede der ersten und zweiten Klassen gibt es inzwischen Klassenpatenschaften durch eine schulexterne Person, die beim Unterrichten in kleinen Gruppen helfen soll. Alle Kinder der ersten und zweiten Klassen, die mit Deutsch besondere Schwierigkeiten haben, haben eine Lesepatin oder einen Lesepaten. Was wir weiter entwickeln wollen sind Lesepatenschaften auf der Basis einer individuellen Förderdiagnostik und erprobtem methodischem Handwerkszeug sowie die Ausweitung der Patenschaften auf Vorschulkinder. Mit unserem Ansatz „Art im Quadrat“ in Kooperation mit der BT Spickschen Stiftung möchten wir wirksam dazu beitragen, durch künstlerische Förderung unentdeckte Potenziale von Kindern und Jugendlichen zu heben.

## Bildungsförderung für und mit Roma und „Forum for Roma Inclusion“

Zentraler Ansatz zur Bildungsförderung für und mit Roma bleibt die Vermittlungs- und Unterstützungsarbeit der als Schulmediatoren und -mediatorinnen ausgebildeten Roma in Berlin. Das Projekt begann im Mai 2000 mit der Entsendung von Roma-Mediatoren an zwei Berliner Grundschulen, an denen anfänglich zwischen 30 und 40 Roma-Kinder aus den umliegenden Wohnheimen unterrichtet wurden. Ein Teil dieser Kinder konnte mit Hilfe der mobilen Schulberatung der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Demokratie und Integration (RAA) Berlin überhaupt erst eingeschult werden. Roma-Mediatoren arbeiten als Ansprechpartner für die Kinder, Lehrkräfte und Eltern. Die Mediatoren helfen den Kindern im Fachunterricht in deren Muttersprache Romanes. Zudem wird ein zusätzlicher, spielerischer Unterricht in Romanes angeboten. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist auch, die Eltern zum Engagement in der Schule zu ermutigen. Den Ansatz der Roma Schulmediation bringen wir auch in dem von uns geleiteten „Forum for Roma Inclusion“ zur Geltung, das sich als zivilgesellschaftliche Stimme auf europäischer Ebene für Roma-Bildungsförderung einsetzt.

## Interkulturelle Öffnung der Medien, Vorurteilsabbau und Förderung kultureller Vielfalt

1988 wurde der Civis-Medienpreis von der damaligen Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen gemeinsam mit der ARD unter Federführung des WDR und der Freudenberg Stiftung ins Leben gerufen. Ziel war und ist die Ausdifferenzierung von medialen Bildern über und von Menschen aus Einwandererfamilien. Durch die Preisvergabe in den Bereichen Europäischer Fernsehpreis, deutscher Fernsehpreis, Young Civis, Hörfunkpreis und seit 2010 neu des Online-Preises ist ein Anreizsystem für interkulturelle Medienöffnung entstanden. Durch die Civis Dialoge – 2009 zum Thema Religion und Demokratie – wurde zugleich ein Forum für Hintergrundgespräche geschaffen. Der erstmalig vergebene Online-Preis ging an das von uns geförderte Portal „Netz gegen Nazis“ der Amadeu Antonio Stiftung.

## Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration

Ziel der Beteiligung der Freudenberg Stiftung am 2008 gegründeten „Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration“ ist die Möglichkeit zur wissenschaftlichen Rückkopplung, zur Vernetzung mit anderen Stiftungen und zum politischen Gehör in unserem Kernthema Integrationsgesellschaft. Auf Betreiben von Professor Klaus Bade ist der Sachverständigenrat unter Beteiligung der Bertelsmann Stiftung, Hertie-Stiftung, Körber-Stiftung, Stiftung Mercator, Vodafone Stiftung, VolkswagenStiftung und der ZEIT-Stiftung ins Leben gerufen worden. Zentrale Aufgaben sind Bestandsaufnahmen, Entwicklungsanalysen, kritische Politikbegleitung und Öffentlichkeitsarbeit zu den Themen Integration und Migration. Eigene Expertisen stehen in Form von Jahresberichten, Gutachten und Stellungnahmen zur Verfügung. Fester Bestandteil des Jahresberichts ist das „Integrationsbarometer“, eine repräsentative Befragung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.
Trotz grundsätzlich positiver Entwicklung des Integrationsklimas und einer nachziehenden politischen Verantwortungsübernahme bleibt der Bildungsbereich die größte Integrationsbaustelle. Gemeinsam mit den Integrationsbeauftragten aus Stuttgart und Mannheim haben wir 2010 eine Regionalkonferenz unter der Frage „Was kann die Stadtgesellschaft für eine gelingende Integration durch Bildung tun?“ veranstaltet. Die Analysen des SVR erleben wir als ausgesprochen hilfreich für die Versachlichung der derzeitigen integrationspolitischen Debatte.

DIE VERFASSERIN IST GESCHÄFTSFÜHRERIN DER FREUDENBERG STIFTUNG ■

*Weitere Informationen unter www.freudenbergstiftung.de*

# Dialog der Kulturen

Integration beruht auf Dialog, fairen Chancen, Gegenseitigkeit und Vertrauen / Von Liz Mohn

**Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die späte Anerkennung dieser Wirklichkeit hat Integration jahrzehntelang erschwert und die positive Wirkung von Einwanderung beeinträchtigt. Denn die kulturelle und ethnische Vielfalt ist eine Chance für unser Land. Es gilt, die Potenziale der Einwanderer zu entfalten, eine „Willkommenskultur" zu etablieren und im globalen Wettbewerb um Talente attraktiv zu bleiben. Das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Chancengerechtigkeit in einer Gesellschaft sind dabei wichtige Fundamente der Integration. Ein neues „Wir-Gefühl" entsteht, wenn wir die Herausforderungen des Zusammenlebens in Deutschland gemeinsam bewältigen. Die Zukunft zählt, nicht die Herkunft.**

Im Alltag erfährt jeder von uns: Deutschland wird immer bunter. Unsere Welt rückt immer enger zusammen. Menschen aller Kulturen und Religionen begegnen sich so hautnah und intensiv wie niemals zuvor in der Geschichte. Ich persönlich erlebe überall auf der Welt, bei meiner Arbeit und auch in der Familie immer wieder, wie anregend und bereichernd es ist, sich mit Menschen anderer Kulturen auszutauschen. Ein wichtiges Erfolgsrezept für die Zukunft wird es sein, dass wir unterschiedliche Kulturen respektieren: nicht nur bei uns, sondern überall auf der Welt; denn jeder Mensch braucht seine kulturellen Wurzeln.

Seit vielen Jahren beschäftigen wir uns in der Bertelsmann Stiftung mit der Frage: Was ist nötig, damit die Menschen aus aller Welt friedlich miteinander umgehen? Was hält eine Gesellschaft in dieser neuen Vielfalt zusammen? Welchen Beitrag leistet die Kultur für die Verständigung? Welche Rolle spielt Bildung für Integration?

Positive Modelle zeigen, wie Integration gelingen kann. Die Schulbehörde in Toronto, die wir mit dem Carl Bertelsmann-Preis ausgezeichnet haben, macht beispielsweise deutlich, wie faire Bildungschancen für Kinder aus Zuwandererfamilien möglich sind.

Unser Projekt „Alle Kids sind VIPS" macht Jugendlichen Mut, auf Bildung zu setzen und sich für Integration zu engagieren. Unterstützt werden wir von prominenten Botschaftern mit Migrationshintergrund. Der Comedian Bülent Ceylan, Fußball-Nationalspieler Mario Gomez, die Band Culcha Candela, die Schauspielerin Susan Sideropoulos: Sie sind Vorbilder für gelungene Integration. Die Schülerinnen und Schüler, die an unserem Wettbewerb teilgenommen haben, zeigen auf kreative Weise, wie leicht unser Zusammenleben funktionieren kann, wenn man gemeinsam daran arbeitet. Ob Hip-Hop-Tanz, Lieder oder Gedichte für mehr Toleranz, ob multinationales Fußballturnier, Kurse für interkulturelle Kompetenz, Zeitzeugen-Interviews oder Filme über gelebte Integration im Schulalltag: Die Schul-Aktionen sind überzeugende Beispiele dafür, was persönliches Engagement bewegen kann.

## Wir-Gefühl

Die Erfahrung zeigt, dass die Menschen einander umso besser verstehen, je mehr sie miteinander sprechen und voneinander wissen. Ein Wir-Gefühl kann man nicht staatlich verordnen. Es wächst erst im gemeinsamen Alltag: am Arbeitsplatz, im Sportverein, in den Kindergärten und in den Schulen. Toleranz und Respekt gehören dazu, auch Offenheit und klare Worte. Die Menschen in unserem Land müssen verstehen, dass wir alle von der Vielfalt profitieren können. Das geschieht aber nicht von selbst, sondern bedarf vielfältiger Anstrengungen; von jedem Einzelnen, aber auch von der Gesellschaft und Politik, die gute Rahmenbedingungen für Teilhabe und Integration schaffen muss. Nur dann ist Deutschland wirklich stark.

Studien der Bertelsmann Stiftung oder des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Migration und Integration, den wir unterstützen, zeigen: Wir müssen gar nicht so pessimistisch sein, was den Stand der Integration in Deutschland angeht – selbst wenn aufgeregte öffentliche Debatten manchmal davon Zerrbilder malen. Laut einer repräsentativen Umfrage gaben 68 Prozent der Bevölkerung an, dass sie mit Zuwanderern gute persönliche Erfahrungen gemacht haben. Ein ganz entscheidender Punkt hierbei ist die Sprache. Wer sich mit seinen Mitmenschen nicht verständigen kann, der kann sich auch nicht integrieren. Jeder, der in unserem Land lebt, hat deshalb die Pflicht, die deutsche Sprache zu erlernen. Nur so ist Integration möglich.

Unsere Gesellschaft muss die Menschen bei diesem Prozess unterstützen. Integration beruht immer auf Dialog, fairen Chancen, Gegenseitigkeit und Vertrauen. Erfolgreiche Integration braucht ein Bildungssystem, in dem Kinder und Jugendliche individuell gefördert werden und eine Perspektive bekommen. Die Gesellschaft von morgen wächst im Kindergarten von heute nicht nur auf, sondern sie wächst hier auch zusammen. 35 Prozent der unter 5-Jährigen in Deutschland haben mittlerweile ausländische Wurzeln. Das Potenzial dieser kulturellen Vielfalt zu entwickeln, das ist eine schwierige, aber auch sehr erfüllende Aufgabe, die uns jede Anstrengung wert sein muss. Es lohnt, früh in Bildung zu investieren und die Schulen zu Ganztagsschulen und Orten der Integration auszubauen; denn davon profitieren gerade die Kinder, die Startnachteile haben.

Bei Geschäftsreisen nach Peking, Singapur oder Abu-Dhabi konnte ich hautnah die rasanten kulturellen und wirtschaftlichen Veränderungen erleben. Kaum eine Gesellschaft auf der Welt kann es sich leisten, auf Vielfalt und Integration zu verzichten. Dass wir diese Vielfalt der Kulturen bei uns hier in Deutschland erleben dürfen, das ist ein Segen für unser Land.

In Deutschland ist das Wort „Ausländer" negativ besetzt. Wir sollten es besser wie die Kanadier halten. Diese sprechen nicht von Ausländern, sondern von den „Neu-Kanadiern". Wie wäre es, wenn auch wir von den „Neuen Deutschen" sprächen?

## Dialog der Kulturen

Wir haben noch nie so viele Veränderungen erlebt wie in der heutigen Zeit der Globalisierung. Manche sprechen von moderner Völkerwanderung. Vor allem der Wandel auf dem Arbeitsmarkt macht vielen Menschen Angst. Es gibt aber auch Anzeichen der Hoffnung, die Mut machen: die Hoffnung, dass gerade junge Menschen voneinander und miteinander lernen. Diese internationale Verständigung, der Dialog über Grenzen hinweg, gewinnt gerade heute zunehmend an Bedeutung für ein friedliches Zusammenleben.

Ich bin überzeugt, dass wir unser Jahrhundert nicht europäisch, amerikanisch oder asiatisch, sondern global denken und leben müssen. Das erfahre ich auch bei meinem Internationalen Gesangswettbewerb „Neue Stimmen". Über 1.200 Operntalente aus der ganzen Welt singen dort vor – aus allen Kontinenten. 40 junge Menschen aus 24 Nationen konnten sich im vergangenen Jahr für das Finale qualifizieren. Es war eine große Freude mitzuerleben, wie die Weltsprache Musik Brücken der Verständigung baut. Trotz Wettbewerb und Konkurrenz, trotz Druck und Hochspannung konnten wir einen Dialog der Kulturen erleben: eine Olympiade der Stimmen. Ich bin immer wieder beeindruckt, wie diese jungen Menschen sich auf Anhieb verstehen.

Bereits seit zehn Jahren setzen wir uns in der Bertelsmann Stiftung in den internationalen Kulturforen für den Austausch und das interkulturelle Miteinander ein. In Kairo und Tokio, in Peking, Neu Delhi, Hanoi, Singapur und in vielen europäischen Metropolen haben wir Menschen unterschiedlicher Herkunft vernetzt. Aus den vielen Mosaiksteinchen, die wir von anderen aufnehmen und sammeln, kann ein ganz neues Bild unseres globalen Zusammenlebens entstehen. Wenn wir füreinander offen sind und voneinander lernen, dann wird Bildung das Netzwerk der Zukunft sein, das die Menschen verbindet.

DIE VERFASSERIN IST STELLVERTRETENDE VORSTANDSVORSITZENDE DER BERTELSMANN STIFTUNG SOWIE VORSITZENDE DER BERTELSMANN VERWALTUNGSGESELLSCHAFT ■

*Weitere Informationen unter www.bertelsmann-stiftung.de*

Fotografien des Künstlers Pavel Banka bei der OSTRALE 2010. Fotograf: Johannes Göbel, Bonn © OSTRALE

# Förderung junger Zuwanderer

Die Arbeit der Robert Bosch Stiftung – eine Zwischenbilanz / Von Viola Seeger

**Just mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes 2005 hat die Robert Bosch Stiftung die Förderung der Integration von Migranten aufgenommen, die bereits 25 Jahre zuvor als „Förderung von Kindern ausländischer Arbeitnehmer" einen ihrer Schwerpunkte bildete.**

Diese Koinzidenz war kein Zufall, denn der Handlungsdruck mit Blick auf Migration und Integration war groß. Gleichzeitig begünstigte die neue Rolle des wiedervereinigten Deutschlands in der internationalen Staatengemeinschaft ein „neues deutsches Selbstbewusstsein" und einen selbstverständlicheren Umgang mit Identitäten, was erweiterte Perspektiven für die Integrationspolitik und -praxis konsensfähig machte, wie etwa Forderungen nach dem Erwerb der deutschen Sprache.

Seitdem hat die Stiftung 14 Mio Euro für ihren Schwerpunkt Migration und Integration eingesetzt. Dabei ist ihr die individuelle Ebene der Wahrnehmung von Kinder- und Menschenrechten ebenso ein Anliegen wie die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Mit ihren Programmen „LISA – Lokale Initiativen zur Integration junger Migranten in Ausbildung und Beruf" und „Integration junger Migranten" als finanziell umfangreichsten Förderinitiativen hat die Robert Bosch Stiftung sehr unterschiedliche pragmatische Ansätze der lokalen Bildungsförderung gewählt. Mit ihnen soll im Folgenden ein Ausschnitt des Förderungsschwerpunkts näher dargestellt werden.

## Integration junger Migranten

Das Projekt „Integration junger Migranten" unterstützt seit 2006 lokale Projekte zur Integrationsförderung von Kindern und Jugendlichen mit bis zu 5.000 Euro für bis zu zwei Jahre. Bisher hat die Robert Bosch Stiftung für 344 Projekte 1,6 Mio Euro bewilligt. Sie führt das Programm in Kooperation mit der Stiftung Mitarbeit durch. Projektbeispiele aus „Integration junger Migranten" sind Sprachförderung in der Kindertagesstätte, Hausaufgabenhilfe, Elterncafés in der Schule oder Theaterspiel. Die Antragsteller – Vereine, Schulen, Migrantenorganisationen oder Elterninitiativen – begrüßen besonders, dass die überzeugende Idee und die konkrete Planung mehr zählen als Innovationsrhetorik. Die externe Evaluierung konstatierte Erfolg, u. a., weil 67 Prozent der Projekte ihre Arbeit auch nach Beendigung der Förderung duch die Robert Bosch Stiftung weiterführen. Damit ist ein Problem schon benannt.

Wenn die Finanzierung einer Hausaufgabenhilfe in der Grundschule Schülern hilft, ihre Leistungen zu verbessern, ist das zweifellos ein Erfolg. Wenn externe Kräfte für die Hausaufgabenhilfe extern finanziert werden, kann das allerdings gleichzeitig helfen, Unzulänglichkeiten des Systems Erziehung zu kompensieren und zu perpetuieren. Es scheint, dass die Frage nach der Integration von Migranten wie durch ein Brennglas bloßlegt, wo unsere Systeme der modernen, durch Vielfalt und Individualisierung geprägten Gesellschaft noch nicht gewachsen sind. Ein bisschen mehr Hausaufgabenhilfe für Migranten hilft also nicht nachhaltig, solange Unterricht z. B. nicht stärker leistungsdifferenziert stattfindet. Der scheinbare Gegensatz zwischen kompensatorischen bzw. exemplarischen Hilfen heute oder systematischen morgen löst sich auf, wenn wir erstere so gestalten, dass wir daraus Anregungen für letztere gewinnen und unsere bildungs- bzw. integrationspolitischen Anliegen dadurch legitimieren.

Unsere Versuche, die Vergabe z. B. von Honorarmitteln für Sprachförderung in Kitas daran zu binden, dass das Kita-Personal diese zusätzlichen Angebote in das eigene pädagogische Handeln integriert, mussten im Programm „Integration junger Migranten" scheitern. Sie führten uns hingegen zur Frage nach der Integrationsspezifik im pädagogischen Handeln. Als Folge denkt die Robert Bosch Stiftung nun gemeinsam mit Stuttgarter Trägern von Kindertagesstätten über Anforderungen an Professionalität und Konzepte für die Weiterbildung von Erzieherinnen nach.

Wieviel Integrationsspezifik aber ist dabei nötig? Mit dieser Frage beschäftigen wir uns zur Zeit intensiv. Pädagogisches Handeln, das sich indivdualisierend am einzelnen Kind, seinen Bedürfnissen und Erfahrungen orientiert, sollte weitgehend auch Kindern aus Zuwandererfamilien gerecht werden. Gegenüber manchem kulturalisierenden Ansatz hat es den Vorteil, Unterschiede nicht zu zementieren und die Zahl möglicher Erklärungen und Optionen zu erweitern. Aus der Praxis wissen wir gleichzeitig, dass dies allein in der Praxis nicht immer weiterhilft. Handfeste Kenntnisse über statusbedingte Lebenslagen von Migranten oder Besonderheiten der Herkunftssprache, die den Erwerb der deutschen Sprache direkt beeinflussen, werden zusätzlich gebraucht.

Obwohl die integrative Wirkung des Kindergartens längst zur argumentativen Grundausstattung von Politikern gehört, scheint die Stiftung als unabhängige moderierende Institution besonders geeignet, die sensible Frage auszuloten, wie diese Wirkung zuverlässig produziert werden kann. Wenn das Merkmal „Migrationshintergrund" einhergeht mit sozial prekären Lagen der Elternhäuser, Bildungsarmut und familiär belastender Situation, kann es für das einzelne Kind unerheblich sein, ob seine Erzieherin die Integration eines Migranten oder eines sonstigen Benachteilgten fördert. Für das Schreiben eines Curriculums ist es das nicht, da pädagogische Grundlagen, Ansätze und Haltungen über den Fallbezug hinaus in den Blick genommen werden müssen.

Unser bislang pragmatischer Umgang mit der Frage, wie viel Integrationsspezifik denn bekömmlich ist, kam deshalb an seine Grenzen. Wir ersetzten ihn durch die bewusste Abwägung, wie viel Spezifik der Umgang mit Kindern und Eltern mit Migrationshintergrund braucht, und achten darauf, die Kompetenz für diese Abwägung zu stärken.

Vor ähnlichen Entscheidungen standen wir im LISA-Programm.

OSTRALE-Gelände: Soziaktrakt. Fotograf: Johannes Göbel, Bonn © OSTRALE

## LISA – Lokale Initiativen zur Integration junger Migranten in Ausbildung und Beruf

Für das Programm „LISA – Lokale Initiativen zur Integration junger Migranten in Ausbildung und Beruf" hat die Robert Bosch Stiftung seit 2006 4 Mio Euro bereitgestellt. 32 lokale Netzwerke und Kommunen wurden bis zu drei Jahre gefördert, um Hilfeangebote zu erproben, lokale Netzwerke zu stärken und Fortbildung der Akteure neu zu denken.

Als das Projekt im Landkreis Groß-Gerau Berater mit Migrationshintergrund für Zuwandereereltern zum Thema Übergang Schule – Beruf eingesetzt hatte, wünschten Einheimische dieses Angebot bald auch für sich. LISA-Berlin etwa stellte nicht mehr die Frage nach interkultureller, sondern nach differenzensensibler Berufsorientierung. Mehrfach mussten gutgemeinte Projekte umsteuern, weil die Zielgruppe spezifische Fördermaßnahmen wegen der damit manifesten „Nichtzugehörigkeit" zur Mehrheitsgesellschaft ablehnte. Anders sah es z. B. beim Erwerb eines Schulabschlusses mit besonderer Sprachförderung für nicht mehr schulpflichtige Neuzuwanderer (LISA-Stuttgart) aus.

Hilfen bei der Gestaltung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt sollten im Sinne eines „intercultural mainstreamings" darauf hin geprüft werden, ob sie die Lebenssituationen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausreichend berücksichtigen. Auch hier setzt die Robert Bosch Stiftung auf Fortbildung. Sie hat drei im Übergangsgeschehen engagierte Kommunen mit hohem Migrantenanteil ausgewählt. Kassel, Mannheim und Mülheim an der Ruhr entwickeln nun Modelle, um institutionen- und berufsgruppenübergreifend den Fortbildungsbedarf zu identifizieren und zu decken. Auch hier scheint sich die „Brennglasthese" zu bestätigen: Über die Integration von Zuwanderern zu reden reicht nicht aus, es geht vorderhand um die Qualität von Kommunikation und Kooperation der beteiligten Akteure überhaupt.

## Fazit

Solange das Merkmal Migrationshintergrund in so auffälligem Maße die Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen beeinflusst, brauchen sie für ihren Bildungserfolg besondere Förderung. Diese muss hauptsächlich in den Regelsystemen wie Kindertagesstätte, Schule, Ausbildung erfolgen, nicht daneben. Mangelnde Chancengerechtigkeit für Zuwanderer deutet auf grundsätzlichen Modernisierungsbedarf in den jeweiligen Systemen hin. Verbesserungen hier helfen schließlich auch Einheimischen. Lokale Integrationspolitik und -praxis gewinnt, wenn sie als spezifische Perspektive systematischen Eingang in die Fachpolitik und -praxis findet. Stiftungen können solche Prozesse praxisbezogen anregen und fördern sowie für den Fortbildungsbedarf sensibilisieren.

DIE VERFASSERIN IST PROJEKTLEITERIN DES BEREICHS GESELLSCHAFT UND KULTUR DER ROBERT BOSCH STIFTUNG ■

*Weitere Informationen unter: www.bosch-stiftung.de*

# Kultur als Bindeglied

Zwischen kultureller Bildung und Integration / Von Winfried Kneip und Vera Timmerberg

**Bildung nimmt eine Schlüsselrolle ein für zukunftsfähige Gesellschaften, die soziale Gerechtigkeit, den Schutz der natürlichen Umwelt und wirtschaftliche Entwicklung zusammendenken. In einer solchen Gesellschaft muss Diversität mit der Offenheit von Lebenschancen verbunden sein. Dazu gehört, die Potenziale aller Menschen zu nutzen und ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, an zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens teilzuhaben. Bildung ist die entscheidende Voraussetzung für gelingende Partizipation. Eine der zentralen Aufgaben des Bildungssystems muss daher darin bestehen, allen Menschen die gleichen Zugangs- und Erfolgschancen zu eröffnen. Vor diesem Hintergrund engagiert sich die Stiftung Mercator für ein Bildungsangebot, das qualitativ hochwertig ist und zugleich kognitive, emotionale und ästhetische Prozesse einbezieht. Einen Fokus legt sie dabei auf kulturelle Bildung und versteht sie als unverzichtbaren Teil allgemeiner Bildung im Medium der Künste.**

OSTRALE-Gelände: Schweinehalle. Fotograf: Johannes Göbel, Bonn © OSTRALE

Die Stiftung Mercator ist insgesamt in drei Kompetenzzentren organisiert: Wissenschaft, Bildung und Internationale Verständigung. Übergreifend über die Kompetenzzentren gibt es drei profilbildende Schwerpunkte: die Themencluster Integration – verstanden als Lernen und Leben unter den Bedingungen von Diversität –, Klimawandel und Kulturelle Bildung. Für jeden dieser Bereiche wurden konkrete Ziele formuliert, die sich an den gesellschaftpolitischen Leitlinien der Stiftung Mercator Chancengleichheit und Partizipation orientieren.

In diesem Sinne ist das Ziel der Projekte und Programme im Themencluster Kulturelle Bildung, sie verbindlich im formellen Bildungssystem zu verankern und die Künste im Bildungsalltag an deutschen Schulen zu stärken, auszubauen und aufzuwerten. Kulturelle Bildungsangebote haben eine integrierende Wirkung, weil sie Diversität selbst zum Thema machen. Kulturelle Bildung im Kern von Schule zu verankern bedeutet damit auch, Kinder und Jugendliche mit dem Aufwachsen in einer heterogenen Gesellschaft vertraut zu machen und ihnen zu einer erweiterten Handlungsfähigkeit im Umgang mit kultureller Differenz und unterschiedlichen Herkunftsgeschichten, i. e. interkulturelle Kompetenz, zu verhelfen.

Ziel im Themencluster Integration ist es damit analog, im Sinne einer präventiven Handlungsweise, allen am Bildungssystem Beteiligten (Schülern, Lehrern, Eltern) zu ermöglichen, die individuellen Bildungsergebnisse von Kindern und Jugendlichen sowie die Leistungsfähigkeit des Systems insgesamt zu verbessern. Kompensatorische Ansätze werden gewählt, wenn ein akuter Handlungsbedarf besteht. Nach Jahrzehnten unzureichender Integrationspolitik zeichnet sich der Bildungsbereich heute im Umgang mit Diversität durch einen dynamischen Wandel sowie große Komplexität aus. Für Stiftungen bietet sich damit die Chance, durch fokussierte Intervention eine besonders große Wirkung zu erzielen. Thematische Schwerpunkte setzt die Stiftung Mercator in den Bereichen Sprachförderung und Begleitung von Bildungsbiographien, die sie als Schlüsselthemen der Integrationsarbeit in Schule und Hochschule ansieht.

Über das Konzept Interkultur verbinden sich die beiden Themencluster Kulturelle Bildung und Integration. Das Konzept „Interkultur“ entstammt den Theorien zur Interkulturellen Pädagogik und „ (…) sieht in der unterschiedlichen Herkunft und Sprache eine Chance, voneinander zu lernen, um dadurch eine Vielfalt an Lebensformen kennen zu lernen und daraus Lernmöglichkeiten für neue Kulturen des Zusammenlebens abzuleiten. Sie richtet sich an Einheimische und Zugewanderte gleichermaßen und stellt nicht die Defizite und Probleme, sondern die Ressourcen der Zugewanderten in den Mittelpunkt. Sie fordert nicht die einseitige Anpassung an das Norm- und Wertesystem, sondern zielt auf ein Aushandeln. Sie bindet nicht die Kulturen der Herkunftsländer, sondern die lebendigen Migrantenkulturen in Sozialisations- und Bildungsprozesse ein (Boos-Nünning/Lüddecke 2001)“.

Im Fokus der Stiftung Mercator steht Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung von Bildung. Das gilt für den Bereich kulturelle Bildung ebenso wie für die Aktivitäten im Bereich Integration. Qualität wird hergestellt über die Entwicklung von Strukturen, Personal und Inhalten. Um sie nachhaltig und dauerhaft in Schulen zu ermöglichen, zielen alle Projekte und Programme vorwiegend auf Qualitätsentwicklung über die dort tätigen Schlüsselpersonen. Lehrer, Schulleiter und alle Akteure kultureller Bildungsarbeit werden etwa darin aus- und fortgebildet, hochwertige Angebote kultureller Bildung zu eröffnen und eine kreative Lehr- und Lernkultur in Schulen zu etablieren. Lehrer sollen in kulturellen Vermittlungsmethoden geschult werden, um sie in allen Unterrichtsfächern einzusetzen – nicht, um selbst Künstler zu werden, sondern um künstlerische Prozesse professionell begleiten zu können. Fachkräfte kultureller Bildung und Künstler sollen wiederum Vermittlungskompetenzen ausbauen und die Handlungsrationalitäten verschiedener pädagogischer Institutionen kennenlernen. Hinzu kommen Verantwortliche an der Schnittstelle von Schulverwaltung, Professionalisierung und Lehrerausbildung. Alle diese Akteursgruppen benötigen zudem Know-how und Vermittlungskompetenzen, professionell mit den Anforderungen umzugehen, die sich aus zunehmender Diversität ergeben. In den Projekten manifestiert sich die geschilderte inhaltliche Ausrichtung der Stiftung Mercator ebenso wie ihr methodischer Ansatz, systemisch zu arbeiten.

## Zukunftsakademie NRW

Für die komplexe Aufgabe, Qualitätsentwicklung in den zentralen Bereichen kultureller Bildung und Interkultur zu betreiben, gründet die Stiftung Mercator zurzeit gemeinsam mit dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW sowie dem Schauspielhaus Bochum die Zukunftsakademie NRW. Sie versteht sich als Laboratorium für Praxisprojekte, als Ort der Qualifizierung von Fachkräften und zur Erforschung zukunftsrelevanter Themen. Die Konzepte Kulturelle Bildung und Interkultur bilden die Leitlinien der Zukunftsakademie NRW: Gesellschaftliche Diversität wird im Medium der Künste thematisiert und reflektiert. Interkultur wird dabei als Verständigungsprozess einer ausdifferenzierten Stadtgesellschaft über sich selbst verstanden. Die Zukunfts-Akademie NRW will den Zugang zu Kunst und Kultur, und damit zu einer umfassenden Bildung, für alle Menschen bewirken.

## „Ganz In“

„Ganz In - Mit Ganztag mehr Zukunft. Das neue Ganztagsgymnasium in NRW“ ist ein gemeinsames Projekt der Stiftung Mercator, des Instituts für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund (IFS) und des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und zeigt beispielhaft wie das vorhandene Leistungspotenzial aller Schüler durch individuelle Förderung besser genutzt und die Qualität der Abschlüsse insgesamt verbessert werden kann. 30 Gymnasien werden bei der Umgestaltung ihrer organisatorischen Struktur hin zur Ganztagsschule durch Bildungswissenschaftler und Schulentwicklungsberater unterstützt und etablieren eine Kultur der individuellen Förderung. Den Aspekten Deutsch als Zweitsprache (DaZ) sowie Sprachverstehen wird dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

## Förderunterricht

Parallel dazu hat die Stiftung Mercator im Jahr 2004 bundesweit das Projekt Förderunterricht eingeführt, um Sprachdefizite frühzeitig zu beheben und die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu verbessern. Das Fördermodell bietet Schülern mit Migrationshintergrund außerschulischen, kostenfreien Förderunterricht, der von (Lehramts-)Studierenden durchgeführt wird. Derzeit werden in 11 Bundesländern an 29 Standorten etwa 7.700 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und II durch ca. 1.300 Studierende gefördert. Die Wirksamkeit des Projekts wurde 2009 durch eine Evaluation bestätigt. Zurzeit entstehen verschiedene Modelle, die aufbauend auf dem Förderunterricht sowohl die Lehrerausbildung im Bereich Deutsch als Zweitsprache fokussieren als auch eine flächendeckende Sprachförderung durch verschiedene Bildungsallianzen mit öffentlichen Trägern zum Ziel haben.

Der Motor für alle Projekte und Programme der Stiftung Mercator ist, Gerechtigkeit und die chancengleiche Partizipation aller Menschen an zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens herzustellen. Gerechtigkeit und Partizipation sind Grundlage und Ziel aller Aktivitäten. Sie sind daher auch die übergreifenden Ziele des Engagements der Stiftung Mercator für die Verhinderung eines gefährlichen Klimawandels, für Integration und für die Stärkung kultureller Bildung.

WINFRIED KNEIP IST LEITER DES KOMPETENZZENTRUMS BILDUNG DER STIFTUNG MERCATOR. VERA TIMMERBERG IST PROJEKTMANAGERIN BEI DER STIFTUNG MERCATOR ■

*Weitere Informationen unter www.stiftung-mercator.de*

## Impressum
inter|kultur

interkultur erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung *politik und kultur*, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

ISSN 1867-5557

Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

**Redaktion**
Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Gabriele Schulz, Kristin Bäßler,
Andreas Kolb

**Verlag**
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

**Herstellung, Layout**
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung